



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

(Erd)Öl Macht Reichtum?

Wirtschaftliche „Entwicklung“ und soziale Konflikte im
Nigerdelta

Verfasserin

Karin Kisser

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Afrikanistik

Betreuerin:

Dr. Ingeborg Grau

Mein besonderer Dank gilt:

Meiner geschätzten Professorin und Diplomarbeitsbetreuerin, Frau Dr. Ingeborg Grau, für ihre schier unendliche Geduld und ihr Engagement, mein Studium zu guter Letzt doch noch zu einem Ende zu bringen; die mich aber auch über Jahre hinweg persönlich begleitet und beraten hat und die neben ihrem breiten Fachwissen, immer ein offenes Ohr für die kleineren und größeren Probleme ihrer StudentInnen hat.

Meinen engsten Freundinnen, die ich in keiner Lebenslage missen möchte, die mich mit Verständnis und Humor durch so manche Krise begleitet haben und mit mir nicht nur die angenehmen Dinge des (Studenten)Lebens geteilt haben. Besondere Erwähnung verdient Lisa, die mir beim Korrekturlesen half, als es am dringendsten nötig war.

Meinen Eltern, die immer Verständnis für meine verschlungenen Studienpfade hatten und meine Wahl eines mitunter als „Orchideenfach“ bezeichneten Studiums respektierten und schätzten.

Meinen beiden Schwestern, auf deren Hilfe ich mich bei vielen Angelegenheiten des alltäglichen Lebens und vor allem des Studienlebens, verlassen konnte.

Vorwort

1. Einleitung	1
1.1. Themenstellung	4
1.2. Quellen und Quellenkritik	7
1.3. Annäherung an die Thematik und Aufbau der Arbeit	9
2. Das Nigerdelta in vorkolonialer Zeit	14
2.1. Zum atlantischen Sklavenhandel	14
2.1.1. Gesellschaftliche Veränderungen durch den Atlantischen Sklavenhandel	16
2.1.2. Vom Sklavenhandel zum „legitimen“ Handel mit Palmöl im Nigerdelta	18
2.2. Parallelen zwischen Sklaven-, Palmöl- und Erdölhandel	25
3. Nigeria unter britischer Kolonialherrschaft	27
3.1. Errichtung der britischen Kolonialherrschaft	27
3.2. <i>Indirect rule</i>	29
3.2.1. Anfänge der nigerianischen Nord-Süd-Dichotomie	30
3.2.2. <i>Indirect rule</i> und Korruption	31
3.3. Ursprünge von Ethnizität und ethnischen Konflikten in der Kolonialzeit	33
3.3.1. Kolonialisierung und Urbanisierung	34
3.3.2. Regionale Unterschiede im nigerianischen Kolonialstaat	35
3.3.3. Ethnizität als Mythos und koloniales Konstrukt	38
3.3.3.1. Kolonialer Rassismus	38
3.3.3.2. <i>Divide-and-rule</i> und Ethnizität	39
3.4. Wirtschaftsentwicklung während der Kolonialzeit	40
3.5. <i>Marketing Boards</i> , Elitenbildung und Patronage	42
3.6. Nationalismus	44
3.6.1. Politische Parteien und nigerianisches Verfassungsrecht	46
3.6.2. Situation der Minderheiten	49
4. „Ethnische“ Politik im unabhängigen Nigeria	51
4.1. Zu den Begriffen „Ethnizität“ und „Tribalismus“	51
4.2. Ethnizität als Konstrukt	54
4.3. Ethnizität und „Eliten“	55
4.4. Demokratisierung und Entstehung der <i>ethnic militia</i>	59
4.4.1. Ethnische Milizen im Nigerdelta	64
4.4.2. Ursachen der Gewalt im Nigerdelta – Motive ethnischer Milizen	66

5. <i>Ethnic militia</i> und Ressourcenkontrolle	68
5.1. <i>Bunkering</i> – Diebstahl von Erdöl und illegales Raffinieren	69
5.2. Auswirkungen der Gewalt und Kriminalität auf Kinder und Jugendliche	72
5.3. Legitime Revolution oder Gier nach schnellem Geld?	74
5.4. <i>Movement for the Emancipation of the Niger Delta</i> (MEND)	
und weitere ethnische Milizen	78
5.4.1. Marginalisierung der Ijo und Entstehung von MEND	79
5.4.2. <i>Federated Niger Delta Ijaw Communities</i> (FNDIC)	82
5.4.3. <i>Movement for the Emancipation of the Niger Delta</i>	84
5.4.4. Ethnische Milizen, Korruption und Patronage	88
5.4.5. Amnestieprogramm der nigerianischen Regierung	90
5.4.6. Resultate der Amnestie	92
5.5. Auswirkungen der Militanz und mögliche Entwicklungen	94
 6. Föderalismus und Finanzverteilung in Nigeria	96
6.1. Föderalismus - Merkmale eines Bundesstaats	96
6.1.1. Ursprung des nigerianischen Bundesstaates	97
6.1.2. Steuerföderalismus	98
6.2. <i>Revenue Allocation</i> – Finanzverteilung auf nigerianische Art	100
6.2.1. Prinzipien der horizontalen Finanzverteilung	101
6.2.1.1. Derivationsprinzip/Herkunftsprinzip	101
6.2.1.2. Gleichheits- und Bedarfsprinzipien	103
6.2.2. Anwendung von Verteilungsprinzipien und Machtverteilung im nigerianischen Staat	104
6.3. Überblick über die Finanz- und Einnahmenverteilung	105
6.3.1. Derivationsprinzip im Wandel	106
6.3.2. Finanzverteilung ab den 1950er Jahren	107
6.3.3. Finanzverteilung während der Militärregierungen (1966-1979)	108
6.3.4. Finanzverwaltung während der Zivilregierung (1979-1983)	111
6.3.5. Finanzverteilung während der Militärregierungen (1983-1999)	113
6.3.6. Entwicklungen seit der Rückkehr zur Zivilregierung (ab 1999)	114
6.4. Wesentliche Aspekte der nigerianischen <i>Revenue Allocation</i>	115
6.4.1. Finanzverteilung, Zentralisierung und Korruption	115
6.4.2. Finanzpolitik und ethnische Spannungen	117
6.4.3. <i>First charges</i> und Auslandsverschuldung	118
6.4.4. Finanzverteilung und Ressourcenkontrolle	118

7. Konzentration des nigerianischen Staates auf die Ressource Erdöl	120
7.1. Zur Geschichte der Erdölproduktion in Nigeria	121
7.2. Abhängigkeit des nigerianischen Staates von multinationalen Erdölkonzernen	124
7.3. Bedeutung der Erdölindustrie für die nigerianische Wirtschaft	126
7.4. Rentierstaat Nigeria	129
7.5. Einfluss von Erdöl auf staatliche und politische Strukturen	131
7.6. Nigerianische Wirtschaftskrise und Strukturanpassung	134
7.7. Indigenisierung - Einfluss des Staates in der nigerianischen Erdölindustrie	138
7.7.1. <i>Nigerian National Petroleum Corporation</i> – Joint Ventures der Regierung mit multinationalen Erdölkonzernen	138
7.7.2. Beteiligung nigerianischer Unternehmen an der Erdölindustrie	140
7.7.3. <i>Nigerian Content Law</i>	141
7.8. Entwicklung der Erdgasindustrie	142
7.9. Neue Investoren in Nigeria	143
7.10. Kapitelzusammenfassung	144
 8. „Allianz“ und Konkurrenz zwischen nigerianischer Regierung und Erdölkonzernen	 146
8.1. Interaktionen zwischen nigerianischem Staat, multinationalen Erdölkonzernen und Bevölkerung des Nigerdeltas	146
8.1.1. „Unheilige Allianz“ aus nigerianischem Staat und multinationalen Erdölkonzernen am Beispiel der Ogoni	
8.1.1.1. Ken Saro-Wiwa und MOSOP	
8.1.1.2. Das Verhältnis von Shell zu den Ogoni	
8.1.2. Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Erdöl- und Erdgasindustrie	155
8.1.3. Reaktion der Erdölkonzerne auf Konflikte mit der Bevölkerung	159
8.2. <i>Corporate Social Responsibility</i> – Verantwortung der Konzerne für das Wohlergehen der Bevölkerung	160
8.2.1. Multinationale Konzerne und ihre Pflichten in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz	160
8.2.2. Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte der Erdöl- und Erdgaskonzerne	163
8.3. Ursachen der Konflikte und Lösungsversuche seitens der verschiedenen Akteure	165
8.3.1. <i>Oil Mineral Producing Areas Development Commission</i> (OMPADEC)	168
8.3.2. <i>Niger Delta Development Commission</i> (NDDC)	168
8.3.3. Effizienz „offizieller“ Lösungsansätze	172

8.3.4. <i>Self governing institutions</i> – Selbsthilfe als Weg aus der Krise	173
8.4. Umweltschutz in der Erdöl- und Erdgasindustrie	174
8.4.1. Abfackeln von Erdgas – <i>gas flaring</i>	174
8.4.2. Erdölverschmutzungen – „Ölspills“	177
8.4.3. Andere Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Erdöl- und Erdgasindustrie	181
8.4.4. Sicherheit bei der Erdöl- und Erdgasproduktion	182
8.4.4.1. Gesetzeslage und Umweltschutzstandards	182
8.4.4.2. Doppelmoral der Konzerne beim Schutz der Umwelt	184
8.4.5. Schadenersatzzahlungen der Erdöl- und Erdgaskonzerne an die Bevölkerung	184
8.5. Dreiecksbeziehung nigerianischer Staat, Erdölkonzerne und Bevölkerung	
– Gegenseitige Vorwürfe und ungelöste Fragen	187
9. Conclusio und Ausblick	190
10. Bibliographie	198
Abstract (Deutsch)	234
Abstract (English)	235

Abkürzungsverzeichnis

APC	Arewa People's Congress
DPA	Distributable Pool Account
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen)
FNDIC	Federated Niger Delta Ijaw Communities
INC	Ijaw National Congress
IYC	Ijaw Youth Council
LGA	Local Government Area
MASSOB	Movement for the Actualisation of the Sovereign State of Biafra
MEND	Movement for the Emancipation of the Niger Delta
MoU	Memorandum of Understanding
NDDC	Niger Delta Development Commission
NDPVF	Niger Delta People's Volunteer Force
NNPC	Nigerian National Petroleum Corporation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OMPADEC	Oil Mineral Producing Areas Development Commission
OPC	O'odua Peoples Congress
PDP	People's Democratic Party SAP – Structural Adjustment Programme
SGA	Special Grants Account
SJA	States Joint Account
SPDC	Shell Petroleum Development Company of Nigeria Limited

Vorwort

Der Erdöl- und Erdgasreichtum im Nigerdelta macht Nigeria zu einem strategisch wichtigen Staat für die internationale Wirtschafts- und Energiepolitik. Erdöl als wichtigste Energiequelle dominiert das Interesse westlicher und aufstrebender fernöstlicher Industrienationen an und deren politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Nigeria. Mit Nigeria verbinden viele Menschen in Europa gewisse Assoziationen: „Biafra“, Erdöl, Ogoni, Korruption, Entführungen von ausländischen Arbeitern und in den letzten Jahren Islamismus und „Boko Haram“. Bestimmte Vorstellungen und Bilder von Nigeria finden ihren Niederschlag in einer sich wandelnden aber thematisch eher begrenzten Berichterstattung. Nigeria verdankt seinem Erdöl- und Erdgasvorkommen einen guten Teil seiner Medienpräsenz. Dies mag auch daran liegen, dass die Erdölproduktion mit ihren zahlreichen negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Umwelt des Nigerdeltas in das Schema der Afrika-Berichterstattung westlicher Medien passt und das Bild eines krisengeschüttelten Kontinents untermauert.

In den 1990er Jahren kam es weltweit zu Solidaritätsbekundungen gegenüber den Anliegen der Ogoni-Widerstandsbewegung *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP) und zu Protesten gegen multinationale Erdöl-Konzerne, vor allem gegen Shell. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Vorsitzende der Organisation, Ken-Saro Wiwa, es geschafft hatte, durch seine charismatische Persönlichkeit und seinen geschickten Umgang mit internationalen Medien die Probleme und Forderungen seines Volkes einem breiten und internationalen Publikum näher zu bringen. Die Zerstörung des einzigartigen Ökosystems des Nigerdeltas und die Unterdrückung des Ogoni-Volkes erlangten eine für auf Afrika bezogene Berichterstattung außergewöhnlich große Aufmerksamkeit und Beachtung in Österreich. Die internationalen Proteste gegen die Ausbeutung der Ogoni im Nigerdelta unter der Militärdiktatur von Sani Abacha erreichten 1995 ihren Höhepunkt, als Ken-Saro Wiwa und acht seiner Mitstreiter der Prozess gemacht wurde. Das Gerichtsverfahren, welches in einem Justizmord endete, erregte auch in diplomatischen Kreisen Aufsehen, da es sich durch die Missachtung all jener Merkmale auszeichnete, die ein faires und rechtsstaatliches Gerichtsverfahren kennzeichnen. Nach der Hinrichtung der „Ogoni-Neun“ schwand das internationale Interesse am Schicksal der Bevölkerung des Nigerdeltas allmählich. Lediglich nigerianische und westliche Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen beschäftigen sich nach wie vor mit diesem Thema.

Dennoch sorgen das Nigerdelta und die nigerianische Erdölproduktion nach wie vor für Schlagzeilen in den europäischen Medien: Immer wieder kommt es zu Explosionen durch veraltete oder sabotierte Pipelines, bei welchen oftmals Hunderte von Menschen ihr Leben verlieren. Seit der Jahrtausendwende dominieren Entführungen ausländischer Mitarbeiter von multinationalen (Erdöl)Konzernen durch ethnische Milizen die europäische Berichterstattung über Nigeria. Angesichts steigender Ölpreise und der Sorge der Industrieländer über Kraftstoffpreise und Energiekosten, die Rekordhöhen erreichen, scheinen die Probleme der Minderheiten des Nigerdeltas weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. Die Sicherung wichtiger Energieressourcen scheint vorrangig, sodass demokratische (Abnehmer)Staaten dafür auch Menschenrechtsverletzungen und korrupte Regimes in den produzierenden Ländern in Kauf nehmen.

1. Einleitung

Das im Süden Nigerias gelegene Nigerdelta ist die Heimat von rund 30 Millionen Menschen (UNDP 2006:15)¹, die in zahlreiche ethnische Gruppen unterteilt sind, wie zum Beispiel Ijo, Urhobo, Itsekiri, Isoko, Efik, Etche, Ibibio, Igbo, Andoni, Ikwere, Ogoni, Isoko, Edo, und Kwale-Igbo und viele andere (vgl. Okonta 2003: 5; Haller et al. 2007:42).

Das „geographische“ Nigerdelta besteht aus den Bundesstaaten Rivers, Bayelsa und Delta. Der Begriff „Nigerdelta“ wird aber in einem weiteren Sinne auch für all jene benachbarten Bundesstaaten verwendet, in denen Erdöl gefördert wird wie die Bundesstaaten Abia, Akwa-Ibom, Cross River, Edo, Imo und Ondo (vgl. Alagoa 2004:2). Die Bundesstaaten Rivers, Bayelsa und Delta nehmen bezüglich Fläche und Bevölkerungszahl den größten Teil dieses erweiterten Nigerdeltas ein (Okonta 2003:18).

Im Nigerdelta befindet sich der Großteil des bekannten Erdöl- und Erdgasvorkommens Nigerias. Nigeria ist einer der zehn bedeutendsten Erdölproduzenten weltweit² und der sechstgrößte Produzent von flüssigem Erdgas. Das im Nigerdelta produzierte Rohöl mit dem Namen „Bonny Light“ ist aufgrund seines geringen Schwefelanteils besonders bei europäischen und US-amerikanischen Raffinerien sehr gefragt, denn es kann auch unter Einhaltung der verhältnismäßig strengen Umweltschutzaufgaben in Europa und den USA günstig verarbeitet werden und ist gewinnträchtiger, da aus schwefelarmen Erdöl eine große Menge an einträglichen Leichtölprodukten wie zum Beispiel Benzin und Kerosin hergestellt werden kann (vgl. Okonta 2003:54; Van Gelder/Moerkamp 1996:16; Frynas/Paulo 2007:232; Loimeier 1996:15; Moses 2011:48).

Das Nigerdelta ist mit einer Fläche von mehr als 20.000km² eines der größten Feuchtgebiete der Erde und zeichnet sich durch eine einzigartige Artenvielfalt aus (vgl. Weltbank 1995:1;

¹ Diese Zahl bezieht sich offensichtlich auf die Gesamteinwohnerzahl aller neun Bundesstaaten, auf die sich das Nigerdelta verteilt. Okonta (2003:5) nennt sieben Millionen Einwohner. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Zahl zu niedrig angesetzt ist, unter anderem da beispielsweise der Weltbank-Bericht aus dem Jahr 1995 die Einwohnerzahl der Bundesstaaten Rivers und Delta alleine auf ca. 6,7 Millionen schätzt (Weltbank 1995:vi) und die Bevölkerungszahl seitdem stark angewachsen ist. Je nachdem, ob sie sich auf das geographische oder das „erweiterte“ Nigerdelta beziehen, differieren die Zahlen erheblich.

² Barrett (2008b) bezeichnet Nigeria als achtgrößten Erdölproduzenten weltweit; Schicho (2001:89) spricht 2001 von Nigeria als siebtgrößtem Erdölproduzenten; in der Ausgabe von Sweet Crude (Februar 2010a) wird Nigeria als sechstgrößter Erdölproduzent der Welt angeführt (Sweet Crude February 2010a:30).

Okonta 2003:5). Es beherbergt zahlreiche vom Aussterben bedrohte Tierarten wie das Stumpfkrokodil, Zwergflusspferd, Manati (eine Seekuhart), verschiedene Otterarten, Stachelschweine, Eidechsen, Schimpansen, Leoparden und den Afrikanischen Elefanten (vgl. Weltbank 1995:38f; Van Gelder/Moerkamp 1996:25). Das Gebiet gliedert sich in verschiedene Habitatzonen: Sandhügel und Inseln in und außerhalb der Küstenzone, Mangrovenwälder, Süßwasser-Sumpfwälder und Tieflandregenwälder. Die Mangrovenwälder - innerhalb Afrikas die größten und weltweit die drittgrößten ihrer Art - und die Sumpfwälder sind zum Teil noch unberührt, wohingegen der Regenwald weitgehend durch die Ausbreitung von Land- und Forstwirtschaft verdrängt wurde (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996:25).

Das Nigerdelta ist sehr dicht besiedelt und weist ein Bevölkerungswachstum von 3% auf. (Okonta 2003:19) Vor allem außerhalb der Großstädte mangelt es an grundlegender Infrastruktur wie einem ausgebauten Verkehrsnetz, Elektrizität, fließendem Wasser, Schulen und ausreichender medizinischer Versorgung (vgl. Okonta 2003:19; UNDP 2006). Der Großteil der ländlichen Bevölkerung lebt von Landwirtschaft und Fischfang und dem Handel mit den daraus erwirtschafteten Gütern. Für den Ackerbau geeignete Flächen sind aufgrund der natürlichen Gegebenheiten knapp bemessen, da ein Großteil des Deltas bewaldet ist und/oder regelmäßig überschwemmt wird.

Die Erdölproduktion stellt eine große Belastung für das fragile Ökosystem des Nigerdeltas dar. Die durch die Produktion von Rohöl verursachte Verschmutzung und partielle Zerstörung der Umwelt hat unmittelbare Folgen für die ländliche Bevölkerung, welche hauptsächlich von Landwirtschaft und Fischfang lebt und damit von den natürlichen Ressourcen abhängig ist. Ausgelaufenes Rohöl und Produktionsabwässer verschmutzen die Flüsse und Wasserläufe und dezimieren so die Fischbestände. Durch das Verbrennen von assoziiertem Erdgas, welches gemeinsam mit dem Erdöl vorkommt und bei der Förderung von diesem getrennt wird, wird die Luft stark verschmutzt. Es entsteht saurer Regen, der wiederum das Trinkwasser vergiftet und den Fischbestand in den Flüssen dezimiert. Da sich durch den Bevölkerungsdruck Dörfer häufig in unmittelbarer Nähe der Erdölförderanlagen befinden, führt die Luftverschmutzung bei den Menschen zu einem vermehrten Auftreten von Atemwegserkrankungen, Krebs und Missbildungen bei Neugeborenen und zu Seuchen, die durch das verschmutzte Trinkwasser hervorgerufen werden. Das Verbrennen von Erdgas - oft ganztägig – vertreibt auch die Wildtiere, was wiederum die Nahrungsbeschaffung der ländlichen Bevölkerung erheblich erschwert. Abgesehen davon entsteht durch das Verbrennen

von Erdgas Methangas, das für den Treibhauseffekt und die globale Erwärmung verantwortlich gemacht wird (vgl. Loimeier 1996:19,76; Human Rights Watch 1999:49ff).

Durch den Bau von Straßen und das Verlegen von Pipelines werden Schneisen in die Mangrovenwälder geschnitten und damit der Lebensraum einer großen Zahl an Fischarten und Wildtieren, wie zum Beispiel Hasen und Antilopen, verkleinert. Fruchtbare Ackerland wird durch das Auslaufen von Rohöl zerstört. Durch veraltete und schlecht gewartete Pipelines kommt es zu Erdölaustritten, welche in regelmäßigen Abständen zu schweren Unfällen mit Todesopfern führen. Ursachen der Ölaustritte sind verrostete und veraltete Pipelines und Produktionsanlagen, Fehler und Zwischenfälle bei der Produktion und Sabotageakte³ (vgl. Ikein 1990:131ff; Shell Jahresbericht 2006:14). Erdöl tritt jedoch nicht nur bei Unfällen aus, Ölfirmen leiten täglich im Zuge der „normalen“ Produktionsprozesse ölhaltiges Wasser, das bei der Trennung von Wasser und Rohöl entsteht, in nahegelegene Flüsse. Die angeführten Umweltverschmutzungen und Umweltschäden durch den Erdölabbau sind zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass bei der Produktion im Nigerdelta mangelhafte technische Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt und geringere Umwelt- und Sicherheitsstandards als in Industrieländern angewendet werden (vgl. Ikein 1990:189ff).

Landwirtschaft und Fischfang sind die Basis der lokalen Wirtschaft, werden jedoch durch die Verschmutzung des ohnehin knappen landwirtschaftlich nutzbaren Bodens und das Aussterben oder Abwandern verschiedenster Fisch- und Wildtierarten erschwert oder gar verhindert. Fisch, ein wesentlicher Bestandteil der Nahrung der BewohnerInnen des Nigerdeltas, ist vielerorts nicht mehr in ausreichender Menge vorhanden und muss oftmals teuer aus entfernten Regionen besorgt werden (vgl. Haller et al. 2007:61; Okonta 2003:80ff). Durch die natürlichen Gegebenheiten sind Ackerböden im Nigerdelta relativ knapp bemessen, die Erdölproduktion dezimiert die bebaubaren Flächen noch weiter durch den Bau von Anlagen, Straßen, aber auch durch Umweltverschmutzungen wie zum Beispiel Ölteppiche. Die verbleibenden Ackerflächen werden übermäßig beansprucht und bewirtschaftet, was zu verminderten Erträgen führt und die landwirtschaftliche Produktion erschwert. Die ländliche Bevölkerung verliert somit ihre Lebensgrundlage. Andererseits kommt es durch die Erdölproduktion in der Region nur in geringem Maß zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die ansässige Bevölkerung. Die Folgen dieser Entwicklungen sind eine hohe Arbeitslosigkeit der

³ Erwartungsgemäß sind sich Bevölkerung und Ölkonzerne uneinig, wie viele Unfälle durch „mutwillige Zerstörungen“ seitens der Bevölkerung und wie viele durch das Verschulden der Konzerne verursacht werden.

ländlichen aber auch städtischen Bevölkerung und soziale Konflikte wie Kriminalität und die Bildung von ethnischen Milizen. (vgl. Haller et al. 2007:60ff)

1.1. Themenstellung

Die vorliegende Diplomarbeit analysiert die Auswirkungen der Erdöl- (und in geringerem Ausmaß Erdgas)Produktion im nigerianischen Nigerdelta auf Bevölkerung und Umwelt im weitesten Sinne. Ziel der Arbeit ist es, jene Faktoren zu untersuchen, die dazu geführt haben, dass sich das Nigerdelta als Ursprungsregion eines Großteils des nigerianischen Erdöl- und Erdgasvorkommens und damit „ressourcenreichste“⁴ Region Nigerias zu einer „Krisenregion“ entwickelt hat, die von sozialen Konflikten, Kriminalität und Gewaltausbrüchen durch ethnische Milizen, kriminelle Vereinigungen und staatliche Sicherheitskräfte gekennzeichnet ist. Die Ursachen hierfür liegen meiner Analyse nach in der prekären sozioökonomischen Situation eines großen Teils der Bevölkerung, der Abwesenheit grundlegender Infrastruktur und sozialer Einrichtungen und an der hohen Arbeitslosigkeit und damit einhergehend der Frustration der Bevölkerung. Meine Arbeit unternimmt es, jene Faktoren herauszuarbeiten, die dazu geführt haben und führen, dass eine Region, die den Großteil der staatlichen Einnahmen Nigerias liefert, in einem hohen Ausmaß von sozioökonomischen Problemen und einer negativen „Entwicklung“ gekennzeichnet ist.

Die Suche nach und die Produktion von Erdöl und Erdgas bleiben nie ohne Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Umwelt jener Region, in der die Ressourcen vorhanden sind und gefördert werden. Das Ausmaß und die Art dieser Auswirkungen auf erdöl- und erdgasfördernde Regionen hängen jedoch stark von den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen und von den Maßnahmen ab, die getroffen werden, um die Bevölkerung, ihre Umwelt und Wirtschaft zu fördern und vor den potentiellen negativen Folgen der Erdöl- und Erdgasproduktion zu bewahren. Die weitere Verwendung des Begriffs „Bevölkerung“ in diesem Zusammenhang bezieht sich in erster Linie auf die im Nigerdelta lebenden Menschen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Erdölproduktion nur Auswirkungen (negativer oder positiver Art) auf die Bevölkerung des Nigerdeltas hat - vielmehr führt die Konzentration der nigerianischen Wirtschaft auf den Erdölsektor und die langjährige Vernachlässigung anderer Wirtschaftszweige zu Folgen für den gesamten nigerianischen

⁴ Ressourcenreich in dem Sinn, als der Großteil des in Nigeria produzierten Erdöls aus dem Nigerdelta kommt und Nigeria zur Zeit etwa 95% seiner Exporteinnahmen und rund 80% der Staatseinkünfte aus dem Erdölsektor bezieht. (CIA Factbook - Nigeria, Stand 25.7.2008)

Staat. Andererseits ist zu beachten, dass die BewohnerInnen des Nigerdeltas keine homogene Gruppe darstellen und die Folgen der Erdölproduktion für Angehörige verschiedener Bevölkerungsschichten, BewohnerInnen verschiedener Regionen des Nigerdeltas etc. nicht nur unterschiedlich, sondern durchaus auch gegensätzlich sein können.

In welcher Form, oder eigentlich in welchen Formen, sich Erdöl- und Erdgasproduktion auf einen Staat und seine BürgerInnen auswirken, hängt von Aufbau und Organisation eines Staates und dessen politischen Interaktionen ab. Für ein besseres Verständnis dieser Strukturen im nigerianischen Kontext müssen Aspekte der Geschichte des Nigerdeltas aufgerollt werden und seine wirtschaftlichen und politischen Interaktionen - einerseits zwischen den benachbarten vorkolonialen Staaten und Völkern und den ethnischen Gruppen des kolonialen und postkolonialen Staates Nigeria und andererseits die internationalen Beziehungen vorwiegend mit europäischen Ländern in vorkolonialer und kolonialer Zeit und seit der Unabhängigkeit mit einer globalisierten Welt - betrachtet werden.

Die Analyse des Hintergrundes und der Ursachen für das gegenwärtige Konfliktpotential im Nigerdelta führte mich zu folgenden Aussagen, die ich im Rahmen meiner Arbeit mit Argumenten untermauern werde:

- Die Bevölkerung des Nigerdelta nährte und nährt mit seinen Ölvorkommen den nigerianischen Staatsapparat - in geringerem Ausmaß mit Palmöl während der Kolonialzeit und seit den 1960ern mit Erdöl - ohne selbst ausreichend Einfluss auf die Gestaltung der Politik zu haben. Dies liegt auch daran, dass die BewohnerInnen der erdölproduzierenden Regionen großteils Minderheiten darstellen und vor allem während der Militärregierungen (1966-1979 und 1983-1999) in der nationalen Politik nicht ausreichend vertreten waren.
- Korruption auf allen Ebenen des Staates seit der Unabhängigkeit Nigerias im Jahr 1960 führte dazu, dass ein großer Teil der den Bundesstaaten und Lokalregierungen zugewiesenen Allokationen nicht ihrem eigentlichen Zweck, wie der Entwicklung der Infrastruktur oder dem Ausbau des Sozialwesens und der heimischen Wirtschaft oder anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität zugute kamen. Die Ursprünge von Korruption und Patronage in Nigeria sind in der britischen Kolonialzeit

zu suchen, vor allem im System der Indirect Rule und in der Art und Weise, wie sich (politische) Eliten formierten.

- Verschiedene Akteure, wie unter anderem Lokalpolitiker, versuchten und versuchen sich an der Krise im Nigerdelta zu bereichern; sie instrumentalisieren ethnische Milizen, um ihre politische Macht zu festigen und damit den Zugang zu Ressourcen, die in hohem Maße beim Staat konzentriert sind, zu sichern. Dies führt zu einer steigenden Unsicherheit und Kriminalität in der Region, Konflikte zwischen verschiedenen Gemeinschaften werden dadurch ausgelöst oder verschärft.
- Trotz des formal föderalen Aufbaus der Bundesrepublik Nigeria weist die Finanzverwaltung bzw. Finanzverteilung ein zentralistisches Gepräge auf. Durch eine sukzessive Aushöhlung des Derivationsprinzips bei der Verteilung von Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasindustrie werden die erdölproduzierenden Regionen des Nigerdeltas stark benachteiligt, da sie nur einen Bruchteil jener Finanzen erhalten, die in ihrer Region erwirtschaftet werden, zugleich aber die hohen Kosten der Erdölproduktion, im Sinne von negativen Begleiterscheinungen wie Verschmutzung der Umwelt mit allen daraus resultierenden Konsequenzen, sozialen Konflikten und höheren Lebenshaltungskosten, zu tragen haben.
- Die Konzentration der nigerianischen Wirtschaft auf Erdöl und damit auf den Export eines einzigen Wirtschaftsguts ist einerseits riskant, da sie zu einem hohem Maß an Abhängigkeit von externen Faktoren und Entwicklungen führt (Preisschwankungen, veränderte Nachfrage etc.), andererseits haben Ressourceneinnahmen, auch „Renten“ genannt, häufig negative Auswirkungen auf wirtschaftliche, sowie politische und demokratische Strukturen. Gleichzeitig vernachlässigte der nigerianische Staat durch seine Ausrichtung auf die Erdölindustrie die heimische Industrie und landwirtschaftliche Produktion. Dazu kommt, dass die Bevölkerung nur wenig in die Erdölindustrie eingebunden ist, da diese vergleichsweise wenige Arbeitsplätze schafft, für welche heimische Arbeitskräfte vor allem in den Anfängen der Produktion nicht ausreichend qualifiziert waren und wenig Verbindungen zu heimischer Kleinindustrie herstellt.

- Der nigerianische Staat und die multinationalen Konzerne bilden eine Interessensgemeinschaft und sind Partner bei der Ausbeutung des Erdöls, was sich schon an der Form ihrer Zusammenarbeit in Joint Ventures manifestiert. Beide Partner sind in erster Linie daran interessiert, möglichst hohe Profite zu erzielen und vernachlässigen dabei den Schutz der Umwelt und der Bevölkerung der erdölproduzierenden Regionen vor negativen Auswirkungen der Erdölproduktion. Die Nachlässigkeit des Staates, gehobene Umweltstandards bei der Produktion zu gewährleisten und von den Erdölkonzernen einzufordern, liegt vor allem an der starken Abhängigkeit des nigerianischen Staates von der Erdölindustrie und der externen Verschuldung und dem daraus resultierenden Zwang, möglichst hohe Einnahmen zu erzielen, um die laufenden Rückzahlungen zu bedienen.

1.2. Quellen und Quellenkritik

Bei meiner Recherche fand ich eine äußerst umfangreiche und vielfältige Literatur über die Erdölproduktion im Nigerdelta vor. Seit den 1990ern wurden zahlreiche Zeitungsartikel, Berichte von Nichtregierungsorganisationen (Menschenrechtsorganisationen, Umweltschutzorganisationen) aber auch von Organen und Organisationen der Vereinten Nationen (wie zum Beispiel *United Nations Development Programme*) oder der Weltbank mit dem Fokus auf das Nigerdelta publiziert und sind großteils auch im Internet erhältlich. Anhand dieser Quellen konnte ich einen gewissen Überblick über die Umweltprobleme und entwicklungsrelevanten Themen im Nigerdelta gewinnen und verschaffte mir gleichsam einen Einstieg in die Thematik. Zu beachten ist, dass viele Publikationen der 90er Jahre zur Ogoni-Thematik teilweise emotional aufgeladen sind und bei ihrer Auseinandersetzung (und manchmal Abrechnung) mit dem Konzern Shell andere wichtige Aspekte vernachlässigen.

In Kontrast zu den Berichten und Studien von Nichtregierungsorganisationen stand der Shell-Jahresbericht aus dem Jahr 2006, der mir zum besseren Verständnis von Aufbau und Arbeitsweise von Erdölkonzernen und multinationalen *Joint Ventures* diente, aufgrund seiner Intention einer möglichst positiven Selbstdarstellung des Konzerns jedoch kritisch betrachtet werden muss. Zur Erörterung der Geschichte und Entwicklung der nigerianischen Erdölproduktion dienten mir auch Artikel in Fachzeitschriften, sowie ein Werk, das ich anlässlich meines ersten kurzen Aufenthalts in Nigeria im Jahr 2008 von der *University of*

Lagos besorgen konnte. Hier stellte man mir auch die Niederschriften eines von der *Nigerian National Petroleum Corporation* und dem nigerianischen Ministerium für Umwelt und Wohnungsbau veranstalteten Seminars über Umwelt und Erdölindustrie im Nigerdelta zur Verfügung, welche nützliche Statistiken und detaillierte Darstellungen der Auswirkungen der Ölproduktion auf Flora und Fauna des Nigerdeltas enthalten.

Bei meiner zweiten Nigeriareise im Jahr 2009 besuchte ich die *Nigerian National Petroleum Corporation* (NNPC) in Abuja und bekam Zutritt zur NNPC-eigenen Bibliothek, wodurch ich Einblick in interne Arbeitspapiere und Berichte über Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte der NNPC nehmen konnte. Leider war der Besuch dieser Bibliothek nur von kurzer Dauer, da mir wenig später Mitarbeiterinnen der NNPC den Zugang zu diesen Dokumenten verwehrten. Dies mag daran liegen, dass es sich bei den Werken und Berichten in dieser Bibliothek zum Teil um interne Werke und Berichte handelt, welche die NNPC unter Verschluss halten wollte. Trotz meines eher kurzen und wenig ergiebigen Aufenthalts in dieser Bibliothek konnte ich einen kurzen Eindruck über die Effizienz der erwähnten Projekte gewinnen, was mir dabei half, die Darstellung dieser Entwicklungsprojekte in den zahlreichen Zeitungsartikeln und Berichten von Nichtregierungsorganisationen besser einschätzen zu können.

Für die Erfassung der nigerianischen politischen und wirtschaftlichen Geschichte dienten mir Publikationen seit den 1970ern, sowie jüngere Werke mit dem Schwerpunkt auf politischen, rechtlichen und (erdöl)wirtschaftlichen Themen. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Fachartikeln über die Problematik der ethnischen Milizen im Nigerdelta und die Bedrohung der Demokratie in Nigeria durch die von ethnischen Gruppierungen ausgehende Gewalt und Untergrabung der staatlichen Machtsphären veröffentlicht. Zur Erörterung der menschenrechtlichen Situation im Nigerdelta (und in ganz Nigeria) dienten Berichte von nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen wie etwa *Human Rights Watch*.

Eine Fülle von Zeitungsartikeln (in erster Linie) nigerianischer Tageszeitungen und im Besonderen das monatlich erscheinende Dossier *Sweet Crude* der nigerianischen Tageszeitung *Vanguard Nigeria* zur nigerianischen Erdölindustrie, welche großteils sowohl in gedruckter Form als auch im *World Wide Web* in Form von *Online*-Ausgaben zur Verfügung standen, dienten zur Erörterung der neueren Entwicklungen in Nigeria im Zusammenhang mit

der Erdöl- und Erdgasindustrie. Mithilfe der Zeitungsartikel, von welchen der Großteil aus den Jahren 2000 bis 2012 stammt, wurden vor allem aktuelle Themen analysiert, wie etwa die angespannte Sicherheitslage im Nigerdelta aufgrund der Tätigkeiten der *ethnic militia*, allen voran *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND), und damit einhergehend das Amnestieprogramm, Entwicklungsprojekte von Seiten der Erdölkonzerne und der nigerianischen Regierung, Proteste der Bevölkerung der erdölproduzierenden Regionen, aktuelle umweltbezogene Themen wie Ölschleppungen und damit zusammenhängende Umweltschäden und Schadenersatzforderungen der Bevölkerung sowie wirtschaftliche Maßnahmen der nigerianischen Regierung im Sinne einer besseren Eingliederung der Erdölindustrie in die nigerianische Wirtschaft und der nigerianischen Wirtschaft in die Erdölindustrie. Durch die Leserkommentare zu den einzelnen Artikeln in den *Online*-Ausgaben der nigerianischen Tageszeitungen war es mir möglich, einen – wenn auch äußerst kritisch zu betrachtenden – Eindruck über die Standpunkte nigerianischer LeserInnen zu aktuellen Geschehnissen zu gewinnen.

1.3. Annäherung an die Thematik und Aufbau der Arbeit

Die ausgewählte Thematik und der Versuch, die aufgeworfenen Fragen hinreichend zu beantworten, bedurften einer Auseinandersetzung mit verschiedenen wissenschaftlichen (Teil)Disziplinen (siehe **Kapitel 1**):

- ❖ Einen mir wesentlichen Teil der vorliegenden Arbeit bildet die Auseinandersetzung mit der Geschichte – vor allem der politischen und wirtschaftlichen Geschichte - des nigerianischen Staates, wodurch Parallelen zwischen den wirtschaftlichen Strukturen und Handelsbeziehungen in vorkolonialer Zeit und jenen des Erdölhandels im unabhängigen Nigeria gezogen werden konnten. Eine Einführung in die Kolonialgeschichte erschien mir unerlässlich für das Verständnis dafür, welche politischen und wirtschaftlichen Wege der nigerianische Staat nach der Unabhängigkeit einschlug.
- ❖ Für eine Analyse der menschenrechtlichen Situation im Nigerdelta, genauer gesagt der zahlreichen Verletzungen der Menschen- und Grundrechte im Zuge der Erdölindustrie, vor allem während der letzten Phase der Militärdiktatur in den 1990er Jahren, mussten menschen- und grundrechtliche Aspekte betrachtet werden.

- ❖ Um den Aufbau des nigerianischen (Bundes)Staates und die damit einhergehende Finanz- und Steuerverwaltung und deren Besonderheiten verstehen zu können, war eine Auseinandersetzung mit verfassungs- und steuer- bzw. finanzrechtlichen Themen unabdingbar.
- ❖ Für eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen ethnischer Milizen oder vermeintlich „ethnischer“ Konflikte in Nigeria, mit Themen wie der Machtverteilung in einem multiethnischen Staat und der Situation der Minderheiten, sowie Fragen nach den Zusammenhängen zwischen Korruption, Patronage und ethnischen Identitäten, wurden unter anderem ethnographische Werke herangezogen. Eine Dekonstruktion von Konzepten wie Ethnizität und Ethnozentrismus war unerlässlich, um das „westliche Stammesdenken“ im Sinne einer „Ethnisierung“, d.h. eines Überstülpens ethnischer Identitäten von außen und einer Betrachtung und Interpretation afrikanischer politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen durch die Brille der Ethnizität zu entlarven.
- ❖ Die Aufarbeitung aktueller Entwicklungen, wie etwa tagespolitischer Themen, wirtschaftlicher Maßnahmen und Pläne in der Erdöl- und Erdgasindustrie, Proteste der Bevölkerung, Tätigkeiten von MEND und Entfaltung des Amnestieprogramms, erfolgte in erster Linie durch eine Analyse nigerianischer und internationaler Tageszeitungen. Zahlreiche Leserkommentare der *Online*-Ausgaben der Tageszeitungen halfen dabei, einen kleinen - wenn auch kritisch zu betrachtenden - Einblick in die Rezeption der Artikel und der aktuellen Geschehnisse zu erhalten.
- ❖ Eine Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Ausrichtung des nigerianischen Staates und den im Laufe der Zeit getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist ebenso essentiell, wie eine Darstellung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen Nigerias und seiner Position in einer globalen Wirtschaft, welche sich wiederum auf die Beziehungen zu den internationalen Ölkonzernen auswirken, die im Nigerdelta operieren. Zu diesem Zweck wurden vor allem wirtschaftlich-politische Theorien im Bezug auf die Auswirkungen von Ressourcen und Renteneinnahmen herangezogen.

In **Kapitel 2** werden einzelne Aspekte der vorkolonialen Geschichte des Nigerdeltas behandelt, insbesondere der transatlantische Sklavenhandel und der Palmölhandel im Nigerdelta. Es werden die Parallelen zwischen den Handelsbeziehungen des Nigerdeltas mit

Europa im Zuge des Palmölhandels in vorkolonialer Zeit mit jenen des Erdölhandels des 20. und 21. Jahrhundert aufgezeigt: Das Nigerdelta war schon in vorkolonialer Zeit aufgrund seiner Ressourcen, Sklaven und später Palmöl, in die Weltwirtschaft eingebunden und von (wirtschafts)politischen Entscheidungen internationaler Akteure beeinflusst und bestimmt, eine Entwicklung, die schließlich mit zur Etablierung des britischen Kolonialstaats Nigeria führte.

Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen und Maßnahmen der britischen Kolonialherren hatten tiefgreifende Veränderungen für den späteren unabhängigen Staat Nigeria zur Folge und prägten diesen langfristig, wie im **Kapitel 3** dargelegt wird. Vor allem das System *Indirect Rule* und die damit einhergehende *divide and rule*-Politik der Kolonialherren waren einerseits ursächlich für die Akzentuierung von „ethnischen“ Identitäten und „ethnischer“ Konkurrenz und führten im schlimmsten Fall zu „ethnischen“ Konflikten; andererseits wurde durch eine solche Form der Verwaltung Korruption gefördert und nahezu legitimiert.

Ein weiterer wichtiger Teil des **3. Kapitels** ist die wirtschaftliche Entwicklung des Kolonialstaates und das Zusammenspiel zwischen der Gründung der *Marketing Boards*, der Bildung von Eliten und den Anfängen patronageähnlicher Strukturen.

Kapitel 4 thematisiert Ethnizität und ethnische Politik in Nigeria. Es wird herausgearbeitet, wie ethnische Identitäten und Konflikte von politischen Eliten konstruiert und instrumentalisiert wurden und werden und wie politische Eliten ihren „Kampf“ um Macht im nigerianischen Staat mithilfe eines Rückgriffs auf ethnische Zusammengehörigkeit und Abgrenzung zu verschleiern versuchten und versuchen. Der Zusammenhang zwischen dem Übergang zur Zivilregierung in Nigeria im Jahr 1999 und der rasanten Verbreitung von militanten (politischen) Bewegungen um die Jahrtausendwende ist essentiell für das Verständnis der Hintergründe ethnischer Milizen in Nigeria.

Kapitel 5 greift das Schlagwort „Ressourcenkontrolle“ auf, das im Nigerdelta von verschiedensten Akteuren als Motor ihrer Aktivitäten genannt wird. Die Entstehung ethnischer Milizen wird ebenso erörtert, wie die schwierige Abgrenzung „revolutionärer“ Gruppierungen mit politischen Zielen von kriminellen Vereinigungen, welche vorwiegend von finanziellen Motiven geleitet werden. Das Zusammenspiel zwischen *ethnic militia* und

Korruption und Patronage steht damit in engem Zusammenhang. Die Entstehung von MEND wird anhand der Geschichte der Ijo in Warri aufgerollt und die Auswirkungen der von den *ethnic militia* ausgehenden Gewalt und der damit einhergehenden angespannten Sicherheitslage im Nigerdelta auf die Erdölproduktion werden dargestellt, sowie die Versuche der Regierung, der Situation mithilfe des Amnestieprogramms aus dem Jahr 2009 Herr zu werden.

Der Aufbau der Bundesrepublik Nigeria und seine Charakteristika stehen in engem Zusammenhang mit der nigerianischen Finanz(verteilungs)politik. Die nigerianische Finanzverteilung ist eines der umstrittensten und mestdiskutierten Themen der nigerianischen Politik, was sich in der großen Zahl der Finanzkommissionen und verschiedenen Verteilungsschlüssel und –prinzipien widerspiegelt. Aspekte, wie der Zusammenhang zwischen Finanzverteilung und Machtverteilung im nigerianischen Staat und damit einhergehend die Kontroverse um die Anwendung des Derivationsprinzips, werden in **Kapitel 6** anhand eines Überblicks über die verschiedenen *Revenue Allocation Formula* (Finanzverteilungsformeln) seit den 1950ern erörtert. Das Zusammenspiel zwischen Zentralisierungstendenzen in der Finanzverteilung und Korruption und ethnischen Spannungen findet seinen Niederschlag im Streben nach Ressourcenkontrolle und in der Bildung von *ethnic militia* im Nigerdelta. Aspekte, wie die Auslandsverschuldung des nigerianischen Staates und ihre Auswirkungen auf die Finanzpolitik bilden einen weiteren Teil dieses Kapitels.

Kapitel 7 ist primär wirtschaftlichen Aspekten der Erdölindustrie gewidmet und analysiert die zentrale Stellung des Erdölsektors in der nigerianischen Wirtschaft, deren Schattenseiten sich insbesondere in Krisenzeiten wie der Wirtschaftskrise in den 1970er und 1980er Jahren manifestierten. Die potentiellen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen (Inflation, Deindustrialisierung uva.) der Abhängigkeit eines Staates von Ressourceneinnahmen werden ebenso erörtert, wie die negativen Auswirkungen auf staatliche und politische Strukturen, wie etwa Korruption und Vetternwirtschaft. Dieses Kapitel gibt auch einen Einblick in die Geschichte der nigerianischen Erdölindustrie sowie in die immer bedeutsamer werdende Erdgasindustrie und stellt die veränderten Interaktionen und Abhängigkeiten zwischen nigerianischem Staat und multinationalen Erdölkonzernen dar. Die deutlichsten Ausprägungen dieser veränderten Wirtschaftsbeziehungen zeigen sich an der Indigenisierungspolitik des nigerianischen Staates, etwa durch Gründung staatlicher

Erdölgesellschaften wie der *Nigerian National Petroleum Corporation* und Maßnahmen zur stärkeren Einbeziehung nigerianischer Unternehmen in die Erdölindustrie und letztlich auch am Auftreten neuer (asiatischer) Investoren in Nigeria.

Die vielfältigen Interaktionen zwischen nigerianischem Staat, multinationalen Erdölkonzernen und der Bevölkerung des Nigerdeltas werden in **Kapitel 8** aufgerollt. Es werden Allianz- und Konkurrenzbeziehungen zwischen dem Staat und den Erdölkonzernen analysiert. Anhand des Beispiels der Ogoni und des *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP) wird aufgezeigt, welche Konsequenzen die enge Beziehung zwischen Staat und Erdölkonzernen für die Bevölkerung hatte und hat. Anschließend werden Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Erdölindustrie und die unrühmliche Verwicklung der Erdölkonzerne in ebendiese aufgezeigt und der Verantwortung der Konzerne für das Wohlergehen der Bevölkerung in Bezug auf Menschenrechte, „Entwicklung“ und Umweltschutz gegenübergestellt. Defizite beim Schutz der Umwelt und bei Maßnahmen zur Beseitigung von (Umwelt)Schäden im Zuge der Erdöl- und Erdgasproduktion werden aufgezeigt und Ansätze der verschiedenen Akteure - des nigerianischen Staates, der Konzerne und der Bevölkerung - zur Lösung der Konflikte im Nigerdelta und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region gegenübergestellt.

2. Das Nigerdelta in vorkolonialer Zeit

„The Niger Delta has been a major centre of exchange of slaves and palm oil with the western world, and the people have been the middlemen between the Nigerian world and Atlantic Europe and America.“ (Alagoa 2004:2)

Archäologische Ausgrabungen im Nigerdelta zeugen davon, dass das Gebiet schon vor mehr als tausend Jahren bevölkert war. Das Nigerdelta war ab dem 15. Jahrhundert ein zentraler Teil der westafrikanischen Sklavenküste und entwickelte sich im 19. Jahrhundert zum Angelpunkt des Handels mit Palmöl, was sich in der Bezeichnung „Oil Rivers“ widerspiegelt, und bildet seit den 1960er Jahren den Mittelpunkt der Erdöl- und Erdgasindustrie Nigerias (vgl. Alagoa 2004:7f).

Vor der Ankunft der ersten Europäer an der Küste des Nigerdeltas gab es vor allem im Osten Königreiche und in sämtlichen Teilen des Nigerdeltas demokratisch organisierte Dorfgemeinschaften (vgl. Alagoa 2004:8; Isichei 1983:166f). Ein großer Teil der Bevölkerung des Deltas setzte sich aus Ijo-Sprachgruppen zusammen, welche in relativ kleinen und verstreuten Fischerdörfern in der Größenordnung von Hunderten bis zu einigen Tausend EinwohnerInnen lebten.⁵ Die Ijo und ihre Nachbarn betrieben Handel untereinander und mit der im Hinterland ansässigen Bevölkerung wie den Igbo und Ibibio, welche Gemüse und Eisenwerkzeuge im Austausch gegen Salz und Trockenfisch lieferten (vgl. Crowder 1973:79; Isichei 1983:86,166).

2.1. Zum atlantischen Sklavenhandel

Im Jahr 1472 landeten Fernão do Po und Pero de Cintra als erste Europäer in der Bucht von Benin und Biafra. Die Motive der Portugiesen und anderer europäischer Seemächte, Reisen nach Afrika zu unternehmen, waren wirtschaftlicher und wissenschaftlicher, aber auch religiöser Art. Die Portugiesen schlossen Verträge mit lokalen Königen, welche ihnen erlaubten, sich an strategischen Standorten an der Küste niederzulassen. Sie hielten sich in Küstennähe auf und vermieden es, ins Landesinnere vorzudringen, da ihnen der Zugang von

⁵ Diese Dörfer waren in verschiedene Häuser unterteilt, die sich nach der patrilinearen Zugehörigkeit richteten (Crowder 1973:79).

den lokalen Herrschern verwehrt wurde und sie dem Klima und den Krankheiten im Landesinneren nicht gewachsen waren. Die portugiesischen Händler kauften anfangs hauptsächlich Pfeffer, Gold, Elfenbein und Zucker und ab dem Beginn des 16. Jahrhunderts Sklaven. Andere europäische Nationen folgten ihnen nach. Im 16. Jahrhundert etablierten sich vermehrt Engländer im Golf von Guinea und wurden im Küstengebiet des heutigen Nigerias zu den führenden Sklavenhändlern (vgl. Crowder 1973:67ff; Schicho 2001:77).

Viele der versklavten Frauen, Kinder und Männer wurden in den Häfen von Bonny, New Calabar und Old Calabar verschifft. Diese Häfen wuchsen als Reaktion auf die steigende Nachfrage der Europäer nach Sklaven⁶ (Crowder 1973:72). In den Häfen des Nigerdeltas waren ab dem 18. Jahrhundert vor allem britische Sklavenhändler tätig, die englischen Städte Liverpool und Bristol verdankten ihre Expansion zu jener Zeit großteils dem Handel mit SklavInnen. „Thus in the seventeenth and eighteenth century the West Coast of Africa became a centre of European enterprise and rivalry with slaves as the prize.” (Crowder 1973:73) Die europäischen Händler bezahlten für die Sklaven unter anderem mit Salz - wodurch die lokale Salzproduktion zurückging -, mit Waffen, Werkzeugen, mehr oder weniger wertvollen Konsumgütern wie Stoffen, Glasperlen, Korallen oder Alkohol und Kupfer- oder Messingarmbändern (Manillas), welche als Währung dienten (vgl. Okonta 2003:6; Schicho 2010:37).

Die europäischen Sklavenhändler benötigten die Unterstützung zumindest eines Teils der einheimischen Bevölkerung, da ihre Sklavenraubzüge entlang der Küste wenig lukrativ waren und sie aufgrund der Ablehnung der lokalen Herrscher und des für sie ungünstigen Klimas nicht ins Landesinnere vordringen konnten. Die europäischen Abnehmer an der Küste bezogen ihre „menschliche Ware“ von einheimischen Mittelsmännern, welche die SklavInnen im Hinterland erwarben oder entführten und an die Küste brachten. Es lag somit auch nicht im Interesse dieser Mittelsmänner, dass die europäischen Händler weiter in das Land vordrangen und direkt mit den Regionen, welche die SklavInnen verkauften, in Handelsbeziehungen traten (vgl. Crowder 1973:73).

⁶ Die Ursache der Nachfrage nach afrikanischen Sklaven war die Entdeckung Amerikas und der Bedarf an billigen Arbeitskräften in Bergbau und Landwirtschaft bei der Ausbeutung der vorhandenen Bodenschätze. Ein großer Teil der indigenen Bevölkerung Amerikas verstarb bei der schweren Arbeit und afrikanische Sklaven sollten diese Arbeitskräfte ersetzen (vgl. Crowder 1973:72; Isichei 1977:6).

Isichei (1983:108) bezeichnet den Sklavenhandel als eine ausbeuterische Allianz zwischen einer einheimischen Elite und einem externen Nutznießer zum Nachteil der ländlichen Bevölkerung: „The trade in slaves, whether Saharan or Atlantic, was essentially an exploitative alliance between a comprador class – rulers, merchants, and military aristocracy – which joined with an external exploiter to prey upon the peasant population.“ (Isichei 1983:108) Dieses Muster einer Allianz zwischen externen Nutznießern und einheimischer Elite zu Lasten der ansässigen „einfachen“ Bevölkerung setzt sich in der Erdölindustrie fort. (vgl. Eckert 2010:82f)

2.1.1. Gesellschaftliche Veränderungen im Nigerdelta

Der Sklavenhandel führte zu großen Veränderungen für das politische und soziale Leben im Nigerdelta und im angrenzenden Hinterland, woher ein großer Teil der Sklaven stammte. „It was in the Niger Delta and its hinterland that the Atlantic relationship modified people’s lives most, and became dominated by the trade in slaves.“ (Isichei 1983:96) Die Bevölkerungszahl im Nigerdelta stieg stark an, Fischerdörfer, die an günstigen Standorten am Ufer des Niger gelegen waren, wuchsen zu mächtigen Handelszentren heran. Beispiele für diese expandierenden Städte bzw. Stadtstaaten sind Bonny, New Calabar/Owome, Old Calabar, das Itsekiri-Königreich Warri, Okrika und Brass/Nembe (vgl. Crowder 1973:79; Okonta 2003:5f; Alagoa 2004:8f).⁷

Die Handelsbeziehungen zwischen der Bevölkerung des Nigerdeltas und des Hinterlands veränderten sich mit der Ankunft der Europäer und dem Beginn des Atlantikhandels. Die Europäer brachten einige der Güter mit, welche die Händler des Deltas zuvor aus dem Hinterland bezogen hatten, wie Salz, Trockenfisch und Metallwerkzeuge. Der Handel mit selbigen wurde dadurch für die Staaten des Nigerdeltas und Hinterlands unrentabel und so konzentrierten sich diese auf den lukrativeren Sklavenhandel. Die Ijo „versorgten“ die europäischen Sklavenhändler hauptsächlich mit Igbo-sprachigen SklavInnen aus dem Hinterland, sie verkauften jedoch nicht alle der von ihnen herbeigebrachten SklavInnen den Europäern, sondern behielten einen Teil der Menschen in ihren Dorfgemeinschaften zurück. In vielen Dörfern bzw. Städten war es den SklavInnen möglich, sich in die Gesellschaft zu

⁷ Isichei (1983:166) nimmt an, dass sich vor allem jene Staaten auf die Exportwirtschaft spezialisierten, welche auch vorher schon Fernhandel betrieben hatten.

integrieren, wodurch diese Orte rasch expandierten (vgl. Crowder 1973:80f; Isichei 1977:7; Okonta 2003:6).

Der Atlantikhandel hatte unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Gemeinschaften des Nigerdeltas. Während einige Ijo-Dörfer relativ unberührt vom Handel mit den Europäern weiterhin Fischfang und Salzgewinnung betrieben, erlangten Staaten wie Bonny, Nembe oder Calabar Macht und Reichtum. Die Schattenseiten dieser Entwicklungen waren vermehrte Kriege und soziale Polarisierung (vgl. Isichei 1983:166).

Jene Ijo-Dörfer, die den Sklavenhandel dominierten, erfuhren markante interne Veränderungen ihres sozialen Gefüges. Einerseits expandierte die Bevölkerung, andererseits veränderten sich soziale Strukturen innerhalb der Dörfer und Städte. Durch die Ausrichtung auf die „Exportwirtschaft“ mit SklavInnen erfolgte eine gewisse Individualisierung der Gesellschaft, da nun die eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schlüssel zu höheren Positionen im sozialen Gefüge war. Beim Zugang zu politischer Macht verdrängten Kriterien wie wirtschaftlicher Erfolg und finanzielles Vermögen das Kriterium der Abstammung, was daran lag, dass wirtschaftliches Geschick unerlässlich war, um im Sklavenhandel konkurrenzfähig zu bleiben. Einflussreiche Händler erlangten im 18. Jahrhundert zunehmend politische Macht und Ämter. Bei den Ijo zeigte sich diese soziale Veränderung an der Organisation der (Kanu)Häuser, welche ab dem 17. Jahrhundert an Bedeutung gewannen und die Zugehörigkeit bzw. die Ausrichtung der Gesellschaft auf die Abstammung verdrängten. Bei den Ijo konnten auch fähige Mitglieder Sklavenursprungs die Führung eines der Häuser übernehmen und Machtpositionen bekleiden, ein Beispiel hierfür ist der spätere Herrscher Ja Ja von Opobo im 19. Jahrhundert (vgl. Crowder 1973:81f; Isichei 1983:167).

Gleichzeitig kam es zu einer stärkeren Polarisierung und Zentralisierung der Gemeinschaften, da die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einiger weniger konzentriert war. Der Außenhandel führte zu wesentlichen politischen und sozialen Veränderungen für die betroffenen Staaten, vornehmlich zu einer sozialen Polarisierung, die mit dem Sklavenhandel begann und darauf zurückzuführen war, dass er hauptsächlich von Königen und wohlhabenden Händlern ausgeübt wurde und diese sich auf Kosten der Bevölkerung bereicherten (vgl. Crowder 1973:81f; Isichei 1983:97,167).

2.1.2. Vom Sklavenhandel zum „legitimen“ Handel mit Palmöl im Nigerdelta

Das Verbot des Sklavenhandels durch die Briten im Jahr 1807⁸ kann als Wendepunkt in der Geschichte des Nigerdeltas (und in einem größeren Rahmen Nigerias) gesehen werden, da damit die Fundamente des sogenannten „legitimen“ Handels zwischen der Region und Großbritannien gelegt wurden. Diese modifizierten wirtschaftlichen Beziehungen gingen einher mit einer zunehmenden politischen Einflussnahme Großbritanniens auf interne Angelegenheiten der afrikanischen Herrscher, welche in der Kolonisierung des Gebietes gipfelte (vgl. Crowder 1973:124; Ikime 1977:5; Sonderegger 2008:93).

Tatsächlich waren es vorwiegend wirtschaftliche Gründe, die Großbritannien dazu bewegten, sich von der Sklaverei loszusagen. Großbritannien war auf dem besten Weg, die erste industrielle Nation Europas zu werden. Als Industriestaat brauchte Großbritannien Märkte, um seine Güter zu verkaufen. Die Briten betrachteten den Sklavenhandel als einen Störfaktor bei der Erschließung der westafrikanischen Märkte und beim Handel mit Palmöl und beschlossen diesen zu unterbinden, etwa durch Verträge mit lokalen Herrschern. Im Zuge der Industrialisierung stieg die Nachfrage nach Palmöl in Europa, welches als Brennmaterial verwendet, zu Seifen und Kerzen verarbeitet und in den Fabriken als Schmiermittel verwendet wurde. Später wurde es zur Herstellung von Margarine gebraucht, Abfallprodukte wurden als Futtermittel für das Vieh verwertet (vgl. Sonderegger 2010:220f; Isichei 1983:98; Ikime 1977:5).

Auch andere Länder beschlossen, dem Sklavenhandel ein Ende zu setzen - Dänemark im Jahr 1804, die USA 1808, Schweden 1813 und die Niederlande 1814. Dennoch hielten sich Länder wie Spanien, Portugal und Brasilien und einzelne Sklavenhändler nicht an das von Großbritannien ausgehende Verbot und der illegale Handel florierte. Dies deshalb, da die Nachfrage nach Sklaven trotz des Verbotes nach wie vor groß war und auch die Staaten des Nigerdeltas den lukrativen Handel nicht so plötzlich aufgeben wollten. Besonders der Staat Bonny machte weiterhin Geschäfte mit amerikanischen, portugiesischen und spanischen Sklavenhändlern, Piraten und Freibeutern. Daneben handelte Bonny auch mit Palmöl, wodurch es zur Konkurrenz zwischen „legitimen“ und „illegitimen“ Händlern kam. Der Sklavenhandel nahm somit kein schnelles Ende, zumal auf den Zuckerrohrplantagen in Kuba

⁸ Zu jener Zeit war es britischen Staatsbürgern jedoch nur untersagt, mit Sklaven zu handeln, nicht aber, diese zu besitzen. (Isichei 1983:97f)

und auf den Kaffeeplantagen in Brasilien reichlich billige Arbeitskräfte benötigt wurden und in Nigeria SklavInnen bei der Palmölproduktion eingesetzt wurden. Noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verließen Sklavenschiffe die westafrikanische Küste (vgl. Shicho 2001:77; Ikime 1977:5ff).

Ikime (1977:5) sieht das von Großbritannien ausgehende Verbot des atlantischen Sklavenhandels als einen Wendepunkt in den afrikanisch-britischen Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Art und als einen Wegbereiter für die Etablierung der britischen Kolonialmacht in Nigeria. Die Briten, die zuvor kaum Einfluss auf politische und staatliche Angelegenheiten der lokalen Herrscher genommen hatten, begannen durch das von ihnen auferlegte Verbot des Sklavenhandels und die von ihnen getroffenen Maßnahmen zur Durchsetzung des Verbots, sich vermehrt aktiv politisch zu betätigen und die Souveränität afrikanischer Herrscher zu verletzen.⁹ „The era of gunboat politics had dawned“ (Ikime 1977:6)

Vor allem die britischen Missionare sahen den Handel mit Palmöl als eine Möglichkeit, den Sklavenhandel effektiv zu bekämpfen und langfristig zu beenden. Da sich das britische Verbot des Sklavenhandels und die dafür errichtete Patrouille zur See lange nicht durchsetzen konnten, sollte ein Weg gefunden werden, das Problem an seiner Wurzel zu bekämpfen: die Einnahmequellen der afrikanischen Staaten aus dem Sklavenhandel sollten durch Einnahmen aus dem „legitimen“ Handel ersetzt werden (vgl. Crowder 1973:140ff; Ikime 1977:7).¹⁰

Einige der afrikanischen Staaten, welche durch den Exporthandel mit Sklaven erstarkt und auf diesem aufgebaut waren, gerieten mit dessen Abschaffung in ökonomische Schwierigkeiten. Die Staaten des Nigerdeltas und das Hinterland besaßen jedoch mit den Ölpalmen ein alternatives Exportgut, mit schiffbaren Flüssen und Wasserläufen die zum Meer führten, waren auch günstige Transportwege vorhanden (vgl. Isichei 1983:98f).¹¹

⁹ Erst später schlossen die Briten mit den afrikanischen Machthabern Anti-Sklaverei-Verträge, die sie anschließend oft als Vorwand nahmen, um bei behaupteten Zuwiderhandlungen die betreffenden Staaten bzw. Städte zu attackieren und unerwünschte Herrscher abzusetzen (vgl. Ikime 1977:7).

¹⁰ Zur Förderung der Verbreitung des Christentums und seinen Werten und des legitimen Handels beteiligten sich Missionare auch an der Erkundung des Landesinneren. (Crowder 1973:140ff)

¹¹ Das Palmöl wurde auf den Märkten im Landesinneren vorbereitet, indem die Früchte der Ölpalme gekocht wurden und das Öl abgeschöpft wurde. Das so hergestellte Palmöl wurde daraufhin zu den Häfen des Deltas oder nach Lagos transportiert (vgl. Crowder 1973:152).

Zwischen 1830 und 1850 war der Handel mit Palmöl stark angestiegen: Calabar exportierte 1828 bereits 2000 Tonnen Palmöl, Bonny exportierte zu jener Zeit noch hauptsächlich SklavInnen, beteiligte sich in den darauffolgenden Jahren aber immer stärker am Palmölhandel. In den Jahren 1855-1856 produzierte das Nigerdelta, und hier vor allem die Städte Bonny, New Calabar, Old Calabar und Brass, mehr als die Hälfte des gesamten aus Afrika exportierten Palmöls (vgl. Crowder 1973:129,152).

Das Muster der afrikanisch-europäischen Handelsbeziehungen änderte sich vorerst nur wenig: „[...] the old trading organization that was built up to deal with the slave trade was taken over unmodified to cope with the new trade in palm-oil.“ (Crowder 1973:129) Die vorwiegend britischen Käufer des Palmöls, bekannt als die „Liverpool-traders“ oder „palm-oil ruffians“, aufgrund der Tatsache, dass sie wenig Wert auf fairen und rechtmäßigen Handel legten, hielten sich nach wie vor an der Küste auf und bezogen das Palmöl über Zwischenhändler aus dem Nigerdelta von den Produzenten im Hinterland. Der Palmöl-Handel war geprägt von Gesetzlosigkeit und Konflikten zwischen afrikanischen und europäischen Händlern, welche einander attackierten und bestahlen, wenn es zu Unstimmigkeiten bezüglich der Zahlungsmodalitäten und Beschaffenheit der gelieferten Waren kam. „The men involved in the palm oil trade were the same who had been involved in the rough and tough days of the slave trade. While the commodity of trade changed, neither men, methods, nor morality had changed very much. These men were thus palm oil ruffians as they had first been slave trading ruffians.“ (Ikime 1977:16f)

Der Handel mit Palmöl verlangte den afrikanischen Mittelmännern im Handel einen hohen Kapitaleinsatz ab, da diese viele Arbeitskräfte (meistens SklavInnen) benötigten, welche mit Kanus das Palmöl aus dem Hinterland brachten und an der Küste weiterverkauften. Das Problem der Kapitalbeschaffung wurde durch das *trust system* gelöst. Die britischen Händler gewährten dafür den Zwischenhändlern sogenannte Warenkredite (*trust*). Die Zwischenhändler lieferten den Palmölbauern einen Teil dieser Güter im Austausch gegen Palmöl und in geringeren Mengen Elfenbein, Holz und Bienenwachs (vgl. Crowder 1973:152f; Schicho 2001:77; Ikime 1977:15).

Der „legitime“ Handel führte zu einem Anstieg an lokaler Sklaverei, da für die Produktion und den Transport von Palmöl viele Arbeitskräfte benötigt wurden. SklavInnen, welche davor selbst Exportgut gewesen waren, waren nun selbst in der Exportwirtschaft tätig, indem sie

Güter produzierten, transportierten und manchmal auch damit handelten (vgl. Sonderegger 2008:90; 2010:221f; Eckert 2010:83; Schicho 2011:63).

Die Staaten des Nigerdeltas hatten eine starke Abhängigkeit vom Atlantikhandel entwickelt. Kam es zu Störungen oder Unterbrechungen der Handelsbeziehungen mit den europäischen Händlern, hatte dies mitunter drastische Folgen für die betroffenen Staaten. Ein Beispiel hierfür ist Bonny, das einen Zusammenbruch seiner Wirtschaft erlitt, als König Ja Ja von Opobo die Stadt von ihren Ölmärkten abschnitt. Die Versuche europäischer Händler, die afrikanischen Mittelmänner zu umgehen und direkt mit den Ölproduzenten zu handeln, hatten ähnliche Auswirkungen auf die betroffenen Gemeinschaften (vgl. Isichei 1983:100).

Der Mangel an attraktiven Investitionsmöglichkeiten manifestierte sich auch darin, dass Könige und erfolgreiche Händler den erwirtschafteten Reichtum häufig für Luxusgüter ausgaben oder ungenützt anhäuften (vgl. Isichei 1983:255). „Their merchant princes imported prefabricated houses in which they had no desire to live and hoarded iron bars uselessly buried in the ground.“ (Isichei 1983:103) Abgesehen davon, dass ein großer Teil der importierten Güter von minderer Qualität und geringem Nutzen war – mit Ausnahme von Eisen, woraus landwirtschaftliche Geräte und Waffen hergestellt wurden – führte der Import von Gütern wie Salz, Kleidung und Eisen auch zu einer gewissen Deindustrialisierung, da die Einfuhr dieser Güter nun billiger bzw. einfacher war als deren lokale Produktion (vgl. Isichei 1983:102f).

Im 19. Jahrhundert fand eine verstärkte Polarisierung der Gesellschaften statt. Der Palmölhandel bereicherte eine Minderheit von Königen und Händlern. Während die Führungsschicht und Elite vermehrt europäische (Luxus)Güter konsumierte, stiegen die Bevölkerungszahlen der Staaten des Nigerdeltas an, unter anderem durch die kontinuierliche Eingliederung von SklavInnen, welche in der Landwirtschaft und Palmölwirtschaft beschäftigt waren. Trotz des „Verbots“ des Sklavenhandels durch die Briten 1807 kauften Händler des Nigerdeltas immer noch SklavInnen aus dem Hinterland, welche nun nicht mehr an die Europäer veräußert und „exportiert“, sondern in der Palmölwirtschaft eingesetzt wurden. Abgesehen von wenigen Ausnahmen lebten diese SklavInnen in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen. In manchen Staaten hatten sie zwar gewisse Rechte und übernahmen politische Verantwortung und Initiative, in anderen, wie beispielsweise Old Calabar, lebten sie außerhalb der Gesellschaft und des Rechtssystems (vgl. Isichei 1983:230ff;

Crowder 1973:84; Sonderegger 2008:90; 2010:221f; Eckert 2010:83;). Isichei (1983:245) erwähnt auch die Zusammenhänge zwischen Zentralisierung und Polarisierung von Gesellschaften und erklärt, wie die Sklaverei den herrschenden Klassen ermöglichte, sich die erwirtschafteten Profite und Erträge aus Produktion und Handel anzueignen. Dennoch war der Palmölhandel für die SklavInnen eine Möglichkeit, ihre gesellschaftliche Position zu verbessern und sogar Machtpositionen zu erlangen (vgl. Crowder 1973:84).

Der „legitime“ Handel mit Palmöl führte zu langfristigen politischen Veränderungen für die Staaten des Nigerdeltas. Während die europäischen Staaten die Souveränität der afrikanischen Staaten während des Sklavenhandels weitgehend akzeptiert hatten, änderte sich die Einstellung der Briten gegenüber den lokalen Herrschern und Staaten zunehmend, es kam zu einer kontinuierlichen Aushöhlung der Souveränität der Staaten des Nigerdeltas. Der Hauptgrund hierfür war, dass der Handel mit Palmöl so wichtig geworden war, dass es die Briten als notwendig erachteten, zur Sicherung ihrer Interessen die politische Macht der lokalen Herrscher zu untergraben und ihre Kontrolle über die Staaten des Nigerdeltas auszuweiten (vgl. Schicho 2001:77; Crowder 1973:129f; Ikime 1977:3ff).

1849 bestellte Großbritannien John Beecroft zum britischen Konsul für die Bucht von Benin und Biafra. Mit seiner Ernennung wurde der Grundstein britischer (Kolonial)Macht in Nigeria gelegt (vgl. Ikime 1977:22). Die Einführung der Konsule hatte tiefgreifende Folgen für die politische und wirtschaftliche Autorität und Souveränität der Könige der Delta-Staaten. Beecroft griff regelmäßig in innenpolitische Angelegenheiten afrikanischer Staaten ein, indem er sich zum Beispiel jener Herrscher zu entledigen versuchte, die den wirtschaftlichen Interessen der Briten entgegenstanden und von ihm geförderte und abhängige Könige einsetzte; wobei seine Bemühungen nicht immer von Erfolg gekrönt waren (vgl. Crowder 1973:153ff).

Im 19. Jahrhundert veränderten sich die afrikanisch-europäischen Beziehungen im Sinne eines wachsenden Imperialismus. Damit einhergehend änderten sich auch die Handelsbeziehungen zwischen afrikanischen und europäischen Händlern. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren nur einige wenige große und gut organisierte europäische Firmen in der Lage, den Palmölhandel im Nigerdelta mit den damit verbundenen Schwierigkeiten und hohen Kosten zu führen. Dies änderte sich 1852 mit der Ankunft der Macgregor Laird's African Steamship Company, die einen Postdienst zwischen Westafrika und Großbritannien einrichtete. Kleinere

Händler, die sich eigene Schiffe nicht leisten konnten, hatten nun die Möglichkeit, Ladeflächen auf den Dampfern für ihre Handelstätigkeiten zu mieten (vgl. Ikime 1977:30; Crowder 1973:158).

Diese Neuerung hatte beträchtliche Auswirkungen auf den Handel im Nigerdelta: Die Händler aus Liverpool hatten nun Konkurrenten und sahen ihr Monopol und damit ihre Profite gefährdet. Für die Händler des Deltas war diese Situation anfangs insofern vorteilhaft, als sie nun mehrere Abnehmer und dadurch eine bessere Verhandlungsbasis bezüglich der Preisgestaltung hatten. Die afrikanischen Händler hatten durch die Dampfschiffe von Macgregor Laird auch die Möglichkeit, die britischen Händler zu umgehen und ihr Palmöl direkt nach Großbritannien zu liefern. Die veränderte Situation führte zu Unmut bei den alteingesessenen englischen Händlern, welche nun geringere Gewinne erzielten. Gleichzeitig versuchten immer mehr britische Händler, ins Hinterland vorzudringen, was sowohl die Händler des Deltas als auch die Liverpool-Händler zu verhindern suchten (vgl. Ikime 1977:30f; Crowder 1973:158ff).

Die wachsende Konkurrenz zwischen den britischen Händlern, unfaire Handelspraktiken seitens der britischen Händler und der Vorstoß britischer Händler wie der Macgregor Laird Company in das Landesinnere führten zunehmend zu Spannungen zwischen nigerianischen und britischen Händlern und britischen Händlern untereinander. Die Händler des Nigerdeltas reagierten auf Ungerechtigkeiten seitens der Briten mitunter mit Handelsblockaden und Angriffen auf britische Handelsstationen, zumal die englischen Händler für von ihnen begangene Regel- und Gesetzesverstöße nicht verurteilt werden konnten.¹² Die Briten konterten auf derartige Angriffe auf britisches Eigentum mit Bombardements von Städten (vgl. Ikime 1977:31ff; Crowder 1973:160ff).

Vor 1870 war das Nigerdelta und dessen Hinterland beinahe zur Gänze britisches Einflussgebiet gewesen. Einhergehend mit den imperialistischen Bestrebungen Europas jener Zeit versuchten nun auch französische und deutsche Händler im Gebiet rund um das Nigerdelta Fuß zu fassen. Zu den bestehenden Hemmnissen für den britischen Handel durch

¹² Um Handelsdispute zu schlichten, errichtete der britische Konsul Beecroft 1850 in Bonny das erste *Equity*-Gericht, welches sich aus Händlern des Deltas und britischen Händlern mit Beecroft als Vorsitzendem zusammensetzte. In den darauf folgenden Jahren wurden auch in anderen Städten *Equity-Courts* errichtet (vgl. Crowder 1973:153f). Ikime (1977:25f) sieht die Schaffung dieser Gerichte als einen Einschnitt in die Souveränität Bonnys bzw. der betroffenen Staaten, umso mehr, als die europäischen Händler in den Gerichten die Mehrheit hatten und Entscheidungen selten zugunsten der Händler des Deltas ausfielen.

den Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen britischen Firmen und die Konflikte mit verschiedenen Gesellschaften im Hinterland kam noch die Bedrohung einer „ausländischen“ Konkurrenz und Expansion. Taubman Goldie löste das Problem der Konkurrenz zwischen den zahlreichen britischen Firmen, indem er diese 1879 zu einem großen Konzern, der *United Africa Company* (später *National African Company*) zusammenschloss, innerhalb kurzer Zeit auch die französischen Unternehmen aufkaufte und versuchte, eine *Royal Charter* zu erlangen. 1886 erhielt die *National African Company* diese *Royal Charter*, wodurch sie zur *Royal Niger Company* wurde und die britische Regierung ihr gewisse staatliche Befugnisse wie legislative und exekutive Funktionen verlieh und das Recht einräumte, diese mit Waffengewalt durchzusetzen (vgl. Crowder 1973:185ff; Ikime 1977:32f).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veränderte sich der Palmölhandel im Nigerdelta im Sinne eines systematischen Vordringens europäischer Händler in das Hinterland. Dies führte zu einer kontinuierlichen Ausweitung direkter Handelsbeziehungen zwischen europäischen Händlern und Palmölproduzenten im Hinterland des Deltas und zur Aushöhlung des Monopols der Zwischenhändler des Nigerdeltas¹³ (vgl. Crowder 1973:150,164). Die Briten kamen zur Überzeugung, dass für die Sicherstellung eines funktionierenden bzw. eines für sie vorteilhaften Handels britische Befehlsgewalt und Autorität vor Ort unerlässlich waren und weiteten ihre Kontrolle über die politischen und wirtschaftlichen Tätigkeiten der afrikanischen Staaten stetig aus, was schließlich in der Errichtung des Protektorats *Oil Rivers* im Jahr 1885 gipfelte, welches im Jahr 1893 in *Niger Coast Protectorate* umbenannt wurde (vgl. Ikime 1977:39,138; Schicho 2001:77).

„In the Delta bitter competition for the oil markets between the various states and European traders pushed further the local consul's intervention. It was however expanding trade in the hinterland of the Delta, with its superb river highway, the Niger, that eventually led Britain to proclaim a Protectorate over the Niger Districts, and thus lay the foundations of modern Nigeria.” (Crowder 1973:173)

¹³ Die „Entdeckung“ von Chinin als Malariaphylaxe ab 1850 hatte zur Folge, dass nicht mehr ein so hohes Gesundheitsrisiko für die europäischen Händler beim Aufenthalt im Landesinneren bestand.

2.2. Parallelen zwischen Sklaven-, Palmöl- und Erdölhandel

Es ergeben sich somit gewisse Parallelen, was das Muster der Handelsbeziehungen im Nigerdelta während des Sklaven- und später Palmölhandels der vorkolonialen Zeit und des Erdölhandels des unabhängigen nigerianischen Staates betrifft:

Schon in vorkolonialer Zeit war das Nigerdelta aufgrund seiner Ressourcen (SklavInnen und Palmöl) eine wichtige Region für die internationale Wirtschaft. Die Bevölkerung war von der Weltwirtschaft stark beeinflusst bzw. abhängig und stand unter dem Einfluss politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen und Interessen der „Industriestaaten“; welche anfangs mit lokalen Herrschern kooperierten, bis schließlich die Briten die (Kolonial)Macht übernahmen und allein Entscheidungen trafen.

Die Abhängigkeit der Wirtschaft des Nigerdeltas von einem Exportgut – erst SklavInnen und später Palmöl - reicht in vorkoloniale Zeiten zurück. Manche der Nigerdelta-Staaten erkannten die Gefahr, die eine derartige Spezialisierung und Konzentration der Wirtschaft auf nur ein Exportgut mit sich brachte und suchten dies zu ändern, ein Beispiel hierfür ist Calabar. Auch der Preis von Palmöl wurde – vergleichbar mit dem von Erdöl - von einem internationalen Markt bestimmt, auf den die afrikanischen Produzenten keinen Einfluss hatten. (Isichei 1983:98f)

Obwohl der Handel mit Palmöl lukrativ war und jene Staaten, welche sich darauf spezialisierten, florierten, leitete er keine nachhaltige wirtschaftliche (Weiter)Entwicklung dieser Staaten ein. „The city states of the Niger Delta were a classic instance of wealth without development.“ (Isichei 1983:103) Ein Teil der Güter, welche die Europäer gegen SklavInnen eintauschten waren Güter, die schon vor Ort produziert wurden (z.B. Salz) oder es handelte sich um reine Konsumgüter (vgl. Schicho 2010:37). Wie Erdöl ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, führten im Nigerdelta in vorkolonialer Zeit der Sklaven- und später der Palmölhandel somit zu einer Monoexportwirtschaft und Deindustrialisierung und zu einer mehr oder weniger fremdbestimmten Handelspolitik.

Afrikanische SklavInnen und Palmöl trugen nicht unwesentlich dazu bei, in anderen Regionen der Welt Industrie und Landwirtschaft auszubauen und Wohlstand zu schaffen (vgl. Sonderegger 2008:93f). Isichei (1983:103) betont die Ungleichheit des Atlantikhandels, da

die exportierten Güter und damit die Arbeit von AfrikanerInnen in der “Neuen Welt” und in den Industriestaaten wirtschaftlichen Wohlstand schafften, während die von den Europäern importierten Güter zu einem guten Teil Konsumgüter oder sehr kurzlebige Güter waren und darüber hinaus den afrikanischen Staaten nicht ermöglichten, die Produktion anzukurbeln und eine technologische Weiterentwicklung voranzutreiben (vgl. Schicho 2010:37). Diese Situation weist Parallelen zu den Anfängen der Erdölproduktion in Nigeria auf: Rohstoffe - in vorkolonialer Zeit Palmöl und im unabhängigen Nigeria Rohöl - wurden in „den Norden“ exportiert und dort genutzt bzw. weiterverarbeitet, ein Technologietransfer an die afrikanischen Staaten fand bewusst nicht statt.

Ähnlich der Erdölindustrie im 20. und 21. Jahrhundert bereicherte der Sklavenhandel in vorkolonialer Zeit in erster Linie einheimische Eliten und externe Nutznießer - auf Kosten der ansässigen Bevölkerung (vgl. Isichei 1983:245). Dieses Muster einer Allianz zwischen externen Nutznießern und einheimischer Elite zu Lasten der ansässigen „einfachen“ Bevölkerung setzt sich in der Erdölindustrie fort.

3. Nigeria unter britischer Kolonialherrschaft

“From the beginning of the British colonial government at the close of the nineteenth century, the people of the Niger Delta have seen the centres of political decisions affecting their lives move farther away. The centres of trade, business and the economy have also receded from the region. The hope was, that the post-colonial period would make a difference. This has proved to be an illusion, since the instruments of government fell into the hands of members of the majority ethnic communities who decided to use them for narrow class and sectional advantage.” (Alagoa 2004:71)

3.1. Errichtung der britischen Kolonialherrschaft

Bereits im Jahr 1861 hatten die Briten die Kronkolonie Lagos errichtet, im Jahr 1885 erklärten sie das Nigerdelta zum Protektorat *Oil Rivers*¹⁴, welches später als *Niger Coast Protectorate* bis an den Fluss Benue im Norden reichte (vgl. Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:32; Agbu 2004:7). Die *Royal Niger Company*, die von der britischen Krone mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet war und mit zahlreichen Herrschern im Süden Nigerias Schutzverträge abschloss, strebte auch gen Norden und bereitete den Sturz des Kalifats von Sokoto vor. Im Jahr 1900 erwarb die britische Regierung die Territorien der Royal Niger Company, grenzte ihre Einflussphäre gegenüber den Besitzansprüchen Frankreichs und Deutschlands ab und erklärte das Kalifat von Sokoto und das Reich Borno zum Protektorat Nordnigeria. Dennoch dauerte es noch einige Jahre, bis der Hochkommissar Frederick Lugard den Sultan von Sokoto besiegen und 1906 das Reich Borno „erobern“ konnte (Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:32f)

Die Ausbreitung britischer Autorität war vor allem im Osten Nigerias schwierig, da aufgrund der örtlichen Gegebenheiten – Regenwald und Sumpfgebiete – Kommunikation und Interaktion erschwert und einheimische Widerstandskämpfer gegenüber den britischen „Eroberern“ Heimvorteil hatten. „Einige der kleinen, aber selbstbewussten Staaten im Nigerdelta wehrten sich heftig gegen den Verlust ihrer Souveränität, bis die Briten mit Kriegsschiffen den Widerstand brachen.“ (Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:32)

¹⁴ Manche Völker und Gesellschaften des südlichen Nigeria hatten mehr oder weniger freiwillig „Freundschaftsverträge“ mit den Briten geschlossen, die sie der britischen „Protektion“ unterstellten (Agbu 2004:7).

Obwohl Teile des Kolonialreichs – vor allem im Igboland – auch danach de facto noch nicht unter britischer Kontrolle waren, kann das Jahr 1906, als die Kronkolonie Lagos dem Protektorat Südnigeria eingegliedert wurde, als der Beginn effektiver britischer Administration in Nigeria gesehen werden. Crowder (1973:232f) sieht die Jahre 1906 bis 1912 als besonders prägend für die weitere Geschichte Nigerias an, da diese einerseits den Beginn einer effektiven britischen Administration und andererseits eine Abkehr von althergebrachten „Bräuchen“ und Lebensweisen einleiteten, deren sichtbarste Veränderungen sich in einer gänzlich neuen Wirtschaft(sordnung), in der Verbreitung des Christentums, in neuen Formen der Verwaltung und Justiz und westlicher Schulbildung zeigten.

1914 vereinigte der Generalgouverneur Frederick Lugard *The Colony and Protectorate of Southern Nigeria* – bestehend aus der Kronkolonie Lagos und dem Protektorat Südnigeria - mit dem Protektorat Nordnigeria (vgl. Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:33; Ekwueme 2002). Die Beweggründe der britischen Kolonialherren für die Zusammenlegung des nördlichen und südlichen Protektorats waren vorwiegend ökonomischer Natur. Das nördliche Protektorat war finanziell abhängig, es wurde durch eine Subvention des südlichen Protektorats und einen Zuschuss der britischen Kolonialmacht unterstützt. Letzteres stand im Widerspruch zu dem Grundsatz der britischen Kolonialregierung, wonach jede Kolonie selbsterhaltungsfähig sein sollte, um den Fiskus Großbritanniens nicht zu belasten. So erschien es naheliegend, die beiden Protektorate zu verbinden, damit der reichere Süden, der im Gegensatz zum Norden Zugang zum Meer hatte, den Norden subventionieren konnte, bis dieser finanziell unabhängig wäre. Indem Lugard die Staatskassen vereinte, war es ihm möglich, vom Süden erwirtschaftete Einkünfte direkt dafür zu verwenden, das Defizit des Nordens auszugleichen (vgl. Ekwueme 2002; Uche/Uche 2004:8f).

Trotz der Zusammenlegung der beiden Protektorate mit der Kronkolonie entschied Lugard, eine verwaltungstechnische Dreiteilung beizubehalten, was für die Zukunft Nigerias, insbesondere die nationale Einheit und Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen Nigerias entscheidende Folgen haben sollte (vgl. Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:33; Crowder 1973:240f). „Lugard war zwar die ökonomische Anbindung des Nordens an den Süden gelungen, eine kulturelle und politische Einheit aber hatte er damit noch nicht geschaffen.“ (Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:34)

3.2. *Indirect rule*

Als Form der (Lokal)Verwaltung wählten die britischen Kolonialherren, insbesondere unter Lugard, das System der *Indirect Rule*, der „indirekten Herrschaft“, d.h. das Verwalten durch und mithilfe eines lokalen Herrschers. Dies bedeutete, dass die Briten auf bestehende Verwaltungsstrukturen und „traditionelle“ Herrscher zurückgriffen oder zurückzugreifen versuchten. Diese behielten ihre politischen Funktionen und Privilegien unter der Voraussetzung, dass sie mit der Kolonialregierung zusammenarbeiteten. Diese Form der Verwaltung war am einfachsten, da nicht genügend britische Kolonialbeamte in Nigeria zur Verfügung standen, um eine effektive Verwaltung des Landes gewährleisten zu können, andererseits wäre eine Finanzierung und Entlohnung eines so großen Beamtenapparates mit zu hohen Kosten verbunden gewesen (vgl. Isichei 1977:201ff; Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:33). Crowder (1973:244) bezeichnet die Entwicklung der *native administration* in Nigeria als Lugard's nachhaltigsten Beitrag zur Geschichte Nigerias. Obwohl es bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Formen der indirekten Herrschaft gegeben hatte (z.B. durch die *equity courts* im Nigerdelta) war es Lugard, der Anfang des 20. Jahrhunderts im Norden Nigerias das System *indirect rule* weiterentwickelte und „perfekionierte“.

Im Großteil der Nord-Region war das System der *indirect rule* aufgrund der bestehenden Macht- und Verwaltungsstrukturen vergleichsweise einfach anzuwenden, ebenso im Westen, bei den Yoruba, wo es mit dem *Oba* und seiner Verwaltungsstruktur ein für die Briten klar definiertes Herrschaftssystem gab. Die *native administration* im Norden basierte auf der Autorität der Emire, nunmehr *native rulers*, die als von der Kolonialmacht abhängige und dieser verantwortliche Herrscher die Gebiete verwalteten. Die *native courts* wendeten islamisches Recht an, welches allerdings mit den Verordnungen und Gesetzen der Kolonialverwaltung nicht in Widerspruch stehen durfte. Der Emir bzw. *native ruler* trieb in eigenem Namen Steuern ein, wovon er einen Teil an die Kolonialregierung abführte und einen Teil behielt, um damit den eigenen Verwaltungsapparat zu finanzieren (vgl. Crowder 1973:,235f, 245; Isichei 1977:204).

Für Isichei (1977:204ff) ist die Entscheidung der britischen Kolonialherren, durch die Emire des Nordens zu regieren, nicht nur auf die Praktikabilität und Rentabilität einer solchen indirekten Regierungsform zurückzuführen, sondern auch auf die Wertschätzung der Briten

gegenüber den Emiren und ihrer Herrschaft; eine Wertschätzung die die Kolonialherren gegenüber südlichen Völkern wie beispielsweise den Igbo oder Ibibio nicht aufzubringen vermochten.

3.2.1. Anfänge der nigerianischen Nord-Süd-Dichotomie

Die Briten ließen den Emiren im Norden in religiösen und bildungspolitischen Angelegenheiten freie Hand, nicht zuletzt, da sie deren kulturelle und religiöse Traditionen und Strukturen als schützens- und bewahrenswert (und höher entwickelt als die des nigerianischen Südens) erachteten. Während im Süden Missionsschulen für eine vergleichsweise flächendeckende (Grund)Schulbildung sorgten, blieb den Missionaren der Zugang zum Norden weitgehend verwehrt. Lugard hatte mit dem Sultan von Sokoto eine Vereinbarung geschlossen, wonach die christlichen Missionare ohne Erlaubnis der Emire in den islamisch geprägten Regionen des Nordens ihre Tätigkeiten nicht entfalten durften. Dies führte dazu, dass es im Norden nur sehr wenige Missionsschulen gab, die Schulbildung der Kinder erfolgte in Koranschulen (vgl. Crowder 1973:262; Isichei 1977:204).

Diese Zugeständnisse der Briten gegenüber den muslimischen Autoritäten des Nordens sollte sich nachteilig auf die Entwicklung der Region auswirken: (Westliche) Schulbildung wurde in der kolonialen Wirtschaft und Verwaltung zum Schlüssel zu Erfolg und gesellschaftlichem Aufstieg, Absolventen der Koranschulen hatten kaum Chancen auf dem kolonialen Arbeitsmarkt. Der Bildungsrückstand des Nordens in Bezug auf die dafür nötige Bildung und die wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen den nördlichen und südlichen Provinzen vergrößerten sich rasant. „The North was almost entirely insulated against the revolutionary effects of education by Lugard’s promise that missionaries would not be allowed in any Moslem emirate without the Emir’s consent.“ (Crowder 1973:240)

Diese Tendenz zur Isolierung bzw. Abschottung des Nordens wurde verstärkt durch die Abnahme der Bedeutung des Transsahara-Handels und leitete eine Phase wirtschaftlicher Stagnation ein. „In den folgenden Jahrzehnten vergrößerte sich der wirtschaftliche und bildungsmäßige Rückstand gegenüber dem Süden und trug so zu dem noch heute vorhandenen Nord-Süd-Gefälle im Lande bei.“ (Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:34) Dieser „Rückstand“ bzw. Nachholbedarf in westlicher Schulbildung führte dazu, dass sich der Norden vor allem in der Zeit des aufkeimenden Nationalismus und kurz vor der

Unabhängigkeit Nigerias in einer ungünstigen Position befand und mit den Unabhängigkeitsbestrebungen des Südens nicht Schritt halten konnte – insbesondere da es nicht genug Beamte gab - was zu Feindseligkeiten zwischen dem Norden und Süden Nigerias führte und den Grundstein für die Nord-Süd-Dichotomie und Uneinigkeit im nigerianischen Staat legte (vgl. Isichei 1977:204; Crowder 1973:262).

3.2.2. *Indirect Rule* und Korruption

Das politische System der Yoruba mit dem *Oba* an der Spitze im Südwesten Nigerias eignete sich nach Auffassung der britischen Kolonialherren, ähnlich wie die Emirate im Norden, für die Einbindung in das System des Indirect Rule. Durch seine Eingliederung in die britische Kolonialregierung verlor der *Oba* zwar an Souveränität, übte andererseits nun aber im Namen der Kolonialverwaltung exekutive Funktionen aus, die er zuvor nicht innegehabt hatte, wie etwa die Einhebung von Steuern (vgl. Crowder 1973:236,247). Ursprünglich war die Macht des *Oba* beschränkt durch ein System von Gewaltenteilung und gegenseitiger Kontrolle. Ein *Oba* musste über ein gewisses Maß an Weisheit, Fairness und Effizienz verfügen und falls er seine Aufgaben nicht zufriedenstellend erfüllte, konnte er abgesetzt werden. Dies änderte sich mit der Einbindung des *Oba* in die Kolonialverwaltung, welche seine Macht begründete und festigte und auch bei Widerstand der Bevölkerung stützte und aufrechterhielt. Dass der *Oba* nur mehr der Kolonialverwaltung und nicht mehr der Bevölkerung verantwortlich war, führte mitunter zu Korruption und verantwortungsloser und autoritärer Herrschaft (vgl. Graf 1988:8). Dasselbe Muster konnte auch bei den Emiren im Norden beobachtet werden (vgl. Crowder 1973:258).

„If Lugard had difficulties in applying indirect rule to the West, he found it almost impossible to introduce it in the East.“ (Crowder 1973:259) Im (Süd)Osten Nigerias nahm Indirect Rule eine andere Form an als im Norden oder Westen des Landes: Auf den Osten Nigerias ließ sich die Form der indirekten Herrschaft, die sich im Norden Nigerias „bewährt“ hatte, nicht bzw. nur schwer anwenden, die Region wurde de facto mehr oder weniger direkt verwaltet. Isichei beantwortet die Frage, ob es sich bei der Verwaltung im Südosten Nigerias um direkte oder indirekte Herrschaft gehandelt hat, dahingehend, dass dies eine Frage der Interpretation von Indirect Rule sei: So waren zwar auch im Südosten afrikanische Autoritäten für die Lokalverwaltung verantwortlich, jedoch handelte es sich nur selten um „traditionelle“ Herrscher und Herrschaftsformen. „It was certainly Indirect Rule in the sense of being rule

through African chiefs, but not if Indirect Rule is defined as retaining traditional forms of government.” (Isichei 1977:206)

Abgesehen von den Deltastaaten herrschten bei den meisten Gesellschaften im (Süd)Osten Nigerias politische Strukturen vor, die sich für das System der Indirect Rule wenig zu eignen schienen¹⁵. (Crowder 1973:249) Speziell bei den Igbo, Ibibio und Ogoja gab es kleine, komplexe (Dorf)Demokratien, die sich in den kolonialen Verwaltungsapparat schwer einbinden ließen, da sie einerseits zu klein waren, zu viele Leute an den (direkten) demokratischen Prozessen bzw. Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt waren und sie andererseits spirituelle, übernatürliche Komponenten wie Orakel und Geheimgesellschaften enthielten und anwendeten. Um das System Indirect Rule auch in jenen Gebieten etablieren zu können mussten entsprechende Grundlagen geschaffen werden (vgl. Isichei 1977:206; Crowder 1973:236).

So richteten die Briten eine Reihe von *native courts* ein, in denen von den Briten ernannte *warrant chiefs* zu Gericht saßen. Die *warrant chiefs* waren jedoch nicht nur für die lokale Gerichtsbarkeit verantwortlich, sondern auch für die Verwaltung der Zwangsarbeit, woran sie sich auch persönlich bereicherten. Abgesehen davon wählten die Briten nicht immer traditionell bzw. politisch akzeptable Anführer aus. Dies trifft vor allem auf den Südosten Nigerias zu, wo die Auswahl der *warrant chiefs* durch die Briten nicht immer lokalpolitisch nachvollziehbaren Gesichtspunkten folgte: Oft wählten die Briten wohlhabende und einflussreiche Männer aus, zum Beispiel ehemalige Sklavenhändler, manchmal ernannten sie jedoch auch den ersten Mann, der ihnen beim Betreten eines Dorfes entgegenkam zum *Chief*, was angesichts der Tatsache, dass manche Dorfgemeinschaften aufgrund ihres Misstrauens gegenüber den Briten den am wenigsten angesehenen Dorfbewohner vorausschickten, mitunter problematisch war (vgl. Isichei 1977:206ff).

Die *warrant chiefs* erfreuten sich keiner großen Beliebtheit bei der Bevölkerung, was vor allem daran lag, dass sie ihre Machtposition mitunter zu ihrem eigenen Vorteil nutzten und korrupt waren. So erlangten sie Reichtum auf Kosten der Bevölkerung, indem sie diese zwangen, für sie zu arbeiten bzw. sich an der Zwangsarbeit ihrer Bürger bereicherten. Dass

¹⁵ In den Deltastaaten versuchten die Briten, das „Haussystem“ für die Kolonialverwaltung zu nutzen, was ihnen allerdings einigermaßen unbefriedigend schien, da diese Häuser auf interner Sklaverei basierten und die Kolonialregierung diese nicht offiziell unterstützen bzw. sich zunutze machen wollten und konnten (Crowder 1973:249).

die *warrant chiefs* oft sehr korrupt waren oder wurden, lag nicht zuletzt daran, dass sie im Grunde keine (demokratische) Legitimation besaßen – was sich schon an der Art ihrer Einsetzung zeigt – und sie keine „traditionellen“ Vorgänger oder Vorbilder hatten. Diese Umstände führten zu Unmut innerhalb der Bevölkerung, welcher sich 1929-1930 im Krieg der Frauen¹⁶ niederschlug (vgl. Grau 1991:211, 228; Isichei 1977:207).

In ihren wesentlichsten Elementen waren sich die unterschiedlichen Ausprägungen von Indirect Rule im Norden und Süden ähnlich: In beiden Fällen spielten afrikanische Autoritäten eine wichtige Rolle in der Lokalverwaltung und in beiden Fällen handelte es sich um eine radikale Abkehr von der traditionellen Verwaltung, da die Chiefs nur den Kolonialherren und nicht ihren Untergebenen gegenüber verantwortlich waren und ein bestehendes „demokratisches System“ von gegenseitiger Kontrolle dadurch zerstört wurde. Dieser Umstand erleichterte und förderte Korruption und Misswirtschaft, da die Chiefs nur von ihren kolonialen Vorgesetzten ihres Amtes enthoben werden konnten und sich von ihren „Untergebenen“ immer mehr entfremdeten (vgl. Graf 1988:8f; Grau 1991:211). So richteten sich die Chiefs nicht selten gegen ihr eigenes Volk, um sich durch ihre (neu gewonnenen) Machtpositionen zu bereichern: „The European colonisers and «traditional rulers», whether of recent or ancient origin formed a marriage of convenience.“ (Isichei 1977:201)

3.3. Ursprünge von Ethnizität und ethnischen Konflikten in der Kolonialzeit

Isichei (1977:307) führt den Anstieg von „ethnischem Nationalismus“ bzw. „Tribalismus“ während der Kolonialzeit auf mehrere Faktoren zurück: auf das Wachstum urbaner Zentren und die Land-Stadt-Migration, auf politische Entscheidungen und Ansichten der britischen Kolonialherren (und damit einhergehende Verwaltungsstrukturen) und auf das Agieren der politischen Parteien.

¹⁶ Als „Krieg der Frauen“ oder „Aba Women’s Riots“ wird die Revolte von Frauen verschiedener Herkunft (Igbo, Ibibio, Ogoni,...) in der Ost-Region bezeichnet. Die Frauen lehnten sich gegen Warrant Chiefs, Native Courts und die europäischen Fabriken auf. Einerseits sahen sie ihre politische und wirtschaftliche Autorität durch das System der Indirect Rule mit der Einrichtung der Warrant Chiefs untergraben, andererseits waren die Palmölpreise gesunken, wofür die Frauen die europäischen Firmen verantwortlich machten. Zusätzlich stand die Befürchtung der Einführung einer neuen Steuer („tax on women“) im Raum, wofür unter anderem eine äußerst unglücklich bzw. ungeschickt verlaufene Volkszählung verantwortlich war. (Grau 1991:219ff,232ff,251f) Dass Zehntausende von Frauen verschiedener (ethnischer) Herkunft gemeinsam gegen das (koloniale) System protestierten und agierten ist ein Beweis dafür, dass ethnische Identitäten in Nigeria nicht das Maß aller Dinge darstellten und vermag auch die Beweggründe der Kolonialherren für ihre divide-and-rule-Politik erklären.

3.3.1. Kolonialisierung und Urbanisierung

Das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit führte zu einem schnellen und teilweise unkontrollierten Wachstum der Städte, was sich am deutlichsten am Beispiel von Lagos zeigt, aber auch für Städte wie Port Harcourt, Enugu, Onitsha, Benin, Ibadan und Kano galt. Es kam zu einer massiven Migration von jungen arbeitssuchenden SchulabgängerInnen in die Städte.¹⁷ Obwohl die (kolonialen) urbanen Zentren die „traditionellen“ Gemeinschaftsformen und Gesellschaften transformierten, führten sie nicht zur Auflösung der gesellschaftlichen und familiären Bande (vgl. Crowder 1973:308f). Im Gegenteil, im Umfeld der Großstädte entstand bzw. verstärkte sich ethnisches Bewusstsein: „Ethnic awareness and, eventually, assertive ethno-nationalism largely received their initial impetus in the colonial urban centres and areas of extraction, [...]” (Graf 1988:16)

Tribal Unions, ethnische Verbände oder Vereine, erfreuten sich eines regen Zulaufs, verschafften sie den ZuwanderInnen doch eine gewisse Stabilität, Unterstützung, Identität und soziale Kontakte in einem urbanen Raum, der von Konkurrenz um knappe Ressourcen, Arbeitsplätze, Wohnmöglichkeiten und politische Macht gekennzeichnet war (vgl. Alagoa 2004:99; Graf 1988:16).

„Given the newness, to them, of the capitalist economy, the absence of a developed class consciousness, and the impossibility of organising social-class defence groups under the conditions of colonial administration, transplanted members of ethnic groups often sought the solidarity which was psychologically and sociologically necessary within ethnic group associations, voluntary communal organisations and patron-client linkages based primarily on ethnicity.” (Graf 1988:16)

Durch die *Tribal Unions* behielten die Arbeits- bzw. BinnenmigrantInnen Kontakt mit ihren Heimatdörfern und Städten, welche auf diese Weise eine Art “traditionelle” Autorität und Kontrolle über ihre Angehörigen bzw. Mitglieder ausübten. Gleichzeitig fanden sie Rückhalt, Solidarität und soziale Kontakte mit Gleichgesinnten bzw. Menschen mit ähnlicher Herkunft und Hintergrund. Die ethnischen Verbände verfolgten auch „praktische“ Zwecke, beispielsweise waren Kreditverbände auf ethnischer Basis eingerichtet, deren Dienste nur Angehörige der jeweiligen Gruppe in Anspruch nehmen konnten (vgl. Isichei 1983:438; Englert 2011:177).

¹⁷ Die städtische Infrastruktur und Versorgung waren der enormen Zuwanderung nicht gewachsen und nicht in der Lage, mit der Expansion Schritt zu halten (Crowder 1973:308f).

Graf (1988:16) sieht „Ethnizität“ als ein Produkt der prekären Verhältnisse, in denen arbeitssuchende MigrantInnen bzw. LohnarbeiterInnen in den Städten und kolonialen Industriezentren lebten:

„The stabilising psychological factor enabling them to come to terms with this situation was ethnicity: a projection of apprehensions, resentments and frustrations on to other groups, combined with a feeling of community and security deriving from intra-ethnic-group solidarity.“ (Graf 1988:16)

Dieses Konkurrenz- und Wettbewerbsverhältnis zwischen den verschiedenen BewohnerInnen des städtischen Raums führte zu einem verstärkten Gruppenbewusstsein und zu einer Erweiterung des ethnischen Zugehörigkeitsgefühls: So sahen sich beispielsweise Yoruba oder Igbo in vorkolonialer Zeit nicht als „ethnische Gruppe“, das heißt, sie fühlten sich nicht als „Yoruba“ oder „Igbo“; dies änderte sich einerseits im Umfeld der kolonialen Städte, andererseits durch das Verwaltungssystem der *Indirect Rule*: “[...] neither the Yoruba nor the Igbo existed as self-aware entities before the colonial era; only colonial economic competition provided the impetus for a broader identification.” (Graf 1988:22)

So wurden in den Städten in den 1930ern und 1940ern – in einer Zeit großer (wirtschaftlicher) Veränderungen – die bedeutendsten „ethnischen Organisationen“ gegründet, wie unter anderen *Lagos Igbo Union*, *Egbe Omo Oduduwa* der Yoruba, *Ibibio Welfare Union* oder *Urhobo Progressive Union*. (Graf 1988:22) Dennoch waren die Städte auch jene Orte, die die Entstehung anderer, ethnische Grenzen überschreitender, Organisationen begünstigten. Beispiele für solch universale, gruppenüberschreitende Organisationen waren die Gewerkschaften, Sportvereine, Literatur- und Debattierclubs, Alumni-Netzwerke, religiöse Gemeinschaften und bis zu einem gewissen Grad politische Parteien (vgl. Crowder 1973:309).

3.3.2. Regionale Unterschiede im nigerianischen Kolonialstaat

Die Entstehung „tribalistischer“ Tendenzen bzw. der Identitätsstiftung innerhalb ethnischer Grenzen ist auch auf die unterschiedliche Einbindung verschiedener Regionen des Kolonialreichs in die koloniale Wirtschaft und vor allem in das Bildungssystem zurückzuführen. Während bestimmte Regionen bzw. Bevölkerungsgruppen, wie die Yoruba im Westen Nigerias, schon lange vor der Entstehung des Kolonialstaates Nigeria Kontakt mit

den Briten hatten – mit britischen Händlern und/oder Missionaren und der damit verbundenen westlichen Schulbildung – blieben Teile des heutigen Nigeria, wie etwa manche Igbo- und Ibibio-Gebiete im Osten lange davon unberührt (Crowder 1973:277). Da es keine einheitliche Kolonialpolitik im Sinne von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gab, hatte die Kolonialherrschaft keinen einheitlichen Einfluss auf Nigeria. Die unterschiedlichen Auswirkungen auf die einzelnen Regionen waren einerseits beeinflusst durch deren Bedeutung für die koloniale Wirtschaft und andererseits durch deren vorkoloniale politische Kultur und Beschaffenheit (vgl. Graf 1988:8).

Graf (1988:15) beschreibt mehrere Faktoren der Differenzierung der verschiedenen Ethnien: So waren ethnische Gruppen, die in der Nähe von kolonialen Verwaltungszentren, (Rohstoff)Industriezentren oder Häfen lebten, stärker „westlichen“ Einflüssen wie europäischer Schulbildung und Ausbildung, Missionstätigkeit, Geldwirtschaft und Lohnarbeit ausgesetzt; ebenso jene ethnischen Gruppen oder Gemeinschaften, auf deren Grund und Boden sich Bodenschätze befanden. Als weiteres Kriterium nennt Graf die Bevölkerungszahl, welche den Hausa-Fulani im Norden, den Yoruba im Westen und den Igbo im Osten eine dominante Position in der jeweiligen Region garantierte. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist für Graf auch die sozio-politische Struktur und Lebensweise der verschiedenen Völker in vorkolonialer Zeit: Da die muslimische Bevölkerung im Norden konzentriert war und eine hohe gesellschaftliche Stratifikation aufwies, sei sie relativ „resistent“ gegen externe Einflüsse gewesen und eher geneigt, ihre ursprüngliche Lebensweise und Kultur beizubehalten. Im Südosten jedoch gab es viele „segmentäre“ und „akephale“ Gemeinschaften oder Staatengebilde, welche eine weniger starre soziale Gliederung aufwiesen und wo Individualismus und persönliche Leistungen eine größere Rolle spielten – und welche dadurch eher für soziale Veränderungen und die Eingliederung in eine „kolonial-kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft“ bereit waren (vgl. Graf 1988:15)¹⁸.

Die britischen Kolonialherren passten die koloniale Wirtschaft ihren Bedürfnissen an: So exportierten die einzelnen Regionen – abhängig von ihren natürlichen Ressourcen - einzelne Exportgüter bzw. cash crops. Die Nord-Region produzierte vor allem Erdnüsse, Baumwolle und Zinn, die West-Region Kakao, Kautschuk und Gummiprodukte und die Ost-Region Palmöl(producte). Dies führte zu einer „Sektoralisierung“ und Regionalisierung der

¹⁸ An dieser Stelle sowie an weiteren Stellen wurden im Original englische Zitate von der Verfasserin ins Deutsche übersetzt und mit Anführungszeichen gekennzeichnet.

Wirtschaft und auf lange Sicht zu einer ungleichen Entwicklung, anstatt zu einer gleichmäßigen Wirtschaftsentwicklung Nigerias, was vor allem daran lag, dass die Briten versuchten, die Wirtschaft Nigerias in erster Linie nach den wirtschaftlichen Interessen der britischen Kolonialmacht auszurichten (vgl. Graf 1988:9). „Thus the economy of each producing region was adapted and integrated, not with its adjacent producing economies, but with that of Great Britain and through this link, with the world capitalist economy.” (Graf 1988:9) Es gab keinen einheitlichen Wirtschafts- oder „Entwicklungs“-Plan, die wirtschaftlichen Interessen der Kolonialmacht erstreckten sich in erster Linie auf die Enklaven bzw. Zentren ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten, wie Minen oder andere Produktionsstätten. Dies führte einerseits zu einer unterschiedlich schnellen Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung und Integration der verschiedenen Regionen Nigerias und andererseits zu einem „ungleichen Austausch“, wie Graf es nennt, zwischen der „rohstoffexportierenden Kolonie“ und der „technologieexportierenden Kolonialmacht“ (vgl. Graf 1988:9).

Oft korrelierten ungleichmäßige „Entwicklungs“- bzw. „Modernisierungs“-muster mit ethnisch-geographischen Grenzen und waren beeinflusst durch vorkoloniale Gesellschaftsstrukturen der jeweiligen ethnischen Gruppen. Während der Süden aufgrund seiner Anbindung zum Meer, und der Südosten aufgrund seiner zahlreichen verstreuten und weniger hierarchisch gegliederten Gemeinschaften, offener für Einflüsse von außen waren, war der Norden, aufgrund seiner historischen geographischen Anbindung an den Transsaharahandel, seiner langen islamischen Tradition und der damit einhergehenden Einheit von Staat, Religion und Kultur, sowie aufgrund seiner zentralisierten staatlichen Verwaltung weniger empfänglich für fremde („westliche“) Einflüsse. Aus diesem Grund fassten die christliche Religion, westliche Schulbildung, der Gebrauch der englischen Sprache, neue Formen der Verwaltung und sozialen Strukturen und letztendlich „westliche“ wirtschaftliche Strukturen im Süden Nigerias schneller Fuß als beispielsweise im Norden oder in Regionen, die für die britische Kolonialmacht wirtschaftlich weniger interessant waren (vgl. Graf 1988:10). Die Resultate einer solchen kolonialen (Wirtschafts)Politik waren eine „strukturelle wirtschaftliche Unausgewogenheit und eine Chancen-Ungleichheit zwischen den zahlreichen ethnischen Gemeinschaften und sozialen Klassen“ (vgl. Graf 1988:10).

3.3.3. Ethnizität als Mythos und koloniales Konstrukt

In vielen Fällen trugen die Vorstellungen und Ansichten, die die britischen Kolonialherren von den verschiedenen afrikanischen Völkern hatten, und die sie bei ihren (verwaltungs)politischen Entscheidungen beeinflussten, direkt zur Ethnisierung und Differenzierung der verschiedenen Gruppen bei. So ließen sich die Briten bei der Rekrutierung von (Verwaltungs)Angestellten, Soldaten oder anderen ArbeitnehmerInnen häufig von „ethnischen“ bzw. rassistischen Vorurteilen über die Vorzüge und Nachteile der verschiedenen Ethnien beeinflussen – sie dachten und propagierten beispielsweise, dass die Yoruba besonders gutes Büropersonal, die Tiv gute Soldaten und die Itsekiri gute Zwischenhändler abgeben würden (vgl. Graf 1988:15).

3.3.3.1. Kolonialer Rassismus

Tribalistische Tendenzen und ethnische Zugehörigkeitsgefühle entstanden in Nigeria vor allem während und aufgrund des Kolonialismus. Okwudiba Nnoli (1978:2) spricht von einem „kolonialen Rassismus“, der einen rassistischen Mythos kreierte, der einerseits die eigene „illegitime“ Existenz als Kolonialmacht zu rechtfertigen versuchte und andererseits Frieden garantieren bzw. Aufstände verhindern sollte. „Colonial racism provided a myth whose primary objective was the complete alienation of the colonised African, enabling a better and more complete domination and control of him.“ (Nnoli 1978:2)

„Tribalismus“ spielte eine wichtige Rolle in dieser „rassistischen Ideologie des Kolonialismus“, er wurde als barbarisches, typisch afrikanisches Phänomen dargestellt. So begannen die europäischen Kolonialherren, die verschiedenen Sprachgruppen als „Stämme“ zu klassifizieren und kategorisieren, ihnen unterschiedliche kulturelle und soziale Merkmale zuzuweisen und ihre Unterschiede zu akzentuieren (vgl. Nnoli 1978:3; Eckert 2011:40). So wurde auch der Begriff „Stamm“ bzw. „Stämme“ in den kolonialen Diskurs eingebracht und negativ konnotiert¹⁹, und auch heute noch - beispielsweise in den Medien - verwendet, um verschiedene afrikanische Volksgruppen zu bezeichnen. Wurde der Begriff „Stämme“ im ursprünglichen (wissenschaftlichen) Sinn für „klassenlose“ Gesellschaften wie die Germanen verwendet, so wurde er im afrikanischen Kontext zum Teil für Sprachgemeinschaften

¹⁹ Zum Beispiel im Sinne von „rückständig“ oder „unterentwickelt“.

verwendet, unabhängig davon, welche sozialen Strukturen sie aufwiesen und wie groß die Anzahl ihrer Sprecher war (vgl. Nnoli 1978:3).

Darüberhinaus wiesen die Kolonialherren diesen „Stämmen“ bzw. „ethnischen Gruppen“ bestimmte Eigenschaften zu. So betrachteten sie manche Gruppen als „höher entwickelt“ - und damit anderen, „weniger entwickelten“, Gesellschaften überlegen – abhängig davon, wie weit deren soziopolitische Strukturen jenen der europäischen Kolonialherren ähnelten. Viele haben diese diskriminatorische Klassifikation verinnerlicht: „As products of socialisation into this colonialist world view, Africans have internalised this discriminatory classification of their countrymen.“ (Nnoli 1978:4)

3.3.3.2. *Divide-and-rule* und Ethnizität

Indirect Rule fußte auf einer solchen „Ethnisierung“ und Differenzierung der nigerianischen Bevölkerung: „Indeed the colonial policy of «indirect rule» was predicated among other things upon the assumption that the colonised peoples (or «tribes») were fundamentally and qualitatively different from one another.“ (Graf 1988:15) Eine *divide and rule*-Politik sollte die Verwaltung des Kolonialstaates vereinfachen und sicherstellen, dass sich keine überregionale, antikoloniale Massenbewegung formierte: Zu diesem Zweck betonten und akzentuierten die Briten die (zum Teil künstlich geschaffenen) Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeinschaften und förderten damit das ethnische Bewusstsein verschiedener Gesellschaften, welche sich bis dahin häufig nicht als Angehörige einer bestimmten Ethnie betrachtet hatten (Graf 1988:15). „In particular, ethnicity, by creating «tribal» rather than national power bases, helped to divide and fragment the educated elites, who of course constituted the leadership and motive force of the independence movement.“ (Graf 1988:15)

Für eine Kolonialpolitik, die auf eine effektive Nutzung bzw. Ausbeutung der Kolonie zum Nutzen der Kolonialherren abzielte, war es zweckmäßiger, inter-ethnische bzw. inter-regionale Unterschiede aufrecht zu erhalten oder künstlich zu schaffen, als die verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch eine gleichmäßige Verbreitung von Ausbildung und politischer und wirtschaftlicher Partizipation zu vereinen. Die indirekte Herrschaft basierte auf der Autorität und Legitimation des Chiefs, welche wiederum auf der Bildung und Einheit einer (Volks)Gruppe durch Identitätsstiftung und Abgrenzung von anderen (Volks)Gruppen gründeten (Graf 1988:7). Graf zufolge wurden durch ein solches System die konservativsten

Elemente einer traditionellen politischen Organisation hervorgehoben und gestärkt und jene Prozesse, die auf eine „über-ethnische“ Koordination abzielten, behindert (vgl. Graf 1988:7f).

Durch die Bildung von Verwaltungseinheiten, bei welchen weniger auf die Volkszugehörigkeit als auf vordergründige Praktikabilität geachtet wurde, kam es zur Verschärfung von bestehenden und Schaffung von neuen Konflikten zwischen Gesellschaften, indem einzelne Teile dieser Gesellschaften in verschiedene Verwaltungseinheiten verstreut und dadurch dort zu Minderheiten gemacht wurden. Manche Gemeinschaften verloren ihre Vormachtstellung in einer Region, während andere Machtpositionen erlangten, die sie vorher nicht ausgeübt hatten, was zu Gefühlen der Marginalisierung und Konflikten zwischen ethnischen Gruppen führte (vgl. Alagoa 2004:99). Ein Beispiel hierfür ist der blutige Aufstand der Urhobo gegen die Briten in den 1920ern vor dem Hintergrund, dass diese Itsekiri als Chiefs und Richter im Urhobo-Land eingesetzt hatten, was langfristige negative Folgen für die Beziehungen zwischen Urhobo und Itsekiri hatte (vgl. Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:73).

3.4. Wirtschaftsentwicklung während der Kolonialzeit

Die Wirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit hatte auch Auswirkungen auf das koloniale Nigeria, das hauptsächlich Rohstoffe produzierte und exportierte. Trotz der Krise kam es im Norden zu einem Aufschwung der Baumwoll-, Erdnuss- und Kakao-Produktion. Anders verhielt es sich mit der Palmölproduktion im Süden Nigerias, die stagnierte, da es in Belgisch-Kongo, im Kamerun und ab 1925 in Sumatra Palmölplantagen gab, die einbringlicher waren, als die Palmölproduktion in Nigeria. Die Preise fielen um mehr als die Hälfte und Palmölbauern und -bäuerinnen mussten die Produktion verdoppeln, um diese Verluste auszugleichen (vgl. Crowder 1973:263f).

Die landwirtschaftliche Produktion war der Grundpfeiler der nigerianischen Wirtschaft während des Zweiten Weltkriegs; aber auch noch am Vorabend der Unabhängigkeit machten landwirtschaftliche Exporte rund 85% der Exporteinnahmen aus. Dies lag einerseits daran, dass die landwirtschaftliche Produktion gestiegen war und andererseits daran, dass auf dem Weltmarkt die Preise für nigerianische *cash crops* gestiegen waren. Im Gegensatz zum Westen, der verschiedene Exportgüter wie Palmöl, Kautschuk, Kakao und Holz produzierte, waren der Norden und Osten weitgehend von jeweils nur einem landwirtschaftlich Exportgut

abhängig - der Norden produzierte hauptsächlich Erdnüsse, der Osten Palmöl.²⁰ Dies hatte zur Folge, dass der Norden und Osten von Schwankungen der Weltmarktpreise im agrarischen Bereich stärker getroffen wurden als der Westen, der über mehrere Exportgüter verfügte und damit eine weniger krisenanfällige (Export)Wirtschaft hatte (vgl. Crowder 1973:302).

Der Anstieg der landwirtschaftlichen (Export)Produktion ging nicht Hand in Hand mit der Expansion der Industrie. Die Industriezentren beschränkten sich größtenteils auf Städte wie Lagos, Ikeja, Ibadan, Kano, Kaduna, Aba und Port Harcourt und die Industrie beschränkte sich fast ausschließlich auf importsubstituierende Güter wie Tabak, Bier etc. In den Jahren kurz vor der Unabhängigkeit versuchten die Regionalregierungen und die Bundesregierung, den nigerianischen Industriesektor auszubauen, um die Abhängigkeit des Landes von den landwirtschaftlichen Exportgütern zu verringern. Die britische und später die nigerianischen Regierungen setzten ab den 1950er Jahren dabei vor allem auf den Erdölsektor bzw. die Erforschung der Erdölreserven im Nigerdelta (vgl. Crowder 1973:304).

Die wirtschaftliche Expansion der Nachkriegszeit hatte dazu geführt, dass immer mehr NigerianerInnen an der „neuen“ Geldwirtschaft teilnahmen, was durch den Ausbau des Verkehrsnetzes und Kommunikationssystems erleichtert wurde. Eine wachsende nigerianische Wirtschaft benötigte eine große Zahl von Arbeitskräften. Da britische Angestellte wesentlich kostenaufwändiger als nigerianische ArbeitnehmerInnen waren, waren sowohl die britische Kolonialregierung als auch die europäischen Firmen daran interessiert, freie Stellen mit (aus)gebildeten NigerianerInnen zu besetzen. Trotz des Ausbaus des Bildungssystems gab es in den 1950er Jahren noch nicht genügend ausreichend ausgebildete und qualifizierte nigerianische Arbeitskräfte, um die vakanten Stellen im Bereich der Technik, Medizin, etc. zu besetzen; wobei der Großteil der nigerianischen Akademiker und AbsolventInnen höherer Schulen aus dem Süden des Landes kam (vgl. Crowder 1973:304f).

Abgesehen davon konzentrierten sich die Regionalregierungen beim Ausbau des Bildungssystems hauptsächlich auf eine Ausweitung der Grundschulbildung, was wiederum dazu führte, dass zu wenige nigerianische HochschulabsolventInnen bzw. SchulabgängerInnen mit höherer Bildung zur Verfügung standen, um die freien und frei werdenden Positionen in der Verwaltung und höheren Positionen in den Konzernen etc. zu

²⁰ Der Norden und Osten hatten auch Einnahmen aus dem Bergbau; der Norden exportierte unter anderem Zinn und Zink, der Osten vor allem Kohle.

besetzen. Der angestrebten „Nigerianisierung“ der Politik standen also das Problem des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften und gleichzeitig ein Überschuss an GrundschulabsolventInnen mit einer nur rudimentären Bildung gegenüber. Dies und die wenig praxisorientierte Ausbildung an den Schulen hatten auch auf die Weiterentwicklung der Landwirtschaft negative Auswirkungen, da viele SchulabgängerInnen, anstatt in den Dörfern zu bleiben und in der Landwirtschaft zu arbeiten, ihr Glück in den Städten suchten, wo sie aufgrund ihrer unzureichenden Ausbildung nur schwer Arbeit fanden (vgl. Crowder 1973:306f).

3.5. Marketing Boards, Elitenbildung und Patronage

Nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten die Briten *Marketing Boards* für die wichtigsten *cash crops* wie das *Cocoa Marketing Board*, das *Oil Palm Produce Marketing Board*, das *Groundnut Marketing Board* und das *Cotton Marketing Board*, deren Aufgabe es war, die Preise für diese landwirtschaftlichen Exportgüter zu fixieren. Aufgrund einer Verfassungsänderung, welche den Bereich der Landwirtschaft der Kompetenz der Länder zuordnete, wurden im Jahr 1954 die vier *Marketing Boards* zugunsten eines Systems von regionalen *Marketing Boards* für alle *cash crops* aufgelöst und ihre Aktiva nach dem Herkunftsprinzip auf die Regionen aufgeteilt. Indem die *Marketing Boards* die Preise für die *cash crops* – auf Kosten der nigerianischen Bauern - weit unter dem Weltmarktpreis hielten, erzielten sie große Überschüsse und konnten Rücklagen anhäufen, welche die Regionalregierungen investierten (vgl. Crowder 1973:303; Nnoli 1978:178ff).

Die Regionalisierung der *Marketing Boards* war ein Resultat „ethnisch“-regionalistischer Bestrebungen und diente vor allem den Eliten bzw. privilegierten Klassen der drei Regionen: „Thus, the regionalisation of the marketing boards which was embarked upon as a result of agitations guided by the ethnically-loaded slogan of West for the Westerners, East for the Easterners, and North for the Northerners, served the economic interest of the regions' privileged classes.“ (Nnoli 1978:186) Die *Marketing Boards* wurden zu einem wichtigen Faktor für die Elitenbildung und –stabilisierung und zu einer Quelle des Wohlstandes für die privilegierten Klassen, da diese, in Ermangelung privater nigerianischer Investoren, auf öffentliche Gelder zurückgreifen mussten, um ihre Unternehmungen zu finanzieren. Politische Funktionen bzw. Regierungs- und Verwaltungsfunktionen gewährten ihren Trägern Zugang zu staatlichen Geldern, welche diese häufig zu ihrem eigenen wirtschaftlichen und sozialen

Aufstieg nutzten; Patronage und Klientelismus waren weit verbreitet. In den Regionen fand somit ein „Kampf“ um den Zugang zu regionaler Macht und Ressourcen statt, den die Beteiligten zu gewinnen suchten, indem sie die Bevölkerung über deren ethnische Identität zu mobilisieren versuchten. „The regional governments mobilised ethnic support on behalf of this struggle which it rationalised in ethnic rather than intraclass terms.“ (Nnoli 1978:178)

Zu Beginn des Kolonialismus beschränkte sich die Elite bzw. Oberschicht in Nigeria in erster Linie auf Ausländer - wie zum Beispiel Kolonialbeamte, Militäroffiziere, Polizisten, Missionare, ausländische Wirtschaftstreibende. Die nigerianische Oberschicht bildete sich einerseits im Rahmen der indirekten Herrschaft heraus, wobei es sich bei den Chiefs und anderen indirekten Herrschern um eine lokale und nicht um eine nationale Elite handelte, und andererseits - bedingt durch die Afrikanisierungs- und Nigerianisierungs-Politik - im Rahmen der kolonialen Bürokratie und ausländischen Unternehmungen, bei welcher Nigerianer die unteren Ränge der Verwaltung besetzten; sowie durch eine Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten (vgl. Crowder 1973:312; Graf 1988:10f). Gemeinsam war den verschiedenen nigerianischen Eliten, dass sie auf ausländisches Kapital und Know-how angewiesen waren und sich um den Staatsapparat versammelten, welcher während des Kolonialismus – aber auch noch nach der Unabhängigkeit – der wichtigste Arbeit- und Auftraggeber und der Motor für „Wohlstand, Status und Macht“ war (vgl. Graf 1988:11).

Es war diese Elite, die sich von der breiten Masse der Bevölkerung so weit entfernt hatte, die das Land in die Unabhängigkeit führte. Bei der nigerianischen Unabhängigkeitsbewegung handelte es sich nicht um einen Unabhängigkeitskampf, sondern um eine schrittweise Ausverhandlung zwischen den Kolonialherren und den nigerianischen Eliten. Diese wussten, dass sie, nachdem die Briten das Land verlassen würden, deren Positionen in der Verwaltung und Regierung einnehmen würden und hatten so kein Interesse an der Demontage des Systems. Da somit keine Mobilisierung der breiten Masse notwendig war, gab es keine nationale Ideologie, die die Bevölkerung durch gemeinsame Ziele vereinte: Nigeria brachte keine politischen Märtyrer sondern nur „Nachfolger“ hervor. Eine Beteiligung der Bevölkerung war nur insoweit erforderlich, als sie für die Machtübernahme der nigerianischen Politiker notwendig war. So führte die Unabhängigkeit für die Bevölkerung zu keinen einschneidenden Veränderungen in der Regierung ihres Landes und vergrößerte die Kluft zwischen nigerianischer Oberschicht und Bevölkerung (vgl. Graf 1988:11f).

Dennoch stand die Elite in einer Beziehung zur Bevölkerung: Insbesondere die politische Elite war mit den Mitgliedern ihrer jeweiligen ethnischen Gruppe, ihren *kins* und *clans* durch Patronage und Korruption verbunden, nach welchen Gesichtspunkten Ressourcen verteilt wurden; „[...] thus helping to overcome problems of maldistribution which elsewhere are partly dealt with through public agencies and political institutions“ (Graf 1988:12). Außerdem spielten ethnische Zugehörigkeitsgefühle und Loyalitäten in der politischen Geschichte Nigerias stets eine große Rolle und die Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeitsgefühle war Motor der Aktivitäten politischer Parteien.

3.6. Nationalismus

Zwischen den beiden Weltkriegen entwickelte die nigerianische Oberschicht ein verstärktes nationales Bewusstsein im Zusammenhang mit dem Streben nach Unabhängigkeit der nigerianischen Nation; „[...] there was the slow, but all-important development of national consciousness amongst peoples of widely varying religious and cultural backgrounds.“ (Crowder 1973:253) Es war nahe liegend, dass sich mit der Bildung einer neuen politischen Einheit Nigerias zumindest ein Teil der darin lebenden Menschen mit diesem Staatsgefüge zu identifizieren begann und seine ethnischen Loyalitäten und Zugehörigkeitsgefühle hinter sich ließ oder dies – unter Berufung auf eine nationale Identität - vorgab.²¹ Entgegen dem von Lugard geförderten *Indirect Rule*-System, das Unterschiede zwischen den verschiedenen Völkern betonte und auf diesen basierte, entwickelte sich unter anderem durch das Verwaltungssystem eine Schicht von nigerianischen Angestellten, Lehrern, Ärzten, Anwälten etc., die sich aus existenziellen Gründen eher mit dem nigerianischen Staat und seiner Regierung und Verwaltung identifizierten, als mit ihren ethnischen Zugehörigkeiten. „Thus, whilst Lugard’s system of indirect rule tended to preserve tribal consciousness, the needs of the new administration were to produce a new class of Africans - [...] - who could no longer think in purely tribal terms.“ (Crowder 1973:253f)

Die nigerianischen Nationalisten kämpften anfangs weniger um Selbstverwaltung, als um Partizipation in der bestehenden Kolonialregierung bzw. in innenpolitischen Angelegenheiten, welche ihnen von den britischen Kolonialherren lange verwehrt wurde. Die Briten rechtfertigten ihre Ablehnung damit, dass es der nigerianischen Bevölkerung nicht zugemutet

²¹ Auch wenn nigerianische Politiker eine Überwindung des Tribalismus propagierten, griffen sie dennoch auf ethnische Loyalitäten und „Stammesgefühle“ zurück und instrumentalisieren diese für ihre Zwecke (vgl. Eckert 2011:42).

werden könne, dem Willen einer kleinen Minderheit „westlich“ erzogener und „europäisierter“ Nigerianer unterworfen zu werden, die ihre eigenen Interessen verfolgten, anstatt das Wohl der Mehrheit zu fördern (vgl. Crowder 1973:254,269). Insbesondere Sir Hugh Clifford missbilligte die Forderungen nigerianischer Nationalisten nach Mitbestimmung²²: Er vertrat die Meinung, dass die Unterschiede der verschiedenen Völker bezüglich ihrer politischen und sozialen Zusammensetzung die (Selbst)Regierung der Nation unmöglich machten und dass eine „Handvoll Gentlemen, die aus einem halben Dutzend Küstenstädten stammten – Männer, die in von Briten verwalteten Städten geboren und aufgewachsen [...] waren“ (Crowder 1973:255f) nicht ganz Nigeria vertreten sollten.

Im Jahr 1922 wurde unter Clifford eine Verfassung verabschiedet, die erstmals gewählte afrikanische Mitglieder in einem Legislativrat vorsah. Dies kann jedoch nicht als demokratischer Fortschritt betrachtet werden, da sich die wahlberechtigten Nigerianer auf in Lagos ansässige Männer höherer Einkommensschichten beschränkten. Dies führte auch dazu, dass jene Parteien, die sich im Zuge der anstehenden Wahlen bildeten - wie etwa 1923/24 die Nigerian National Democratic Party (NNDP) unter Herbert Macaulay - örtlich und thematisch auf Lagos beschränkt waren (vgl. Crowder 1973:256f). Bis in die späten 1930er Jahre konzentrierten sich die Aktivitäten nigerianischer Nationalisten hauptsächlich auf den Wirkungsbereich Lagos, danach übernahm „eine neue Generation von Nigerianern, die über den schmalen politischen Horizont der Hauptstadt hinaussahen [...], die Kontrolle über die nationalistischen Bewegung.“ (Crowder 1973:256)

Am Ursprung nationalistischer Ideen standen Studentenorganisationen, wie zum Beispiel die *West African Students' Union*, die 1925 von Ladipo Solanke in London gegründet worden war. 1936 wurde in Lagos das *Nigerian Youth Movement* gegründet, das aus dem *Lagos Youth Movement* entstanden war. Der spätere Anführer der *Action Group*, Obafemi Awolowo, war eines der frühen Mitglieder. Mit dem Beitritt von Nnamdi Azikiwe entwickelte sich die Organisation zu einer überregionalen, beinahe „nationalen“ Organisation, da er die Partizipation der in Lagos ansässigen Igbo- und Ibibio-Bevölkerung forcierte (vgl. Crowder 1973:265f). Interne Differenzen hielten das *Nigerian Youth Movement* jedoch von einer gemeinsamen und effektiven antikolonialen Bewegung ab und die Machtstreitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten der Mitglieder Ernest Ikoli und Nnamdi Azikiwe führten schließlich zum Niedergang der Organisation. Da Azikiwe als Igbo die Unterstützung der

²² Sir Hugh Charles Clifford war von 1919 bis 1925 Generalgouverneur von Nigeria.

Igbo hatte, nahmen die Unstimmigkeiten und die sich herausbildenden Allianzen einen ethnischen und regionalen Charakter an: „Unfortunately for the future of Nigerian nationalism this introduced an element of tribalism that had been largely subdued till then.“ (Crowder 1973:272) Azikiwes Bruch mit dem *Nigerian Youth Movement* führte dazu, dass gemeinsam mit ihm auch die Mitglieder und Anhänger aus dem Osten Nigerias die Organisation verließen, sodass diese nun von Yoruba dominiert wurde (Crowder 1973:278).

3.6.1. Politische Parteien und nigerianisches Verfassungsrecht

Das politische Klima während des Zweiten Weltkriegs begünstigte nationalistische Aktivitäten. Ethnische Organisationen waren bald auch politisch tätig, so war zum Beispiel die *Pan-Ibo Union* eine der Gründungsorganisationen der NCNC. 1945 gründeten nigerianische Studenten, unter anderem Obafemi Awolowo, in London die *Egbe Omo Oduduwa* (*Society of the Descendants of Oduduwa*), eine kulturelle Organisation, die bald den Charakter einer politischen Partei annahm (Crowder 1973:278). Nnamdi Azikiwe gründete 1944 den *National Council of Nigeria and the Cameroons*, kurz NCNC, das anfangs keine politische Partei im eigentlichen Sinn war, sondern ein Verband von kleineren Parteien, ethnischen Organisationen, Gewerkschaften und literarischen Gruppen, deren Ziel die Selbstregierung Nigerias war (Crowder 1973:272).

Im Jahr 1945 wurde unter dem Gouverneur Sir Arthur Richards eine neue Verfassung verabschiedet, welche die Einheit Nigerias vorantreiben, die verschiedenen Völker fördern und den NigerianerInnen mehr Partizipationsrechte in innenpolitischen Angelegenheiten gewähren sollte. Die Verfassung band den Norden in die zentrale Gesetzgebung ein, um die Einheit des Staates Nigeria zu fördern. Es wurden *regional councils* für den Norden, Osten und Westen gebildet. Crowder (1973:273f) kritisierte daran, dass sie den Grundstein regionalistischer und ethnischer Tendenzen in der nigerianischen Politik legten. Richards schuf mit seiner Verfassung eine ungleiche Föderation aus drei Regionen, in welcher *eine* Region – der Norden – die beiden anderen an Größe und Bevölkerungszahl übertraf. Aufgrund ihrer Größe und Bevölkerungszahl hatte die Nord-Region ungleich mehr politisches (Stimmen)Gewicht und konnte die beiden anderen Regionen leicht überstimmen, was zu Unmut bei der Ost- und West-Region und zu Spannungen zwischen den Regionen führte.

Anlässlich der Richards-Verfassung kam es auch im Norden verstärkt zur Bildung von politischen Organisationen nach westlichem Modell. 1949 gründeten Tafawa Balewa, Aminu Kano und andere Intellektuelle im Norden den *Northern People's Congress* (NPC), ursprünglich eine kulturelle Organisation, die sich in Anpassung an die politische Situation unter der Macpherson-Verfassung von 1951 in eine politische Partei wandelte (Crowder 1973:279).

Der Richards-Verfassung, welche nicht nur wegen ihrer Inhalte, sondern auch dafür kritisiert wurde, dass sie ohne Mitarbeit und Zustimmung der nigerianischer Bevölkerung erarbeitet worden war, war kein langes Leben beschieden: 1948 ließ der neue Gouverneur, John Macpherson, eine neue Verfassung ausarbeiten. Im Gegensatz zu Richards tat er dies nicht unter Außerachtlassung der Bevölkerung, sondern bezog diese in die langwierigen und einige Jahre andauernden Verhandlungen und Beratungen des Verfassungsgebungsprozesses mit ein (vgl. Crowder 1973:277). Die Verhandlungen über die Macpherson-Verfassung waren gekennzeichnet von einem ethnischen Nationalismus, in dem der NPC den Norden repräsentierte, *Egbe Omo Oduduwa*, welche sich mit Teilen des *Nigerian Youth Movement* zur *Action Group* zusammengeschlossen hatte, den Westen und der NCNC (der nach außen jedoch pan-nigerianische Ziele aufrecht erhielt) den Osten.²³ (Crowder 1973:279) Die drei großen Parteien bestritten auch den Wahlkampf 1951/1952; der NCNC gewann erwartungsgemäß im Osten mit einer großen Mehrheit, die *Action Group* erreichte die Mehrheit im Westen, und der NPC im Norden (Crowder 1973:282).

1952 trat die neue Verfassung in Kraft: Sie sah eine zentrale Gesetzgebung mit 148 Mitgliedern vor, davon die Hälfte aus dem Norden, und ein *executive council* aus sechs Beamten und je vier Ministern pro Region, die von den Regionalversammlungen (*regional assemblies*) entsandt wurden. Die Regionalversammlungen wurden ausgebaut und erhielten gesetzgeberische und fiskalische Kompetenzen (Crowder 1973:281). Die drei großen Parteien hatten unterschiedliche Vorstellungen bezüglich des staatlichen Aufbaus und der Verfassung Nigerias: Während Teile des NCNC eine Verfassung anstrebten, die dem Bund bzw. der Zentralregierung mehr Kompetenzen einräumte, wollten *Action Group* und vor allem NPC möglichst viel Macht und Kompetenzbefugnisse in den Regionen erhalten. Die Nord-Region befürchtete, aufgrund der administrativen Trennung und des Nachholbedarfs in westlicher

²³ Daneben gab es noch die radikale „Zikist-Bewegung“, die in Entsprechung ihrer anti-kolonialen Grundsätze unter anderem Arbeiter zu Streiks aufrief und von Crowder (1973:279) als die „einzig wahre pan-nigerianische Partei“ bezeichnet wird, da sie Mitglieder aus ganz Nigeria hatte.

Schulbildung und politischer Praxis, vom Süden dominiert zu werden, was durch eine Stärkung der Autonomie der Nord-Region verhindert werden sollte. Die Verfassung war schließlich ein Kompromiss zwischen den verschiedenen Positionen, die Macht war relativ gleichmäßig zwischen Zentrum und Regionen verteilt (vgl. Crowder 1973:282).

Als die *Action Group* die Selbstregierung Nigerias für das Jahr 1956 verlangten, unterstützten die Minister aus dem Norden diesen Antrag nicht, da sie sich noch nicht bereit für die Selbstregierung sahen. Aufgrund des Bildungsrückstands des Nordens gegenüber dem Süden gab es in der bevölkerungsreichen Nord-Region nur eine Handvoll Akademiker und vereinzelt Schulabgänger mit abgeschlossener „westlicher“ (Aus)Bildung und somit bei weitem nicht ausreichend Beamte, um die unteren und oberen Ränge der Verwaltung zu besetzen. Dies bedeutete wiederum, dass die nördliche Verwaltung von Beamten aus dem Süden abhängig sein würde, was die Unabhängigkeit und Selbstregierung für die nördlichen Politiker wenig erstrebenswert erscheinen ließ (vgl. Crowder 1973:290ff).

Aus diesem Grund schlugen die Politiker der Nord-Region vor, die Unabhängigkeit Nigerias um ein paar Jahre zu verschieben und zogen sich damit den Zorn der *Action Group* und des NCNC²⁴ zu, was für die Verständigung zwischen Norden und Süden nicht förderlich war. Die Spannungen zwischen Norden und Süden wuchsen, als Obafemi Awolowo, der zuvor die politischen Führer des Nordens als Despoten und Handlanger der Briten bezeichnet hatte, eine Wahlkampf-Tour nach Kano ankündigte. Besonders in Städten wie Kano, wo eine größere Anzahl von Süd-NigerianerInnen lebte, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen mit Dutzenden von Toten und Hunderten von Verletzten (vgl. Crowder 1973:284). „Tribal and regional separatism came to a vicious head in those unhappy days and it seemed that Nigeria would split in two.“ (Crowder 1973:284f) Die politischen Vertreter des Nordens drohten mit Separation und Auflösung der Föderation und forderten als Kompromiss die Devolution aller wichtigen innenpolitischen Regierungsfunktionen an die Regionen, welche nur durch eine lose, nicht-politische Union zusammengehalten werden sollten. *Action Group* und NCNC erklärten, sie würden eine südliche Föderation gründen und sich noch im Jahr 1956 für unabhängig erklären, sollte der Norden nach wie vor die Unabhängigkeit Nigerias ablehnen (vgl. Crowder 1973:285).

²⁴ Die NCNC nannte sich ab 1961 *National Council of Nigerian Citizens*.

Der Kolonialminister Lyttelton reagierte auf die Konflikte mit der Ausarbeitung einer Verfassung, die den Regionen größere Autonomie zuerkannte, indem noch mehr Kompetenzen vom Zentrum an die Regionen übertragen wurden. Der Streitpunkt Unabhängigkeit wurde dahingehend gelöst, dass jenen Regionen, die dies wünschten, das Recht zur Selbstverwaltung gewährt wurde, der Föderation als Gesamtheit jedoch nicht. So konnte der Norden selbst entscheiden, wann er die Selbstverwaltung umsetzen wollte. Die Lyttelton-Verfassung sah einen nigerianischen Bundesstaat vor, der aus drei Regionen, dem Hauptstadtterritorium Lagos und dem „quasi-föderalen Territorium“ Süd-Kamerun bestand (vgl. Crowder 1973:287f). Die nationale gesetzgebende Körperschaft (*Federal House of Representatives*) bestand aus 184 Mitgliedern, davon 92 aus dem Norden, je 42 aus dem Osten und Westen, 6 aus Süd-Kamerun und 2 aus Lagos (vgl. Crowder 1973:287f; Citizens for Nigeria o.A.).

In den Parlamentswahlen, die der Einführung der Lyttelton-Verfassung folgten, erhielt der NPC wenig überraschend die große Mehrheit der Sitze des Nordens; zusätzlich zu seiner politischen Basis im Osten erhielt der NCNC auch eine knappe Mehrheit im Westen, der politischen Heimat der *Action Group*. Für Crowder (1973:289) war dies ein Zeichen dafür, dass die nigerianische Politik nicht gänzlich von ethnischen bzw. tribalistischen Faktoren bestimmt wurde.²⁵ Obwohl der NCNC im Osten und Westen eine Mehrheit erreicht hatte, hatte der NPC die größte Anzahl von Sitzen im *Federal House* (Crowder 1973:289f). Ein Mangel der Macpherson-Verfassung - und anfangs auch der Lyttelton-Verfassung - war, dass es nach wie vor kein nigerianisches Staatsoberhaupt gab und die entsandten Minister sich stark an Weisungen aus und Interessen der Regionen orientierten, und damit regionalistische Tendenzen gefördert wurden (vgl. Crowder 1973:293; Citizens for Nigeria o.A.).

3.6.2. Situation der Minderheiten

Eine große Herausforderung für die nigerianische Regierung waren die Minderheiten und ihre Forderungen nach der Bildung von Staaten auf der Grundlage ethnischer Zugehörigkeiten. Die Macpherson-Verfassung förderte eine ethnisch- und regional-motivierte Politik und nach diesen Gesichtspunkten strukturierte Parteien, was Ressentiments der Minderheiten gegenüber Hausa-Fulani, Yoruba und Igbo hervorrief, die sie – nicht ohne Grund – mit den großen

²⁵ Der Wahlsieg des NCNC auch in der West-Region gründete zum Teil auf Stimmen aus dem Minderheitsgebiet im späteren, d.h. im Jahr 1965 gegründeten, Mid-West-State, und zum Teil auf Stimmen der Yoruba, die mit der Steuerpolitik der *Action Group* nicht einverstanden waren (Crowder 1973:289).

Parteien gleichsetzten²⁶ (vgl. Crowder 1973:294). Besonders in der Ost-Region gab es eine Vielzahl von Minderheitenbewegungen mit unterschiedlichen Forderungen, die im Wesentlichen gemeinsam hatten, dass sie auf der Angst vor der Unterdrückung der eigenen (ethnischen) Gruppe durch die Dominanz einer anderen (ethnischen) Gruppe und daraus resultierend auf ethnischem Patriotismus basierten (vgl. Crowder 1973:295).

Die anlässlich der Verfassungskonferenz im Jahr 1957 errichtete Willink-Kommission sollte sich diesem Thema widmen und den Minderheiten die Möglichkeit geben, ihre Anliegen darzulegen und Befürchtungen zu äußern. Die Kommission kam jedoch – entgegen den Wünschen vieler Minderheiten, die eigene Teilstaaten gefordert hatten – zu dem Ergebnis, dass es nicht sinnvoll wäre, neue Teilstaaten zu gründen und dass die Probleme der Minderheiten am besten im bestehenden staatlichen System gelöst werden könnten. Die Kommission begründete dies damit, dass die Kerngebiete der Minderheitenbewegungen zu klein in Relation zu den von ihnen beanspruchten Territorien wären und dass sich die Ängste der Minderheiten vor Unterdrückung durch bestimmte Vorkehrungen und die Verankerung fundamentaler Grund- und Menschenrechte in der Verfassung in Wohlgefallen auflösen würden (vgl. Alagoa 2004:10; Okonta 2003:24; Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:38).

²⁶ Die Minderheiten waren strategisch wichtig für die drei großen Parteien: Diese suchten stets die Unterstützung der Minderheiten jener Regionen, in der sie nicht die dominante Partei waren, um ein gewisses Machtgleichgewicht zu sichern (Crowder 1973:297f).

4. „Ethnische Politik“ im unabhängigen Nigeria

„Wherever the Nigerian political system has most dramatically experienced breakdowns – constitutional crises, political immobilism, coups d'état, civil war, etc. – this has always occurred within a context of inter-ethnic controversy. The phenomenon of ethnicity, ethno-nationalism or, as it is popularly termed, tribalism, is thus a focal point of national politics.” (Graf 1988:13)

4.1. Zu den Begriffen „Ethnizität“ und „Tribalismus“

Ethnizität war und ist ein dominanter Faktor im politischen und wirtschaftlichen Leben Nigerias. „Taking ethnicity as a starting point, one may examine a whole range of factors contributing to problems of stability and integration in Nigeria: nationalism, unbalanced regional development, distribution of scarce resources and, in particular, class conflict.“ (Graf 1988:14) William D. Graf beschreibt Ethnizität als ein relativ „junges“ Phänomen, das es erst seit der Kolonialzeit gibt und das seine volle Entfaltung seit der Unabhängigkeit Nigerias erfahren hat. Seiner Ansicht nach gab es in vorkolonialer Zeit zwar gelegentlich „tribal wars“ und Raubzüge zur Beschaffung von Sklaven, aber keine inter-ethnische Rivalität wie dies später der Fall war.

Das Konzept Ethnizität umfasst die Beziehungen zwischen verschiedenen (ethnischen) Gruppen *innerhalb* eines politischen Systems und umfasst nicht die Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen, welche gleichzeitig politische Gebilde darstellen, das heißt die Beziehungen verschiedener Staaten zueinander. Hierbei handelt es sich um internationale Beziehungen, welche durch Nationalismus bzw. nationalistische Konzepte charakterisiert sind (vgl. Nnoli 1978:6).

Kennzeichen von Ethnizität sind somit Abgrenzung der eigenen Gruppe von anderen Gruppen, d.h. Abgrenzung der „ingroup“ von der „outgroup“. Ethnizität spiegelt sich in den sozialen Beziehungen derart wider, dass Akzeptanz oder Ablehnung gegenüber Mitmenschen nach sprachlichen und kulturellen Kriterien erfolgen. Dies führt zu interethnischer Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, Wohnungen, beim Zugang zu Ausbildungseinrichtungen und Sozialleistungen, bei der Vergabe von Verträgen aber auch in

familiären und zwischenmenschlichen Belangen, wie etwa Eheschließungen, und kann in Vetterwirtschaft und Korruption ihren Höhepunkt erreichen (vgl. Nnoli 1978:7). „This factor of exclusiveness is usually accompanied by nepotism and corruption. Merit is sacrificed on the altar of ethnic chauvinism and solidarity.” (Nnoli 1978:7f)

Ethnizität birgt daher Konfliktpotential in sich: Unter Bedingungen eines interethnischen Wettbewerbs um begrenzte Ressourcen sind Konflikte unvermeidlich, speziell in Gesellschaften, die stark hierarchisch gegliedert sind und in denen materielles Vermögen und Wohlstand als äußerst erstrebenswert und wichtig erachtet werden (Nnoli 1978:8). In einer Situation prekärer wirtschaftlicher Verhältnisse und Konkurrenz um knappe Ressourcen wird soziale Ablehnung anderer ethnischer Gruppen toleriert und anerkannt und als nötig zur Sicherung der Position der eigenen Gruppe betrachtet. (Nnoli 1978:8) „The fear of being confined to the bottom of the interethnic ladder of inequality generates divisive and destructive socioeconomic competition which has antisocial effects.“ (Nnoli 1978:8)

Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass sich Grenzen bzw. Abgrenzungen ethnischer Gruppen mit der Zeit verändern: So führten in vorkolonialer Zeit die verschiedenen Yoruba-sprechenden Königreiche Krieg gegeneinander, woraus sich schließen lässt, dass sie sich kaum als homogene Gruppe, die die gleichen Ziele verfolgt, betrachteten (vgl. Nnoli 1978:6; Gingrich 2001:106f). „Like any other social phenomenon, ethnicity is not immutable. It alters its form, its place, and its role in the life of society.” (Nnoli 1978:8) Ethnizität ist auch nicht die einzige Form der Identifikation mit einer Gruppe – politische, religiöse, soziale und noch viele andere Faktoren spielen ebenso eine wichtige Rolle bei der Identitätsstiftung (vgl. Nnoli 1978:8).

Nnoli (1978:6f) unterscheidet zwischen einer „ethnic group in itself“ und einer „ethnic group for itself“: Erstere bezeichnet eine Gruppe die durch gemeinsame linguistische oder kulturelle Ähnlichkeiten gekennzeichnet ist, aber sich nicht zwingend als eine Gruppe definiert bzw. ein gemeinsames Gruppenbewusstsein hat. Letztere bezeichnet eine Gruppe mit sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten und einem gemeinsamen Gruppenbewusstsein bzw. einer Gruppenidentität - nur diese Gruppe ist für das Konzept Ethnizität relevant. Unter gewissen Umständen entwickeln sich Gruppen mit ähnlichen sprachlichen und kulturellen Merkmalen zu eben solchen Gruppen mit einem gemeinsamen ethnischen Bewusstsein: In Nigeria geschah dies vor allem während der Kolonialzeit, als Menschen durch die veränderten

politischen und wirtschaftlichen Bedingungen gezwungen waren, zu interagieren und miteinander zu konkurrieren (vgl. Nnoli 1978:6f).

Obafemi Awolowo definierte “Tribalismus”, einen Begriff den er mit “Regionalismus” gleichsetzt, als ein „morbides Verhaftetsein bzw. Loyalität zu seiner Region oder seinem Stamm, unter Ablehnung, Befangenheit gegenüber und zum Schaden anderer Regionen und Stämme“; als „diskriminierende Verhaltensweisen, die die eigene Region oder den eigenen Stamm bevorzugen, auf Kosten oder zum Nachteil oder Schaden anderer Regionen und Stämme“; als „Anstacheln der eigenen Region oder des eigenen Stamms gegen die anderen Regionen oder Stämme“ und als „Ausnützen der eigenen Popularität oder des eigenen Ansehens für unwürdige Zwecke“. (Awolowo nach Graf 1988:13)

Ethnische Gruppen sind für Nnoli (1978:5f) soziale Formationen, die sich durch gemeinsame bzw. „gemeinschaftliche“ Eigenschaften voneinander unterscheiden und abgrenzen. Diese gemeinsamen Eigenschaften oder Abgrenzungen können sprachlicher und/oder kultureller Natur sein; im afrikanischen Kontext zogen Wissenschaftler zumeist die Sprache als entscheidendes Kriterium heran. Ethnische Gruppen sind jedoch in sich nicht (immer) homogen, es gibt häufig sprachliche und kulturelle Differenzierungen, welche sich in „sub-ethnischen Systemen“ niederschlagen. Auch Klassenunterschiede bzw. wirtschaftliche und berufsbezogene Unterschiede innerhalb ethnischer Gruppen sind dafür verantwortlich, dass ethnische Gemeinschaften keine homogenen, gleichartigen Gruppierungen darstellen (vgl. Nnoli 1978:5f).

Ein weiterer Begriff im Zusammenhang mit Ethnizität ist Ethnozentismus: „Ethnocentrism is attitudinal in form and perceptual in content. It represents the subjective dimension of ethnic behaviour.” (Nnoli 1978:6) Ethnozentismus befasst sich auch mit der Interaktion zwischen ethnischen Gruppen und wird daher häufig mit Ethnizität verwechselt. Ethnozentismus beinhaltet den Stolz auf die eigene ethnische Gruppe und eine damit einhergehende Abgrenzung und Bewertung von anderen Gruppen. (vgl. Nnoli 1978:6) Ethnizität beinhaltet Ethnozentismus, geht aber darüber hinaus. „It is behavioural in form and conflictual in content.“ (Nnoli 1978:6)

Der intensivste Kontakt zwischen Mitgliedern verschiedener ethnischer Gruppen findet in den Städten statt. Bezüglich des Einflusses gesellschaftlicher Veränderungen - wie Urbanisierung,

Kommerzialisierung und Professionalisierung der Arbeitswelt - auf Ethnizität ist erkennbar, dass eine „Modernisierung“ der Gesellschaft im Sinne einer zunehmenden Urbanisierung, Ausweitung der Ausbildungseinrichtungen und Ausbau des Kommunikations- und Transportwesens nicht zwangsläufig zur Integration von (konkurrierenden) ethnischen Gruppen führt, sondern sogar eine Intensivierung ethnischer Zugehörigkeitsgefühle oder gar Konflikte zur Folge haben kann (vgl. Nnoli 1978:14f; Graf 1988:23). „Entwicklung“ bzw. „Modernisierung“ sowie eine damit einhergehende Individualisierung der Gesellschaft führen nicht automatisch zur Verminderung ethnischer Zugehörigkeitsgefühlen und Loyalitäten: Im Gegenteil, sie können ethnische Konflikte verstärken, wenn nicht alle Teile der Bevölkerung bzw. alle Volksgruppen eines Staates in gleicher, fairer Weise davon profitieren (vgl. Graf 1988:23).

4.2. Ethnizität als Konstrukt

Bei einer zu eingeschränkten Betrachtung von Ethnizität im afrikanischen Kontext wird auch häufig außer Acht gelassen, dass ethnische Identitäten und ethnische Konflikte häufig von Menschen aus politischem Kalkül erzeugt werden. (Nnoli 1978:10)

Ethnizität ist ein dominanter Faktor in der Beschreibung von afrikanischen Gesellschaften: Die ersten, die Ethnizität als ein typisch afrikanisches Phänomen konstruierten, waren europäische AnthropologInnen oder EthnologInnen im Dienste des Kolonialismus. Ethnizität wurde Afrika bzw. den AfrikanerInnen „von außen“ übergestülpt. Später erfolgte diese Ethnisierung, das heißt die Zuweisung von ethnischen Identitäten an die afrikanische Bevölkerung, auch von innen, etwa durch afrikanische Politiker.

“It is common to interpret African politics in tribal terms. Tribalism is perceived to be the central unifying concept for the analysis of African life. This perspective was first popularised by colonial anthropologists. It has been internalised to such an extent that even Africans themselves now think of the dynamics of their societies as being dominated by that phenomenon.” (Nnoli 1978:1)

Ethnizität ist jedoch kein wertfreies wissenschaftliches Konzept und besonders Ethnizität beinhaltet ideologische und politische (Wert)Vorstellungen und wird oft für ideologische und politische Zwecke gebraucht bzw. missbraucht (vgl. Nnoli 1978:1; Droesser 2005; Eckert 2011:42). “Of course, ethnicity often intrudes into African politics. In view of the ethnic consciousness that has developed over several generations of the colonial and neocolonial

history of Africa, it cannot be otherwise. However, this ethnic ideology in itself needs to be explained.” (Nnoli 1978:9)

Eine Überbetonung des Phänomens Ethnizität kann dazu führen, dass andere wichtige Faktoren nigerianischer (wie afrikanischer) Politik vernachlässigt und unbeachtet bleiben. Eine Beschreibung bzw. Erklärung nigerianischer bzw. afrikanischer politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse allein anhand von Ethnizität macht einerseits einen ungerechtfertigten (und diskriminierenden) Unterschied zwischen Afrika und dem Rest der Welt und vereinfacht und „verschleiert“ das Muster der Wirtschafts- und Machtbeziehungen zwischen Afrika und der „kapitalistischen Welt“ (Nnoli 1978:10ff) Nnoli betrachtet Ethnizität als ein Mittel zur Fortführung des Imperialismus, um die Verbreitung von revolutionärem Ideengut und die Bildung eines stärkeren politischen Bewusstseins bei den Verlierern des Systems zu verhindern. „By diverting attention away from imperialist exploitation and the resultant distortion of African economic and social structures, ethnicity performs the function of mystification and obscurantism.” (Nnoli 1978:13)

Graf (1988:21) beschreibt das Phänomen „Tribalismus“ als eine Ersatzideologie der nigerianischen politischen und wirtschaftlichen Elite, welche mittels Rückgriff auf eine konservative, rassistische Ideologie die Bevölkerung zu manipulieren versuchte. So sollten Unterschiede zwischen Reich und Arm erklärt und festgeschrieben, der fortwährende Kampf (innerhalb) der Eliten um staatliche Macht und Ressourcen zu Lasten der Bevölkerung verschleiert und die postkoloniale kapitalistische Wirtschaftsordnung mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten als ihren Nutznießern gerechtfertigt werden (vgl. Graf 1988:21; Droesser 2005).

4.3. Ethnizität und „Eliten“

Oberflächlich betrachtet, präsentiert sich die nigerianische Politik als ein Kampf der verschiedenen ethnischen Gruppen um die Verteilung von Macht und Ressourcen. Dies spiegelt sich im Wahlverhalten bzw. im Auswahlverfahren für die Besetzung öffentlicher Ämter und in deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung wider. Viele Menschen fühlen sich in der Politik, etwa in leitenden Positionen staatlicher Organisationen und Unternehmen, nur von Mitgliedern der eigenen (ethnischen) Gruppe gut vertreten, was im Zuge von Amtseinsetzungen, Wahlen oder Ernennungen in repräsentative Funktionen oft zu

Streitigkeiten und Konflikten führt. „Most Nigerians have come to believe that unless their «own men» are in government they are unable to secure those socio-economic amenities that are disbursed by the government.” (Nnoli 1978:176) Ebenso wie Ernennungen in den öffentlichen Dienst werden auch Regierungsentscheidungen über die Situierung von Industriezentren, Straßenbauten, Vergabe von Stipendien o.ä. oft von einem ethnischen Standpunkt aus gesehen, bewertet und gegebenenfalls kritisiert - als die eigene ethnische Gruppe diskriminierend.

Die Stellung der nigerianischen Eliten²⁷, insbesondere nach der Unabhängigkeit, bedurfte der Legitimation durch die Bevölkerung bzw. der verschiedenen (ethnischen) Gruppierungen innerhalb der Bevölkerung. Die Eliten versuchten, diese Legitimation oder Zustimmung zu erhalten, indem sie ihrer Klientel, z.B. ihren Wählern, Ressourcen, Infrastrukturprojekte, staatliche Verträge und ähnliches zuteil werden ließen, dies häufig auf Kosten der Klientel anderer Eliten, d.h. auf Kosten anderer Städte, Regionen, Bundesstaaten etc. (vgl. Graf 1988:19).

Speziell nach der Unabhängigkeit entstanden oder verschärften sich die Konkurrenz und das Konfliktpotential zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen: Positionen in der Verwaltung und an den Hebeln wirtschaftlicher und politischer Macht wurden frei und warteten darauf, von den nigerianischen Eliten besetzt zu werden. Diese schürten Ressentiments zwischen den verschiedenen ethnischen und regionalen Basen, um sich Zulauf zu verschaffen und ihre eigenen Positionen zu stärken. „New positions and rewards were now within the grasp of those elites who tended to foment ethnic resentments in order to enhance their bargaining positions at the centre.” (Graf 1988:23) Die Aufnahme von Personal in die staatliche Verwaltung basiert nach wie vor oft mehr auf ethnischen Aspekten als auf den Kompetenzen und Qualifikationen der ausgewählten Beamten und Bediensteten, was wiederum zu einer ineffizienten und korrupten Verwaltung führt (vgl. Aremu/Omotola 2007:67f).

Das wirtschaftliche Ungleichgewicht bzw. die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung verschiedener Regionen, deren Ursprünge in der kolonialen Rohstoffindustrie lagen, dauerte nach der Unabhängigkeit fort oder wurde oft noch ausgeprägter. Dieses Ungleichgewicht

²⁷ Die nigerianische Elite unterteilt sich nach Aremu/Omotola (2007:61) in eine sich teilweise überlappende wirtschaftliche, religiöse, akademische, „traditionelle“, bürokratische und militärische Elite, welche sich zum Teil bereits während der Kolonialzeit etablierte und in ihren Wirkungsbereichen Einfluss ausübt.

korrelierte häufig mit den Grenzen ethnischer Gruppen oder Volkszugehörigkeiten, was wiederum Konkurrenz und Feindseligkeiten zwischen diesen erzeugte.

„These imbalances generally coincided with ethnic group boundaries, thus reinforcing inter-ethnic competition and creating a further source of instability: the wealthier regions feared that the poorer regions – which in Nigeria happened to be the most populous regions – would use their political power to force a redistribution, while the poorer regions resented their status which they tended to see as the outcome of ethnic politics.” (Graf 1988:23)

Ein effektives Mittel, die Verteilung limitierter Ressourcen zu beeinflussen, ist der Rückgriff auf Ethnizität. Nnoli (1978:177) sieht dies als eine Strategie der nigerianischen Eliten, um den Kampf der gesellschaftlichen Klassen um die Verteilung der staatlichen Vermögens zu vertuschen, indem bei der Bevölkerung der Anschein erweckt wird, dass die nigerianische Politik ein einziger Kampf um sozioökonomische Ressourcen wäre. „By presenting politics as an interethnic struggle for socioeconomic resources, these classes camouflage intraclass struggles for the division of the national wealth that is inimical to the interest of the underprivileged classes, the working class, and the poor farmers who constitute the vast majority of the population.“ (Nnoli 1978:177)

Da auch politische Parteien in Nigeria zumeist auf regionaler (ethnischer) Basis arbeiteten und auf diese weitgehend beschränkt waren, versuchten sie, ihre Macht und Dominanz innerhalb dieser Grenzen so weit wie möglich auszubauen; in Ermangelung einer nationalen, Regionen überschreitenden Ideologie taten sie dies, indem sie auf ethnische Zugehörigkeiten zurückgriffen (vgl. Graf 1988:19; Eckert 2011:42). Nigerianische politische Parteien und Politiker scheinen nach wie vor weniger von politischen Programmen und Zielsetzungen geleitet, als vom Streben nach Macht und Ressourcen (dass dies kein rein nigerianisches Phänomen ist, muss nicht näher erläutert werden). Dies und die Tatsache, dass die meisten nigerianischen Parteien keine nationale politische Perspektive hatten, führten dazu, dass Parteien ihre Wähler ansprachen, indem sie an ihre ethnischen und religiösen Zugehörigkeitsgefühle appellierten. „Of all the Nigerian parties today, none seems to have a clearly delineated political belief. At best, each tends to reflect a contradictory combination of features of conservatism, welfarism and capitalism. Consequently, appeal to forces of identity such as ethnicity and religion dominates official and unofficial activities.” (Aremu/Omotola 2007:64)

„Tribalismus“ bzw. Ethnizität kann somit als eine Verschleierung der Konkurrenz der Eliten um den Besitz und die Verteilung von Ressourcen betrachtet werden: Eliten mobilisieren (ethnische) Gemeinschaften gegen andere, indem sie an deren ethnische Identitäten und Solidarität appellieren; dies letztlich, um die Unterstützung (von Teilen) der Bevölkerung bei der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen – wie dem Streben nach politischer Macht oder finanziellen Vorteilen - zu gewinnen (vgl. Graf 1988:19; Eckert 2011:42; Isichei 1983:485). „In this way ethnicity becomes a mask for class privileges.“ (Nnoli 1978:10)

Nigerianische Eliten und Politiker halten die Beziehungen zu ihren „ethno-regionalen“ Basen somit unter anderem durch Patronage und Korruption aufrecht²⁸, es erfolgt eine „Personalisierung der Politik“, die Politiker sichern sich die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung durch „kalkulierte ethno-nationalistische Appelle“ (Graf 1988:21). Politiker bzw. die politischen Eliten schüren die Ängste einzelner Volksgruppen vor der politischen Dominanz und wirtschaftlichen Ausbeutung durch andere Volksgruppen, um ihre eigene Machtposition auszubauen und zu festigen. Anstatt die nationale Einheit und das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Volksgruppen Nigerias zu fördern und voranzutreiben, agiert die politische Elite häufig destabilisierend, indem sie die Unterschiede und Trennlinien zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen akzentuiert und Konflikte verschärft (Graf 1988:21).

Politische und wirtschaftliche Eliten bedienen sich häufig arbeitsloser und mittelloser junger Männer (und Frauen), um sie unter dem Deckmantel von Ethnizität und Lokalpatriotismus zu instrumentalisieren und z.B. gegen politische Gegner aufzuhetzen. Sie heizen so die angespannte Lage weiter an und verschärfen oder lösen Konflikte zwischen Volksgruppen aus, indem sie etwa Neidgefühle einer ethnischen Gruppe gegenüber einer vermeintlich politisch bevorzugten oder wirtschaftlich potenteren ethnischen Gruppe schüren (vgl. Agbu 2004:38).

Eine solche Strategie der Ethnisierung der nigerianischen Bevölkerung birgt jedoch Gefahren für die Demokratie und sogar für den Bestand des Staates Nigeria, indem sie Sezessionsbestrebungen Zulauf verschafft und die Legitimität der staatlichen Struktur infrage stellt (Graf 1988:21).

²⁸ Auch das Auftreten charismatischer politischer Anführer und populärer Parteien und funktionierende staatliche Einrichtungen verhindern nicht zwangsläufig die Verbreitung ethnischer Zugehörigkeitsgefühle (Nnoli 1978:14f).

4.4. Demokratisierung und Entstehung der *ethnic militia*

Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1999 kam es zu einem Anstieg ethnischer und religiöser Konflikte (vgl. Aremu/Omotola 2007:73; Agbu 2004:5ff). Dies liegt unter anderem daran, dass die hohen Erwartungen, die die nigerianische Bevölkerung an den Demokratisierungsprozess hatte, sich letztlich nicht erfüllten. Das (formal) demokratische Staatssystem führte zu keinen unmittelbar sichtbaren soziökonomischen Verbesserungen, die Unterschiede zwischen Armen und Reichen, zwischen den scheinbar bevorzugten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen bzw. ethnischen Gruppen und zwischen Nord und Süd verringerten sich augenscheinlich nicht. Nach langen Jahren der Entbehrungen hatte die nigerianische Bevölkerung überhöhte Erwartungen an die neugewonnene Demokratie und die Nichterfüllung dieser Erwartungen führte zu Frustration und erhöhter Gewaltbereitschaft. Noch dazu konnte die Bevölkerung nun ihren Unmut über die Missstände eher und gefahrloser äußern, als dies unter den repressiven Militärdiktaturen der Fall gewesen war; gewalttätige Konflikte waren die Folge. So kam und kommt es vor allem in den dicht besiedelten Slums von Städten wie Lagos, Aba, Onitsha, Kaduna und Kano immer wieder zu Gewaltausbrüchen und Angriffen von ethnischen Milizen auf staatliche Einrichtungen, aber auch auf die Bevölkerung (vgl. Aremu/Omotola 2007:73; Agbu 2004:14).

Agbu (2004:8) geht von der Annahme aus, dass der Anstieg der von ethnischen Milizen verursachten Gewalt nach der Rückkehr zu einem demokratischen Staat im Jahr 1999 auf die „Über-Zentralisierung“ der Macht in der nigerianischen Föderation und auf das Scheitern der Politiker, sich den Problemen des Staates und der Bevölkerung zu stellen, zurückzuführen ist und dass die Bildung von ethnischen Milizen eine Antwort auf die Unfähigkeit des Staates sowie ein Mittel zur Dezentralisierung der staatlichen Macht darstellt. Das Entstehen militanter Gruppen ist einerseits auf das Versagen des Staates zurückzuführen, die grundlegendsten staatlichen Sozialstrukturen bereitzustellen, zurückzuführen, andererseits schlagen Milizen aus dieser Situation Kapital.²⁹

²⁹ Die Ausweitung der Schulbildung auf weite Teile der Bevölkerung ohne gleichzeitige Schaffung von ausreichend adäquaten Jobs führte laut Agbu zu einer „politischen Anomie“ (Agbu 2004:14). Dies stellt vor allem in den Großstädten ein Problem dar, wo unter- und unbeschäftigte Schulabgänger und Schulabgängerinnen leicht als Mitglieder für kriminelle Organisationen oder ethnische Milizen, als *area boys* oder *area girls* zu rekrutieren sind.

Aremu und Omotola (2007) lokalisieren die meisten gewalttätigen Konflikte dort, wo der Staat seine Aufgabe, das Wohl der Bevölkerung zu fördern, offensichtlich nicht oder schlecht erfüllt und der Staat und die mit einem demokratischen System verbundenen Einrichtungen nicht vorhanden sind oder von der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden. Im Falle des Nigerdeltas trifft beides zu: Einerseits wird die Anwesenheit des Staates von der Bevölkerung als äußerst negativ wahrgenommen, so etwa im Zuge des Erdölabbaus, bei dem die Umwelt und Lebensgrundlage der ansässigen ländlichen Bevölkerung zerstört wird; andererseits mangelt es in vielen, vor allem in den ländlichen, Gebieten, an grundlegenden Infrastruktureinrichtungen, die ein funktionierender demokratischer Staat bereitstellen sollte (vgl. Aremu/Omotola 2007:73f).

Die Inkompetenz des Staatsapparats ist somit eine Hauptursache von ethnischen Konflikten und Gewalt. Sie führt auch zur Konkurrenz verschiedener (ethnischer) Gruppen um den Zugang zur staatlichen Macht, welche wiederum die angespannte Lage verschärft. Dieser Zugang zu staatlicher Macht ist umso wichtiger, als der nigerianische Staat einerseits in vielen Lebensbereichen der Bürger interveniert bzw. präsent ist und andererseits seine sozialen bzw. staatlichen Verpflichtungen nicht ausreichend erfüllt (vgl. Agbu 2004:10,38).

Ethnische Milizen in Nigeria entstanden nicht über Nacht, ihre Verbreitung ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen, deren Wurzeln weiter zurückliegen.³⁰ (Agbu 2004:14) Agbu (2004:7f) sieht als Ausgangsbasis der ethnischen Konflikte in Nigeria das „koloniale Erbe“ und das „historische Muster von Rivalitäten und den Wettbewerb zwischen Gemeinschaften“. Seiner Ansicht nach hat die britische Kolonialherrschaft mit ihrer *divide and rule*-Taktik ethnische Unterschiede und Differenzen verfestigt, dies vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen. In diesem Zusammenhang sind auch die kolonialen und später nationalstaatlichen (künstlichen) Grenzen zu erwähnen, sowie die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung verschiedener Landesteile - Faktoren die nicht nur in Nigeria, sondern in vielen afrikanischen Staaten zu Konflikten zwischen ethnischen Gruppen führen (vgl. Agbu 2004:9).

Agbu (2004:36ff) vertritt die Ansicht, dass die Militärdiktaturen, die Jahrzehnte lang Nigerias politische Geschichte dominierten, zu einer stetigen Militarisierung der nigerianischen

³⁰ Frühe militante oder secessionistische ethnische Bewegungen gab es beispielsweise in den 1960ern im Nigerdelta mit der von Adaka Boro gegründeten *Niger Delta Volunteer Force* und in einem größeren Ausmaß mit der Sezessionserklärung und dem anschließenden Bürgerkrieg um „Biafra“ von 1967-1970 (vgl. Agbu 2005:15).

Gesellschaft geführt haben. Besonders die Annullierung der Wahlen im Jahr 1993 durch Ibrahim Babangida - Wahlen in deren Zuge Moshood Abiola rechtmäßig von der Bevölkerung zum neuen Präsidenten gewählt wurde – frustrierte große Teile der Bevölkerung und erschütterte ihr Vertrauen in die Politik und staatlichen Strukturen. Dies rief unterschiedliche Reaktionen hervor: Während manche Menschen ihr Interesse an Politik und demokratischer Partizipation verloren und sich stärker auf andere Bereiche des Lebens, wie zum Beispiel auf ihr wirtschaftliches Überleben oder auf Religion, konzentrierten, engagierten sich andere in zivilgesellschaftlichen Organisationen und/oder organisierten Proteste gegen die Militärdiktatur unter Ibrahim Babangida und später Sani Abacha. Die Mitglieder der in jener Zeit gegründeten politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen waren aufgrund des aufgestauten hohen Frustrationspotentials eher bereit, zu bewaffnetem Widerstand zu schreiten als zuvor, und die Hemmschwelle gegenüber militanten Aktivitäten sank (vgl. Agbu 2004:36ff). Abgesehen davon hatte das Leben unter den Militärdiktaturen bei vielen Menschen das Bewusstsein geschaffen, dass mit Gewalt und kriminellen Machenschaften mehr zu erreichen wäre als mit Rücksicht und Gesetzestreue. “Generally, Nigerians share a lack of faith in their government, the rule of law, a sense of being oppressed, and not of receiving their fair share of Nigeria’s bounty.” (Agbu 2004:6)

Ethnische Konflikte haben nicht nur auf die betroffenen Gruppen Auswirkungen, sondern auf die Gesellschaft als Ganzes. Die große Verbreitung und Verfügbarkeit von Waffen in Nigeria trägt zur Verschärfung der Konflikte und Militarisierung der Gesellschaft bei. Wo einander „verfeindete“ Gruppen bewaffnet gegenüberstehen, arten Konflikte zwangsläufig eher in Massakern aus, was bestehende Konflikte verschärft und die Gewaltspirale weiter antreibt (vgl. Agbu 2004:11f; Human Rights Watch 2003; 2005; 2008). Die Gewalt, die von ethnischen Milizen ausgeht, destabilisiert auch den Staat, gefährdet das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Völkerschaften Nigerias und stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für die nigerianische Demokratie dar. Agbu (2004:8) weist auch darauf hin, dass Konflikte und ein Eskalieren der Gewalt letztlich zu einem Bürgerkrieg führen könnten.

Die meisten nigerianischen Milizen weisen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Umfeld und ihren Motivationen ähnliche Eigenschaften auf: Sie sind gewaltbereit, zählen vorwiegend junge Männer zu ihren Mitgliedern und ihre Mitgliedschaft ist häufig nach ethnischen Gesichtspunkten geregelt. Die Milizen geben sich häufig volksnah, zumindest zu jenen Teilen der nigerianischen Bevölkerung, denen sie sich als zugehörig erachten (Agbu 2004:7).

Forderungen der Milizen, insbesondere der militanten Gruppen im Nigerdelta, sind: ein Ende der und Entschädigung für erlittene politische und wirtschaftliche Marginalisierung; Dezentralisierung staatlicher Macht, Autonomie und Selbstbestimmung im Sinne von Kontrolle über Grund und Boden und über die darauf bzw. darin enthaltenen Ressourcen, sowie Sicherheit und (mehr) Mitbestimmung in politischen Angelegenheiten (vgl. Agbu 2004:16, Human Rights Watch 2003; 2005; 2008).

Eine der bekanntesten und größten ethnisch-basierten Organisationen im Westen Nigerias ist *O'odua Peoples Congress* (OPC), eine "militante sozio-kulturelle Yoruba-Organisation" (Agbu 2004:16), die 1995 von intellektuellen Yoruba gegründet und nach und nach von *area boys* unterwandert wurde, die im Namen der Organisation kriminelle Akte und Gewalttaten verübten (Agbu 2004:17; Human Rights Watch 2003). Die Bewegung forderte Selbstbestimmung und „soziale Emanzipation“ der Yoruba, die Wiederherstellung regionaler Autonomie, Selbstregierung, wirtschaftlichen Wiederaufbau und einen umstrukturierten, „echt“ föderalistischen Staat. Nach 1999 agierte der OPC militanter, vor allem im Südwesten Nigerias kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern von OPC und der Exekutive oder mit anderen ethnischen Gruppen wie zum Beispiel den Ijo; laut Polizeistatistik war der OPC in den Jahren 1999/2000 für rund 60% solcher gewalttätiger Zusammenstöße in Nigeria verantwortlich³¹ (vgl. Agbu 2004:18f; IRIN 2002). Agbu sieht in der laschen Reaktion des nigerianischen Staates auf die illegalen Tätigkeiten des OPC eine Art „Vorbildwirkung“, die die Entstehung weiterer rivalisierender „ethno-militanter“ Gruppen begünstigte.

Movement for the Actualisation of the Sovereign State of Biafra (MASSOB) ist eine – wie Agbu (2004:19) es nennt – „pseudo-militante“ Gruppe, die ihre Basis in den Igbo-dominierten Gebieten des südöstlichen Nigeria hat. Sie wurde 2000 von Chief Ralph Uwazurike als Bürgerrechtsbewegung gegründet, die sich zwar dem gewaltlosen Widerstand verschrieb, aber durchaus gewaltbereit war. Sie verfasste eine Erklärung – die „Aba-Erklärung“ oder *Declaration of Demand for a Sovereign State of Biafra from the People and Government of Nigeria* –, in der sie Selbstbestimmung und einen eigenständigen Staat Biafra im Sinne einer Lossagung vom nigerianischen Staat verlangte (vgl. MASSOB Website; Agbu 2004:19f).

³¹ Die Selbstjustiz bzw. „Dschungel-Justiz“ die OPC bisweilen ausübt, brachte die Bewegung in Konflikt mit anderen ethnischen Gruppen bzw. Bewegungen und letztendlich auch mit der Regierung Obasanjo, welche den OPC letztendlich für illegal erklärte (vgl. Agbu 2004:19; Human Rights Watch 2003).

Die *Bakassi Boys* wurden in den 1990ern in den Bundesstaaten Abia und Imo im Osten Nigerias als Antwort auf die zahlreichen bewaffneten Raubüberfälle gegründet. Sie betrachteten sich selbst nicht als „ethnische“ Miliz. Als eine Art Vigilante bzw. Bürgerwehr (*vigilante group*) erreichten die Bakassi Boys, dass sich die Zahl der bewaffneten Überfälle in Abia drastisch verringerte, was allerdings zu einem Anstieg der Überfälle in anderen Gebieten führte. Die Bakassi Boys weiteten ihre Tätigkeiten daher auch auf andere Gebiete aus. Da die Polizei der Kriminalität nicht Herr wurde, wurden die Bakassi Boys, die sich größtenteils aus nicht oder schlecht ausgebildeten jungen Männern, Händlern und Arbeitslosen zusammensetzten, anfangs begrüßt und von den städtischen Autoritäten toleriert oder gar unterstützt. Die Tätigkeiten der Bakassi Boys bekamen einen politischen Anstrich, als politische Gegner des Gouverneurs von Imo diesem vorwarfen, sie mithilfe der Bakassi Boys eingeschüchtert zu haben. Trotz Kritik von Menschenrechtsorganisationen war die Bewegung bei Teilen der Bevölkerung angesehen; im Jahr 2000 wurde sie schließlich von Obasanjo für illegal erklärt (vgl. Agbu 2004:22f).

Arewa People's Congress (APC) wurde 1999 in Kaduna und Kano gegründet, als Antwort auf die Aktivitäten anderer ethnischer Bewegungen, wie z.B. des OPC, welche von den Hausa-Fulani als Bedrohung empfunden wurden. Die Organisation, die sich aus *traditional rulers*, ehemaligen Anwälten, pensionierten Militärs, Polizeibeamten, Mitgliedern von Gewerkschaften und Hochschülerschaften zusammensetzt, verabschiedete 23 Resolutionen. Die wohl bemerkenswerteste, weil den Forderungen anderer ethnischer Bewegungen entgegenstehend, ist jene Erklärung, dass die aktuelle Staatsform und Zusammensetzung des nigerianischen Staates nicht verhandelbar wäre. APC verurteilte die Tätigkeiten ethnischer Milizen und betonte, dass die Verfassung aus dem Jahr 1999 den ethnischen Minderheiten genügend Schutz bieten würde. Diese Aussagen bringen sie in Konflikt mit den meisten anderen ethnischen Bewegungen, welche mehr Selbstbestimmung und Autonomie fordern (vgl. Agbu 2004:28ff). Die Linie des APC dürfte vor allem daher rühren, dass der nigerianische Norden durch eine Abspaltung vom Süden den Großteil seiner finanziellen Grundlage verlieren würde, da der nigerianische Staat in hohem Maße von den Erdöleinnahmen abhängig ist, die im Südosten Nigerias erwirtschaftet werden.

4.4.1. Ethnische Milizen im Nigerdelta

Die Aktivitäten ethnischer Milizen im Nigerdelta und in anderen Regionen Nigerias, stellen eine der größten Herausforderungen für den nigerianischen Staat dar. Es gibt eine Vielzahl von ethnisch-basierten Bewegungen im Nigerdelta, deren Bandbreite von politischen Organisationen bis ethnischen Milizen reicht (vgl. Agbu 2004:30). Wenngleich diese nicht unter den Begriff „ethnische Miliz“ zu subsumieren ist, ist in diesem Zusammenhang auch „Boko Haram“³² zu nennen - eine islamistische Bewegung die vor allem im Norden Nigerias seit einigen Jahren vermehrt Anschläge ausübt und eine massive Bedrohung der Sicherheitslage darstellt.

In den 1950ern und 1960ern entstanden vermehrt ethnische Verbände und Minderheitenbewegungen. Durch die Verfassung von 1954 wurde eine föderative Struktur errichtet, die den Regionen mehr Kompetenzen zuwies. Dies stärkte die Regionen und schürte Ängste der Minderheiten vor Marginalisierung auf regionaler Ebene. Die Minderheitenbewegungen zu jener Zeit richteten sich gegen Marginalisierung, Vernachlässigung und eine Ausgrenzungspolitik durch die Parteien und durch die Regierung(en), die von den ethnischen Mehrheiten Nigerias dominiert waren. Die Minderheiten forderten die Schaffung von separaten Regionen bzw. Staaten auf ethnischer Basis, was von der aus diesem Grund ins Leben gerufenen Willinks-Kommission abgelehnt wurde. Stattdessen befürwortete die Kommission etwa die Bildung des *Niger Delta Development Board* und die Garantie verfassungsrechtlich gewährleisteter Rechte von Minderheiten – Ergebnisse, die die Minderheiten wenig zufrieden stellten (vgl. Agbu 2004:29; Ikelegbe 2006:32).

Mit der Erschließung und kommerziellen Förderung von Erdöl im Nigerdelta begannen die Bemühungen der ansässigen Minderheiten um Kontrolle der Ressourcen. Auch überregional führten die (erwarteten) Gewinne aus der Erdölindustrie zu einem „hegemonialen Kampf“ (Ikelegbe 2006:32) der verschiedenen Ethnien, was in der Literatur als einer der Gründe für

³² Die Bezeichnung „Boko Haram“ wird von den Anhängern der Bewegung abgelehnt, sie nennen sich selber *Jama'atu ahlis sunna lidda'awati wal-jihad*, („Sunnitische Vereinigung für die Verbreitung des Glaubens und für Jihad). Die Bewegung stellt seit rund zehn Jahren, und verstärkt in den letzten Jahren, eine massive Gefährdung und Herausforderung für den nigerianischen Staat dar; vor allem aufgrund ihrer Attentate, unter anderem auf christliche Kirchen und zum Teil sensible Einrichtungen des nigerianischen Staates, wie etwa Polizeistationen und ein Gebäude der Vereinten Nationen.

den Bürgerkrieg 1967-1970 diskutiert wird.³³ Das wohl prominenteste Beispiel früherer militanter Bewegungen im Nigerdelta ist Isaac Adaka Boro mit seiner *Niger Delta Volunteer Force*, der im Jahr 1966 einen souveränen Ijo-Staat mit dem Namen *Niger Delta People's Republic* ausrief. Seine Bewegung wurde rasch von der Armee zerschlagen und er und seine Mitstreiter wurden des Landesverrats angeklagt.³⁴ (Ikelegbe 2006:32)

Anfang der 1990er begannen verschiedene ethnische Bewegungen, vor allem der Ogoni, Ijo und Isoko, gegen die Erdölproduktion auf ihrem Land zu protestieren und diese empfindlich zu behindern. Um ihren Forderungen nach Infrastruktur, wie zum Beispiel Elektrizität oder Trinkwasserversorgung, Ausbildungsstätten, Arbeitsplätzen, Subventionen und Entschädigungszahlungen, bzw. genereller nach „Entwicklung“ und „Empowerment“, Nachdruck zu verleihen, griffen Aktivisten, unter ihnen viele junge Männer und Frauen, zu Mitteln wie der Besetzung und Schließung von Erdölförderanlagen, Überfällen auf Fahrzeuge (Helikopter, Boote, etc.) und Anlagen der multinationalen Konzerne, bis hin zu Entführungen von Konzernmitarbeitern. In den späten 1990ern wurden die Aktivitäten der AktivistInnen und die Reaktion des nigerianischen Staates immer gewalttätiger (vgl. Ikelegbe 32f): „The region has since become the scene of the most extensive military operation since the Nigerian civil war.“ (Ikelegbe 2006:32)

Nach dem Vorbild der Ogoni, die 1990 die *Ogoni Bill of Rights* verfasst hatten, verfassten im Jahr 1998 etwa 500 Ijo-Gemeinschaften aus über 40 Ijo-Clans und 25 Ijo-Organisationen die *Kaiama Declaration*, in welcher sie ihren Forderungen schriftlich Ausdruck verliehen (vgl. Ogoni Bill of Rights 1990; Agbu 2004:31,51). Die Kaiama-Erklärung hält fest, dass der Grund und Boden auf dem Ijo leben, sowie die darauf und darin befindlichen Ressourcen den Ijo gehören, und ruft diese dazu auf, alle diesbezüglichen „undemokratischen“ Verordnungen und Gesetze zu ignorieren, die ohne Teilnahme und Zustimmung der Ijo erlassen wurden. Gemeint waren damit unter anderem das *Land Use Decree* aus dem Jahr 1976 und das *Petroleum Tax Decree* von 1969 (vgl. Agbu 2004:31; Kaiama Declaration 1998).

³³ 1967 gab die nigerianische Regierung unter Gowon die bestehende Aufteilung des Staates in vier Regionen zugunsten der Gründung von zwölf Bundesstaaten auf, um den Forderungen der Minderheiten der Ost-Region entgegenzukommen und ihre Unterstützung im (bevorstehenden) „Biafra-Krieg“ zu sichern. (Ikelegbe 2006:32)

³⁴ Nachdem er amnestiert worden war, kämpfte er während des Bürgerkriegs an der Seite der nigerianischen Armee gegen die Sezessionisten (Agbu 2004:30).

Daneben gibt es im Nigerdelta noch eine Reihe anderer *ethnic militia* wie *Niger Delta Volunteer Force* (NDVF), *Egbesu Boys of Africa* (EBA)³⁵, *Ethnic Minorities Organization of Nigeria* (EMIRON), *National Youth Council of the Ogoni People* (NYCOP), *Movement for the Survival of the Ijaw Ethnic Nationality in the Niger Delta* (MOSIEND), *Movement for the Survival of the Itsekiri Ethnic Nationality* (MOSIEN), *Urhobo Youth Movement* (UYM), *Movement for the Reparation of Ogbia*, *Movement of the Oroh People*, *Elimotu Movement*, uva. (vgl. Agbu 2004:30ff).

4.4.2. Ursachen der Gewalt im Nigerdelta – Motive ethnischer Milizen

Die Ursachen für das Ausmaß an militanten und kriminellen Aktivitäten und die hohe Zahl an ethnischen Milizen im Nigerdelta sind in der Frustration weiter Teile der Bevölkerung, vor allem der jungen Menschen, begründet. Es ist paradox, dass es in der erdölreichsten Region Nigerias, die einen Großteil des nigerianischen Staatseinkommens erwirtschaftet, an grundlegender Infrastruktur, Gesundheitswesen, Energieversorgung, Schulwesen, etc. und an ausreichend Arbeitsplätzen mangelt. Diese Situation erregt den Zorn und erhöht die Gewaltbereitschaft der Menschen - vor allem junger Männer und Frauen, die sich benachteiligt und marginalisiert fühlen - gegen Erdölkonzerne und Regierung, aber auch gegen andere Regionen Nigerias. Viele BewohnerInnen des Nigerdeltas sind der Ansicht, dass insbesondere der Norden Nigerias für die Misere im Nigerdelta verantwortlich sei und sein politisches Gewicht und den Reichtum (einiger weniger) auf der Entmachtung und Armut der Bevölkerung des Nigerdeltas aufgebaut habe. „The problem as has been noted is that the situation in the Niger Delta is a fundamental crisis of underdevelopment, the people are poor in the midst of abundant resources and this has a way of elevating anger and violence. This situation is blamed on the government that has done little to systematically resolve the crisis.” (Agbu 2004:33)

Die ethnischen Gruppen des Nigerdeltas bekämpfen allerdings nicht nur die Regierung und die Erdölkonzerne, sondern zum Teil auch einander:

“Today the minority ethnic groups of the Niger Delta are not only struggling against the federal government, but are also fighting amongst themselves and with the multinational oil companies in the area, in a contest of grinding poverty. It is ironical that this area

³⁵ Hierbei handelt es sich um militante Ijo-Bewegungen, die unter der Ijo-Dachorganisation *Ijaw National Congress* bzw. deren radikalem Flügel – *Ijaw Youth Concil* (IYC) – arbeiten (Agbu 2004:30ff).

which hosts enormous oil resources is famished through poverty and has the most elementary social infrastructure. Perhaps, this may be why the agitation from the people verges on aggression and desperation.” (Agbu 2004:30)

Die weite Verbreitung und leichte Verfügbarkeit von Waffen führt zu einer weiteren Verschärfung der Situation im Nigerdelta, indem Instabilität und Unsicherheit innerhalb der Bevölkerung erzeugt werden, was wiederum zu einer Rückbesinnung und Stärkung der „ethnischen“ Identität führt³⁶ (vgl. Agbu 2004:38; siehe Kapitel 5).

³⁶ Dass “tribalistische” bzw. “ethnisierende” Tendenzen und Ausrichtungen in der Politik kein spezifisch nigerianisches bzw. afrikanisches Phänomen sind, zeigt sich in der österreichischen Innenpolitik, insbesondere am Parteiprogramm der rechtsgerichteten Parteien, die auf der Abgrenzung der “echten” Österreicher von den “Anderen”, den “Ausländern”, den “Moslems”, den “Sozialschmarotzern” etc. basieren. In diesem Zusammenhang sind Wahlplakate und Slogans der Freiheitlichen Partei Österreichs der letzten Jahre in Erinnerung zu rufen, bei welchen die Bedrohung der “Heimat” durch (bestimmte) Zuwanderer eine große Rolle spielt, die als fremd und andersartig, radikal, den österreichischen Staat ausnutzend und einnehmend dargestellt wurden.

5. *Ethnic militia* und Ressourcenkontrolle

“As a rentier state, Nigeria’s politics and economy revolve around the struggle for access to and control and distribution of oil wealth. [...] This struggle is sometimes formal or underground, legal or illegal, peaceful or violent depending on placement in relation to power structures in terms of inclusion or exclusion, ruling class or opposition and hegemonic or non hegemonic groups. Further there is a rentier mentality and a rentier class that is complacent, dependent, nonproductive, consumptive, profligate and corrupt.” (Ikelegbe 2006:31)

In den letzten Jahren sind die Aktivitäten der Milizen nicht nur für die multinationalen Konzerne zu einer Bedrohung geworden, sie hemmen auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Nigerdeltas, da sie nicht nur die Arbeit der Ölkonzerne, sondern auch Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte behindern oder verhindern und potentielle Investoren abschrecken (Ikelegbe 2006:53). Abgesehen davon richten sich die Angriffe der „Rebellen“ und Milizen nicht nur gegen Ölkonzerne, sondern auch gegen die (eigene) Bevölkerung des Nigerdeltas: Viele Milizen heben illegale Steuern und Gebühren ein, bedrohen, entführen oder erpressen Angehörige der Mittelschicht und nicht mehr nur Mitarbeiter der Ölkonzerne oder Angehörige der Eliten (vgl. Ikelegbe 2006:38; Human Rights Watch 2005:10ff).

Die Unterscheidung zwischen ethnischen Milizen und Vereinigungen rein krimineller Natur wie bewaffneten Banden, Kultisten, Erdöldieben oder Piraten, ist schwierig und oft gar nicht möglich: Die Grenzen zwischen den einzelnen sind oft fließend, Gruppierungen verändern ihre Ziele und personelle Zusammensetzung, es kommt zu Abspaltungen oder Zusammenschlüssen (vgl. Ikelegbe 2006:47; Barrett 2008b). Auch die Ziele und Unternehmungen ethnischer Milizen sind häufig eigennütziger Natur: Im Kampf um die Ressourcen des Nigerdeltas kommt es häufig zu Auseinandersetzungen zwischen Milizen um *Bunkering*-Routen und Entschädigungszahlungen seitens der Konzerne; aber auch zu Konflikten um die Führung oder Kontrolle und Verteilung von Einnahmen innerhalb der verschiedenen Organisationen und Bewegungen (vgl. Ikelegbe 2006:38f; Human Rights Watch 2005:8ff). „First is that less altruistic and less noble reasons have underlined the resistance actions. Second, blackmail, corruption, violence, high leadership turnover and instability have become pervasive as everyone struggles for access to cheap oil fallouts.” (Ikelegbe 2006:38) Mit der Beteiligung von immer mehr radikalen, jungen Menschen am

Kampf um die Ressourcen erfolgte auch eine Radikalisierung im Sinne eines Rückgriffs auf Gewalt, um die angestrebten Ziele – Aneignung von Einnahmen aus der Erdölindustrie - zu erreichen³⁷ (vgl. Ikelegbe 2006:35).

5.1. *Bunkering* - Diebstahl von Erdöl und illegales Raffinieren

Als *Bunkering* wird der Diebstahl von und Handel mit Rohöl oder raffinierten Rohöl-Produkten bezeichnet. In den meisten Fällen funktioniert der Diebstahl von Erdöl derart, dass Schmugglersyndikate und andere Gruppierungen Pipelines anzapfen und das Erdöl (Rohöl oder bereits raffiniertes Erdöl) in Booten von Flüssen im Nigerdelta auf Tanks oder auf Tanker auf dem Meer verbringen. Raffinierte Erdölprodukte werden meist verhältnismäßig günstig vor Ort und das Rohöl über Schmugglersyndikate zu niedrigen Preisen an andere Länder – vor allem an westafrikanische Länder, aber auch nach Europa, Asien oder Nordamerika – verkauft, wobei Unternehmen aus den Abnehmerländern an den illegalen Geschäften nicht selten beteiligt sind (vgl. Ikelegbe 2006:40ff; Human Rights Watch 2005:4). Viele Milizen betrachten den Diebstahl von Erdöl auch als eine Art von Ressourcenkontrolle: Indem sie Erdölprodukte unter den regulären Preisen an die Bevölkerung des Nigerdeltas verkaufen, geben sie ihrer Ansicht nach den Menschen einen Teil der Güter zurück, die rechtmäßig ihnen gehören (vgl. Ikelegbe 2006:46; Human Rights Watch 2005:8).

Obwohl auch anderswo in Nigeria Menschen Pipelines anzapfen, um Rohöl zu entnehmen – was immer wieder zu schweren Unfällen führt – geschieht dies im Nigerdelta am häufigsten und „professionellsten“, was auf den Kampf der ethnischen Milizen um Ressourcen und das Gefühl des Ausgebeutetwerdens in der Bevölkerung zurückzuführen ist. Die *bunkerer*, d.h. die Erdöldiebe, sind zumeist gut organisiert, sie benutzen ausgefeilte Technologien, Waffen und Ausrüstung (vgl. Ikelegbe 2006:40; Human Rights Watch 1999:36).

Durch den Diebstahl und das illegale Raffinieren von Rohöl entsteht dem nigerianischen Staat jährlich ein Verlust von rund 15,8 Milliarden US-Dollar (Oyadongha 2012d:53). Der nigerianische Staat verliert rund 150.000 Barrels³⁸ pro Tag aufgrund der Aktivitäten der

³⁷ Jedoch veranlassten die vermehrten Angriffe auf die Konzerne diese dazu, ihre finanziellen Zuwendungen an die Bevölkerung zu erhöhen und mehr und effizientere (Entwicklungs)Projekte durchzuführen (Ikelegbe 2006:34).

³⁸ 1 Barrel (= 1 bbl) Erdöl entspricht knapp 159 Liter Erdöl.

Erdöldiebe³⁹ (Adeoye 2012b:11). Abgesehen von den wirtschaftlichen Verlusten, die die multinationalen Konzerne und der nigerianische Staat erleiden, hat der Diebstahl von Erdöl schädliche Auswirkungen auf die Umwelt. Mit dem Diebstahl von Erdöl geht die Beschädigung von Pipelines oder Förderanlagen einher, was zum Austritt von Erdöl und damit zur Zerstörung der Umwelt oder in manchen Fällen zu schweren Unfällen führt (vgl. Ikelegbe 2006:40).

Der Diebstahl von und illegale Handel mit Erdöl begann schon in den 1980ern, und in kleinerem Ausmaß auch früher, und nahm mit den steigenden Preisen für Erdöl und Erdölprodukte zu. Als gegen Ende der 1990er ethnische Milizen ihre Tätigkeiten im Nigerdelta voll entfalteten, finanzierten sie sich zwar zum Teil durch Erpressungen von und Angriffe auf Erdölkonzerne, sie waren anfangs jedoch nicht in den illegalen Handel mit Erdöl und Erdölprodukten involviert, vor allem, weil es ihnen an der nötigen Ausrüstung und an den finanziellen Mitteln mangelte, um die komplizierten und gefährlichen Operationen durchführen zu können. Nach und nach beteiligten sie sich am *Bunkering*, allerdings vorerst nur als „Gehilfen“. Lokale Eliten brachten die nötigen Voraussetzungen mit, das heißt genügend finanzielle Mittel und damit Ausrüstung und Kontakte zu Militär und Regierung(en), um die illegalen Tätigkeiten ungestört und straflos ausüben zu können (vgl. Ikelegbe 2006:45f).

Viele militante Gruppen, (Jugend)Banden und Piraten im Nigerdelta arbeiten eng mit Erdöldieben zusammen und werden von diesen finanziell unterstützt und mit Waffen beliefert. Seit einigen Jahren sind ethnische Milizen auch selbständig als Erdöldiebe tätig: Die Milizen betrachten bzw. rechtfertigen *Bunkering* als einen Aspekt des Kampfes um gerechte Ressourcenverteilung; als eine illegale, aber unumgängliche Art und Weise um an jene Ressourcen zu kommen, die ihnen „rechtmäßig“ zustehen aber verwehrt werden und als eine Finanzierungsquelle für ihren „Kampf um Gerechtigkeit“⁴⁰ (vgl. Ikelegbe 2006:46; Human Rights Watch 2005:8ff). „However, bunkering is seen as part of the struggle. It is seen as taking albeit illegally, what naturally belongs to them but is appropriated by non indigenes.” (Ikelegbe 2006:46)

³⁹ Zum Vergleich: Ghana produziert insgesamt rund 120.000 Barrels pro Tag, d.h. es wird täglich mehr Erdöl in Nigeria gestohlen als in Ghana produziert wird (Adeoye 2012b:11).

⁴⁰ Asari Dokubo beispielsweise bezeichnet sich selbst als *bunkerer*. (Ikelegbe 2006:46)

Ende der 1990er intensivierte sich der Kampf um die Erdöl-Ressourcen im Nigerdelta und der Diebstahl von Erdöl erreichte eine neue Dimension; es kam zur Verschärfung der Konflikte und zu Kämpfen zwischen verschiedenen Gruppen um Zugang zu Ressourcen. Die Verbreitung und Verfügbarkeit (illegaler) Waffen im Nigerdelta erleichterte illegale Tätigkeiten (vgl. Ikelegbe 2006:33f). Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen *Bunkering*-Syndikaten und ihren Handlangern, den bewaffneten Banden oder Milizen, um die Kontrolle und Verteilung der Erdöl-Ressourcen, verschärften die Sicherheitslage im Nigerdelta enorm. Die Beteiligung von ethnischen Milizen am Diebstahl und illegalen Handel mit Erdöl führt zu Konkurrenzkämpfen zwischen den verschiedenen Gruppierungen um Kontrolle über Grund und Boden, welche gleichbedeutend mit Zugang zu *Bunkering*-Routen und Zahlungen von Erdölkonzernen sind⁴¹ (vgl. Ikelegbe 2006:47f; Human Rights Watch 2005:2).

Bunkering-Syndikate schüren oder schaffen auch Konflikte zwischen Dorfgemeinschaften, zum Beispiel indem sie Dörfer attackieren und die Schuld Nachbardörfern zuschieben. Dies nützt ihnen insofern, als sie in einem chaotischen, gesetzlosen Umfeld ungestört operieren und die Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Dorfgemeinschaften zu ihrem Vorteil nutzen können (vgl. Ikelegbe 2006:49).

Die nigerianische Regierung hat den illegalen Handel mit Erdöl lange Zeit nur halbherzig und wenig erfolgreich verfolgt. Ikelegbe (2006:43) führt die Schwierigkeiten des nigerianischen Staates bei der Bekämpfung des Erdöldiebstahls auf verschiedene Umstände zurück: Einerseits zeigte die lokale Bevölkerung relativ wenig Interesse an der Verhütung der illegalen Tätigkeiten, was daher rühren mag, dass sich viele Menschen dem nigerianischen (Rechts)Staat wenig verbunden fühlen und sie vom gestohlenen Erdöl ohnehin nicht profitieren würden. „The Niger Delta people who feel disinherited, impoverished, and endangered by oil care less if the oil stolen from them by the Nigerian state is further stolen.” (Ikelegbe 2006:43) Abgesehen davon sind auch ethnische Milizen bisweilen in den Erdöldiebstahl involviert und sofern sie den Rückhalt ihrer Heimatdörfer oder -städte genießen, bieten ihnen diese Schutz und Versteck vor den Sicherheitsbehörden (vgl. Ikelegbe 2006:42). Das gestohlene und „schwarz“ raffinierte Erdöl ist noch dazu sehr gefragt, da die nigerianische Bevölkerung aufgrund der extrem unzuverlässigen Stromversorgung in hohem

⁴¹ Auch innerhalb von ethnischen Bewegungen kommt es zu Konflikten um Führungspositionen und die Verteilung der erkämpften Einnahmen. (Ikelegbe 2006:47)

Maße Generatoren verwendet, welche mit Benzin betrieben werden, und damit auf billigen Treibstoff angewiesen ist (vgl. Oyadongha 2012d:53).

Die mitunter halbherzige (strafrechtliche) Verfolgung von Erdöldieben kommt auch daher, dass lokale Eliten mit guten Kontakten zur Bundesregierung, sowie Regierungsmitglieder, Militärs, Angestellte multinationaler Konzerne, traditionelle „Machthaber“ und Meinungsmacher an den illegalen Tätigkeiten beteiligt sind. So werden ethnische Milizen häufig von Politikern und traditionellen Herrschern unterstützt und finanziert, oder stehlen in deren Auftrag Erdöl. Die Teilnahme von einflussreichen hochrangigen Geldgebern am illegalen Geschäft mit Erdöl zeigt sich auch daran, dass Diebstahl und Raffinieren von Rohöl kostspieliges Equipment und ein hohes Maß an Know-how erfordern (vgl. Ikelegbe 2006:43; Oyadongha 2012d:53).

Dies erklärt auch, warum die nigerianische Regierung bzw. ihre ins Nigerdelta entsandten Einsatzkräfte nicht oder nur selten zum Kern des Problems – den hochrangigen Drahtziehern der Milizen – vordringen und stattdessen die einfachen, gesichtslosen und oft jungen Leute aufgreifen oder töten. „Though the government knows those involved in all these activities, it has lacked the political will to deal decisively with the core of the problems and has rather been brutally handling those at the margins; the youths.” (Ikelegbe 2006:43) Es ist auch davon auszugehen, dass viele *bunkerer* an Marine, Militär und andere Sicherheitsbehörden Schmiergelder bezahlen, um unbehelligt oder sogar mit Unterstützung der Sicherheitsorgane operieren zu können.

5.2. Auswirkungen der Gewalt und Kriminalität auf Kinder und Jugendliche

Die Zunahme krimineller Aktivitäten hat auch die sozialen (Macht- und Autoritäts-)Strukturen der einzelnen Gemeinschaften verändert und neue „Werte“ geschaffen. Viele - und vor allem junge Menschen - haben den Eindruck gewonnen, dass sich ehrliche Arbeit nicht lohne und dass sie auf illegalem Wege und mit gewalttätigen Mitteln schneller zu Geld und damit verbundenen Konsumgütern kommen.

„The economy of conflict has over-turned the very cohesive socio-cultural and traditional fabric of the past and created new values that uphold private interests,

accumulation, disrespect for elders and traditional rulership systems in the region. It has also created a macho, might is right, cultist and violent culture. Productive labor has been disdained in the context of cheap oil fallouts and handouts.” (Ikelegbe 2006:49)

Rund sechs Millionen NigerianerInnen im Alter von unter 17 Jahren leben im Nigerdelta in einem sehr schwierigen Umfeld, das geprägt ist von Unsicherheit und Unruhen. Kinder und Jugendliche wachsen in einem Klima der Gewalt auf, dies beeinflusst sie in den entscheidendsten Jahren ihrer Entwicklung, sie sind leicht zu manipulieren und für politische Zwecke zu missbrauchen und finden schnell den Weg in Milizen und/oder kriminelle Banden (vgl. Adeoye 2007:12; Ukeje et al. 2002:26). „The biggest losers in the crisis are the youths. It is said that it takes 20 years or more of peace to make a man, but it only takes 20 seconds of war to destroy him. The Niger Delta runs the risk of losing generations of its future leaders as long as the crisis lingers on.” (Okoye 2009)

*Youths*⁴² haben spezielle Rollen und übernehmen gewisse Funktionen. Aufgrund der Führungskrise traditioneller Institutionen in vielen Gemeinschaften des Nigerdeltas übernehmen sie mittlerweile Führungsrollen, die ihnen „traditionell“ nicht zustehen und untergraben die Macht der *elders*, was zu einer Demontage traditioneller Werte führt. Gründe hierfür liegen im Versagen traditioneller Führungsstrukturen: Die traditionellen Führer suchten die Unterstützung der *youths*, diese genossen dadurch mehr Privilegien und übernahmen nach und nach mehr Macht (vgl. Ikelegbe 2006:35; HRW 2005:7).

Zuwendungen bzw. Leistungen von Erdölkonzernen an die Bevölkerung der erdölproduzierenden Regionen nehmen verschiedene Formen an: einerseits handelt es sich um „offizielle“ Leistungen, wie Vertragsabschlüsse, Vergabe von Jobs oder Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte, andererseits um „inoffizielle“ Leistungen, wie Schutzgeld- und Schmiergeldzahlungen. Während die Erdöl- und Erdgaskonzerne früher in erster Linie mit traditionellen Autoritäten oder lokalen Eliten kommunizierten und allfällige Leistungen an diese ausfolgten, übernahmen mit der Intensivierung des Kampfes um die Ressourcen gegen Ende der 1990er zusehends junge Aufständische und Milizen diese Rolle; in manchen Gemeinschaften haben sie die traditionellen Rollen- und Herrschaftsstrukturen sogar demontiert und (nicht legitimierte) Führungsrollen in der Gemeinschaft übernommen (vgl. Ikelegbe 2006:35; Ukeje et al. 2002:25f).

⁴² *Youths* sind junge Menschen die noch keine *elders* sind, also nicht nur Jugendliche, sondern Männer und Frauen im Alter von 15 bis ca. 40 Jahren oder noch älter (vgl. Ogbodo 2005:9; Human Rights Watch 2005:2; Englert 2011:174).

Anstatt ordnungsgemäß den Verantwortlichen – den *elders* – die den erdölproduzierenden Gemeinden zustehenden Zahlungen zukommen zu lassen, tätigen Ölkonzerne Zahlungen an *youths*, damit sie von diesen in Ruhe gelassen werden. Dass die *youths* Gelder von den Ölkonzernen beschaffen, bringt ihnen in der Gemeinschaft Ansehen und Einfluss. Nach und nach eskalierte die Situation jedoch, viele *youths* drifteten in die Kriminalität ab, richteten sich zum Teil gegen die eigene Bevölkerung und wurden unkontrollierbar (vgl. Saro-Wiwa 1996:247; Ogbodo 2005:9; Ukeje et al. 2002:25f).

5.3. Legitime Revolution oder Gier nach schnellem Geld?

Charakteristisch für den Kampf um Ressourcen im Nigerdelta ist eine Vermischung politischer und wirtschaftlicher Interessen: Manche Autoren – wie etwa Paul Collier (1999; 2006; 2007; 2008) – stellen die Annahme in Frage, dass Bürgerkriege, bürgerkriegsähnliche Situationen oder Revolten darauf zurückzuführen seien, dass sich die aufständischen, rebellierenden Gruppen sozial benachteiligt und ausgebeutet fühlen und aus diesem Grund revoltieren bzw. zu Waffengewalt greifen. Collier vertritt die Ansicht, dass Aufständische oder Rebellen nicht aufgrund historisch bedingter sozialer Missstände revoltieren, sondern in erster Linie wegen der Gelegenheiten, die sich in einer Kriegs- oder Krisensituation für sie bieten, finanzielle Vorteile zu erzielen. Seiner Ansicht nach sei in einem Bürgerkrieg bzw. einer bürgerkriegsähnlichen Krisensituation nicht der Sieg das Ziel der Streitparteien, sondern es gehe darum, Bedingungen zu schaffen, in denen sie „plündern“ können, ohne daran gehindert oder dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden (vgl. Ukiwo 2007:588f; Collier 2006:9f).

Andere Politikwissenschaftler beziehen den Aspekt des Versagens und des Zusammenbruchs (rechts)staatlicher Strukturen mit ein. Sie kommen zum Schluss, dass die Privatisierung und Personalisierung der Macht mit dem damit einhergehenden Macht- und Legitimationsverlust staatlicher Institutionen zum Zusammenbruch des Staates und einer Herausbildung von verschiedenen Splittergruppen und Fraktionen führe, an deren Spitze *warlords* stehen, die begrenzte Territorien kontrollieren und deren Ressourcen ausbeuten. Auch sie messen sozialen Missständen als Ursache von Konflikten eine untergeordnete Rolle zu und vertreten die Meinung, dass die Berufung auf Missstände nur eine Rechtfertigung bzw. vorgegebene

Ideologie wäre, um sich Milizen und Plünderern anzuschließen, mit dem Ziel, sich finanziell zu bereichern (vgl. Ukiwo 2007:589; Collier 2006:2f).

Andrew Ikelegbe (2006:3f) beschäftigt sich mit der, wie er es nennt, „Ökonomie des Krieges“. Er sieht Korruption und Kriminalität, d.h. das Profitschlagen aus einer Krisensituation, nicht als Ursache, sondern als Nebenprodukt von Konflikten und Kriegen. „The economy of war may actually be a by-product and not a cause of conflict. It merely results from entrepreneurs and commercial interests making the most profit from and capitalizing on uncertainty and disorder in conflict environments.” (Ikelegbe 2006:3) So sei auch im ressourcenreichen Nigerdelta eine „Konflikt-Ökonomie“ entstanden. Gewalttätige Auseinandersetzungen und Unruhen erzeugen noch mehr Gewalt und Kriminalität und fördern die Verbreitung von Waffen und eine anschließende Eskalation der Konflikte. Diese „Konflikt-Ökonomie“ werde zum Teil von staatlicher Seite geduldet oder gar gefördert, einerseits, indem lokale Politiker die ethnischen Milizen tolerieren und/oder instrumentalisieren; andererseits seien Korruption und Versagen auf staatlicher Ebene ursächlich für die Konflikte im Nigerdelta und der nigerianische Staat sei nicht in der Lage, die Konflikte zu beseitigen und Ruhe in die Region zu bringen (Ikelegbe 2006:25).

In diesem Zusammenhang ist auch die Theorie des „Ressourcenfluchs“⁴³ zu nennen, welche besagt, dass ressourcenreiche Staaten wie Nigeria unweigerlich in autoritäre und korrupte Regimes ausarten, da sich (militärische) Eliten mit Gewalt Zugang zu den Rohstoffen verschaffen und mit der gewonnenen finanziellen Macht die politische Landschaft eines Landes neu strukturieren können. Eine solche autoritäre Regierung sei nicht von Steuereinnahmen aus der Bevölkerung abhängig, da sie genügend eigene Finanzquellen habe, was die Bevölkerung zu passiven, einflusslosen Beobachtern reduziere und politische Partizipation obsolet werden lasse. Armut, Korruption auf höchster staatlicher Ebene und religiöse und ethnische Konflikte seien die Folge (vgl. Okonta 2006c).

Auch die These vom Ressourcenfluch greift vielfach zu kurz: Vertreter dieser These gehen davon aus, dass das Vorkommen von Rohstoffen zu Kämpfen um diese Ressourcen oder sogar zu Bürgerkrieg führen könne und eine solche Krisen- oder Bürgerkriegssituation Machthabern, *warlords* und Händlern des „Grauen Marktes“ und Schwarzmarktes Gelegenheit zur illegalen Ausbeutung und Vermarktung dieser Rohstoffe biete. Weiter unten

⁴³ Siehe auch Collier (2008:58ff).

in der Rangordnung einer solchen Konflikt-Ökonomie profitieren Milizen, bewaffnete Banden, aber auch Regierungssoldaten von den Unruhen und der Gesetzlosigkeit, die ihnen die Möglichkeit zu Plünderungen und jeglicher Form der Ausbeutung der Bevölkerung bieten (vgl. Ikelegbe 2006:26ff). Ikelegbe erläutert, dass allein das Vorkommen von Rohstoffen nicht automatisch zu Konflikten führe, sondern noch andere Faktoren dazukommen müssten, wie etwa „hegemoniale Kämpfe zwischen den übergeordneten und untergeordneten Gruppen und die Natur der Kontrolle über und Aneignung von Ressourcen“ (Ikelegbe 2006:29), sprich das Gefälle zwischen jener politischen und wirtschaftlichen Elite, die die Ressourcen kontrolliert, und jenen Teilen der Bevölkerung, die die sozialen und ökologischen Folgen der Ausbeutung zu tragen haben.

Dass nicht alleine die Existenz von wertvollen Rohstoffen in einem Staat automatisch zu Korruption, Konflikten und Armut führt, zeigte sich etwa am Beispiel von Norwegen und Kanada. Okonta (2006c) erläutert, dass es einen großen Unterschied machte, wann Rohstoffe wie etwa Erdöl und Erdgas entdeckt wurden. Im Fall von Norwegen und Kanada wurde das Erdöl entdeckt, als eine gefestigte Demokratie bereits etabliert war, in Nigeria wurde allerdings noch während der Kolonialzeit Erdöl entdeckt, ein demokratisches, verantwortliches Staatssystem hatte sich noch nicht entwickelt und konnte sich - schenkt man dieser gemäßigten Ressourcenflucht-Theorie Glauben – nicht entwickeln. Okonta führt die Korruption und undemokratische Herrschaftsweise, die die politische Geschichte Nigerias jahrzehntelang dominiert haben, letztlich auf die Kolonialzeit zurück. Die britischen Kolonialherren hätten diese undemokratische und ausbeuterische Regierungsform an eine ausgewählte politische Elite Nigerias übergeben, welche die Interessen des Westens auch nach der Unabhängigkeit vertreten sollte.

Collier (1999; 2006; 2007; 2008) betrachtet Gier und die Gelegenheit, „schnelles Geld“ zu machen, als Antrieb von Rebellen, Aufständischen, ethnischen Milizen und *warlords*. Diese Sicht sei jedoch nach Ikelegbe (2006) zu simplifizierend und auf das Beispiel der ethnischen Milizen im Nigerdelta nicht übertragbar. Viele Konflikte – so auch jene im Nigerdelta – hätten einen politischen Hintergrund und würden von verschiedenen Faktoren verursacht: Zu Konfliktsituationen komme es, wenn Patronage, Korruption und „predatory and personalist rule“ (Ikelegbe 2006:30) die Kontrolle und Verteilung nationaler Ressourcen bestimmen, staatliche Institutionen ihr Gewaltmonopol verloren haben und bewaffnete Gruppierungen um Zugang zu Macht und Ressourcen kämpfen. Ikelegbe nennt als weitere konfliktverursachende

Faktoren wirtschaftliche Schieflagen, Armut, soziale Entbehrung, das Scheitern des Staates, staatliche Unterdrückung, den Zusammenbruch des Staates und schlechtes Konfliktmanagement seitens des Staates. Ein Großteil der genannten Faktoren trifft wohl auf Nigeria, insbesondere auf das Nigerdelta zu.

Wirtschaftliche Interessen spielen zwar eine bedeutende Rolle bei den Konflikten im Nigerdelta, die sozialen Hintergründe und kollektiven Erlebnisse von Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung des Nigerdeltas spielten aber eine größere Rolle bei der Gründung ethnischer Milizen als Gier und die Aussicht auf finanzielle Vorteile. Erst nachträglich wären viele ethnische Milizen von kriminellen Elementen unterwandert und ihre politischen Ziele teilweise von finanziellen Motiven verdrängt worden. “The economy of conflict in the Niger Delta resource conflict is an intervention by opportunists and merchants. It has resulted in a hijack of sorts of the institutions of violence in the resistance of the region. In a sense, it has perverted the Niger Delta struggle.” (Ikelegbe 2006:50f)

Die Ursachen von (ethnischen) Konflikten und Krisen in vielen Regionen Afrikas - so auch im Nigerdelta - sind häufig die Erfahrung von politischer, wirtschaftlicher und sozialer Marginalisierung und Identitäts- und Nationalitätskrisen (vgl. Ukiwo 2007:589f; Ikelegbe 2006:39). Der nigerianische Politikwissenschaftler Claude Ake bezeichnete ethnische Konflikte als demokratische Konflikte, da diese Versuche von marginalisierten Volksgruppen darstellen, ihre (Staatsbürger)Rechte auszuüben. (Ake nach Ukiwo 2007:590) “Violent conflicts tend to occur when citizens who are aggrieved over longstanding incidences of inequality and poor governance begin to make demands for change and challenge the authority of a weakened state.” (Ukiwo 2007:590)

Viele BewohnerInnen des Nigerdeltas haben das Gefühl, dass immer nur „die anderen“ von der Erdölindustrie profitieren - seien es Ausländer, andere nigerianische Regionen wie der Norden, Großstädte wie Lagos, andere ethnische Gruppen und erdölproduzierende Gemeinden innerhalb des Nigerdeltas, oder auch nur ausländische Arbeiter in der Erdölindustrie. Viele junge Menschen sind zornig auf die Profiteure der Erdölindustrie, dies umso mehr, da ihre eigene Existenzgrundlage – in erster Linie Landwirtschaft und Fischfang – durch die von der Erdölindustrie ausgehende Umweltverschmutzung zerstört wurde. Proteste und Angriffe auf die Erdölproduktion sind die Folge. Viele Dörfer verfügen nicht einmal über grundlegende Infrastruktur wie Strom und sauberes Wasser, obwohl sich in ihrer

unmittelbaren Nähe Erdölanlagen verfügen. Da die arbeitsfähigen DorfbewohnerInnen selten über ausreichendes Startkapital oder Know-how verfügen, können sie nicht einmal als Sub-Unternehmer oder Arbeiter von der Industrie in ihrem Umfeld profitieren (vgl. Veit 2004; Van Gelder/Moerkamp 1996; Ojakorotu/Okeke-Uzodike 2006:93ff; Saro-Wiwa 1996:38,51). „People don’t see any relations with the oil companies as regards their interest, so they are breaking pipelines, they are pouring oil on the ground, they refine their own oil all in a bid to extract some value.“ (Senator Magnus Ngei Abbe zitiert in Sweet Crude February 2012c:18)

Die Bevölkerung des Nigerdeltas ist frustriert und verärgert, dass ihre Region „unterentwickelt“ ist, während die Einkünfte, die der nigerianische Staat in ihrer Region erwirtschaftet, für die Entwicklung anderer Gebiete in Nigeria verwendet oder von den multinationalen Erdölkonzernen außer Landes geschafft werden. Diese Frustration führt zu Gewalt wie Sabotage der Erdölanlagen oder Entführungen von Erdölmitarbeitern (vgl. Asowata 2007:26; Kubeyinje/Nezianya 1999; Sweet Crude February 2012c:18). „Lack of a sense of ownership, participation and benefit from the oil industry has been a major source of the anger, alienation and aggression throughout the Niger Delta.“ (International Crisis Group 2008:11)

Ethnic militia kämpfen nach eigenen Angaben für einen höheren Anteil an den Erdölgewinnen und Kontrolle über die Bodenschätze im Nigerdelta, sie bezeichnen ihre Aktivitäten als „oil war“ (vgl. RFI 2009a; b; Der Standard 2009h). Die wichtigsten politischen Forderungen ethnischer Milizen im Nigerdelta sind regionale Autonomie und Selbstbestimmung und Restrukturierung der föderalen Struktur Nigerias (vgl. Omotola 2007:78; Sweet Crude February 2012c:18).

5.4. *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND) und weitere ethnische Milizen

Ukiwo (2007:587ff) erklärt die gewalttätigen Konflikte und Ausschreitungen im Nigerdelta anhand des sozialen Hintergrunds militanter Gruppen. Er führt die Bildung und Aktivitäten ethnischer Milizen auf langjährige Erfahrungen von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und politischer und sozio-ökonomischer Marginalisierung zurück. Dies erläutert er am Beispiel der Ijo, im Speziellen der Ijo in Warri – aus welchen sich MEND (*Movement for the Emancipation of the Niger Delta*) entwickelt hat – und kommt zum Ergebnis, dass langjährige

politische und sozio-kulturelle Marginalisierung sowie das Versagen des Staates und der Ölkonzerne, auf friedliche Proteste angemessen zu reagieren, für das Entstehen von Rebellengruppen und Milizen verantwortlich sind und nicht die Gier nach Geld und Ressourcen.

5.4.1. Marginalisierung der Ijo und Entstehung von MEND

Die Ijo bilden nach den Hausa-Fulani, Yoruba und Igbo die viertgrößte ethnische Gruppe in Nigeria. Sie leben in den Küstengebieten im südlichen Nigeria und sind auf sechs Bundesstaaten verteilt, in welchen sie, außer in Bayelsa, Minderheiten darstellen. Die Ijo sind der Ansicht, dass dieser Minderheitenstatus dafür verantwortlich ist, dass sie bei der Verteilung politischer Ämter auf Bundesebene und bei der Beschäftigung und Vertragsvergabe in der staatlichen Verwaltung und Erdölindustrie benachteiligt werden und dass die dominierenden ethnischen Gruppen den erdölproduzierenden Völkern des Nigerdeltas – also den Minderheiten – eine ungerechte Allokationenverteilung aufoktroziert haben (vgl. Ukiwo 2007:609).

Die Ijo waren während der Kolonialzeit auf die Ost- und West-Region (*Eastern Ijaw* und *Western Ijaw*) aufgeteilt, in beiden waren sie Minderheiten. Im Kolonialismus waren verschiedene ethnische Gruppen unterschiedlich in die koloniale Wirtschaft (und später Politik) eingegliedert: Vorkolonial nahmen Itsekiri im westlichen Nigerdelta die Position als Zwischenhändler zwischen den Europäern und Urhobo ein, während Ijo vom Handel abgeschottet und ausgeschlossen waren. Diese Entwicklungen beeinflussten die Beziehungen zwischen Ijo und Itsekiri, Feindseligkeiten waren die Folge (Ukiwo 2007:591f). Während andere Gesellschaften den Impact durch die Kolonialherren relativ früh zu spüren bekamen, blieben die *Western Ijaw* lange Zeit relativ unberührt von kolonialen Einflüssen und von Kontakt mit den Kolonialherren. Dies hatte zur Folge, dass sie nicht in die koloniale Wirtschaft integriert waren und vom Bau von Straßen und anderer (kolonialer) Infrastruktur nicht profitierten. Abgesehen davon waren sie auch von der kolonialen Verwaltung und Gerichtsbarkeit lange ausgenommen – eine Situation, die sich später in den Beziehungen zwischen Ijo und den Kolonialherren niederschlagen sollte, da Letztere eher mit Itsekiri als Ijo interagierten. (Ukiwo 2007:592f)

Während der Großteil der Ijo auf regionaler und bundesstaatlicher Ebene politische Marginalisierung erfuhr, auf lokaler Ebene aber autonom war, waren die Ijo in Warri auch auf kommunaler Ebene Minderheiten. Nach den *anti-tax-riots* (1927-1928) in der Provinz Warri reorganisierte die britische Kolonialregierung die lokale Verwaltung und ernannte einen Itsekiri-Händler zur *native authority*. Sowohl Ijo als auch Urhobo waren über das, was sie als Vorherrschaft der Itsekiri empfanden, unzufrieden und fühlten sich benachteiligt. Die Ijo verlangten eine Abspaltung von der bestehenden Verwaltungsdivision, eine Forderung, die ihnen nicht erfüllt wurde. In den 1950ern intensivierten die Ijo ihre Bemühungen um Autonomie, was einerseits an ihrer Unzufriedenheit mit der Itsekiri-Führung lag und andererseits an der politischen Marginalisierung, die sich insbesondere an der Besetzung politischer Ämter – welche großteils mit Itsekiri besetzt waren – zeigte. (Ukiwo 2007:592ff) Die Ijo fühlten sich auch bei der Aufnahme in den öffentlichen Dienst, Vertrags- und Job-Vergabe, insbesondere im Bereich der Erdöl- und Erdgasindustrie benachteiligt, dies umso mehr, als die Erdölindustrie quasi vor ihrer Haustüre situiert war und ihre Flüsse und Ackerflächen verschmutzte und zerstörte.⁴⁴

Im Laufe der Jahrzehnte kam es zu mehreren Veränderungen und Neuordnungen der Verwaltungsstrukturen, deren Ergebnisse die Erwartungen der Ijo nicht erfüllten. So kam es in den 1990ern zu Konflikten zwischen Ijo und Itsekiri über die Situierung der Hauptstadt der neu geschaffenen *Local Government Area* (LGA) Warri South-West in einer Itsekiri-Stadt. Auch zuvor hatte es immer wieder Differenzen zwischen Itsekiri, Ijo und Urhobo gegeben, bei welchen es zumeist um (Land)Besitzstreitigkeiten ging, welche vor Gericht ausgetragen wurden. Ein wesentlicher Konfliktpunkt zwischen Familien, Dorfgemeinschaften und/oder ethnischen Gruppen ist die Frage nach Besitz und Eigentum von Grund und Boden. Grund und Boden, auf dem oder in dessen Nähe sich Erdölquellen und Förderanlagen befinden, ist besonders heiß umkämpft, da sein Besitz mit Vorteilen finanzieller und infrastruktureller Art für jene Gemeinschaften verbunden ist. In diesem Zusammenhang sind auch Konflikte zwischen Gemeinden über die Frage, wer Entschädigungszahlungen für erlittene Umweltverschmutzungen bzw. generell Zahlungen von Erdöl- und Erdgaskonzernen erhalten soll, zu sehen (vgl. Ikelegbe 2006:39).

⁴⁴ Die Ijo in Warri erklärten ihre Benachteiligung in Bezug auf Job- und Vertragsabschlüsse durch Erdölkonzerne damit, dass der *Olu* von Warri, ein Itsekiri, seine Machtposition und Beziehungen zu Erdölkonzernen zugunsten der Itsekiri und zulasten der Ijo ausnutzte (vgl. Ukiwo 2007:596; Okonta 2006b).

Als im Jahr 1997 Sani Abacha den Sitz des neuen *Local Government Council* zuerst in einer Ijo-Stadt plante, diesen jedoch danach in eine Itsekiri-Stadt verlegte, beschuldigten Ijo die Itsekiri-Eliten, die Regierung diesbezüglich unter Druck gesetzt zu haben.⁴⁵ Vor diesem Hintergrund kam es im Jahr 1997 zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Ijo und Itsekiri, welche Erdölkonzerne dazu veranlassten, ihre Verwaltungssitze nach Port Harcourt zu verlegen. Darüber hinaus kam es zur Militarisierung von *youth groups* und ethnischen Gruppierungen (vgl. Ukiwo 2007:598; Okonta 2006b).

Neben der Ijo-Elite wurden auch junge Ijo in den 1980ern und 1990ern politisch immer aktiver. Aufgrund der Umsetzung eines *Structural Adjustment Programme* (SAP) in den 1980ern, das das Problem der Verschuldung des nigerianischen Staates lösen sollte, hatte sich die Zahl der jungen Arbeitslosen noch weiter erhöht: Die essentiellen Maßnahmen des Programms – Entwertung des Naira, welche die Preise von Importgütern in die Höhe trieb, Kürzung von Sozialleistungen und Streichung zahlreicher Arbeitsplätze im staatlichen und privaten Sektor – führten zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der armen Bevölkerung. Da viele Menschen, die zuvor in Städten in anderen Teilen Nigerias gearbeitet und aufgrund des SAPs ihre Jobs verloren hatten, in die Region zurückkehrten, verschärfte sich die angespannte Wohn- und Lebenssituation im Nigerdelta noch weiter (vgl. Ukiwo 2007:599f; Okonta 2006c).

Wie auch Jugendliche und junge Menschen anderer Volksgruppen formierten sich junge Ijo in *community associations* und kommunalen Entwicklungskomitees. Studentische Aktivisten strebten einen „pan-ethnischen“ Zusammenschluss der Jugendverbände an.⁴⁶ All diese Entwicklungen führten Anfang der 1990er zur Vereinigung der Ijo unter der Schirmherrschaft des *Ijaw National Congress* (INC): „The INC arose from the dissatisfaction of Ijaw elites who felt non-Ijaw interests were dominating Ijawland.“ (Ukiwo 2007:599) Der Zorn bzw. die Unzufriedenheit vieler junger Ijo richtete sich jedoch nicht nur gegen den nigerianischen Staat und die Ölkonzerne, sondern auch gegen die traditionelle Sozialstruktur der Ijo und gegen Ijo-

⁴⁵ Die Ernennung zur Hauptstadt einer *Local Government Area* (LGA) bringt Vorteile in Bezug auf Infrastruktur und Schaffung von Arbeitsplätzen mit sich (Ukiwo 2007:598).

⁴⁶ Auch der missglückte Versuch eines Putsches im Jahr 1990, an welchem mehrere Ijo-Offiziere der mittleren Ränge beteiligt waren, stellte ein Schlüsselereignis für die Wiederbelebung des „Ijo-Nationalismus“ der späten 1980er und 1990er dar (vgl. Ukiwo 2007:599; Okonta 2006c).

Älteste, die in den Augen der Jungen versagt hatten, die Marginalisierung der Ijo auf friedlichem Weg, d.h. über die Politik, zu bekämpfen⁴⁷ (vgl. Ukiwo 2007:609).

Auch die Ijo in Warri gründeten diverse Organisationen, darunter auch einige mit radikaler Ausrichtung, welche die Form von Milizen annahmen. Das höhere Aggressions- und Gewaltpotential der Ijo in Warri lässt sich durch ihre politische Marginalisierung und im Speziellen die Unzufriedenheit mit der Strukturierung der lokalen Verwaltung erklären. Nachdem friedliche Proteste fehlgeschlagen hatten, suchten viele junge Ijo den Ausweg in der Gewalt, um Veränderungen zu bewirken. Im Nigerdelta erschien das Ergreifen krimineller und gewalttätiger Mittel umso naheliegender, als Gewalt die einzige Sprache zu sein schien, die Erdölkonzerne und Regierung verstanden und die sie letztlich dazu brachte, auf die Forderungen der Menschen einzugehen (Ukiwo 2007:609).

Die prominentesten Ijo-Organisationen waren die *Egbesu Boys* (benannt nach der Ijo-Gottheit Egbesu), *Niger Delta Volunteer Force* (später *Federated Niger Delta Ijaw Communities/ FNDIC*); daneben gab es noch eine Vielzahl anderer militanter Gruppen. Da die Gruppierungen zu Beginn ähnliche Ziele hatten, wie zum Beispiel die Zurückverlegung der LGA-Hauptstadt nach Ogbe-Ijoh, waren einzelne Aktivisten oft Mitglieder mehrerer militanter Gruppen. Auch Ijo von außerhalb Warris nahmen an den Aktionen teil und Ijo aus Warri waren wiederum in Ijo-Bewegungen in anderen Teilen des Nigerdeltas aktiv. Da die Aktivisten somit ihren Standort häufig wechselten und auch außerhalb Warris Unterschlupf fanden, war es für die Sicherheitsbehörden relativ schwierig, sie aufzuspüren und zu verfolgen.⁴⁸ (Ukiwo 2007:601f)

5.4.2. *Federated Niger Delta Ijaw Communities (FNDIC)*

Die Mitglieder von FNDIC agierten ursprünglich unter dem Namen *Niger Delta Volunteer Force*. Um Verwechslungen zu vermeiden, änderten sie aber im Jahr 2001 den Namen, als

⁴⁷ In den 1990ern wurden schließlich einige Forderungen der Ijo nach Schaffung von Ijo-dominierten Bundesstaaten und LGAs erfüllt, so wurde etwa im Jahr 1996 der Staat Bayelsa gegründet. Dieses Entgegenkommen des nigerianischen Staates vermutet Ukiwo (2007:600) darin, dass Ijo-Offiziere das Militärregime beeinflusst haben.

⁴⁸ Die gewalttätigen Ausschreitungen von FNDIC führten schließlich tatsächlich zu den gewünschten Ergebnissen, nämlich der Übertragung der LGA-Hauptstadt von Warri South-West auf die Ijo-Stadt Ogbe-Ijoh, zu Ernennungen von Ijo in politische Ämter, zur Einrichtung von Entwicklungskomitees, die eine gerechtere Verteilung von Sozialleistungen an die verschiedenen ethnischen Gruppen sicherstellen sollten, und zur Anerkennung der Ijo als *host communities* durch die Erdölkonzerne (Ukiwo 2007:609f).

Mujahid Asari Dokubo, der damalige Präsident des *Ijaw Youth Council* (IYC), die *Niger Delta People's Volunteer Force* (NDPVF) gründete. FNDIC übte gewalttätigen Widerstand aus, den die Organisation damit rechtfertigte, dass vorhergehende Appelle an die Regierung und an die Ölkonzerne erfolglos geblieben waren und die angestrebte Selbstbestimmung auf friedliche Art und Weise nicht erreicht werden konnte.⁴⁹ Eine Besonderheit von FNDIC (wie später von MEND) war, dass die Bewegung ihren Kampf auch über die Medien führte. Wie zuvor MOSOP und IYC versuchte FNDIC - durch eine Mobilisierung und „Werbung“ über Printmedien und Internet - auf nationaler und internationaler Ebene Aufmerksamkeit zu erlangen. FNDIC wies auf die politische, soziale und wirtschaftliche Marginalisierung der Ijo in Warri hin, vor allem auf deren Benachteiligung bei der Auswahl für politische Ämter und bei der Verteilung von Sozialleistungen und Arbeitsplätzen in der Erdölindustrie. FNDIC führte die Konflikte zwischen Ijo und Itsekiri in Warri auf die *divide-and-rule*-Strategie der nigerianischen Bundesregierung und der Ölkonzerne zurück und kritisierte die „unheilige Allianz“ zwischen nigerianischer Bundesregierung und transnationalen Ölkonzernen, welche es sich zum Ziel gemacht hätten, die Hegemonie der Itsekiri zu erhalten. Sie beschuldigten die nigerianischen Sicherheitsbehörden, mit den Itsekiri zusammenzuarbeiten bzw. diese zu bevorzugen, und rechtfertigten mit dieser Behauptung ihre Kriegserklärung gegen die nigerianischen Sicherheitsbehörden und Konzerne wie Shell und Chevron-Texaco (vgl. Ukiwo 2007:603f).

FNDIC wusste sich der Medien zu bedienen und war darum bemüht, ein Image als ernstzunehmende politische Organisation aufzubauen und ihre Kontakte zur politischen Elite auf regionaler wie nationaler Ebene zu betonen. Diese Strategie verschaffte den FNDIC-Anführern tatsächlich einen gewissen Einfluss in Regierungskreisen und bei Ölkonzernen, welche versuchten, die Bewegung für sich zu gewinnen, indem sie FNDIC-Mitglieder und ihre Angehörigen mit Stipendien oder Verträgen (z.B. bezüglich der Überwachung von Erdölarbeiten und Betriebsstätten) „belohnten“. FNDIC-Mitglieder wurden bald als Vermittler bei Entführungen von (ausländischen) Erdölmitarbeitern durch andere militante Gruppen herangezogen, was Präsident Obasanjo honorierte, indem er FNDIC-Anhängern Verträge mit Erdöl-Konzernen verschaffte. Obwohl diese Annäherung von FNDIC an die Bundesregierung zu Unmut bei einigen FNDIC-Aktivisten führte, wurde FNDIC zum

⁴⁹ FNDIC erlangte im Jahr 1997 erstmals traurige Berühmtheit, als Milizen 13 Itsekiri-Dörfer angriffen, nachdem der Sitz der LGA von der Ijoh-Stadt Ogbe-Ijoh in die Itsekiri-Stadt Ogidigben verlegt worden war. Im Jahr 2003 töteten FNDIC-Anhänger Dutzende Itsekiri bei Angriffen auf Itsekiri-Dörfer, in denen nach Angaben von FNDIC Soldaten stationiert waren, die zuvor FNDIC-Aktivisten attackiert hatten (Ukiwo 2007:603).

„offiziellen“ Vertreter der Ijo aus Warri und Vermittler zwischen Ijo-Gemeinden und Erdöl- und Erdgaskonzernen (vgl. Ukiwo 2007:604f).

5.4.3. *Movement for the Emancipation of the Niger Delta*

Ukiwo sieht eine Vereinnahmung und Unterwanderung von Widerstandsbewegungen und ethnischen Gruppierungen durch Regierung und Ölkonzerne als ursächlich für die Entstehung von MEND: „It is this trend, in which historically government and oil companies have been successful in taming and sometimes coopting popular organizations, that led to the emergence of MEND and has influenced its strategies.“ (Ukiwo 2007:605) Im Dezember 2005 trat MEND erstmals öffentlich in Erscheinung. Kurz zuvor waren Asari Dokubo und andere einflussreiche Ijo-Chiefs bzw. Geschäftsleute verhaftet worden, was manche Ijo als eine Erniedrigung und einen Angriff auf ihr Volk betrachteten. Im März 2006 kündigte MEND die „Operation Black Mamba Strike“ an, mit welcher die nigerianische Erdölproduktion und Erdölexporte zum Erliegen gebracht werden sollte, sofern die Bundesregierung ihre Forderungen nach Erhöhung des Derivationsprinzips von 13% auf 25% nicht erfüllen würde. MEND drohte auch mit Angriffen auf Shell, sofern der Konzern nicht die Summe von 1,5 Milliarden US-Dollar Schadenersatz für erlittene Umweltschäden an einige geschädigte Dörfer bezahlen würde, zu welcher der Konzern gerichtlich verurteilt worden war (vgl. Ukiwo 2007:605f).

Okonta (2006a) beschreibt das Ergreifen der Waffen durch die MEND-Milizen gegen die Regierung und Erdöl- und Erdgas-Konzerne als letzten Ausweg, nach jahrzehntelangen fruchtlosen Versuchen der Ijo und anderer ethnischer Gruppen, eine friedliche, politische Lösung für die Probleme im Nigerdelta zu finden und als eine Reaktion auf die Indifferenz der Regierung gegenüber den Forderungen und Anliegen der Bevölkerung des Nigerdeltas.

Okonta (2006b) erläutert, dass es die Bewegung MEND, so wie sie in den Medien dargestellt wird⁵⁰, nicht gäbe: MEND sei seiner Erkenntnis nach keine Organisation bzw. ethnische Miliz im eigentlichen Sinn, sondern eine Idee bzw. ein Prinzip, das den verschiedenen ethnischen, zivilgesellschaftlichen und anderen Organisationen zugrunde liegt. „MEND is not an

⁵⁰ Bei den Milizenanführern von MEND handelt es sich laut Okonta (2006b) um gebildete und über wirtschaftliche und politische Angelegenheiten gut informierte Personen – im Gegensatz zu den Bildern von schwer bewaffneten und verummten MEND-Milizen, die regelmäßig in den nationalen und internationalen Medien auftauchten.

«organisation» in the formal sense of the word. It is an idea, a general principle underlying the slew of communal, civic and youth movements that began to proliferate in the Niger Delta, and particularly in the Ijaw-speaking areas, in the wake of General Babangida's failed adjustment policies in the late 1980s." (Okonta 2006b) Obwohl der ursprüngliche Kern der Mitglieder von MEND laut Okonta (2006b) auf den Gbaramatu-Clan⁵¹ zurückzuführen sei, könne MEND nicht als ethnische Miliz im eigentlichen Sinn, mit klar definierter Mitgliedschaft, betrachtet werden. Abgesehen davon gäbe es verschiedene Gruppen, die unter dem Decknamen MEND operierten, ursprünglich aber nicht zum Kern von MEND gehörten. (Francis 2011b)

MEND arbeitet mit anderen militanten Gruppen zusammen, um nötigenfalls gemeinsame Operationen (wie zum Beispiel Entführungen von Erdölarbeitern) in anderen Bundesstaaten durchführen zu können. Solche Allianzen sind jedoch häufig kurzlebig, Koalitionen können sich lösen und neue bilden (vgl. Ukiwo 2007:606; Okonta 2006b). Nach der Definition von Okonta (2006b) ist MEND eine lose Koalition von bewaffneten Milizen, die von einer gemeinsamen Führung geleitet werden. Die einzelnen Gruppierungen treffen eigene Entscheidungen und führen Operationen unabhängig voneinander durch, können sich aber bei Bedarf zusammenschließen, um gemeinsam zu agieren. Einige der militanten Gruppierungen, mit denen MEND zusammenarbeitet, stammen von studentischen Kulturen ab, die sich nach der Wiedereinführung der Zivilregierung 1999 in Nigeria gebildet hatten und mitunter von Politikern der Nigerdelta-Staaten für Manipulation von Wahlen, Einschüchterung politischer Gegner und Erdöldiebstahl rekrutiert worden waren. Dennoch distanziert sich MEND von Kulturen und Banden, die von rein finanziellen Motiven geleitet werden statt von politischen Motiven, wie dem Kampf um Selbstbestimmung und gerechte Verteilung der Erdölressourcen (vgl. Okonta 2006b).

Die militärischen Erfolge von MEND sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Einerseits greift MEND Anliegen der Ijo - und generell der vernachlässigten Bevölkerung des Nigerdeltas - auf, wie das Streben nach sozio-ökonomischer Gerechtigkeit, Ressourcenkontrolle, politischer Aufwertung und Schadenersatz für Umweltverschmutzungen und hat aus diesem Grund in vielen Dörfern und Städten Sympathisanten, wo die Rebellen

⁵¹ Im Februar 2006 attackierten Regierungstruppen das Dorf Okerenkoko, das zum Ijo-Clan Gbaramatu im westlichen Nigerdelta gehört, töteten zahlreiche ZivilistInnen, brannten Häuser nieder und hinterließen ein Bild der Verwüstung. Die Regierung rechtfertigte diese Attacken damit, dass Okerenkoko das Zentrum illegaler Erdöl-Bunkering-Aktivitäten gewesen wäre (vgl. Okonta 2006b).

untertauchen können. (Okonta 2006a) Andererseits haben die Mitglieder von MEND Heimvorteil auf dem Terrain auf dem sie operieren; sie kennen die labyrinthartigen Flussarme und Sümpfe des Nigerdeltas von Kindesbeinen an und sind so der nigerianischen Armee und Marine, trotz deren besserer technischer und militärischer Ausrüstung, oft überlegen (Okonta 2006b).

Die Bewegung versteht es, geschickt mit Massenmedien umzugehen und verbreitet ihre Forderungen und Drohungen über das Internet, so etwa in Form von E-Mails an Tageszeitungen. Mediale Präsenz und internationale Aufmerksamkeit spielen im Kampf von MEND überhaupt eine große Rolle: Bilder von maskierten, muskulösen, schwer bewaffneten Milizen auf Schnellbooten – womöglich mit ausländischen Geiseln in ihrer Mitte – erregen international Aufmerksamkeit und sind im Stande, die Rohölpreise in die Höhe zu treiben (vgl. Okonta 2006a). Die Bewegung kommuniziert mithilfe der fiktiven Pressesprecher „Jomo Gbomo“ und „Cynthia Whyte“, um die Identität ihrer Anführer geheim zu halten (vgl. Ukiwo 2007:607).

MEND ist bestrebt, das Image von Freiheitskämpfern aufrecht zu erhalten, die für Selbstbestimmung und Ressourcenkontrolle kämpfen. So veröffentlicht die Organisation ihre Ziele und Forderungen über die Medien, aber auch über ihre Geiseln, die zum Teil bis zu einem Monat lang festgehalten und indoktriniert werden (Ukiwo 2007:607). Für MEND sind Entführungen ausländischer Mitarbeiter von Erdöl- und Erdgas-Konzernen sowie von anderen multinationalen Konzernen ein Druckmittel gegen die nigerianische Regierung und gegen die Konzerne und eine Strategie, um nigeriaweit aber auch international Aufmerksamkeit zu erreichen. Okonta (2006b) führt die Tatsache, dass MEND und andere Milizen ausländische Geiseln bevorzugen, darauf zurück, dass deren Herkunftsländer sich mehr für ihre Staatsangehörigen einsetzen, als dies der nigerianische Staat für seine Staatsbürger tun würde.

Die Mitglieder von MEND verlangen nach eigenen Angaben kein Lösegeld und erklären, dass die Entführungen notwendig für die Realisierung ihrer politischen Ziele wären und (ausländische) Geiseln das einzige Druckmittel bei Verhandlungen mit der Regierung oder mit Ölkonzernen. Sprecher von MEND behaupteten, dass sie sich allein von Spenden der Bevölkerung finanzieren würden und bestritten, in den Rohöldiebstahl involviert zu sein. Dies erscheint jedoch äußerst fraglich, da einzelne Familien, Unternehmen, Botschaften oder Regierung(en) große Lösegeldsummen auslegen, um Geiseln zu befreien und Milizen wie die

NDPVF unter Asari Dokubo selbsternannte *bunkerer* sind. Dennoch ist MEND nicht mit kriminellen Gruppierungen im Nigerdelta gleichzusetzen, die sich auf Entführungen⁵² und Lösegelderpressungen spezialisiert haben, da es sich bei letzteren um reine Verbrecherbanden ohne politische Zielsetzungen handelt (vgl. Ukiwo 2007:606ff; Okonta 2006b). MEND distanziert sich von „gewerbsmäßigen“ Entführungen und jenen militanten Gruppen, die die „hehren“ Motive der Freiheitskämpfer im Nigerdelta „trivialisieren und kriminalisieren“ (Ukiwo 2007:608).

Die Gründer von MEND hatten klar definierte politische Ziele und kein Interesse an der Zerstörung der nigerianischen Erdölindustrie. Zu Beginn der Tätigkeiten von MEND übten „traditionelle“ Führungsstrukturen der Ijo die Kontrolle über MEND aus. Unter solchen Umständen war es der nigerianischen Regierung und den multinationalen Ölkonzernen möglich, auf die Attacken der Milizen zu reagieren und eine Eskalation der Gewalt zu verhindern: So holte die nigerianische Regierung regelmäßig Milizen an den Verhandlungstisch, um über politische Themen zu diskutieren und Übereinkünfte zu schließen und Erdöl- und Erdgaskonzerne sicherten sich kurzfristig „Frieden“ durch Zahlungen an Milizen und Dorfgemeinschaften und die Vergabe von Verträgen und Durchführung von Entwicklungsprojekten (Vail o.A.).

Dieses relativ „stabile“ Interaktionssystem ist in den letzten Jahren zusammengebrochen und hat einer Situation nahezu unkontrollierbarer Gewalt und Kriminalität Platz gemacht. Die alten Führungsstrukturen sind nicht mehr existent und MEND besteht aus verschiedenen Fraktionen, die unterschiedliche (politische) Ziele verfolgen, was Gespräche und Einigungen zwischen Regierung und Milizen erheblich erschwert. Die regelmäßigen Lösegeldzahlungen seitens der multinationalen Konzerne haben einen Markt für Entführerbanden geschaffen, die nicht von politischen Zielen – sei es der Ijo oder anderer ethnischer Gruppen – sondern von finanziellen Motiven geleitet werden. (Vail o.A.) Mit der Intensivierung des Kampfes um Ressourcen und der zunehmenden Gewaltbereitschaft von Rebellen und Milizen, aber auch generell weiter Teile der jungen Bevölkerung, eröffneten sich militanten Gruppen neue Möglichkeiten des Zugangs zur Ressource Erdöl und den damit verbundenen Profiten (Ikelegbe 2006:34).

⁵² In den letzten Jahren wurden auch immer mehr einheimische Angehörige der Mittelschicht Opfer von Entführungen (vgl. Onah 2011a; b; Umanah 2009).

Der Wandel vieler Milizen von ideologischen und politischen zu profitmotivierten Zielen führte dazu, dass die Milizen nicht mehr am Überleben der nigerianischen Erdölwirtschaft interessiert sind, da sie kurzfristige, finanzielle bzw. eigennützige Ziele verfolgen. Dies spiegelt sich in ihren Angriffen auf multinationale Erdölkonzerne wider, die die Erdöl- und Erdgasproduktion nachhaltig stören und so der nigerianischen Wirtschaft empfindlich schaden. Der Übergang von ideologisch motivierter Gewalt zu finanziell motivierter Gewalt stellt zudem eine Bedrohung für die internationale Energieinfrastruktur dar, da die Krisensituation im Nigerdelta und ähnliche Krisensituationen in anderen erdölproduzierenden Ländern die Energiepreise weiter in die Höhe treiben (Vail o.A.).

5.4.4. Ethnische Milizen, Korruption und Patronage

Da der Zugang zu Erdölressourcen langfristig finanzielle Vorteile mit sich bringt, können dadurch politische Patronage-Netzwerke unterhalten werden: Seit der Rückkehr zur Zivilregierung im Jahr 1999 haben politische Eliten im Nigerdelta immer wieder Milizen dafür bezahlt, dass sie die Erdölproduktion behindern oder lahm legen, um sich bei der Bundesregierung mit ihren Forderungen nach Ressourcenkontrolle Gehör zu verschaffen (vgl. Ukiwo 2007:608f).

Mit der Wiedereinführung einer demokratischen Staatsform und den damit einhergehenden Wahlen begannen Lokalpolitiker militante Gruppen für ihre eigenen „politischen“ Zwecke, d.h. zur Einschüchterung und Ausschaltung politischer Gegner oder Oppositioneller zu rekrutieren. Vor allem bei den Wahlen im Jahr 1999 kam es in den Nigerdelta-Staaten zu großen Unregelmäßigkeiten wie Sabotage und Fälschung der Wahlergebnisse, welche vor allem von der *People's Democratic Party* (PDP) ausgingen. Es gibt Anzeichen dafür, dass auch Erdöl- und Erdgas-Konzerne an den Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen und Bestechungen beteiligt waren. Manche Kritiker und Lokalpolitiker, die diese Missstände anprangerten, verloren ihr Leben (vgl. Okonta 2006b; c).

Bei den Wahlen in den darauffolgenden Jahren setzte sich dieses Muster fort. Lokalpolitiker bestachen Mitglieder von *ethnic militia* und ähnlichen Organisationen, wie z.B. des *Ijaw Youth Council* oder MEND, damit diese politische Gegner ausschalteten und sicherstellten, dass Wahlen in ihrem Sinne ausgingen; die Milizen wurden dafür finanziell oder durch (Regierungs)Aufträge entschädigt. Okonta (2006c) sieht diese „Infiltration“ durch die

Interessen korrupter Politiker und Konzernchefs als eine Ursache für die Korrumpierung und Militarisierung ethnischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Nigerdelta (vgl. BBC News 2007).

Milizen anderer Gruppierungen haben gute Beziehungen zu einflussreichen Politikern (Human Rights Watch 2008). Der US-amerikanische privatwirtschaftliche Geheim- bzw. Informationsdienst Stratfor Global Intelligence (2009a) ist der Ansicht, dass der *Ijaw Youth Council* im Jahr 1998 als radikaler Flügel des *Ijaw National Congress* gegründet wurde, um die bevorstehenden Wahlen im Jahr 1999 zu beeinflussen und für die PDP Stimmen im Nigerdelta zu gewinnen bzw. zu erkaufen und politische Gegner bzw. Kandidaten anderer Parteien einzuschüchtern und mit Gewalt von ihrer Kandidatur abzuhalten. Stratfor geht auch davon aus, dass der *Ijaw Youth Council* sich dem Erdöldiebstahl gewidmet hätte und einen Teil des gestohlenen Erdöls behielt und den Rest an regionale PDP-Politiker weitergab, welche mit dem Geld Stimmen kauften.

Die Quellen von Stratfor Global Intelligence (2009a) deuten darauf hin, dass auch MEND mit Mitgliedern der nigerianischen Bundesregierung, in erster Linie Politikern der PDP, zusammenarbeitet und von diesen unterstützt wird. Stratfor Global Intelligence (2009c) behauptet, dass MEND Patronagebeziehungen zu Politikern auf (zentral)staatlicher Ebene habe, die einzelne Einheiten für lokale Operationen und Angriffe auf politische Gegner, aber auch auf Erdölinfrastruktur, mobilisieren können. Stratfor nennt in diesem Zusammenhang auch Präsident Obasanjo.

Waffenstillstände, Amnestien und Absprachen zwischen der nigerianischen Regierung und Milizen hielten das Gewaltlevel auf einem mehr oder weniger konstanten Niveau. (Stratfor Global Intelligence 2009c) Bereits 2004 holte Obasanjo die Vertreter der verfeindeten NDPVF und *Niger Delta Vigilante* (NDV), Dokubo Asari und Tom Ateke, an den Verhandlungstisch nach Abuja, um eine Waffenruhe auszuverhandeln. Die nigerianische Regierung bot den Milizen damals 1000 US-Dollar für jede abgelieferte Waffe (dieser Betrag wurde von der Regierung von Rivers State noch einmal erhöht) und eine Amnestie für alle begangenen Straftaten (Stratfor Global Intelligence 2009b).

Die Entführungen und der Diebstahl von Erdöl verschafften MEND und den Ijo-Politikern Aufmerksamkeit und Geld. Die Tätigkeiten von MEND führten in den Jahren 2006 und 2007

zu einem Produktionsverlust von etwa 600.000 Barrels pro Tag, was ca. 25% der nigerianischen Erdölproduktion entsprach. (vgl. Stratfor Global Intelligence 2009c) Die Milizen erfreuten sich in den letzten Jahren großen Zulaufs und gewannen an Macht und Einfluss, dies auch durch die Unterstützung mancher Politiker. Sie haben sich zum Teil mit ihren früheren Unterstützern aus Politikerkreisen zerworfen - vor allem weil diese ihre Versprechungen in Bezug auf Geld, Arbeitsplätze, Ausbildung etc. nicht erfüllt hatten – und sich deren Kontrolle entzogen (vgl. Human Rights Watch 2008).

Mit Goodluck Jonathan, der unter der Präsidentschaft von Yar'Adua Vizepräsident war und seit 2011 gewählter Staatspräsident⁵³ ist, haben die Ijo seit 2007 einen Vertreter auf höchster nationaler Ebene. Dies schlug sich in erster Linie in einer erhöhten Gesprächsbereitschaft der Regierung mit Ijo-Vertretern nieder, die Frage der Erhöhung des Derivationsprinzips wurde dadurch jedoch noch nicht zur Zufriedenheit der Bevölkerung des Nigerdeltas geklärt (vgl. Stratfor Global Intelligence 2009c; Ukiwo 2007:610).

5.4.5. Amnestieprogramm der nigerianischen Regierung

Im Juni 2009 beschloss die nigerianische Regierung unter Präsident Yar'Adua eine Amnestie für die Milizen im Nigerdelta, um die Gewalteskalation im Nigerdelta zu stoppen und die militanten *youths* wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Die Amnestie galt als Straferlass bzw. Verfolgungsverzicht für die Mitglieder bewaffneter Gruppierungen (auch solche, die bereits strafrechtlich verfolgt wurden), die innerhalb einer fixierten Frist (ursprünglich Oktober 2009) ihre Waffen niederlegten und sämtliche Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial an die Behörden übergaben. Kämpfer, die das Amnestieangebot annahmen, sollten im Gegenzug in Ausbildungs-, Stipendien- und Jobtrainingsprogramme eingegliedert werden (vgl. RFI 2009a; Der Standard 2009b; g; Amaize/Onoyume/Binniyat 2009; Okoye 2009; Igbikiowubo 2009b).

Mithilfe der Amnestie versuchte die nigerianische Bundesregierung, die äußerst angespannte Sicherheitslage im Nigerdelta friedlich zu lösen, da eine groß angelegte Militäroperation zur Vertreibung der ethnischen Milizen einerseits sehr kostspielig und die Erfolgsaussichten

⁵³ Goodluck Jonathan war seit 2007 Vizepräsident. Aufgrund der schweren Erkrankung des Präsidenten Umaru Yar'Adua übernahm er das Amt des interimistischen Staatsoberhauptes und wurde nach dem Tod von Yar'Adua im Jahr 2010 als neuer Präsident vereidigt. Im Zuge der regulären Wahlen im Jahr 2011 wurde Goodluck Jonathan zum nigerianischen Staatspräsidenten gewählt.

unsicher gewesen wären und eine ständige Bewachung der Produktionsstätten zum Schutz vor Angriffen der Milizen langfristig zu teuer wäre. (Owubokiri 2010a:31) Wie wichtig eine Stabilisierung der Lage im Nigerdelta auch für Europa ist, zeigt sich daran, dass sich die EU bereit erklärte, 190 Millionen Euro für das Amnestieprogramm der nigerianischen Regierung zur Verfügung zu stellen (vgl. Edemhanria 2009:14).

Yar'Adua unterschied in seinen Äußerungen zur Amnestie zwischen politischen Aktivisten und „merchants of violence“ (Oyadongha 2009a), das heißt Kriminellen, die sich unter dem Deckmantel des legitimen Protests versteckten und betonte, dass die Regierung nur mit „echten“ Milizen, die auf die triste Situation im Nigerdelta aufmerksam machen wollten, zusammenarbeiten würde (vgl. Amaize 2009d:29f). Es ist jedoch äußerst fraglich, ob es tatsächlich die „echten“ Rebellen und Aktivisten waren, die die Amnestie akzeptierten und im Gegenzug für Geld und Ausbildungsplätze den Kampf um Ressourcenkontrolle und Selbstbestimmung des Nigerdeltas vernachlässigten, also ihre politischen Ziele und Überzeugungen für mehr oder weniger kurzfristige persönliche Vorteile aufgaben.

Viele einflussreiche Rebellenführer von MEND und anderen ethnischen Milizen nahmen das Amnestieangebot an, wie zum Beispiel Henry Okah, Farah Dagogo, Government Ekpemupolo alias Tompolo (Anführer von MEND), Ateke Tom (Anführer der *Niger Delta Vigilante Services*), Soboma George (Anführer der *Outlaws*), und einige andere (vgl. Edemhanria 2009:14; Der Standard 2009e).

Die verschiedenen Fraktionen von MEND waren geteilter Meinung bezüglich der Frage der Zustimmung zur Amnestie und Niederlegung ihrer Waffen; innerhalb von MEND gab es einen Bruch zwischen Rebellen, die das Amnestieprogramm der Regierung annahmen und ihre Waffen abgaben und solchen, die es ablehnten und auf der Fortsetzung des Kampfes beharrten⁵⁴ (vgl. RFI 2009b; c). Der Sprecher von MEND, Jomo Gbomo, distanzierte sich etwa von der Entscheidung Okahs und sagte, Henry Okah habe eine individuelle Entscheidung getroffen, als er das Amnestieangebot annahm (Der Standard 2009e). Jomo Gbomo betonte, MEND würde weiterkämpfen, solange die Ursachen für ihren Kampf nicht beseitigt wären - die Amnestie allein könnte die Probleme des Nigerdeltas nicht lösen (vgl. Ebiri 2009a; b). Erst müsste die Regierung grundlegende Fragen regeln, wie die Rückführung

⁵⁴ Viele Milizengruppen waren sich uneinig darüber, ob sie die Amnestie annehmen sollten oder nicht und zersplitterten in verschiedene Fraktionen (vgl. Francis 2011b).

von vertriebenen ZivilistInnen in ihre Dörfer, Schadenersatzzahlungen, die Beendigung der Tätigkeiten der *Joint Task Force*, und nicht zuletzt eine Verfassungsänderung, um die Streitfrage des Steuerföderalismus zu regeln, bevor im Nigerdelta Ruhe einkehren könnte (vgl. Emmanuel/Yusuf 2009; Vanguard Nigeria 2009a).

Jomo Gbomo betonte in einer Stellungnahme, dass jene Rebellen, die ihre Waffen für Geld zurückgegeben hatten, nicht zu MEND gehörten und die Amnestie die ideologisch motivierten Kämpfer von jenen trennen würde, die nur für Geld und eigene Vorteile kämpfen: „The ongoing amnesty programme by the government of Nigeria seems to have achieved separating those who still have the zeal to fight for our freedom from those who were in it for the money”. (Jomo Gbomo zitiert in RFI 2009d) Er bekräftigte, dass die Kämpfer von MEND ihre Ziele nicht verkaufen würden, da sie der Bevölkerung des Nigerdeltas verpflichtet wären. (RFI 2009d; Amaize 2009a; Igbikiowubo 2009b) „We have refused to be compromised with monetary inducement. We will exchange our arms with justice.“ (Jomo Gbomo zitiert in Ebiri 2009b) Diese Aussagen stehen in krassem Widerspruch zu den Forderungen einiger Milizen: Mitglieder von MEND und anderen Milizen verlangten von der Regierung 300.000 Naira (rund 1.335,00 Euro – laut Umrechnungskurs vom 16.9.2009) für jede zurückgegebene Waffe (Modell AK-47), abgesehen davon sollte die Bundesregierung für jedes MEND-Mitglied ein Haus mit drei Zimmern bereitstellen, welches innerhalb von 10 Jahren zurückgezahlt werden würde (vgl. Amaize/Onoyume/Binniyat 2009).

Auch Mitglieder der NDPVF distanzieren sich vom Amnestieangebot und betonten, dieses nicht annehmen zu wollen, da die NDPVF zwar Frieden im Nigerdelta begrüßen würde, aber keine kriminelle Vereinigung und somit nicht bestechlich sei und ihre Mitglieder kein Geld, sondern Arbeit wollten. Vom Amnestieprogramm hätten nur wenige profitiert, die Regierung hätte damit die radikalen Gruppierungen belohnt und die friedlichen Gruppierungen vor den Kopf gestoßen (vgl. Francis 2011b).

5.4.6. Resultate der Amnestie

Das Amnestieprogramm der nigerianischen Regierung konnte einige Erfolge verbuchen: Nach der Verkündung der Amnestie nahmen die Entführungen und Anschläge auf Erdölkonzerne stark ab und die Erdölproduktion stieg wieder an (vgl. Igbikiowubo 2010b:41; Francis 2011b). Die Amnestie steht allerdings auf wackligen Beinen, was in erster Linie an der

schlechten Organisation der Amnestie liegt: Viele ehemalige Kämpfer, die ihre Waffen niedergelegt haben, sind enttäuscht, weil die Regierung ihre Versprechungen nicht erfüllt hat und nicht genügend Ausbildungsplätze und Jobtrainings zur Verfügung stellt. Aus diesem Grund kommt es nach wie vor zu Angriffen oder Drohungen seitens MEND und anderer ethnischer Milizen (vgl. Amaize 2011b)⁵⁵. Abgesehen davon, dass es nicht ausreichend Infrastruktur und Jobs für die Absolventen der Trainingsprogramme gibt, weisen die Ausbildungen oft ein niedriges Niveau auf, oder die Abschlüsse werden nicht anerkannt. All dies könnte dazu führen, dass die ehemaligen Milizen den Kampf wiederaufnehmen bzw. sich erneut kriminellen Tätigkeiten zuwenden und sich die Lage in der Region noch verschärft; es nützt wenig, Leute auszubilden, wenn sie danach keine Arbeit finden (vgl. Onoyume 2012d:48; Ekanem 2012:47; Amaize 2009d:30).

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass sich manche Gemeinden und ethnische Gruppen benachteiligt fühlen, was die Aufnahme in die Amnestie-Ausbildungsprogramme betrifft (vgl. Ekanem 2012:47). Noch dazu wurden nicht alle Waffen abgegeben und es besteht die Gefahr, dass die abgegebenen Waffen von korrupten Beamten auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft werden (BBC News 2009b). Die größte Bedrohung für die Amnestie bzw. den Frieden im Nigerdelta stellen aber die divergierenden Motivationen und Interessen der „godfathers“ aus der politischen Elite dar, welche die Fäden hinter den Aktivitäten vieler ethnischer Milizen ziehen. (Amaize 2009e)

Die Amnestie allein wird langfristig nicht ausreichend sein, wenn die zu Grunde liegenden Ursachen der Probleme und Militanz im Nigerdelta nicht auf verfassungsrechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Ebene in Angriff genommen werden: „[...] the policy of immediate appeasement cannot succeed in an environment where want, hunger and unemployment have been permanent features for several decades.“ (Owubokiri 2010a:31)

MEND drohte 2011 damit, seine Tätigkeiten und Angriffe wieder vollständig aufzunehmen, mit der Begründung, dass sich die Aufmerksamkeit der Bundesregierung und des Präsidenten Goodluck Jonathan zu sehr auf den Norden Nigerias und im Besonderen auf die Bekämpfung des Terrors konzentriere, der von der islamistischen Sekte „Boko Haram“⁵⁶ ausgeht – wie sie

⁵⁵ Siehe auch Sweet Crude November 2009c:52; Edemhanria 2009:14; Oyadongha 2009d:44; 2011i:50; Igbikiowubo 2009b)

⁵⁶ „Boko Haram“ bedeutet aus dem Hausa übersetzt – „Bücher“, im Sinne von „westlicher“ Bildung sind „verboten“.

von der Bevölkerung genannt wird. Die Regierung habe ihre Versprechen anlässlich des Amnestieprogramms – nämlich die Situation im Nigerdelta zu verbessern – nicht erfüllt (Francis 2011b).

Das Amnestieprogramm führte nicht nur zu einem (vorübergehenden) Rückgang der Gewalt im Nigerdelta, sondern gleichzeitig zu einem Anstieg des Diebstahls von Rohöl und der illegalen Raffinerietätigkeiten im Nigerdelta, trotz der Versuche der *Joint Task Force* (z.B. mit der *Operation Pulo Shield*) diese hintanzuhalten und die Schmuggler ausfindig zu machen. *Bunkering* und illegales Raffinieren von Erdöl stellen eine enorme Belastung für die Umwelt dar, vor allem da durch das Anzapfen von Pipelines große Mengen von Öl in die Umgebung austreten (vgl. Oyadongha 2012d:53; Oyadongha 2012g:51f).

5.5. Auswirkungen der Militanz und mögliche Entwicklungen

Es ist schwierig auszumachen, wer oder was genau *ethnic militia* sind. Dieser Begriff wird insbesondere von den Medien für die verschiedensten Phänomene verwendet: Viele ursprünglich politisch bzw. ideologisch motivierte Gruppierungen, die sich für eine Verbesserung der Lebenssituation der BewohnerInnen des Nigerdeltas eingesetzt hatten, wurden nach und nach von kriminellen Elementen unterwandert oder – da sie mit gewaltfreiem Widerstand bei Regierung und Erdölkonzernen nichts erreichten – in die Kriminalität getrieben. Außerdem haben sozioökonomisch benachteiligte junge Menschen häufig wenig Chancen, um mit ehrlicher Arbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern: Sogar verhältnismäßig gut ausgebildete junge Menschen haben es schwer, Jobs zu finden – eine Situation, die Bewegungen wie ethnischen Milizen und auch rein kriminellen Vereinigungen regen Zulauf verschafft (vgl. Sweet Crude June 2009c:20; Aja 1999:23). “As things stand, the only lucrative and most «respectable» job in town is being a militant [...]” (Okoye 2009)

Erdöl- und Erdgasfördermenge und die daraus resultierenden Erträge gingen in den letzten Jahren aufgrund der Unruhen um ca. 20-40% zurück (vgl. RFI 2009a; Der Standard 2009h; Ahiuma-Young 2009a:8; Pomrehn 2005). Nigeria verlor rund 300.000 Barrel Rohöl pro Tag aufgrund der Unruhen im Nigerdelta, was zwischen 1999 und 2007 zu finanziellen Verlusten von rund 58,3 Milliarden US-Dollar geführt hatte. (Adeoye 2007:12) Da die Konflikte im Nigerdelta somit eine ernstzunehmende Bedrohung für die nigerianische Erdölindustrie und damit für den Staatshaushalt darstell(t)en, reagierte die Regierung mit Gewalt auf jegliche

Form der Proteste und setzte damit eine Gewaltspirale in Gang: Die Entsendung von immer mehr Soldaten und Spezialeinsatztruppen kurbelte die Gewaltspirale nur noch mehr an und führte zu einer stärkeren Militarisierung der ethnischen Milizen (vgl. Ojakorotu/Okeke-Uzodike 2006:103f; Ukeje et al. 2002:3).

Da die nigerianische Erdölindustrie auch für den internationalen Energiemarkt eine Schlüsselrolle spielt, versuchen wichtige internationale Akteure wie die USA, die rund 17% ihres Erdöls aus Subsahara-Afrika beziehen, oder Großbritannien und Frankreich in Nigeria ihre Interessen zu wahren und den nigerianischen Staat bei seinem Kampf gegen die Milizen im Nigerdelta zu unterstützen, dies vor allem durch militärische Unterstützung, wie etwa Bereitstellung von Kriegsmaterial, Schiffen etc. (vgl. Ikelegbe 2006:47; Vanguard Nigeria 2009c). Diese militärische Unterstützung steht in einem gewissen Widerspruch zum Amnestieprogramm als Bemühung um eine friedliche Lösung und Deeskalation der Situation im Nigerdelta.

6. Föderalismus und Finanzverteilung in Nigeria

„The management of public finance in Nigeria, therefore resolved itself, in the main, to the management of revenue from the crude mineral oil resources of Nigeria.“ (Ekwueme 2002)

Die Ursprünge des nigerianischen Bundesstaats gehen auf die Kolonialzeit zurück, zu deren Beginn das Land formal als „unitarischer“ Staat verwaltet wurde. Aufgrund der großen Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen des nigerianischen Kolonialstaates schien den Briten die Errichtung eines föderalen Staatssystems jedoch geeigneter. Mit der Richards-Verfassung von 1946 begann dieser Wandel zu einem föderalen Staat (vgl. Uche/Uche 2004:9f; Ekwueme 2002). Es erfolgte eine schrittweise Veränderung und Neustrukturierung bis zu jenem Staatsgebilde, das sich heute in der (föderativen) Bundesrepublik Nigeria (*Federal Republic of Nigeria*) manifestiert.

6.1. Föderalismus - Merkmale eines Bundesstaats

Das bundesstaatliche Prinzip bezeichnet ein staats- bzw. verfassungsrechtliches Prinzip, das im Bundesstaat (föderalen Staat) seinen Ausdruck findet. Ein Bundesstaat⁵⁷ unterscheidet sich von einem Zentralstaat dadurch, dass sowohl Bund als auch Bundesstaaten bzw. Gliedstaaten eigene Entscheidungszuständigkeiten (Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit) und Macht- und Kompetenzbefugnisse haben, während in einem Einheitsstaat bzw. Zentralstaat die Provinzen bzw. Regionen nur Verwaltungseinheiten sind. Es kommt daher zu einer Aufteilung der staatlichen Autorität und Kompetenzen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Bundes- bzw. Teilstaaten. Die Unabhängigkeit bzw. Eigenständigkeit der Bundes- bzw. Gliedstaaten ist durch die (Bundes)Verfassung begrenzt und die Teil-/Bundesstaaten haben für gewöhnlich kein Sezessionsrecht (vgl. Krause 2007; Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer 2007:87; Igbuzor o.A.; Ikeji 2011:122).

Für das gute Funktionieren eines föderalen Systems sind gewisse Faktoren ausschlaggebend: So sollte keiner der Teilstaaten/Bundesstaaten einer Föderation wesentlich größer und/oder

⁵⁷ Der Begriff Bundesstaat hat zwei Bedeutungen: Bundestaat als Gesamtstaat (im Sinne von „Bundesrepublik“) und Bundestaat als Gliedstaat (im Sinne von „Bundesland“).

politisch einflussreicher als die anderen sein⁵⁸; es sollte eine Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Teilen einer Föderation bestehen und die einzelnen Gebietskörperschaften sollten ein gewisses Maß an finanzieller Selbsterhaltungsfähigkeit aufweisen (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:256; Babawale 2001; Okpu 1977:158). „Under a true Federal Constitution, each group, however small, is entitled to the same treatment as any other group, however large.“ (Obafemi Awolowo zitiert in Ikein/Briggs-Anigboh 1998:256)

Rund ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in föderal aufgebauten Staaten, viele dieser Bundesstaaten sind großflächig und multiethnisch. Es sprechen verschiedene Gründe für die Errichtung eines föderalen Staatesystems: So ermöglicht ein Bundesstaat die Integration verschiedener ethnischer Gruppen innerhalb eines Staatsgebiets (vgl. Babawale 2001; Ikeji 2011:122). Auch die geographische Beschaffenheit eines Landes, z.B. ein weitläufiges Staatsgebiet, kann die Errichtung eines Bundesstaates als geeignet erscheinen lassen.⁵⁹ Kritiker bundesstaatlicher Systeme argumentieren, dass föderale Staatssysteme den gesamtstaatlichen Zusammenhalt schwächen und zentralstaatliche Mittel zur Integration verschiedener ethnischer und sprachlicher Gruppen besser geeignet sind. (Krause 2007)

6.1.1. Ursprung des nigerianischen Bundesstaates

Es existieren verschiedene Meinungen darüber, wie und aus welchem Grund sich in Nigeria ein föderales Staatssystem etabliert hat bzw. errichtet wurde. Manche PolitikwissenschaftlerInnen bzw. HistorikerInnen sehen im Föderalismus eine „Erfindung“ der britischen Kolonialherren, mit welcher diese ihre neo-kolonialen Interessen in Nigeria wahren wollten. So hätten die Briten - in Anlehnung an ihre koloniale *divide-and-rule*-Politik - die partikularistischen und regionalistischen Tendenzen verschiedener ethnischer Gruppen ausgenutzt, anstatt einen geeinten nigerianischen Staat zu fördern; dies, um einen wirtschaftlich und politisch schwachen und unterentwickelten Staat zu hinterlassen, der noch Jahre bzw. Jahrzehnte lang von der ehemaligen Kolonialmacht abhängig sein und mit dieser kooperieren würde. Andere WissenschaftlerInnen sind der Ansicht, dass ein Bundesstaat für

⁵⁸ Dies war zu den Anfängen des nigerianischen Bundesstaates nicht der Fall – die Nord-Region war wesentlich größer und hatte mehr politische Vertreter auf Bundesebene als die West- und Ost-Region. Abgesehen davon ist es von Vorteil, wenn die einzelnen Teile einer Föderation miteinander kooperieren, was in Nigeria gewisse Probleme bereitete (vgl. Okpu 1977: 157,170).

⁵⁹ Bundesstaaten können historisch auch durch einen Zusammenschluss von Territorien entstehen, wie etwa den Zusammenschluss souveräner Staaten, den Übergang von einer Konföderation zu einer Föderation oder aufgrund von Devolution und Gewaltenteilung in einem vormals zentralistischen Staat (Krause 2007).

den nigerianischen Staat aufgrund seiner geographischen, kulturellen und ethnischen Heterogenität die einzig mögliche Staatsform war (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:42; Ojefia o.A.; Suberu 2001:20).

Die nigerianischen Nationalisten trugen nicht unwesentlich dazu bei, dass das unabhängige Nigeria eine föderale Staatsform annehmen sollte. Nur ein föderaler Staat ermöglichte es ihnen die politische Dominanz in ihren Herkunftsregionen, in denen sich ihre StammwählerInnen befanden, ohne einer ernstzunehmenden politischen Konkurrenz und Kontrolle ausgesetzt zu sein (vgl. Suberu 2001:25ff). „A cursory look at the history of the country suggests that Nigerian federalism was as much a creation of Britain as Nigeria herself. Instead of actually imposing federalism upon Nigeria, the colonial masters inadvertently governed Nigeria into a federal system with active aid from Nigerians themselves.” (Ikein/Briggs-Anigboh 1998:42)

Da in Nigeria die Unabhängigkeit nicht erkämpft, sondern ausverhandelt wurde, wurde auch ein wesentlicher Teil der bestehenden (Verwaltungs)Strukturen aus der Kolonialzeit beibehalten oder neu geschaffene Verwaltungsstrukturen wurden den ehemaligen kolonialen nachempfunden, so auch diverse (Finanz)Kommissionen. (Ikein/Briggs-Anigboh 1998:37)

6.1.2. Steuerföderalismus

Steuerföderalismus umfasst die Zuweisung finanzieller Mittel an die verschiedenen staatlichen Ebenen anhand verschiedener Verteilungsprinzipien: Die einzelnen staatlichen Einheiten sollen autonom in der Verwaltung ihrer Ressourcen sein und über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um damit ein Auskommen zu finden und in der Lage zu sein, ihre Einkommensquellen selbst zu bestimmen und zu entwickeln (vgl. Igbuzor o.A.; Ikeji 2011:122f).

Unitarische Bundesstaaten weisen Ähnlichkeiten mit zentralistischen Staaten auf, da sie über eine starke Bundesebene und vergleichsweise schwache Gliedstaaten verfügen. Ein Merkmal von unitarischen Staaten ist eine Steuerdominanz des Bundes gegenüber den Ländern bzw. Gliedstaaten: Das bedeutet, dass der Bund die wichtigen Entscheidungen in Steuerangelegenheiten trifft. Es findet weitgehend eine gemeinsame Steuererhebung statt und

die Steuern werden nach einem festgelegten Schlüssel verteilt, wobei Solidaritätsklauseln große Beachtung geschenkt wird (Krause 2007).

Nigeria ist zwar offiziell ein Bundesstaat, die nigerianische Einnahmen- bzw. Finanzverteilung spricht hingegen eine andere Sprache und zeugt eher von einem unitarischen Staat, da die Bundesregierung die wichtigsten Einnahmen kontrolliert und die Bundesstaaten bzw. Teilstaaten zu einem großen Teil auf monatliche Allokationen des Bundes angewiesen sind. Uche und Uche (2004:32f) führen dies auf die fortwährenden militärischen Einmischungen und die „historische Verwirrung über das Wesen des Föderalismus“ zurück. So hätten insbesondere die Militärregierungen die Schrägstellung der nigerianischen Finanzverteilung zu Lasten der Gliedstaaten zu verantworten.

Auch die Verfassung von 1999 weist stark unitarische Züge auf, es gibt eine Konzentration von Macht und Kompetenzen beim Zentrum. Die Verfassung von 1999 widerspricht insofern den Prinzipien des Steuerföderalismus und bundesstaatlichen Prinzipien, als sie der Bundesregierung die Kontrolle über alle Ressourcen zuweist (vgl. Igbuzor o.A.; *Constitution of the Federal Republic of Nigeria 1999*, Art. 44 [3]).

Art 44 (3) *Constitution of the Federal Republic of Nigeria 1999*:

„Notwithstanding the foregoing provisions of this section, the entire property in and control of all minerals, mineral oils and natural gas in under or upon any land in Nigeria or in, under or upon the territorial waters and the Exclusive Economic Zone of Nigeria shall vest in the Government of the Federation and shall be managed in such manner as may be prescribed by the National Assembly.“

Die Zentralisierung der Steuer- bzw. Finanzpolitik in Nigeria hat historische, politische und wirtschaftliche Hintergründe. Igbuzor (o.A.) beschreibt zwei Phasen von Steuerföderalismus in Nigeria: einerseits die Phase vor Beginn der Militärherrschaften und andererseits die Phase nach der Übernahme der Staatsgeschäfte durch das Militär im Jahr 1966. Während der ersten Republik (1963-1966) wurde das Derivationsprinzip bei der Verteilung von Einnahmen im Staat angewendet. 50% der Einnahmen aus mineralischen Ressourcen kamen der Region zu, aus der sie stammten, 30% flossen in einen „Topf“ (*Distributable Pool*), welcher zwischen den Regionen verteilt wurde und nur 20% fielen der Bundesregierung zu (vgl. Igbuzor o.A.; Uche/Uche 17f).

1966 übernahm das Militär die Macht im nigerianischen Staat, ein 40-monatiger Bürgerkrieg (1967-70) folgte. Der Großteil der erdölproduzierenden Region befand sich in der durch General Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu proklamierten „Republik Biafra“. Nachdem die nigerianischen Bundestruppen die Macht im ganzen Staatsgebiet wiederhergestellt hatten, erließ die Militärregierung im Jahr 1969 ein Dekret, *Decree No 5 of 1969*, mit welchem das Eigentum an Grund und Boden sowie an den darin und darauf befindlichen Ressourcen und Bodenschätzen dem Bund zufiel und läutete damit eine Phase der Zentralisierung ein (vgl. Igbuzor o.A.; Ekwueme 2002; Uche/Uche 2004:20f).

Als Nigeria 1960 die Unabhängigkeit erlangt hatte, war das Land in drei und wenig später in vier Regionen aufgeteilt. Die Regionen waren gezwungen, ihre Human- und natürlichen Ressourcen zu mobilisieren, um zu produzieren und Einnahmen zu generieren und die sozio-ökonomische Entwicklung voranzutreiben. Dies änderte sich mit dem Aufschwung der Erdölindustrie und der Übernahme der Staatsgeschäfte durch das Militär im Jahr 1966. Während der Militärherrschaft in Nigeria wurde die Kontrolle über das Erdöl und die Erdölproduktion stetig zentralisiert, die Regionen bzw. Bundesstaaten wurden zu abhängigen Außenposten des Zentrums, von welchem sie Anweisungen und finanzielle Mittel erhielten. Diese Situation führte dazu, dass die Regionen bzw. Bundesstaaten wenig Anreize hatten, Einnahmen zu generieren, ihre Wirtschaft und Entwicklung stagnierten (vgl. Ojefia o.A.; Uche/Uche 2004:20; Ikein/Briggs-Anigboh 1998:236ff).

6.2. Revenue Allocation – Finanzverteilung auf nigerianische Art

Die Verteilung der staatlichen Finanzen gehört zu den am härtesten umkämpften Themen der nigerianischen Politik und der nigerianischen Parteien. Zugang zu Macht bedeutet Zugang zu Ressourcen und die Möglichkeit, die Verteilung von Mitteln und Ressourcen zu beeinflussen. Die Verteilung finanzieller Mittel war und ist für die Parteien die einfachste Methode, um sich die Gunst und Loyalität ihrer Wählerschaft zu sichern. Politiker versuchten so, den Zugang zu und die Mitbestimmung bei der Verteilung von Ressourcen und finanziellen Mitteln (aufrecht) zu erhalten, um ihre Macht zu wahren oder auszuweiten (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:70).

Politik bzw. politische Entscheidungen spielen eine wichtige Rolle bei steuer- und finanzwirtschaftlichen Maßnahmen und bei der Verteilung von Finanzen. Finanzpolitische

Entscheidungen werden selten aus rein ökonomischen Gründen getroffen, viel eher stehen machtpolitische Entscheidungen und Erwägungen dahinter. So wurden auch die Finanzkommissionen zur Finanzverteilung in Nigeria (*Revenue Allocation Commissions*) stets als Reaktion auf politische und verfassungsrechtliche Veränderungen und weniger aus (finanz)wirtschaftlichen Erwägungen einberufen und spiegelten die Machtbeziehungen zwischen Bundesregierung und Bundesstaaten im Laufe der Zeit wider (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:5ff,12ff). Die nigerianische Finanz- und Verteilungspolitik ist geprägt von einem politischen Ringen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Bundesstaaten (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:106; Suberu 2001:57; Ikeji 2011:122).

Der Begriff *Revenue Allocation* bezeichnet die Verteilung von (Steuer)Einnahmen und finanziellen Mitteln. Seit 1946 gab es eine Vielzahl verschiedener Verteilungsschlüssel (*revenue allocation formula*) für die Verteilung von Finanzmitteln an die und zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, welche von den einzelnen Finanzkommissionen erarbeitet wurden (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:2ff; Igbuzor o.A.; Ikeji 2011:122). Die nigerianische Ressourcen- bzw. Einnahmenverteilung basiert auf zwei Ebenen. Die vertikale Finanzverteilung findet zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates statt, also zwischen Bund, Ländern und Local Governments, die horizontale Allokationenformel bestimmt, wie die Allokationen zwischen den einzelnen Bundesstaaten und *Local Governments* verteilt werden (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:22; Ikeji 2011:122).

6.2.1. Prinzipien der horizontalen Finanzverteilung

Seit 1946 gibt es 20 verschiedene Prinzipien der horizontalen Finanzverteilung, welche im Großen und Ganzen in folgende Oberkategorien einzuteilen sind: in „Effizienzprinzipien“ (z.B. Derivations- bzw. Herkunftsprinzipien), „Gleichheitsprinzipien“ oder „Bedarfsprinzipien“, wobei in den nigerianischen Allokationenschemata den beiden Letzteren der Vorzug gegeben wird (Suberu 2001:57f).

6.2.1.1. Derivationsprinzip/Herkunftsprinzip

Das Derivationsprinzip basiert auf der Annahme, dass Einnahmen, die aus einer Region stammen, auch dieser Region und ihrer Entwicklung zukommen sollen. Dieses Prinzip kann insofern als fair und gerecht bezeichnet werden, als die einzelnen Regionen und Gliedstaaten

vom Staat proportional soviel erhalten, wie sie auch geleistet bzw. zum staatlichen Einkommen beigetragen haben.

Kritiker des Derivationsprinzips betonen die Gefahr einer ungleichen Entwicklung der Gliedstaaten eines Staats, indem sich ressourcenreiche Regionen (d.h. jene Regionen, die Ressourcen besitzen, welche finanziell einträglich sind) schneller entwickeln als solche, die nicht über diese Ressourcen verfügen – eine Situation die zu wirtschaftlicher, politischer und sozialer Instabilität führen kann⁶⁰ (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:115f,236; Suberu 2001:63f).

Befürworter des Derivationsprinzips betrachten das Derivationsprinzip als gerecht und vernünftig, dies umso mehr, als der Abbau von Ressourcen, insbesondere Erdöl, negative Auswirkungen auf die Umwelt der Förderregion nach sich zieht, welche berücksichtigt werden müssen. Aufgrund der Verschmutzung der Umwelt kommt es zu Folgeschäden, die insbesondere die BewohnerInnen der erdölproduzierenden Regionen des Nigerdeltas zu tragen haben. Zu diesen Folgeschäden zählen unter anderem Gesundheitsschäden, Umsiedlung bzw. Vertreibung der Bevölkerung, Kriminalität, höhere Lebenshaltungskosten, Zerstörung der Landwirtschaft, Verlust von Jobs und damit letztlich Zerstörung der Existenz eines großen Teils der ansässigen Bevölkerung (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:236; Ikeji 2011:126).

Im Gegensatz zu Erträgen aus anderen Wirtschaftszweigen wie etwa der landwirtschaftlichen Produktion fließen die Erträge aus der Erdöl- und Erdgasindustrie in erster Linie an die Erdöl- und Erdgaskonzerne und an die nigerianische Regierung, während die Bevölkerung rund um die Erdölstandorte die negativen Auswirkungen der Erdöl- und Erdgasproduktion zu tragen hat. Aus diesem Grund trägt auch der nigerianische Staat eine besondere Verantwortung für den Schutz und das Wohlergehen der Bevölkerung in den erdöl- und erdgasproduzierenden Gebieten. (Ikein/Briggs-Anigboh 1998:236)

Für das Derivationsprinzip spricht auch, dass seit der Vernachlässigung des Derivationsprinzips die Wirtschaft in vielen Bundesstaaten stagniert, insbesondere da die politisch Verantwortlichen in den nicht-erdölproduzierenden Bundesstaaten aufgrund der

⁶⁰ Auch der ehemalige Präsident Obasanjo (1999-2007) sprach sich gegen eine Neugewichtung des Derivationsprinzips aus, da er betonte, dass Ressourcen ein Gottesgeschenk seien und daher allen NigerianerInnen zur Verfügung stehen müssten (vgl. Uche/Uche 2004:37f).

finanziellen Mittel, die sie vom Bund aus den erwirtschafteten Erdöleinnahmen erhalten, wenig Ansporn haben, eigene Wirtschaftszweige zu fördern und auszubauen. Stattdessen richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf die Finanzallokationen und entwickelten Strategien, um möglichst viel vom staatlichen Topf zu erhalten, anstatt selbst Einnahmen zu generieren. Dies schuf eine Ökonomie, bei der es mehr um die Verteilung, als um die Erzielung von Einnahmen geht; es kam zu einer grundlegenden Fokusverschiebung von Einnahmengewinnung (*revenue generation*) zu Einnahmenverteilung (*revenue allocation*). Diese Tendenz sowie der Kampf um Kontrolle der finanziellen Ressourcen und Einnahmen erklärt auch die Bildung von zahlreichen nicht lebensfähigen Bundesstaaten und *Local Government Areas*, die für ihr wirtschaftliches Überleben größtenteils auf den *Federation Account* bzw. den staatlichen Topf angewiesen sind (vgl. Uche/Uche 2004:18ff, 38; Ikein/Briggs-Anigboh 1998:236; Suberu 2001:60f).

6.2.1.2. Gleichheits- und Bedarfsprinzipien

Gleichheits- und Bedarfsprinzipien basieren auf verschiedenen Indikatoren. Neben dem Verteilungsprinzip der „zwischenstaatlichen Gleichheit“ (*interunit equality*), ist das Verteilungsprinzip „Bevölkerung“ ein wichtiges Verteilungsprinzip in den verschiedenen Allokationenschemata. Die Zahl der in einem Bundesstaat lebenden Menschen wird als Indikator des Bedarfs eines Bundesstaates betrachtet, da die Bevölkerungszahl bestimmt, wie viele Dienstleistungen ein Bundesstaat zu leisten und zur Verfügung zu stellen hat, und besagt, dass ein Bundesstaat umso mehr finanzielle Mittel vom Staat erhält, je mehr Menschen in diesem Bundesstaat leben (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:116ff,239; Suberu 2001:61).

Ein Argument für die Anwendung von (zwischenstaatlichen) Gleichheitsprinzipien ist, dass dadurch allen Teilen eines (föderalen) Staates ermöglicht wird, sich relativ gleichmäßig zu entwickeln. Ein Argument für die Anwendung des Bevölkerungsprinzips ist, dass es das Volk ist, das einen Staat ausmacht, weshalb alle Menschen, die in diesem Staat leben – egal in welcher Region – gleichen Zugang zu den „nationalen“ Ressourcen haben und von diesen profitieren sollten. Die Anwendung solcher Prinzipien bei der Verteilung von finanziellen Mitteln führt zu Spannungen innerhalb der Bevölkerung und Konflikten zwischen einzelnen Bundes- bzw. Gliedstaaten, da insbesondere ressourcenreiche Regionen, wie etwa die erdölproduzierenden Regionen, stark kritisieren, dass die auf ihrem Gebiet erwirtschafteten

Erträge und die in und auf ihrem Grund und Boden befindlichen Bodenschätze nicht für die eigene Region verwendet werden, sondern in hohem Maß in finanzschwache Regionen fließen (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:116f).

Das Bevölkerungsprinzip ist nicht zuletzt deshalb umstritten, da keine verlässlichen Bevölkerungszahlen zugrunde lagen und liegen und diese von den Verantwortlichen bisweilen manipuliert wurden, um möglichst viele Einnahmen und Ressourcen für den eigenen Bundesstaat zu erhalten. Bereits im Jahr 1952 gab es eine Kontroverse um die Fälschung von Bevölkerungszahlen, seither manipulierten die Regionen und später Bundesstaaten immer wieder die Ergebnisse von Volkszählungen bzw. „korrigierten“ die Zahlen nach oben, um mehr finanzielle Mittel zu erhalten, oder mehr Vertreter in die nationale Gesetzgebung entsenden zu können. Ein weiterer Kritikpunkt des Bevölkerungsprinzips ist, dass höhere Bevölkerungszahlen zwar eine größere Inanspruchnahme und Belastung sozialer Einrichtungen und der Infrastruktur mit sich bringen, andererseits bedeuten mehr (arbeitende) Menschen aber auch mehr Steuereinnahmen - sofern Personensteuern eingehoben werden, was in Nigeria eben nicht in ausreichendem Maß der Fall ist - wodurch wiederum Infrastruktur- und soziale Einrichtungen finanziert werden können (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:239f; Suberu 2001:13,62).

6.2.2. Anwendung von Verteilungsprinzipien und Machtverteilung im nigerianischen Staat

Die nigerianische Finanzverwaltung legt(e) großen Wert auf die Anwendung von Bedarfs- und Gleichheitsprinzipien, mit dem Ergebnis, dass sich die Staaten des Nigerdeltas durch eine solche Mittelverteilung gegenüber den anderen Bundesstaaten benachteiligt fühlten und fühlen (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:241ff; Uche/Uche 2004:36f). Die horizontale Verteilung unter den Bundesstaaten ist somit ein Streitpunkt und hat sich insbesondere seit der wirtschaftlichen Erschließung von Erdöl zu einer heftigen Kontroverse entwickelt (Uche/Uche 2004:36f).

Die einzelnen Gliedstaaten profitieren unterschiedlich stark von den einzelnen Verteilungsprinzipien. Ressourcenreiche Bundesstaaten bevorzugen für gewöhnlich eine Betonung des Derivationsprinzips, ressourcenarme und bevölkerungsreiche Bundesstaaten hingegen eine Anwendung von Bedarfsprinzipien, die sich etwa nach der Bevölkerungszahl

richten. In diesem Sinn übten und üben die Regierungen der Bundesstaaten politischen Druck auf Finanzkommissionen und Zentralregierung aus, um die Anwendung der von ihnen gewünschten Prinzipien durchzusetzen (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:117,227; Suberu 2001:58).

Die verschiedenen Regionen und Bundesstaaten versuch(t)en – je nach Interessenlage und politischem Vermögen - die Einnahmenverteilung zu beeinflussen und ihren Bedürfnissen wie den Bedürfnissen ihrer Wählerschaft anzupassen. Ikein und Briggs-Anigboh (1998:227f) sprechen von einer Manipulation der Finanzverteilung durch die größten ethnischen Gruppen – die Hausa-Fulani, Yoruba und Igbo -, welche dafür verantwortlich wäre, dass in Verteilungs- bzw. Allokationenschemata die ressourcen-produzierenden Bundesstaaten und Regionen, wie in erster Linie das Nigerdelta, vernachlässigt wurden und werden. Aus diesem Grund würde das Nigerdelta nach wie vor nicht über grundlegende Infrastruktur verfügen, obwohl hier der Großteil des nigerianischen Staatseinkommens erwirtschaftet wird.

Die Machtverteilung im Staat beeinflusst somit die Finanzverfassung: Welche Prinzipien – Derivation, Bedarf (z.B. basierend auf Bevölkerungszahl oder Gleichheit der Staaten, etc.) – wieviel Beachtung finden, hängt unter anderem von der Machtverteilung zwischen Bund und Ländern ab. Je mehr Macht beim Zentrum liegt, desto eher werden Bedarfsprinzipien angewendet, je mehr politische Macht und Autonomie die Bundesstaaten besitzen, desto eher wird das Derivationsprinzip Verwendung finden (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:118).

6.3. Überblick über die Finanz- und Einnahmenverteilung

Schon bevor Erdöl die nigerianische Wirtschaft dominierte, gab es Proteste über die Verteilung von Einnahmen und Ressourcen, insbesondere darüber, dass Finanzmittel aus einer Region bzw. einem Bundesstaat in andere Regionen bzw. Bundesstaaten flossen und deren Entwicklung vorantrieben. Stein des Anstoßes war, dass das, was eine Region oder später ein Bundesstaat vom Zentrum an finanziellen Mitteln und anderen Zuwendungen erhielt, in keiner Weise damit korrespondierte, was diese Region oder dieser Bundesstaat zum Staatseinkommen beigetragen hatte (Ikein/Briggs-Anigboh 1998:233).

6.3.1. Derivationsprinzip im Wandel

Das kontinuierliche Abgehen von der Anwendung des Derivationsprinzips bis hin zu einer beinahe vollständigen Ressourcenkontrolle durch die nigerianische Bundesregierung wurde speziell von den Minderheiten des Nigerdeltas als ein Kontrollmechanismus der „Mehrheitsvölker“ über die Minderheiten und über den Staatsapparat betrachtet. (Igbuzor o.A.) Zumindest seit der Präsidentschaft von Goodluck Jonathan, einem Ijo aus dem Nigerdelta, hat dieses Argument allerdings an Schlagkraft verloren.

Artikel 134 der nigerianischen Verfassung von 1960 erwähnte das Derivationsprinzip und legte fest, dass die Regionen 50% der Abgaben (*mining rents and royalties*) aus den Einnahmen all jener Mineralien erhalten sollten, die in ihrer Region gefördert wurden (Ikein/Briggs-Anigboh 1998:235). Ab den 1950er und vor allem ab den 1960er Jahren generierten Erdölexporte beträchtliche Einnahmen und bildeten ab Mitte der 1960er Jahre die Haupteinnahmequelle des nigerianischen Staates. Schon zu Beginn der Erdölproduktion erhielten die erdölproduzierenden Regionen nur einen Bruchteil der Einnahmen und Gewinne, die aus der Produktion von Erdöl in ihrer Region erwirtschaftet wurden. Die Binns-Finanzkommission von 1964 verschärfte diese Situation, da sie ein Abgehen vom Derivationsprinzip vertrat, womit die Ost-Region nicht einverstanden war, da sie durch eine solche Finanzverteilung einen beträchtlichen finanziellen Verlust erlitt. Die Ost-Region begründete ihre Ablehnung damit, dass zuvor in erster Linie die West- und Nord-Region aufgrund ihrer lukrativen *cash-crop*-Produktion von der Anwendung des Derivationsprinzips (nach welchem 50% der erwirtschafteten Einnahmen an die Regionen zurückflossen) profitiert hatten, die Ost-Region hingegen nicht, was daran lag, dass Agrarproduktion in dieser Region eine geringere Rolle gespielt hatte⁶¹ (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:237ff; Igbuzor o.A.).

Als die *cash-crop*-Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg blühte, profitierten die Regionen am meisten von der Anwendung des Derivationsprinzips (50% Derivationsprinzip für Einnahmen aus der landwirtschaftlichen Produktion) und legten daher großen Wert auf dessen Beibehaltung:⁶² Im Westen, in den Yorubagebieten, wurde vorwiegend Kakao produziert, im

⁶¹ Die (gefühlte) Benachteiligung der Ost-Region war nach Ikein/Briggs-Anigboh (1998:237) auch einer der Auslöser für den Bürgerkrieg (1967-1970).

⁶² In den 1950er Jahren waren die Regionen sehr (finanz)stark, die finanzielle Hegemonie der Regionen dauerte jedoch nicht lange an, in den späten 1950er Jahren gewann das Zentrum an finanzieller Macht (Suberu 2001:50).

Norden Erdnüsse, Baumwolle, Felle und Leder. Im Osten wurde Kohle und Palmöl produziert, dessen Einträglichkeit aus den bereits zuvor erwähnten Gründen kontinuierlich abnahm, was die Ost-Region dazu zwang, andere Einnahmequellen zu entwickeln. Nach der wirtschaftlichen Erschließung von Erdöl in den Minderheitengebieten der Ost-Region in den späten 1950ern und 1960ern verfochten die Politiker jedoch eine Veränderung des Verteilungsschlüssels bzw. ein Abgehen vom Derivationsprinzip, um eine Umverteilung der Erdöleinnahmen zu ermöglichen (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:238; Ekpo 2004:134; Ikeji 2011:124,127).

6.3.2. Finanzverteilung ab den 1950er Jahren

Unter der Macpherson-Verfassung von 1951 kritisierten die beauftragten Finanzexperten die ihrer Ansicht nach zu starke Betonung des Derivationsprinzips der Phillipson-Kommission von 1946, da dieses die regionale Selbstverwaltung überbetonen und die Bedürfnisse der NigerianerInnen als Staatsbürger eines geeinten Nigerias vernachlässigen würde. Die geplanten Veränderungen, d.h. ein Zurückdrängen des Derivationsprinzips, riefen bei der nigerianischen Bevölkerung gemischte Gefühle hervor – besonders der Westen Nigerias mit seinen hohen Einnahmen aus dem „Kakaoboom“ war wenig erfreut und verlangte die Verteilungsformel von 1948 zurück (Uche/Uche 2004:13f).

1953 wurde die Macpherson-Verfassung durch die Lyttelton-Verfassung ersetzt, welche den Regionen mehr Autonomie verlieh. Diese Forcierung bundestaatlicher Prinzipien unter der Lyttelton-Verfassung wurde notwendig, da im Jahr 1953 Politiker aus dem Süden (z.B. Anthony Enahoro) die Selbstregierung Nigerias für das Jahr 1956 verlangt hatten. Zu diesem Zweck wurde 1953 die Sir Louis Chick-Kommission eingerichtet, welche größeren Wert auf die Anwendung des Derivationsprinzips legte, was die Entwicklung der Kolonie zu einem föderalen Staat widerspiegelte und den Regionen eine weitgehende Autonomie bzw. eine eigenständige Entwicklung in steuerlichen und finanziellen Angelegenheiten erlaubte. In Übereinstimmung mit diesen Zielen schlug die Kommission vor, dass 100% der *mining rents and royalties* an die erdöl- und erdgasproduzierenden Regionen gehen sollten, wovon diese ab 1957 35% abführen mussten (vgl. Uche/Uche 2004:14ff; Vincent 2002).

Im Jahr 1958 wurde eine neue Finanzkommission, die Raismann-Tress-Kommission, einberufen und die Verteilungsformel grundlegend geändert - zu einer Zeit, als in Nigeria die

ersten Erdölfunde gemacht wurden und die Unabhängigkeit kurz bevorstand. Mit den Erdölfunden veränderte sich auch die Position der Politiker bezüglich der Einnahmenverteilung. Obwohl noch nicht viele Einnahmen aus der eben erst angelaufenen Erdölproduktion erzielt wurden, setzte die Regierung dennoch hohe Erwartungen in diese. Bis 1958 verblieben de facto 65% der Abgabeneinnahmen (*rents and royalties*) aus Erdölproduktion und Bergbau bei den Ursprungsregionen. Die Kommission empfahl die Errichtung des *Distributable Pool Account* (DPA), mit welchem bundesweite Einnahmen, so auch die *mining rents and royalties* gesammelt und anschließend verteilt werden sollten. Die Ursprungsregionen erhielten nun 50% aus dem DPA, die Bundesregierung 20% und die restlichen 30% wurden zwischen den Regionen verteilt. Der Raisman-Bericht reduzierte einerseits die Bedeutung des Derivationsprinzips bei der Verteilung der staatlichen Einnahmen und führte Prinzipien wie „Kontinuität“ (*continuity*), „minimale Verantwortlichkeit“ (*minimal responsibility*), „Bevölkerung“ (*population*) und „ausgeglichene Entwicklung des Bundesstaats“ (*balanced development of the federation*) ein (vgl. Uche/Uche 2004:17f; Ikeji 2011:126f).

6.3.3. Finanzverteilung während der Militärregierungen (1966-1979)

Die Verfassung des *Nigeria Independence Act* aus dem Jahr 1960 und die republikanische Verfassung von 1963 veränderten die bestehende Finanzverteilung nur geringfügig, die Regionen behielten eine vergleichsweise weitgehende Finanzautonomie. 1966, also bereits wenige Jahre nach der Unabhängigkeit Nigerias, begann jedoch eine lange Periode wechselnder Militärherrschaften. Eine Überzentralisierung des nigerianischen Staatsapparats wurde zum Standard und die Autonomie der Bundesstaaten sukzessive erodiert (vgl. Ekwueme 2002; Uche/Uche 2004:20f). Im Mai 1966 schaffte die Militärregierung unter General Aguiyi Ironsi mit Dekret 34 den Bundesstaat ab und verwandelte Nigeria in einen Einheitsstaat. Wenige Monate später, im Juli 1966, wurde Aguiyi Ironsi gestürzt und getötet. General Gowon übernahm die Macht und stellte den föderalen Staat wieder her, was jedoch nicht mit einer Dezentralisierung einherging (Uche/Uche 2004:21).

Nach dem Putsch zu Beginn des Jahres 1966, an welchem auch einzelne Igbo-Offiziere teilgenommen hatten, und dem Gegenputsch, der Gowon an die Macht gebracht hatte, kam es zu politischen Spannungen und Massakern zwischen Hausa-Fulani und Igbo. Gleichzeitig drohte Lieutenant Colonel Ojukwu, der Gouverneur der Ost-Region, mit Sezession. Die

Bundesregierung war sich der Folgen bewusst, die eine solche Abspaltung auf die nigerianischen Finanzen haben würde, insbesondere im Hinblick auf die im Osten befindlichen Erdölvorkommen und versuchte, auch auf Drängen Großbritanniens, die Sezession zu verhindern. Die Gründung von zwölf Bundesstaaten aus den bestehenden vier Regionen war einerseits ein Schachzug, der die Forderungen vieler Minderheiten befriedigen und andererseits die Macht der Regionen, insbesondere der Igbo in der Ost-Region, schmälern sollte⁶³ (vgl. Uche/Uche 2004:22; Ikein Briggs-Anigboh 1998:238).

1968 schlug die Finanzkommission unter Chief Dina eine Finanzverteilung vor, die die nationale Einheit stärken sollte und erweiterte die Macht und Einkommensbasis der Bundesregierung zu Lasten der Regierungen der Bundesstaaten. Die Finanzkommission schlug vor, dass der *Distributable Pool Account* in *States Joint Account* (SJA) umbenannt und ein *Special Grants Account* (SGA) eingerichtet wird. Die Kommission führte erstmals die *Onshore/Offshore*-Dichotomie⁶⁴ bei der Verteilung der Erdöleinnahmen ein. Die Einnahmen aus der *Offshore*-Produktion sollten folgendermaßen verteilt werden: Bundesregierung 60%, SJA 30%, SGA 10%; und jene aus der *Onshore*-Einnahmen folgendermaßen: Bundesregierung - 15%, Herkunftsstaat 10%, SJA 70%, SGA 5%. Die Bundesstaaten lehnten den Report ab, dennoch führte die Bundesregierung mit Dekret Nummer 9 aus dem Jahr 1971 die meisten der im Konzept des Dina-Komitees genannten Vorschläge ein. Dies hatte zur Folge, dass das Derivationsprinzip von zuvor 50% auf nur mehr 20% reduziert wurde und für *rents and royalties* aus der *Offshore*-Erdölproduktion gänzlich wegfiel (zuvor hatten die Küstenstaaten auch aus der *Offshore*-Produktion Allokationen nach dem Derivationsprinzip erhalten). Diese Veränderungen der Einnahmenverteilung sind auch vor dem Hintergrund des „Biafra-Krieges“ zu sehen: Einerseits benötigte die Bundesregierung finanzielle Mittel, um die Militäraktion gegen die Sezessionisten zu finanzieren, andererseits versuchte sie, diese von den Erdöleinnahmen abzuschneiden (vgl. Uche/Uche 2004:22ff; Barrett, E. 2006; Suberu 2001:51f; Ikeji 2011:138).

⁶³ Die Ost-Region umfasste drei der zwölf Bundesstaaten, darunter *Rivers State* und *Southeastern State*, die das Kerngebiet der Erdölvorkommen darstellten und hauptsächlich von Minderheiten bewohnt waren. Der dritte Bundesstaat der Ost-Region wurde hauptsächlich von Igbo bewohnt und verfügte über keine nennenswerten Erdölvorkommen und keinen Zugang zum Meer und sah sich so in einer prekären wirtschaftlichen Situation. Dies vermag zu erklären, warum just an dem Tag, als Gowon die zwölf Bundesstaaten gründete, Ojukwu die Ost-Region als unabhängige Republik Biafra ausrief (vgl. Uche/Uche 2004:21).

⁶⁴ *Onshore* bezeichnet die Erdölproduktion an Land, *offshore* die Erdölproduktion im Meer.

Im Jahr 1975 verabschiedete die Bundesregierung Dekret Nr. 6, welches folgende Finanzverteilung festlegte: 80% der Erdöleinnahmen und -abgaben wurden im *Distributable Pool Account* gesammelt und zwischen den Staaten verteilt und nur mehr 20% flossen nach dem Derivationsprinzip an die Ursprungsregionen (Uche/Uche 2004:25). Kurz nach Verlautbarung dieses Dekrets wurde Gowon gestürzt und durch General Murtala Mohammed ersetzt. Dieser schuf mit Dekret Nr. 12 (1976) neunzehn Bundesstaaten aus den bestehenden zwölf. Die Teilung und Vermehrung der Bundesstaaten schwächte die Macht der einzelnen Bundesstaaten gegenüber dem Zentrum, viele der Bundesstaaten wurden zunehmend finanziell abhängig vom Zentrum, da sie sogar die grundlegendste Verwaltung und Infrastruktur nicht allein finanzieren konnten (vgl. Uche/Uche 2004:25,39; Ekwueme 2002; Human Rights Watch 1999:40).

Dies darf jedoch nicht mit einer rein selbstverschuldeten finanziellen Abhängigkeit der Bundesstaaten vom Zentrum verwechselt werden, da die Finanzen, über welche die Bundesregierung verfügt und die sie weiter verteilt, letztlich aus den Bundesstaaten kommen - wobei einige Bundesstaaten mehr und andere weniger zum staatlichen Einkommen beitragen. Noch dazu kommt der Bund häufig seinen Verpflichtungen nicht nach und die Bundesstaaten müssen selbst für Infrastruktur, die eigentlich vom Staat bereitzustellen wäre, finanziell aufkommen, wie etwa für den Bau von Straßen oder Stromversorgung. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass viele Bundesstaaten zu wenig eigene Einnahmen generieren und von den Finanzaufweisungen des Zentrums abhängig sind (vgl. Sweet Crude December 2009b:51). Im Laufe der Jahre kam es zur Gründung von immer mehr Bundesstaaten, da dies eine Möglichkeit des Zugangs zu den Erdöleinnahmen war, insbesondere aufgrund der Verteilungsprinzipien *equality of states* oder *minimum responsibility* bei der horizontalen Allokationsverteilung⁶⁵ (vgl. Angaye 1986:66; Suberu 2001:14). Die Gründung von immer mehr und immer kleineren und schwächeren Teilstaaten führte zu einer Fragmentierung des nigerianischen Staates und anstatt zu einer Föderalisierung, zu einer zunehmenden Zentralisierung (Suberu 2001:15f).

Nach der Ermordung von Murtala Mohammed im Jahr 1976 übernahm Olusegun Obasanjo die Staatsgeschäfte. Die Militärregierung unter Obasanjo berief im Jahr 1977 eine verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Übergangsverfassung für die

⁶⁵ Durch die Verfassung von 1999 wurde die Gründung neuer Bundesstaaten erschwert. Derzeit gibt es 36 Bundesstaaten und das *Federal Capital Territory* Abuja (vgl. International Crisis Group 2008:13).

geplante neue Zivilregierung ein und setzte eine Finanzkommission unter Ojetunji Abyoade ein, welche vorschlug, dass alle vom Bund eingehobenen Einnahmen und Abgaben in einen *Federation Account* eingezahlt werden. Die Kommission bezog bei der vertikalen Verteilung des *Federation Account* erstmals die *Local Governments* (Kommunalverwaltungen) ein und schlug vor, dass die Einnahmen aus dem *Federation Account* folgendermaßen an die verschiedenen staatlichen Ebenen aufgeteilt werden: 60% Bund, 30% Bundesstaaten und 10% *Local Governments*. Die Bundesregierung sollte 3% für das Wohl der erdölproduzierenden Regionen und für einen Fonds für von (Natur)Katastrophen betroffene Regionen bereitstellen. Auch der Aboyade-Finanzbericht wurde dafür kritisiert, dass er den Bund stark bevorzugte (vgl. Uche/Uche 2004:25f; Ikeji 2011:127f).

6.3.4. Finanzverwaltung während der Zivilregierung (1979-1983)

Die Zentralisierungsmaßnahmen der nigerianischen Militärregierungen wurden während der Zivilverfassung beibehalten und in der Verfassung verankert. Dennoch machte die Bundesregierung den erdölproduzierenden Regionen kleine Zugeständnisse mit einer - wenn auch geringen - Aufwertung bzw. Wiedereinführung des Derivationsprinzips, im Sinne einer Mittelverteilung, die die erdölproduzierenden Bundesstaaten fördern sollte (vgl. Ekwueme 2002; Human Rights Watch 1999:42).

Obwohl schon die Verfassung aus dem Jahr 1963 der Bundesregierung die exklusive Kompetenz zur Gesetzgebung in Bezug auf Bergbau inklusive Erdölabbau und die damit verbundenen Entscheidungen übertragen hatte, war es erst die Verfassung von 1979, die das Eigentum an Mineralien und Erdöl verfassungsrechtlich verankerte⁶⁶ (vgl. Ikeji 2011:132; Ekwueme 2002). Artikel 40 (3) der nigerianischen Bundesverfassung von 1979 besagt, dass das Eigentum an und die Kontrolle über Mineralien, Erdöl und Erdgas, die sich in oder auf nigerianischem Boden, sowie in oder auf dem zum nigerianischen Staat gehörenden Festlandsockel und in der ausschließlichen Wirtschaftszone befinden, der Bundesregierung zukommen und diese so verwaltet werden, wie es die *National Assembly* beschließt. *Constitution of the Federal Republic of Nigeria* 1979, Art 40 (3):⁶⁷

⁶⁶ Obwohl bereits in den 1960ern das Eigentum an den Erdölressourcen bei der Bundesregierung lag, wurden anfangs die Erdöleinnahmen wie die landwirtschaftlichen *cash crops* nach dem Derivationsprinzip zwischen Bund und Ländern verteilt. (vgl. Ikeji 2011:132)

⁶⁷ Diese Vorkehrungen wurden in der Verfassung von 1999 unverändert beibehalten.

Art 40 (3) *Constitution of the Federal Republic of Nigeria* 1979:

„Notwithstanding the foregoing provisions of this section, the entire property in and control of all minerals, mineral oil and natural gas in, under or upon any land in Nigeria or in, under or upon the territorial waters and the Exclusive Economic Zone of Nigeria shall vest in the Government of the Federation and shall be managed in such manner as may be prescribed by the National Assembly.”

1979 setzte die neu gewählte Zivilregierung unter Präsident Shehu Shagari eine Finanzkommission ein, die von Pius Okigbo angeführt wurde und deren Vorschläge von der Regierung mit geringen Veränderungen angenommen und im *Revenue Allocation Act Number 1* von 1981 verlautbart wurden. Dieses Finanzgesetz legte folgende vertikale (zwischen den staatlichen Ebenen) Finanzverteilung fest: Bund 58,5%, Bundesstaaten 31,5%, LGA 10%. Von den 31,5% wurden 26,5% unter allen Bundesstaaten verteilt, die restlichen 5% wurden nach dem Derivationsprinzip verteilt; 2/5 dieser 5% wurden den Bundesstaaten direkt ausbezahlt, direkt proportional zum Anteil der von ihnen erwirtschafteten Einnahmen aus der Erdölproduktion; 3/5 der 5% wurden in einen von der Bundesregierung verwalteten Fonds einbezahlt und sollten für die Entwicklung der erdölproduzierenden Regionen verwendet werden (vgl. Uche/Uche 2004:27f; Ikeji 2011:128).

Dieses Finanzgesetz wurde dafür kritisiert, dass es den Bundesstaaten und Local Government Areas zu wenige und dem Bund zuviele Finanzmittel zuwies, welche zu einem guten Teil für prestigeträchtige Großprojekte mit fraglichem Nutzen ausgegeben wurden und/oder im Korruptionssumpf versickerten; das Gesetz wurde anschließend vom Höchstgericht für nichtig erklärt (vgl. Uche/Uche 204:28f; Ikeji 2011:128f).

1982 erließ die Zivilregierung Shagaris ein neues Gesetz, *Allocation of Revenue (Federation Account) Act Number 1*, das jedoch wenige Veränderungen brachte. In diesem Gesetz wurde der Anteil der Bundesstaaten von 31,5% auf 35% erhöht. Der Umwelt-Fonds (1%) wurde nun nicht mehr vom Bund, sondern von den Bundesstaaten verwaltet. Dafür wurde der Fonds für die Entwicklung der erdölproduzierenden Regionen von 3% auf 1,5% reduziert (vgl. Uche/Uche 2004:29).

Kurz nach Verlautbarung dieses Gesetzes putschte das Militär im Jahr 1983, die Regierung unter Shehu Shagari wurde gestürzt und Muhammadu Buhari neues Staatsoberhaupt. Ein Jahr später verlautbarte die Militärregierung unter Buhari ein neues Finanzgesetz, *Allocation of Revenue (Federation Account) Amendment Decree Number 36 of 1984*, womit die bestehende

Finanzverteilung nur unwesentlich abgeändert wurde. 55% des Federation Account blieben beim Bund, wie zuvor gingen 10% an die *Local Governments*, 32,5% an die Bundesstaaten, 1% an den Öko-Fonds, 1,5% an den Fonds für die erdölproduzierenden Regionen. Von den 32,5% an die Bundesstaaten wurden 2% den mineral- bzw. erdölproduzierenden Regionen direkt zugewiesen und im Verhältnis zum Wert des in den einzelnen Bundesstaaten produzierten Erdöls verteilt. Die horizontale Verteilung blieb die gleiche wie unter dem Finanzgesetz der Shagari-Regierung (Uche/Uche 2004:30).

6.3.5. Finanzverteilung während der Militärregierungen (1983-1999)

Während der Phase der Militärregierungen von 1983 bis 1999 gab es verschiedene Finanz-Verteilungsschlüssel, welche mit einigen Modifikationen bis dato fortgeführt wurden. Während der letzten Periode der Militärherrschaft(en) in Nigeria kam es zu einer weiteren Zentralisierung der (Finanz)Verwaltung. (vgl. Ekwueme 2002) Das Derivationsprinzip betrug in den 1980ern 1,5%, der Fonds zur Lösung ökologischer Probleme 1%. (vgl. Ikeji 2011:129)

Im Jahr 1989 ernannte die Militärregierung unter General Ibrahim Babangida eine permanente Finanzverteilungskommission, *National Revenue Mobilization and Fiscal Commission* (NRMAFC). Während der Militärregierung unter Babangida gab es gewisse Ansätze eines demokratischen Systems, so entschied etwa die *National Assembly* über die vertikale Verteilungsformel. Dieser Hauch von Demokratie fand jedoch ein Ende mit dem Beginn der rigiden Militärherrschaft unter General Sani Abacha im Jahr 1994 (vgl. Uche/Uche 2004:30; Ikeji 2011:129).

1992 gingen 55% der Erdöleinnahmen an die Bundesregierung, 32,5% an die Bundesstaaten, 10% an die *Local Government Areas*, 1% in einen Fonds zur Lösung ökologischer Probleme und 1,5% (wenig später 3%) wurden für die Entwicklung der erdölproduzierenden Regionen verwendet. (Van Gelder/Moerkamp 1996) Die OMPADEC, welche ebenfalls 1989 unter Babangida gegründet worden war, war für die Verwaltung der 3% für die Entwicklung der erdölproduzierenden Regionen zuständig (Barrett, E. 2006). Diese Verteilung blieb auch unter dem Abacha-Regime weitgehend unverändert: 2% aus dem *Federation Account* wurden für Umweltschäden, 3% für die Entwicklung der erdöl- und mineralproduzierenden Regionen und 1% als Derivationsprinzip für Erdöl und andere mineralische Produkte verteilt (vgl. Ekwueme 2002).

6.3.6. Entwicklungen seit der Rückkehr zur Zivilregierung (ab 1999)

Im Jahr 1994 hatten die erdölproduzierenden Bundesstaaten im Zuge der sogenannten Verfassungskonferenz die Einnahmenverteilung von 1957 zurückverlangt, genauer gesagt, ein Derivationsprinzip von 65%, was ihnen erwartungsgemäß nicht gewährt wurde. Die politischen VertreterInnen „einigten“ sich schließlich auf ein Derivationsprinzip im Ausmaß von 13%, welches jedoch erst 1999 im Zuge der Rückkehr zu einer Zivilregierung und Verlautbarung der Verfassung von 1999 eingeführt wurde (vgl. Uche/Uche 2004:31; Ikeji 2011:130). Die Zivilregierung unter Obasanjo lehnte die Vorkehrungen der Finanzverfassung ab und setzte eine Kommission ein, um die Verfassung von 1999 zu überarbeiten. Die Kommission schlug vor, dass der Anteil der nach dem Derivationsprinzip an die Bundesstaaten zu verteilenden Einnahmen, der laut Verfassung von 1999 13% betrug, erhöht werden sollte, was die Bundesregierung ablehnte und stattdessen die bereits in der Verfassung von 1999 fixierten 13% akzeptierte (vgl. Uche/Uche 2004:31f; Ekwueme 2002).

Ein allzeit aktueller Streitpunkt der Finanzverwaltung ist die Frage, ob die territorialen Gewässer und die ausschließliche Wirtschaftszone der nigerianischen Küste dem nigerianischen Staat (als Gesamtheit) oder den einzelnen Bundesstaaten, an deren Küsten sie angrenzen, zuzurechnen seien. Diese Frage ist bei der Anwendung des Derivationsprinzips von grundlegender Bedeutung und entscheidet darüber, ob die Einnahmen aus der *Offshore*-Erdölproduktion in jenen Anteil, der den Bundesstaaten aufgrund der Anwendung des Derivationsprinzips zukommt, mit einberechnet werden, oder nicht.⁶⁸ Diese Frage ist insofern wesentlich, da die *Offshore*-Ölproduktion im Laufe der Jahrzehnte immer wichtiger und einträglicher wurde und die *Onshore*-Erdölproduktion bald ablösen könnte (vgl. Ekwueme 2002; Ikeji 2011:123,130).

Die Bundesregierung unter Obasanjo bat das Höchstgericht um eine Entscheidung bezüglich der *Onshore/Offshore*-Frage, welches in seinem Urteil aus dem Jahr 2002 feststellte, dass das Derivationsprinzip nicht auf die Einnahmen aus der *Offshore*-Erdölproduktion anzuwenden sei (Uche/Uche 2004:31f). Der Aufschrei der erdölproduzierenden Bundesstaaten war groß, sodass angesichts der bevorstehenden Wahlen von 2003 die Regierung den Unmut der

⁶⁸ Die Verfassung von 1963 sah vor, dass der an eine Region angrenzende Festlandsockel als dieser Region zugehörig betrachtet wurde, was für die Zuordnung der Einnahmen aus der *Offshore*-Erdölförderung maßgeblich ist. (Ekwueme 2002)

Bevölkerung des Nigerdeltas zu lindern versuchte und zu Kompromissen bereit war, deren (verfassungs)rechtliche Grundlage jedoch fragwürdig und unklar war (vgl. Uche/Uche 2004:31f; Ikeji 2011:130).

Vor allem die traditionellen Autoritäten der erdölproduzierenden Gemeinschaften verlangten eine Ausbezahlung der 13% direkt an sie und an die LGA, statt an die Regierungen der erdölproduzierenden Bundesstaaten (Ikeji 2001:132). Im Bundesstaat Delta verwaltet die *Delta State Oil Producing Areas Development Commission* (DESOPADEC) die 13% aus dem Derivationsprinzip. Die erdölproduzierenden Gemeinden bekommen über die DESOPADEC, die von Mitgliedern dieser Gemeinden besetzt ist, die Hälfte der 13% nach dem Derivationsprinzip; sie entscheiden damit indirekt über die DESOPADEC, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Die restlichen 50% werden für die Entwicklung des gesamten Bundesstaats Delta verwendet, auch für nicht-erdölproduzierende Regionen (vgl. Sweet Crude December 2009b:44ff).

6.4. Wesentliche Aspekte der nigerianischen *Revenue Allocation*

6.4.1. Finanzverteilung, Zentralisierung und Korruption

Die nigerianische Wirtschaft wird von Erdöl und in geringerem Ausmaß von Erdgas dominiert. Die Erdöleinnahmen werden zentral verwaltet, wodurch auch die wirtschaftliche und politische Macht beim Zentrum konzentriert ist. Die einzelnen Teile der Föderation „kämpfen“ daher darum, möglichst viele Mittel von der Bundesregierung zu erhalten, was die Macht und den Einfluss der Bundesregierung weiter verstärkt (vgl. Suberu 2001:2,9f; Ikeji 2011:122f). Aber auch auf anderer Ebene – in den Bundesstaaten – findet ein Kampf der verschiedenen (ethnischen, politischen,...) Gruppen um Zugang zu den Ressourcen statt. Suberu (2001:7) spricht von einem „ethno-distributiven“ Zugang zu Föderalismus in Nigeria, der, anstatt die lokale bzw. regionale Entwicklung anzuspornen, die Abhängigkeit der Teilstaaten(regierungen) von der „Freigiebigkeit“ bzw. „Großzügigkeit“ des Zentrums fördert. Suberu macht die Konzentration von Ressourcen beim Zentrum dafür verantwortlich, dass sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene jegliches Gefühl für finanzielle Autonomie und Verantwortung verloren ging (vgl. Suberu 2001:10f).

Insbesondere während der Militärregierungen kam es zu einer Zentralisierung der nigerianischen Finanzverteilung: erstens durch eine Konzentration der wichtigsten Ressourcen und finanziellen Autorität beim Bund aufgrund der Zunahme der zentral kontrollierten Erdöleinnahmen, -abgaben und -steuern, zweitens durch ein Verdrängen des Derivationsprinzips bei der zwischenstaatlichen Verteilung durch „egalitäre“ Prinzipien, die auf der Bevölkerungszahl oder Gleichheit der Staaten basieren, und letztlich durch die Konzentration (und anschließende Verteilung) der wichtigsten nationalen Einnahmen im *Federation Account* (vgl. Suberu 2001:34,51).

Auch die Gründung von immer mehr Staaten führte zu einer Zentralisierung, da die „Zersplitterung“ der Föderation in viele kleine (finanz)schwache Teilstaaten und deren Abhängigkeit vom *Federation Account* zu einem Macht- und Einflussgewinn des Zentrums führte (vgl. Human Rights Watch 1999:37). Andererseits ist die Abhängigkeit der Staaten und *Local Governments* von den Allokationen des Bundes, um ihre Verpflichtungen in Bezug auf Infrastruktur und Sozialwesen erfüllen zu können, logische Konsequenz des Umstandes, dass der Bund die wichtigsten Ressourcen kontrolliert und verwaltet (vgl. Suberu 2001:47f).

Ojefia (o.A.) macht die Zentralisierung der postkolonialen Ära für die Enteignung und Unterentwicklung des Nigerdeltas verantwortlich. Er führt die Zentralisierungstendenzen darauf zurück, dass die nigerianische politische Elite einen starken interventionistischen Staat benötigte, um Ressourcen bzw. Finanzen anhäufen zu können. Die Kontrolle der Erdölindustrie durch die Bundesregierung ermöglichte es der dominierenden Elite, die aus der Erdölindustrie generierten Einnahmen zu verwalten und sich anzueignen, zum Nachteil der erdölproduzierenden Regionen.

Mit dem Zuwachs an finanziellen Mitteln übernahm der Bund auch mehr (Verwaltungs)Aufgaben und Kompetenzen, welche zuvor - und häufig effizienter - auf regionaler Ebene besorgt worden waren. Dies erschwerte und verkomplizierte die Verwaltung; Ressourcen wurden verschwendet. So beteiligte sich der Staat auch am privaten Sektor, wie etwa am Versicherungs- und Bankwesen, Hotelgewerbe etc. was zum Teil zu schwachen Leistungen und staatlichem Versagen führte. (Uche/Uche 2004:34)

Der Überschuss an Finanzen beim Bund führte zu einem hohen Maß an Korruption. Uche und Uche (2004:34f) sehen insbesondere die Militärregierungen als verantwortlich für die

„Institutionalisierung“ der Korruption in Nigeria, da die Militärs die finanziellen Mittel des Bundes als Privateigentum betrachteten und in ihre Taschen fließen ließen. Dies führte zu unzureichender Infrastruktur, desolaten Raffinerien, einem niedrigen Niveau der Schulbildung, hoher Arbeitslosigkeit und einer Verarmung der Bevölkerung. Dieser Trend, das heißt die finanzielle Dominanz des Bundes und damit einhergehende Korruption, habe sich in geringerem Ausmaß auch während der Zivilregierungen fortgesetzt (vgl. Uche/Uche 2004:34f). Aber auch ein Teil der Einnahmen, die an die Bundesstaaten und erdölproduzierenden Regionen verteilt werden, gelangt nicht an sein Ziel, sondern versickert im Korruptionssumpf (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996; Human Rights Watch 1999:45ff).

6.4.2. Finanzpolitik und ethnische Spannungen

Bei der Verteilung und Situierung von staatlichen Projekten und Infrastruktur, wie etwa Industrieanlagen, wurden einige Bundesstaaten offensichtlich bevorzugt bzw. öfter bedacht als andere, je nachdem, wie nahe die Regionen bzw. die ansässige Bevölkerung dem Zentrum, das heißt der regierenden politischen Klasse standen. „The way the federal government locates projects in constituent states has also proved to be very unjust, favoring mainly the regions that dominate the center.“ (Uche/Uche 2004:35) Uche und Uche (2004:35f) führen als Beispiel den Bundesstaat Rivers an, der, obwohl er das meiste Erdöl produziert, von staatlichen Zuwendungen weitgehend ausgeschlossen wurde.

Viele Bundesstaaten sind abhängig von den Allokationen aus dem *Federation Account*⁶⁹, welcher sich größtenteils aus Einnahmen zusammensetzt, die von den erdölproduzierenden Bundesstaaten im Süden Nigerias erwirtschaftet werden, was bedeutet, dass die erdölproduzierenden Staaten die nicht erdölproduzierenden Staaten (mit)finanzieren. Die Bevölkerung des nigerianischen Südens, insbesondere des Nigerdeltas, fühlte und fühlt sich von der Bundesregierung gegenüber anderen Regionen Nigerias, vor allem gegenüber dem Norden Nigerias, finanziell und politisch benachteiligt⁷⁰ (vgl. Uche/Uche 2004:35f; Suberu 2001:12).

⁶⁹ Abgesehen von den Bundesstaaten Lagos, Kano und Rivers kann keiner der nigerianischen Bundesstaaten ohne die Finanzallokationen überleben (Olukoshi 2000:19).

⁷⁰ Dies wird in zahlreichen Leserkomentaren zu Artikeln zum betreffenden Thema in den analysierten Online-Ausgaben nigerianischer Tageszeitungen anschaulich vermittelt.

6.4.3. *First charges* und Auslandsverschuldung

Auch die Auslandsverschuldung des nigerianischen Staates schlägt sich in der Verteilung der finanziellen Mittel an Bundesstaaten und *Local Governments* nieder. Die laufenden Schuldentrückzahlungen und noch einige andere spezielle Ausgaben wie Kosten für Projekte, die wichtig für die Nation sind, wichtige NNPC-Projekte etc. werden unter dem Begriff *first charges* zusammengefasst und von dem *Federation Account* abgezogen, bevor das Derivationsprinzip angewandt wird und die finanziellen Mittel zwischen Bund, Bundesstaaten und *Local Governments* verteilt werden. So tragen die Bundes- bzw. Gliedstaaten und *Local Governments* einen Teil der Schuldentrückzahlungen, einen Anteil, der nicht unbedingt ihrem „Beitrag“ an den angehäuften Schulden entspricht (vgl. Ekwueme 2002; Uche/Uche 2004:33f; Ikeji 2011:132).

6.4.4. Finanzverteilung und Ressourcenkontrolle

Gerade die erdölproduzierenden Bundesstaaten Nigerias profitieren relativ wenig von den Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasindustrie. Eine Ursache hierfür ist, dass bei der Einnahmen- bzw. Finanzverteilung in Nigeria die negativen sozialen und umweltschädigenden Auswirkungen der Erdöl- und Erdgasindustrie auf die erdölproduzierenden Regionen nicht ausreichend berücksichtigt bzw. eingerechnet wurden und werden: Indem die Verteilungsformeln der letzten Jahrzehnte das Derivationsprinzip stark vernachlässigten, kam es zu großen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der staatlichen Finanzmittel, insbesondere gegenüber den erdölproduzierenden Gemeinden der Nigerdelta-Staaten (vgl. Ikein/Briggs-Anigboh 1998:241; Uche/Uche 2004:39f).

Diese Verteilungssituation, welche vor allem von der Bevölkerung des Nigerdeltas als ungerecht empfunden wird, ist einer der Hauptgründe für die Unruhen und Tätigkeiten militanter Gruppierungen im Nigerdelta und bedroht letztendlich auch die Erdölproduktion an sich. Dies zeigt sich insbesondere an den Produktionsrückgängen der letzten Jahre. Aus diesem Grund ist es mehr als fragwürdig, ob Maßnahmen wie das Amnestieprogramm (siehe Kapitel 5) langfristig den Frieden in der Region sichern können. Ein Umdenken hinsichtlich der Finanzverteilungsformel bzw. eine Neuverteilung finanzieller Mittel und damit ein Überdenken der föderalen Strukturen in Nigeria erscheint weitaus effizienter, um die Not

großer Bevölkerungsteile zu lindern und so militanten Bewegungen vorzubeugen (vgl. Uche/Uche 2004:40; Ojefia o.A.).

„Ressourcenkontrolle“ ist eines der Schlagworte im Kampf der Rebellen im Nigerdelta und in der nationalen wie regionalen Politik. Ressourcenkontrolle umfasst das Recht einer Gemeinschaft oder Region, finanzielle Mittel zu generieren, etwa durch Einhebung von Steuern, Abschöpfung von Gewinnen, Abschluss von Rechtsgeschäften etc., sowie das Eigentumsrecht der BewohnerInnen einer Region an und Kontrolle über alle Ressourcen, die sich auf ihrem Grund und Boden befinden, im Fall des Nigerdeltas daher an den fossilen Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas (vgl. Igbuzor o.A.; Suberu 2001:12). Eine der Hauptforderungen der Rebellen, wie auch der erdölproduzierenden Gemeinden und der Politiker des Nigerdeltas im politischen und bewaffneten Kampf um Ressourcenkontrolle ist eine Änderung der *revenue allocation formula* im Sinne einer Aufwertung und Erhöhung des Derivationsprinzips (vgl. Barrett, E. 2006).

Viele Verfechter der Ressourcenkontrolle sind jedoch der Ansicht, dass eine Aufwertung des Derivationsprinzips allein nicht ausreicht. Eine nachhaltig wirksame Ressourcenkontrolle wäre nur durch Teilhabe im Sinne von Eigentum der Bevölkerung an den (fossilen) Ressourcen und die damit einhergehende Mitbestimmung zu erreichen (vgl. Ikpatt 2006; Babawale 2001).

7. Konzentration des nigerianischen Staates auf die Ressource Erdöl

Obwohl die klimaschädlichen Folgen des Energie- und Konsumverhaltens der Industriestaaten mittlerweile allgemein bekannt sind – nicht zuletzt aufgrund breitenwirksamer medialer Kampagnen – hat sich das gesteigerte Umweltbewusstsein bis jetzt nur wenig auf das Alltagsverhalten der Menschen ausgewirkt. Nach wie vor steigen der Energieverbrauch und damit die Nachfrage nach Erdöl. Rohöl ist eine der wichtigsten Energieressourcen auf dem internationalen Markt und Länder die darüber verfügen, sind strategisch wichtig für die internationale Wirtschaft. Versuche westlicher Industrieländer, ihren Energieverbrauch zu reduzieren und vermehrt auf alternative Energiequellen zurückzugreifen, stehen einem wachsenden Energiebedarf wirtschaftlich aufstrebender Länder wie vor allem China und Indien, aber auch Brasilien, Malaysia und Südkorea gegenüber (vgl. Mayer 2006; Frynas/Paulo 2007:230,236; Obi 1999:49). Auch die steigenden Erdöl- und Kraftstoffpreise haben keine erheblichen Auswirkungen auf die Nachfrage, „die Nachfrageelastizität des Energieverbrauches – die Änderung der Nachfrage bei einer Änderung des Energiepreises – ist vergleichsweise gering.“ (Mayer 2006:8)

Der nigerianische Staat scheint somit über eine sichere wirtschaftliche Grundlage zu verfügen - die Nachfrage nach Rohöl und Erdgas wird in den kommenden Jahren kaum sinken. Wie wichtig nigerianisches (und generell afrikanisches) Erdöl für die internationale Wirtschaft ist, zeigt sich daran, dass der Großteil internationaler Direktinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent in den Erdöl- und Erdgassektor fließt: im Jahr 2004 waren 90% ausländischer Direktinvestitionen in Nigeria für den Erdöl- und Erdgassektor bestimmt (Frynas/Paulo 2007:245). Diese Tendenz verstärkt sich durch den wachsenden Einfluss neuer Akteure wie China auf dem internationalen Markt, die versuchen, ihren enormen Energiebedarf mittels Handelsabkommen und Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent zu decken und neue Absatzmärkte zu finden. China ist in den letzten Jahren einer der wichtigsten Handelspartner Nigerias geworden und ist bemüht, Erdöllizenzen zu akquirieren und in Nigeria wirtschaftlich Fuß zu fassen. China und die Vereinigten Staaten beziehen einen großen Teil ihrer Erdölimporte aus Afrika - China mehr als 25% und die USA annähernd 25%. Intensive diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen beider Akteure mit Nigeria und anderen

afrikanischen Ländern sind die Folge; militärische Interventionen der USA, für den Fall, dass diese ihre Interessen gefährdet sehen, sind zu befürchten⁷¹ (vgl. Frynas/Paulo 2007:229,238).

Nigeria bezieht derzeit rund 95% seiner Deviseneinnahmen und rund 80% seiner Staatseinkünfte aus dem Erdölsektor und zwischen 20% und 40% des Bruttoinlandprodukts. (vgl. NCEMA o.A.:2; CIA Factbook Nigeria). Bei alleiniger Betrachtung wirtschaftlicher Zahlen, ist Erdöl der wichtigste Wirtschaftsfaktor in Nigeria. Der nigerianische Staat hat in den letzten Jahrzehnten enorme Einkünfte aus dem Erdölsektor erwirtschaftet, dennoch ist dieser Reichtum kaum bis zur „einfachen“ Bevölkerung durchgedrungen (vgl. NCEMA o.A.:2ff).

Die Erdölindustrie umfasst die Phasen der Exploration bzw. Suche nach Erdöl und Erdgas und deren Produktion, welche als *upstream*-Sektor bezeichnet werden, und das Raffinieren (Verarbeitung von Rohöl in Erdölprodukte) und Marketing (Verkauf von Rohöl und Erdölprodukten), welche unter den Oberbegriff *downstream* subsumiert werden (vgl. Ekpo 2004:17; International Crisis Group 2008:9).

7.1. Zur Geschichte der Erdölproduktion in Nigeria

Seit den 1970ern ist Erdöl die treibende Kraft in der nigerianischen Wirtschaft: 1908 begann das deutsche Unternehmen *Nigerian Bitumen Corporation* im heutigen Bundesstaat Ondo nach Erdöl zu suchen. Die Suche blieb jedoch ohne Erfolg und wurde 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vorübergehend eingestellt. 1914 erließ die britische Kolonialregierung die *Colonial Minerals Ordinance*, welche Großbritannien das Monopol in der Erdölindustrie sicherte, indem Erdöllizenzen nur an britische Firmen gewährt wurden und Firmen anderer Nationalitäten, wie auch nigerianische Firmen, aus der Erdölindustrie ausgeschlossen wurden. 1937 verlieh die britische Kolonialregierung dem Unternehmen *Shell D'Arcy* (später Shell-BP) in einem *Joint Venture* mit der britischen Kolonialregierung die alleinigen Konzessionsrechte, in Nigeria Öl zu fördern und zu produzieren. Die Suche wurde 1939 vom Zweiten Weltkrieg unterbrochen und einige Jahre danach wieder aufgenommen. Shell D'Arcy fand 1956 erstmals eine nennenswerte Menge an Erdöl in Oloibiri, einem Ijo-Dorf im östlichen Nigerdelta. 1957 bzw. 1958 begann das Unternehmen mit der

⁷¹ Mittel, um sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit afrikanischer Staaten zu sichern, sind in erster Linie diplomatische Beziehungen, wirtschaftliche Anreize, aber auch militärische Unterstützung (vgl. Frynas/Paulo 2007:238).

kommerziellen Produktion und dem Export von Erdöl (vgl. Ekpo 2004:11; Frynas/Paulo 2007:235; Obi 1999:46; Human Rights Watch 1999:27).

Der Durchbruch von Shell lockte andere Konzerne, wie Mobil, Agip, Safrap (später Elf), Texaco und Gulf (später Chevron) nach Nigeria. Mit der Gewährung von Lizenzen an diese Unternehmen fand das Monopol von Shell ein Ende. In den 1960er Jahren machten die Unternehmen ihre ersten größeren Erdölfunde und begannen die Produktion (rund 20.000 Barrels), 1972 exportierte der nigerianische Staat bereits 2 Millionen Barrels und 1979 2,4 Millionen Barrels pro Tag. Nigeria produziert heute ungefähr soviel wie in den 1970er Jahren (vgl. Ekpo 2004:12; Obi 1999:46f; Frynas/Paulo 2007:233). Zwischen 1963 und 1973 stieg der Anteil von Erdöl an den nigerianischen Exporten von 10,75% auf 83,14%; zwischen 1970 und 1974 erhöhte sich der Anteil des Erdöls an den Staatseinkünften von 26,3% auf 82,1% (Frynas/Paulo 2007:233). 1976 war Nigeria bereits der siebtgrößte Erdölproduzent der Welt.⁷² (Schicho 2001:89)

Zu Beginn der Erdölproduktion war der nigerianische Staat wenig in die Produktion des Erdöls involviert, seine Teilnahme an der Erdölwirtschaft beschränkte sich auf gesetzgeberische Tätigkeiten und auf die Rolle eines „passiven Steuereintreibers“. (Ikein 1990:4) Dies lag einerseits daran, dass es dem nigerianischen Staat am Know-how und der hochentwickelten Technologie mangelte, die für die Förderung und Produktion von Erdöl nötig waren, andererseits generierte Nigeria zu dieser Zeit noch 70% seiner Deviseneinnahmen aus dem Export von Agrarprodukten wie etwa Kakaobohnen, Erdnüssen oder Palmöl; der Fokus der nigerianischen Wirtschaft lag noch nicht auf dem Erdölsektor (vgl. Ekpo 2004:12). Dies sollte sich mit dem nigerianischen Ölboom (von den erdölimportierenden Ländern gemeinhin als „Ölkrise“ bezeichnet) der 1970er Jahre ändern, der unter anderem durch ein Ölembargo der arabischen OPEC-Mitglieder und den damit verbundenen Anstieg der Rohölpreise verursacht worden war.

Der Beitritt Nigerias zur *Organization of the Petroleum Exporting Countries* (OPEC) 1971 und die Errichtung der *Nigerian National Oil Corporation* (NNOC) - der Vorgängerin der *Nigerian National Petroleum Corporation* (NNPC) – im selben Jahr, waren wichtige

⁷² 1969 war der Ölsektor verantwortlich für 3% des BIP; 42% der gesamten Exporte (US\$ 370 Millionen); Pro-Kopf-Einkommen: US\$ 130; 1980 war der Ölsektor verantwortlich für 30% des BIP; 96% der gesamten Exporte (US\$ 25 Milliarden); Pro-Kopf-Einkommen: US\$ 1.100. (NCEMA o.A.: 2)

Maßnahmen der Nationalisierungs- bzw. Nigerianisierungspolitik der nigerianischen Regierung, die bestrebt war, mehr Partizipation in der Erdölindustrie zu erlangen. 1971 errichtete die nigerianische Regierung gemäß den Bestimmungen des *Petroleum Decree* 1969 die *Nigerian National Oil Corporation* (NNOC), welche an allen Phasen der Erdölindustrie (Exploration, Produktion, Transport und Marketing) beteiligt sein sollte. Die NNOC hielt die Mehrheit (55%) der Anteile an den multinationalen Erdölkonzernen die in Nigeria tätig waren. 1969 wurde die *Colonial Minerals Ordinance* von 1914 aufgehoben, die Kontrolle und das Eigentum an Erdöl gingen an den Staat und ab 1972 verließ der nigerianische Staat privaten Unternehmen keine Erdölkonzessionen mehr (vgl. Madujibeya 1976:301; Obi 1999:47; Human Rights Watch 1999:27).

Der *Petroleum Decree* von 1969 besagte, dass mindestens 75% nigerianische Staatsbürger in höheren Positionen (wie etwa Kontroll- und Managerfunktionen) arbeiten sollten und dass innerhalb von 10 Jahren alle qualifizierten, angelernten und ungelernten ArbeiterInnen und Angestellte NigerianerInnen sein müssten (Madujibeya 1976:300). Im *Indigenization Decree* 1972 wurden die Industriezweige festgelegt, welche zur Gänze oder zum Teil für nigerianische Staatsbürger reserviert waren (Madujibeya 1976:304). Die Indigenisierungspolitik bzw. Nationalisierungspolitik der 1970er hatte also zum Ziel, den Erdölsektor zu „nigerianisieren“, einen Technologietransfer einzuleiten und die wirtschaftlichen Beziehungen Nigerias mit den Industriestaaten im Sinne einer Verminderung der Abhängigkeit Nigerias zu modifizieren (vgl. Frynas/Paulo 2007:247).

Durch Zusammenschlüsse wie in der OPEC suchten die erdölproduzierenden Staaten ihre Positionen gegenüber den multinationalen Erdölkonzernen zu stärken und in der Erdölindustrie Fuß zu fassen (vgl. Ikein 1990:6). Vor dem „Aufstieg“ der OPEC um 1970 produzierten einige wenige multinationale Erdölkonzerne – die „Seven Sisters“ – den Großteil des weltweit geförderten Erdöls. (Ikein 1990:24) Zusätzlich zur OPEC ist Nigeria Mitglied der *African Petroleum Producers Association* (APPA), bestehend aus Algerien, Angola, Benin, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Ägypten, Côte d’Ivoire, Gabun, Libyen, Nigeria und der Demokratischen Republik Kongo (Ikein 1990:6).

Durch die Bildung von Joint Ventures war die nigerianische Regierung in der Lage, nicht mehr nur Förderzins und –abgaben (*mining rents and royalties*), sondern auch einen Teil der Gewinne aus der Produktion von Erdöl einzuheben (Ekwueme 2002). Mit Dekret 33 von 1977

wurde die NNPC errichtet und ersetzte die NNOC. Die verstaatlichten alten Konzessionen gingen an die NNPC und diese war mehrheitlich an allen neu zu vergebenden Erdölkonzessionen beteiligt (vgl. Ikein 1990:7; Van Gelder/Moerkamp 1996).

Obwohl der nigerianische Staat mit Maßnahmen wie dem Beitritt zur OPEC und der Nationalisierung der heimischen Erdölindustrien seine Verhandlungsbasis gegenüber den internationalen Erdölkonzernen verbesserte und so unter anderem die Preise von Erdöl mitgestalten bzw. erhöhen konnte, war er aufgrund seiner mangelhaften technologischen Grundlage bei der Produktion von Erdöl nach wie vor von ausländischen Erdölkonzernen und zusätzlich von der Nachfrage nach Erdöl auf dem Weltmarkt abhängig (vgl. Ikein 1990:14). Hinzu kam noch, dass der nigerianische Staat zwar hohe Einnahmen aus der Erdölindustrie zur Verfügung hatte, sein Ziel einer Industrialisierung jedoch nicht hinreichend erreichte, da er sich in erster Linie auf Import-Substitutionen konzentrierte (Frynas/Paulo 2007:247).

7.2. Abhängigkeit des nigerianischen Staates von multinationalen Erdölkonzernen

Trotz der zunehmenden Beteiligung der nigerianischen Regierung am Erdölsektor änderte sich das Muster der wirtschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten nicht wesentlich. Nigerias Außenhandelsbeziehungen waren noch immer darauf ausgerichtet, in die westlichen Metropolen zu exportieren, von welchen Nigeria im Gegenzug technologie- und kapitalintensive Güter und technisches Know-how bezog. Nigerias Stellung auf dem internationalen Markt bzw. in der internationalen Arbeitsteilung war somit nach wie vor die eines Rohstoffexporteurs, nur exportierte das Land nun statt mehreren agrarischen Exportgütern vorwiegend Erdöl. „In qualitative terms, the country's essentially neo-colonial capitalist mode and relations of production were not substantially modified by the rapid transition from the production of agricultural commodities (palm oil, rubber, tin, cereals, etc.) to petroleum as the main source of capital accumulation.” (Graf 1988:218) Dieses Muster ist auch darauf zurückzuführen, dass die Entwicklung des Erdölsektors in Nigeria großteils durch ausländische Investitionen vorangetrieben wurde. Multinationale Konzerne stellten sämtliche Infrastruktur zur Verfügung, die für die Förderung und Verarbeitung von Erdöl nötig war, in den Anfängen der Erdölproduktion war auf nigerianischer Seite so gut wie keine technische, technologische oder betriebswirtschaftliche Infrastruktur vorhanden (vgl. Graf 1988:218; Penrose 1976:280f).

Madujibeya führt die technologische „Rückständigkeit“ Nigerias auf das koloniale Schulsystem zurück, das mehr auf die Ausbildung in den Geisteswissenschaften als auf die Vermittlung von technischen Fertigkeiten und technologischem Wissen ausgerichtet war. „The literary bias of the educational system reflected the fact that it was primarily designed to produce clerks to aid the colonial administration.” (Madujibeya 1976:296) Die praxisferne Ausbildung nigerianischer Kinder und Jugendlicher wäre auch ein Mittel gewesen, die wirtschaftlichen Interessen der britischen Kolonialregierung zu sichern, welche Rohstoffquellen für die britische Industrie eröffnen und Absatzmärkte für die eigenen Erzeugnisse sichern wollten.

Zu einer wenig ausgeprägten technologischen und wirtschaftlichen Infrastruktur Nigerias kam die Abneigung internationaler Ölkonzerne, die wirtschaftliche Entwicklung und Industrialisierung jener Länder voranzutreiben, in denen sie operierten, da sie nicht im Sinn hatten, das „traditionelle“ Export-Import-Muster zu verändern oder durch eine fortschreitende Industrialisierung und Einbindung nigerianischer Akteure in die Erdölindustrie die eigene Vormachtstellung zu gefährden (vgl. Madujibeya 1976:295f). Nigeria hatte eine unzureichende technologische und industrielle Basis, um den Technologietransfer in der angestrebten Geschwindigkeit durchzuführen, Joint Ventures mit ausländischen Konzernen waren daher unausweichlich (vgl. Penrose 1976:280).

In den Anfangsjahren der Erdölproduktion fand somit kaum ein Wissens- und Technologietransfer von den internationalen Konzernen an den nigerianischen Staat statt. In den 1960ern und 1970ern dominierten private ausländische Unternehmen den nigerianischen Ölsektor. Diese trugen zwar durch die Schaffung von Ausbildungsstätten, Lehrgängen und Stipendien vor Ort zur Entwicklung „menschlicher Ressourcen“ bei, andererseits verhinderten sie einen Technologietransfer an die nigerianische Wirtschaft, indem sie Gerätschaften, die sie für die Förderung und Produktion des Erdöls benötigten, im Ausland kauften, anstatt nigerianische Produzenten dazu zu ermutigen, solche Güter selbst zu entwickeln und bereitzustellen. Dies lag auch daran, dass diese Güter auf dem internationalen Markt billiger und leichter erhältlich waren. Abgesehen davon lag es nicht im vordringlichen Interesse multinationaler Konzerne, die Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Produzenten zu fördern und damit eventuell den eigenen wirtschaftlichen Interessen zu

schaden (vgl. Madujibeya 1976:297f). Die Erdölindustrie war somit relativ autark und isoliert, das heißt sie schuf wenige Verbindungen zu anderen (nigerianischen) Wirtschaftszweigen.

7.3. Bedeutung der Erdölindustrie für die nigerianische Wirtschaft

Die rapide Entwicklung des nigerianischen Erdölsektors manifestiert sich am eindrucksvollsten an den staatlichen Einkünften aus diesem Wirtschaftszweig: 1961 machten die Einnahmen aus dem Erdölsektor nur 7,6% der gesamten staatlichen Einkünfte aus, 1970 waren es 25,9% und nur vier Jahre später, 1974, waren es bereits 80,8%. Dieser Anteil hat sich bis dato nicht wesentlich verändert. (Graf 1988:219) Die beiden Ölkrisen - Yom-Kippur-Krieg (1973) und Iranische Revolution (1979) - verstärkten den Einfluss Nigerias als Erdölproduzent⁷³ (vgl. Frynas/Paulo 2007:233). Zusätzlich zur und auch beeinflusst von der politischen Krise im Nahen Osten kam es in den 1970ern zu einer Revolution in der nigerianischen Erdölindustrie, welche die Beziehungen zwischen der nigerianischen Regierung und den Erdölkonzernen veränderte: Der nigerianische Staat war nun in der Lage, die Kontrolle der Erdölproduktion zu übernehmen und die Erdölpreise zu erhöhen (vgl. Penrose 1976:277). Plötzlich hatte der nigerianische Staat Unmengen an Kapital zur Verfügung, die er zur Förderung des Wirtschaftswachstums und des Lebensstandards der Bevölkerung hätte nutzen können.

Durch den Ölboom von 1973-74 kam es plötzlich zu einem enormen Anstieg der vorhandenen Geldmenge. Die große Nachfrage konnte durch die einheimische Produktion nicht gestillt werden, weshalb die Regierung die Einfuhrbeschränkungen lockerte. Der nigerianische Staat gab sehr viel Geld für Importe aus, dies führte zu Inflation und zu einer aufgeblähten Bürokratie und damit zu hohen öffentlichen Ausgaben; weitreichende Korruption war die Folge (vgl. Madujibeya 1976:308f; Penrose 1976:277). Die Inflation manifestierte sich am deutlichsten am „Zementskandal“: Um Provisionen kassieren zu können, gaben nigerianische Ministerien überdimensional hohe Bestellungen von Zement auf, was dazu führte, dass die Schiffe mit dem Zement bis zu neun Monaten den Hafen in Lagos blockierten und der nigerianische Außenhandel zusammenbrach (vgl. Madujibeya 1976:309f; Schicho 2001:90).

⁷³ Die arabischen OPEC-Staaten hatten als Reaktion auf den politischen Standpunkt einiger erdölimportierender Staaten in der Yom-Kippur-Krise ein Erdölembargo verhängt, es kam zu einer größeren Nachfrage und zu einem Preisanstieg von Erdöl, von welchem andere erdölproduzierende Staaten wie Nigeria profitierten (vgl. Frynas/Paulo 2007:233).

Doch Wirtschaftswachstum und Entwicklung im Sinne von fühlbaren Verbesserungen der Lebensqualität der Bevölkerung gehen nicht immer Hand in Hand, „[...] growth implies positive changes in economic variables, but such changes might not necessarily guarantee national development which should be reflected in quantitative and qualitative improvements in the living conditions of the people.“ (Essien 1990:19) Die *windfalls*⁷⁴ der Erdölwirtschaft brachten für die breite Masse der Bevölkerung nicht die erhoffte Verbesserung der Lebensqualität, im Gegenteil, ein großer Teil der nigerianischen Bevölkerung verarmte zusehends und die Kluft zwischen Arm und Reich wurde noch größer. Während 1970 „nur“ 36% der NigerianerInnen von weniger als einem Dollar pro Tag lebte, waren es im Jahr 2000 beinahe 70%.⁷⁵ (Sala-i-Martin/Subramanian 2003:4) Die ländliche Bevölkerung profitierte am wenigsten von den Profiten aus der Erdölindustrie, vor allem die Wasser- und Energieversorgung blieben unzureichend (vgl. Madujibeya 1976:310).

Der Höhenflug des Ölsektors und die zunehmende Konzentration der nigerianischen Wirtschaft auf die Ressource Erdöl ging mit dem Niedergang der Agrarwirtschaft bzw. dem Rückgang von Exporten landwirtschaftlicher Produkte einher. Trotz einiger Missstände in der Landwirtschaft, welche nach der Unabhängigkeit fast zur Gänze nach dem kolonialen Muster der *cash-crop*-Produktion von Kakao, Palmöl, Kautschuk, Kokosnüssen, Erdnüssen u.a. weitergeführt worden war, war und ist die Agrarproduktion die Lebensgrundlage von rund 70% der nigerianischen Bevölkerung und ist damit der Wirtschaftssektor, der am meisten Arbeitskräfte beschäftigt und ernährt (vgl. Graf 1988:222; Essien 1990:20; Schicho 2001:75f; Madujibeya 1976:312f).

Als Nigeria 1960 die Unabhängigkeit erlangte, war das Land eine Agrarnation; bereits in den späten 1970ern verdrängte der Erdölsektor die anderen Wirtschaftszweige, wie auch die Landwirtschaft. Zwischen 1964 und 1974 verringerte sich die landwirtschaftliche Produktion um 40%. (Schicho 2001:89) Die Abhängigkeit von Erdöl führte zur Vernachlässigung und Stagnation der Landwirtschaft und damit zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise. Ab den 1970ern hinkte die landwirtschaftliche Produktion nicht nur hinter dem Gesamtwirtschaftswachstum hinterher, sondern war auch einer steigenden Bevölkerungszahl

⁷⁴ Als *windfall profits* werden unverhoffte Mehreinnahmen durch krasse Veränderungen der Marktsituation bezeichnet. (Mayer 2006:1)

⁷⁵ Das Pro-Kopf-Einkommen in Nigeria ist von \$ 1.000 im Jahr 1983 auf \$ 250 im Jahr 1994 gesunken. (Okonta/Douglas 2003:202)

und dem damit verbundenen Mehrbedarf an Nahrungsmitteln nicht gewachsen. Nigeria wurde vom Nahrungsexporteur zum Nahrungsimporteur (vgl. Angaye 1986:67; Isichei 1983:422; Human Rights Watch 1999:41; Essien 1990:21).

Kleinbauern waren das Rückgrat der nigerianischen Landwirtschaft, sie produzierten 97% der Lebensmittel und 70% der agrarischen Exporte (Essien 1990:21). Aufgrund der geringen Größe ihrer Betriebe waren sie jedoch negativen wirtschaftlichen Entwicklungen besonders stark ausgesetzt. Gründe für den Rückgang agrarischer Produktion in den 1970ern waren beispielsweise der Mangel an adäquater Infrastruktur und Technologie, an der Vergabe von effektiven Krediten und an ausreichend qualifizierten Arbeitskräften.⁷⁶ Das Fehlen von ausreichend LandarbeiterInnen und Bauern und Bäuerinnen war zu einem Großteil bedingt durch die Arbeitsmigration der jungen Generationen in die Städte, welche sich unter anderem durch den Boom im Bauwesen erhofften, in profitableren Branchen als der Landwirtschaft unterzukommen (vgl. Graf 1988:222; Sala-i-Martin/Subramanian 2003:15f). Die Vernachlässigung der Landwirtschaft führte auch dazu, dass die Landbevölkerung marginalisiert wurde und verarmte (vgl. Sweet Crude February 2010a:30).

Im Gegensatz zur arbeitskräfteintensiven Landwirtschaft ist die Erdölindustrie kapital- und technologieintensiv. Das Kapital und die technologische Ausrüstung sowie das Know-how wurden fast zur Gänze durch ausländische Investoren zur Verfügung gestellt. Die Erdöl- und Erdgasindustrie schafft vergleichsweise wenige Arbeitsplätze vor Ort, noch dazu ist ein wesentlicher Teil der so geschaffenen Arbeitsplätze qualifiziert und damit für ortsansässige, ungelernte Arbeitskräfte nicht geeignet. Auch Maßnahmen zur technischen Ausbildung nigerianischer Arbeitskräfte in den Prozessen der Erdölproduktion und die Einführung von Quoten, mit dem Ziel, vermehrt einheimische ArbeiterInnen auch in leitenden Positionen zu beschäftigen, brachten angesichts der Tatsache, dass die Erdölindustrie insgesamt nur verhältnismäßig wenige Arbeitskräfte benötigt, lediglich einen kleinen Teilerfolg. In den späten 1970ern beispielsweise waren weniger als 2% aller Arbeitskräfte des „modernen Sektors“ in der Erdölwirtschaft und damit verwandten Wirtschaftszweigen beschäftigt⁷⁷ (vgl. Madujibeya 1976:286; Frynas/Paulo 2007:247).

⁷⁶ 1965 war die Landwirtschaft, d.h die Produktion von *cash crops* wie Kakao oder Palmöl für 68% des Bruttoinlandsprodukts verantwortlich, 1981 nur mehr für 35%. (Sala-i-Martin/Subramanian 2003:16)

⁷⁷ 1981 beschäftigte der Konzern Shell/SPDC, der 50% des nigerianischen Erdöls produzierte, nur 4.732 Arbeitnehmer (vgl. Angaye 1986:61). Im Jahr 2006 beschäftigte die SPDC 4500 Arbeitnehmer, davon 95% nigerianische Staatsbürger. (Shell Jahresbericht 2006:4)

7.4. Rentierstaat Nigeria

Durch die hohen Einnahmen aus der Erdölindustrie in den 1970ern hatte der nigerianische Staat auf schnellem Weg beträchtliche Mengen an Kapital zur Verfügung, ohne vorher größere Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur tätigen zu müssen. Der nigerianische Staat hatte plötzlich ausreichend Devisen zur Verfügung, um die Industrialisierung im Land voranzutreiben und die Wirtschaft auszubauen, wie dies die nigerianische Regierung auch in ihren nationalen Entwicklungsplänen formulierte. (Angaye 1986:50) Der nigerianische Staat nutzte die Kapazitäten der Ölindustrie allerdings nicht im Sinne einer nachhaltigen Industrialisierung und Stärkung der nigerianischen Wirtschaft, „[...] notwithstanding the euphoria generated by the so-called oil boom, there remains a huge gulf between promise and fulfilment“. (Madujibeya 1976:299) Handel erschien den Regierungen attraktiver als landwirtschaftliche Produktion oder lokale Kleinindustrie. Durch den Ölboom verstärkte sich diese Tendenz, da durch die Verfügbarkeit großer Kapitalmengen Investitionen in geringem Umfang in kleinere Unternehmungen und Projekte als wenig rentabel erachtet wurden (vgl. Essien 1990:23).

Nigerias Wirtschaft entwickelte sich zu einer Rentierökonomie: Die nigerianische Wirtschaft beschränkte sich immer mehr auf Renten aus dem Export von Erdöl. Renten⁷⁸ resultieren nicht unmittelbar aus den ökonomischen Prozessen eines Staates, der über sie verfügt, sie werden nicht durch Eigenleistungen wirtschaftlicher Akteure und Einsatz verschiedener Produktionsfaktoren erwirtschaftet. Der nigerianische Staat bezog seine Einnahmen aus dem Erdölsektor über Steuern und „Pachtzins“, anstatt selbst produktive Tätigkeiten im Erdölsektor zu entfalten, um auf diese Weise Verbindungen zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen herzustellen und dadurch die lokale und nationale Wirtschaft anzukurbeln (vgl. Mayer 2006). „Nigeria war zu einem Land von Händlern, Zwischenhändlern und Profiteuren verkommen und völlig abhängig vom Geschehen auf dem internationalen Ölmarkt.“ (Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:63)

⁷⁸ Der Rentenbegriff ist unscharf und wird in der Fachliteratur für verschiedene wirtschaftliche Phänomene, so etwa für Einnahmen aus Bodenschätzen, aber auch Einnahmen aus Gebühren oder aus offizieller Entwicklungshilfe oder Rücküberweisungen von GastarbeiterInnen im Ausland (sekundäre Renten) verwendet (vgl. Mayer 2006:1f).

Nigeria scheint auf den ersten Blick ein Paradebeispiel für den „Ressourcenfluch“⁷⁹ zu sein. Die These des Ressourcenfluchs besagt, dass Länder, die über große Mengen an Bodenschätzen verfügen, dennoch, oder gerade aus diesem Grund ein geringes oder gar negatives Wirtschaftswachstum haben und oft politisch instabile oder autoritäre Regierungsformen aufweisen. In diesem Zusammenhang ist auch der Terminus „Dutch Disease“ bzw. „Holländische Krankheit“⁸⁰ zu nennen, welcher das Phänomen beschreibt, dass es in Volkswirtschaften, die große Mengen an Rohstoffen exportieren, zu einem Niedergang der Wirtschaftstätigkeit in anderen Sektoren im Sinne einer Deindustrialisierung und Deagrarisierung kommt. Dies liegt einerseits daran, dass die Konzentration auf den Rohstoffsektor zu einer Vernachlässigung von Industrie und Landwirtschaft führt, wodurch diese geschwächt werden; andererseits fließen durch steigende Exporteinnahmen große Mengen an ausländischer Währung ins Land, was zur Aufwertung der inländischen Währung führt. Dadurch werden Importe billiger und vermehrt Güter importiert - zum Nachteil inländischer ProduzentInnen vergleichbarer Produkte welche nicht zum selben Preis produzieren können, ohne Verluste zu erleiden. Die davon betroffenen Wirtschaftssektoren sind von Absatzproblemen und sinkender Wettbewerbsfähigkeit betroffen. In Nigeria betraf das vor allem den Exportsektor für agrarische Produkte (vgl. Mayer 2006; Frynas/Paulo 2007:248; Collier 2008:58ff; Sala-i-Martin/Subramanian 2003:6; Sweet Crude May 2012f:55).

Direkte negative Auswirkungen der Erdölindustrie in Nigeria waren die Inflation von Preisen und Gehältern, wodurch der Arbeitsmarkt verzerrt und die Tätigkeiten in anderen Wirtschaftszweigen erschwert wurden, eine geringe Bereitschaft, in andere Wirtschaftszweige zu investieren und die Vernachlässigung der Ausbildung afrikanischer ArbeiterInnen und Angestellter (vgl. Penrose 1976:280; Isichei 1983:430). Bodenschätze unterliegen auch starken Preisschwankungen, denen die Staaten, die davon abhängig sind, ausgesetzt sind. (Sala-i-Martin/Subramanian 2003:5f) Die internationale geopolitische Lage ist instabil, insbesondere die politische Situation in den Staaten des Nahen Osten, die einen großen Teil der weltweiten Erdölreserven beheimaten und deshalb den internationalen Erdölmarkt dominieren; Krisen bzw. die Befürchtung von Erdölengpässen auf dem Weltmarkt führen zu

⁷⁹ In diesem Zusammenhang wird auch häufig von „Ölfluch“, „Rohstofffluch“ oder „paradox of plenty“ gesprochen, um die wirtschaftliche Unterentwicklung ressourcenreicher Staaten zu beschreiben (siehe auch Collier 2008:58ff).

⁸⁰ Der Ursprung des Begriffs „Dutch Disease“ bzw. „Holländische Krankheit“ wurde geprägt durch die Auswirkungen der Erdgasfunde in der Nordsee auf die Wirtschaft der Niederlande in den 1950ern (vgl. Collier 2008:59).

Preisschwankungen (vgl. Ikein 1990:204f). Die wirtschaftliche Abhängigkeit von einer einzigen (Devisen)Einkommensquelle ist riskant und führt zu einer starken Abhängigkeit der nigerianischen Wirtschaft von der internationalen Wirtschaftslage und den Veränderungen des internationalen Erdölhandels (vgl. Angaye 1986:65; Ukeje et al. 2002:4).

7.5. Einfluss von Erdöl auf staatliche und politische Strukturen

Die einzelnen Bodenschätze haben unterschiedlichen Einfluss auf die Qualität der öffentlichen Institutionen eines Staates. So generieren Erdöl, Erdgas und andere mineralische Bodenschätze hohe Renten. Das „Lobbying“⁸¹ rund um die Verteilung der Renten korrumpiert wirtschaftliche und politische Institutionen (vgl. Sala-i-Martin/Subramanian 2003:10; Mayer 2006). Vor allem die Renten aus Erdöl und Erdgas sind leicht abzuschöpfen: Der politischen Elite ist es aufgrund der Renteneinnahmen möglich, ihre politische Stellung durch Subventionen und gezielte Sozialausgaben zu festigen, Korruption und Klientelwirtschaft sind die Folge (vgl. Mayer 2006; Sala-i-Martin/Subramanian 2003:13). Renteneinnahmen hemmen nicht nur die Wirtschaftsentwicklung, sie verhärten auch politische und wirtschaftliche Strukturen, erschweren Reformen und behindern die Demokratisierung (vgl. Mayer 2006 :1). Bodenschätze wirken sich sohin indirekt negativ auf die Wirtschaft aus, “[...] natural resources affect economic growth through its adverse effect on economic institutions.” (Sala-i-Martin/Subramanian 2003:6)

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Einnahmen aus Bodenschätzen führt daher insbesondere in Entwicklungsländern zu Korruption, schlechter Regierungsführung, *Rent-Seeking* und Verschwendung; dies trifft auch in hohem Maße auf Nigeria zu (vgl. Sala-i-Martin/Subramanian 2003:4f). Die Erdöleinnahmen in Nigeria führten zwar zu einem gewissen Wirtschaftswachstum (von dem allerdings nur Teile der nigerianischen Bevölkerung profitierten), sie wirkten sich jedoch negativ auf Qualität der politischen Institutionen auf, was auf lange Sicht die wirtschaftliche Entwicklung Nigerias behinderte (vgl. Sala-i-Martin/Subramanian 2003:1,15).

Die nigerianische Politik ist geprägt vom „Wettbewerb“ um die Erdölressourcen. Mithilfe der Renten und Ressourceneinnahmen sind politische Eliten und Parteien in der Lage, durch Patronage und Rückgriff auf ethnische Loyalitäten Wählerstimmen zu gewinnen. „Bei starken

⁸¹ In diesem Zusammenhang wird auch von *Rent-seeking* gesprochen.

ethnischen Bindungen und fehlender Pressefreiheit ist das die kosteneffizienteste Methode, eine Wahl zu gewinnen.“ (Collier 2008:69) Dies macht Rentierstaaten konfliktanfällig, Renten führen häufiger zu Bürgerkriegen bzw. gewaltsamen Auseinandersetzungen als andere Einkommensquellen (vgl. Mayer 2006; Sala-i-Martin/Subramanian 2003:6). Collier (2008:58) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Ressourcenfalle“.

Der Reichtum an Bodenschätzen ist aber nicht per se ein „Fluch“ oder führt zwangsläufig zur „Holländischen Krankheit“. Eine Sichtweise, welche die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Nigerias allein auf das Vorhandensein der fossilen Ressourcen Erdöl und Erdgas zurückführt, ist zu kurz gegriffen und verschleiert die Verantwortung der politischen Strukturen. Vor allem die Qualität der staatlichen Institutionen spielt eine wichtige Rolle: Ressourcenreiche Staaten, in denen gefestigte demokratische Institutionen vorhanden sind und die staatliche Verwaltung rechtsstaatlichen Strukturen folgt, sind weniger gefährdet, die potentiellen negativen Folgen der Abhängigkeit von Bodenschätzen zu erleiden, wie die Verbreitung von Korruption und Verschwendung, politischer Instabilität und staatlicher Verschuldung, als Länder mit instabilen politischen Systemen. In diesem Zusammenhang ist als Paradebeispiel Norwegen zu nennen; aber auch in Ländern wie Botswana oder Indonesien hatten Bodenschätze nicht zu den beschriebenen negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Staat geführt (vgl. Mehlum et al. 2006:1f; Mayer 2006; Collier 2008:74f; Sala-i-Martin/Subramanian 2003:17ff).

Nigeria war zur Zeit des Erdölbooms kein Staat mit gefestigten demokratischen Institutionen und Werten und litt an den Charakteristika des „Ressourcenfluchs“, wie übermäßiger Verschuldung durch Aufnahme zahlreicher Kredite während der Hochphasen der Erdölproduktion und anschließender Krise aufgrund eines Einbruchs der Einnahmen. Diktatur und Korruption, politische Instabilität, Armut und Umweltzerstörung durch Nichtbeachtung gesetzlicher Umweltschutzvorschriften bei der Förderung der Bodenschätze waren zusätzliche Faktoren, die Nigeria als Paradebeispiel des „Ressourcenfluchs“ erscheinen ließen. (vgl. Mehlum et al. 2006:2f; Mayer 2006).

Die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen bzw. von deren Exporten unterminieren speziell in Entwicklungsländern eine verantwortungsvolle Regierungsführung und politische Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung. Dies vor allem deshalb, da ein Rentierstaat im Gegensatz zu einem Steuerstaat wenig Steuern einheben muss, da ihm allein durch die

Renten genügend Einnahmen zur Verfügung stehen. Somit wird die Bevölkerung zwar nicht durch Steuern belastet, sie hat im Gegenzug aber wenig Teilhabe am staatlichen und wirtschaftlichen Geschehen, da sie den Staat und seine Institutionen nicht selbst (mit)finanziert. Der Staat ist der Bevölkerung somit wenig rechenschaftspflichtig (etwa darüber, wie er die Steuereinnahmen verwertet) und weniger auf die Zustimmung der Bevölkerung angewiesen; es bildet sich eine „Abhängigkeitsmentalität“ („dependency mentality“ wie Frynas und Paulo es nennen) heraus, autoritäre oder diktatorische Regierungsformen sind häufig die Folge (vgl. Frynas/Paulo 2007:248; Mayer 2006; Collier 2008:68f).

Auch die Treibstoffsubventionen der nigerianischen Regierung sind in diesem Licht zu sehen: Die nigerianische Regierung „erkaufte“ lange Zeit die Akzeptanz der Bevölkerung durch billigen Treibstoff. Da die nigerianischen Raffinerien nach wie vor zu wenig Leistung bringen, muss der nigerianische Staat große Mengen von Treibstoffen importieren, welche jedoch teuer und für große Teile der nigerianischen Bevölkerung nicht erschwinglich sind. Aus diesem Grund subventioniert der nigerianische Staat Benzin und andere Treibstoffe. Dies führt jedoch dazu, dass viel Geld in die Subventionen fließt und in anderen Bereichen wie Bildung, Infrastruktur und Sozialsystem fehlt. Zur Jahreswende 2011/2012 verkündete Präsident Goodluck Jonathan, dass der nigerianische Staat die Treibstoffsubventionen reduzieren würde, um das so gesparte Geld in die Wirtschaft, Ausbildung und in das Sozialsystem zu investieren – was zu massiven Protesten seitens der Bevölkerung führte (vgl. Der Standard 2012c).

Viele erdölproduzierende Staaten bilden keine Rücklagen, um negative Auswirkungen der Erdölindustrie abfedern zu können oder für eine Zukunft vorzusorgen, in der die Erdölquellen womöglich versiegt sein werden. Dies liegt auch daran, dass insbesondere in dezentralisierten Staaten, in denen viele politische Lager versuchen, Zugang zu den Erdöleinnahmen zu erlangen, Sparmaßnahmen auf Widerstand stoßen. So plante die nigerianische Regierung etwa 1,98 Milliarden US-Dollar aus einem *windfall* aus dem Jahr 2000 auf ein Sparkonto einzuzahlen, was jedoch heftigen Widerstand der politischen VertreterInnen der Bundesstaaten hervorrief, welche eine Verteilung der Einnahmen forderten (Frynas/Paulo 2007:249).

7.6. Nigerianische Wirtschaftskrise und Strukturanpassung

Die erdölexportierenden Länder hatten durch die Ölpreisanstiege in den 1970er Jahren große Mengen an Geld zur Verfügung – dies brachte Probleme mit sich, da die Überschüsse volkswirtschaftlich nicht absorbiert werden konnten. (Mayer 2006:4) Anstatt die hohen Einnahmen aus dem Ölsektor in die nationale Agrarproduktion und Industrie im Sinne einer Stärkung der Privatwirtschaft zu investieren, importierten staatliche Eliten Luxusgüter, aber auch Lebensmittel und agrarische Produkte aus den Industriestaaten, beispielsweise Getreide aus Nordamerika. Der nigerianische Staat importierte Agrarprodukte, da diese durch die großen Mengen an Devisen billig eingekauft werden konnten und dies kurzfristig kostengünstiger schien, als die eigene Landwirtschaft zu unterstützen und die Produktion heimischer Produkte zu fördern, welche mit den niedrigen Preisen der importierten Güter nicht konkurrieren konnten. So konnten zwar Lebensmittelknappheiten anlässlich von Ernteaussfällen überwunden werden, andererseits schwächte und verminderte der nigerianische Staat dadurch seine eigene landwirtschaftliche Produktion (Graf 1988:222). „Der Staat verlor das Interesse an seinen Bauern, die noch wenige Jahre zuvor das wirtschaftliche Rückgrat des Landes gewesen waren. Ohne staatliche Unterstützung konnten sie nicht mehr mit den hochsubventionierten Nahrungsmittelimporten wie z.B. Weizen konkurrieren.“ (Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:62)

Aufgrund der Produktionsunterbrechungen und –ausfälle während des Bürgerkriegs (1967-70) herrschte nach dem Ende des Bürgerkriegs ein Mangel an wichtigen Bedarfsgütern und Lebensmitteln. Der nigerianische Staat gab hohe Summen für Importe aus, unter anderem für landwirtschaftliche Produkte und Güter, die im Bauwesen benötigt wurden, wie etwa Zement. (vgl. Madujibeya 1976:308f; Penrose 1976:277; Schicho 2001:90). Der Staat investierte die Erdöleinnahmen aus dem Erdölboom in den 1970ern zwar in die Wirtschaft, doch nicht, indem er Kleinbauern oder Kleinunternehmer (also die Mehrheit der Wirtschaftstreibenden) unterstützte. Stattdessen finanzierte er prestigeträchtige landwirtschaftliche und industrielle Großprojekte, wie die Errichtung von Stahlwerken, kostspielige Infrastrukturprojekte wie den Bau des Murtala Muhammed International Airport in Lagos, des Kainji-Damms, den (Aus)Bau von Raffinerien und den Ausbau der neuen Hauptstadt Abuja. Viele der Projekte waren schlecht geplant und wenig erfolgreich. Im Zuge einer geplanten Modernisierungsphase der Landwirtschaft lancierte der Staat unter anderem landwirtschaftliche Großprojekte wie das „National Accelerated Food Production

Programme“ (1973), das Projekt „Operation Feed the Nation“ (1976) und das „Green Revolution Programme“ (1979), die moderne Technologien nützen und damit die landwirtschaftliche Produktion steigern sollten. Die Projekte erzielten jedoch nicht die gewünschten Erfolge, da sie eine administrative und technologische Infrastruktur voraussetzten, die nicht vorhanden war und nicht an die örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten angepasst waren. Andererseits benachteiligten sie die Kleinbauern, die sich die Anschaffung moderner technologischer Ausrüstung nicht leisten konnten und sich durch die Aufnahme von Krediten verschuldeten und noch weiter ins wirtschaftliche Abseits gerieten (vgl. Graf 1988:222).⁸²

Bei den Maßnahmen des nigerianischen Staates im sekundären Sektor (Industrie und Handwerk) handelte es sich oft um Maßnahmen zur Importsubstitution und um eine Wirtschaftsentwicklung, die staatlich subventioniert und kontrolliert wurde. Die geschaffenen Unternehmen sollten einen Teil der importierten Güter durch die Produktion gleichwertiger einheimischer Produkte ersetzen, sie waren großteils staatlich gefördert oder zur Gänze staatliche Unternehmen. Für den Erdölsektor bedeutete dies, dass die nigerianischen Unternehmen vor allem in den Endphasen der erdölbezogenen Tätigkeiten agierten, während die Suche nach und Förderung von Erdöl und die damit verbundene Technologie von transnationalen Konzernen bereitgestellt wurde. Der Beitrag, den nationale Unternehmen an der Wertschöpfung der erzeugten Erdölprodukte leisteten, war relativ gering und die erzeugten Produkte waren hauptsächlich für den einheimischen Markt und nicht für den Export bestimmt (vgl. Graf 1988:223; Frynas/Paulo 2007:247; Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1986:36).

Während sich ausländische Investoren auf technologieintensive Branchen konzentrierten, widmeten sich inländische Unternehmer vor allem der Herstellung von Konsumgütern wie Zigaretten, Reinigungsprodukten, Getränken, Erdölerzeugnissen und Textilien. Diese industrielle Produktion war hauptsächlich dazu bestimmt, einen Teil der ausufernden Importe zu ersetzen, auf dem internationalen Markt war sie nicht wettbewerbsfähig. Der Staat musste unterstützend durch Verstaatlichung von Unternehmen und finanzielle und steuerliche Anreize eingreifen. So entstand eine relativ schwache und nicht selbsterhaltungsfähige nigerianische Industrie, welche die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Erdöleinnahmen

⁸² Siehe auch Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:62; Schicho 2001:93; Sala-i-Martin/Subramanian 2003:14; NCEMA o.A.:3; Ikein 1990:44ff

und damit von externen Entwicklungen des Weltmarktes, vor allem des Erdölmarkts, nicht kompensieren konnte (vgl. Graf 1988:223).

Anstatt die erwirtschafteten Überschüsse des Erdölsektors in eine nachhaltige Entwicklung der einheimischen Landwirtschaft und Industrie zu investieren, verwendeten die nigerianischen Eliten diese zur Errichtung von Prestigeprojekten, zur Vergrößerung des eigenen Vermögens und um ausländische Luxusgüter zu erwerben. (Graf 1988:230)

“The current practice of commodity production for export to generate funds to buy imported goods in most part fulfills the interest of the elites who have a craving for foreign goods. It is a cycle that fosters continual economic dependency and conditions the people to look to outsiders for support and guidance.” (Ikein 1990:86)

Die Problematik eines Wirtschaftssystems, das beinahe zur Gänze auf dem Export eines einzigen Gutes basiert, manifestierte sich am stärksten in den 1980er Jahren, als der Ölpreis ein Rekordtief erreichte.⁸³ Viele Industriestaaten erlebten in den 1970er und 80er Jahren eine Rezession, weshalb sie ihren Verbrauch von Erdöl drosselten und bei Erdölproduzenten einkauften, die nicht der OPEC angehörten und somit deren Konditionen unterbieten konnten. Die Ölproduktion in Nigeria ging um die Hälfte zurück, die staatlichen Ausgaben überstiegen die Einnahmen, Nigeria konnte seine Importe nicht mehr bezahlen. Die heimische Industrie, außer der Erdölindustrie, war international nicht wettbewerbsfähig und die nigerianische Wirtschaft kollabierte. Der nigerianische Staat geriet in Zahlungsschwierigkeiten und die staatliche Verschuldung Nigerias verdoppelte sich zwischen 1980 und 1985 (vgl. Schicho 2001:94).⁸⁴

„For a country like Nigeria and other developing countries, the balance of payments problem is traceable to a non-diversified export sector as well as over-dependence on imported input. Where there is a single export item predominating the export-market any fall in the price of the product, following a slack in international demand, puts the country into trouble.” (Essien 1990:9)

Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der nigerianische Staat während der Jahre des Ölbooms keine Rücklagen gebildet hatte und staatliche Eliten einen erheblichen Teil der Erdöl-Einnahmen zur privaten Bereicherung zweckentfremdet hatten und andererseits

⁸³ Laut Human Rights Watch (1999:42) fiel der Ölpreis von US \$ 32 pro Barrel (1981) auf US \$ 13 pro Barrel (1986) und das Bruttosozialprodukt von US \$ 99,54 (1980) auf US \$ 24,34 (1987).

⁸⁴ Siehe auch Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:63; NCEMA o.A.: 4; Human Rights Watch 1999:42; NCEMA o.A.:3; Angaye 1986:65; Collier 2008:62.

kostspielige Großprojekte, z.B. im Stahlsektor oder für den Ausbau der neuen Hauptstadt Abuja, in Angriff genommen wurden, die nur langfristig abbezahlt werden konnten und in den staatlichen Haushaltsplänen langfristig verankert waren. Viele der teuren Großprojekte waren Projekte zum Ausbau der Infrastruktur, welche schon aufgrund ihrer Natur zukünftig keine oder nur wenige Gewinne einbringen würden. Sie waren noch dazu mit kurzfristigen Krediten finanziert, welche der nigerianische Staat nicht zurückzahlen konnte und sich mit Umschuldungen weiterhelfen musste (vgl. Essien 1990:64f).

Der Preiseinbruch und die verminderte Produktion von Erdöl führten zwangsläufig zur Verschuldung Nigerias, da diese langfristig angelegten kostenintensiven Projekte stark abhängig vom Import von Technologie und Rohstoffen abhängig waren, welche mit den Erdöldevisen verrechnet und in den krisenreichen Jahren nicht bezahlt werden konnten. (Bergstresser/Pohly-Bergstresser 1991:65f) Die externe Verschuldung stieg stark an, der nigerianische Staat musste Umschuldungen eingehen und war einer steigenden Einflussnahme der Gläubiger wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und transnationalen Banken ausgesetzt, welche Nigeria zuvor „günstige“ Kredite gewährt hatten. (Graf 1988:240) „When in the rentier state foreign revenues decline, elite luxury consumption is cut and essential imported inputs for agribusiness and manufacturing goods cannot be obtained, Government revenues from profit taxes, import levies and the like decline apace, and state subsidies and services cannot be delivered.” (Graf 1988:240)

Die Ölpreise erholten sich nicht (rechtzeitig) und die kurzfristigen Sanierungsmaßnahmen griffen zu kurz, um die wirtschaftlichen Probleme, wie die übermäßige Abhängigkeit von Erdöl, Vernachlässigung der Landwirtschaft, unausgereifte Industrialisierung, oder die fehlgeleiteten Investitionen in Großprojekte, lösen zu können. Die Wirtschaft stagnierte, es kam zu einer galoppierenden Inflation, einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer Verarmung der Bevölkerung (vgl. NCEMA o.A.:6; Fawole 2003:32).

Die Militärregierung unter Babangida (1985-93) sah sich gezwungen, ein umfangreiches Sparpaket zu schnüren und die Ausgaben des Staates drastisch zu reduzieren und beschloss 1986 das *Structural Adjustment Programme* (SAP), das vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank unterstützt wurde. Durch das SAP sollte die nigerianische Wirtschaft diversifiziert werden, um die Abhängigkeit von Erdöl zu minimieren. Mithilfe von

Maßnahmen wie Umschuldungen, Beseitigung von Subventionen, Abwertung der Währung und Verkauf von staatlichen Unternehmen sollte die Wirtschaft saniert werden (vgl. NCEMA o.A.: 3,7; Schicho 2001:96f).

Das *Structural Adjustment Programme* erzielte nur zum Teil die gewünschten Erfolge: Zwar gelang es, den negativen Trend des Bruttoinlandsprodukts umzukehren und eine Umschuldung zu erreichen, das SAP brachte jedoch wenig spürbare Verbesserungen für große Teile der Bevölkerung (vgl. NCEMA o.A.:8f; Schicho 2011:76f). Vor allem für jene Teile der Bevölkerung, die am wenigsten von den Öleinnahmen profitiert hatten, wie Kleinbauern und LohnarbeiterInnen und generell die verarmte ländliche und städtische Bevölkerung, hatten die Sparmaßnahmen unmittelbare negative Auswirkungen, wie einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und gleichzeitig höhere Lebenshaltungskosten und einschneidende Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen. Proteste der Bevölkerung wurden von den staatlichen Sicherheitsbehörden niedergeschlagen (vgl. Graf 1988:240; Schicho 2001:96f).

7.7. Indigenisierung - Einfluss des Staates in der nigerianischen Erdölindustrie

7.7.1. Nigerian National Petroleum Corporation – Joint Ventures der Regierung mit multinationalen Erdölkonzernen

Die multinationalen Erdölkonzerne üben ihre Tätigkeiten in Nigeria in Form von Joint Ventures mit der NNPC, der staatlichen Erdölgesellschaft, aus. Ein *Joint Operating Agreement* (JOA) bestimmt die administrativen Beziehungen zwischen den Partnern. Das *Memorandum of Understanding* (MoU) bestimmt, wie die Erdöleinnahmen zwischen den Partnern verteilt werden. Die multinationalen Erdölkonzerne übernehmen dabei den operativen Teil der Erdölförderung (vgl. Human Rights Watch 1999:27f; Affandi 2004; Shell Jahresbericht 2006:5).

Die nigerianische Regierung hält über die NNPC durchschnittlich 57% an den großen Joint Ventures mit den multinationalen Ölkonzernen, wie zum Beispiel NNPC/Shell/Agip/Elf, NNPC/Mobil, NNPC/Chevron, NNPC/Elf (Ekpo 2004:13f):

Shell Petroleum Development Company of Nigeria Limited (SPDC) produzierte zur Jahrtausendwende mehr als 40% des nigerianischen Erdöls: NNPC: 55%, Shell 30%, Elf 10%, Agip 5%;

Chevron Nigeria Limited (CNL): NNPC: 60%, Chevron: 40%;

Mobil Producing Nigeria Unlimited (MPNU): NNPC: 60%, Mobil: 40%, (wurde zum zweitgrößten Produzenten) (vgl. Human Rights Watch 1999:28f; Affandi 2004; Shell Jahresbericht 2006:4).

Die Verteilung der Anteile in einem solchen Joint Venture spiegelt die Aufteilung der Investitionen und zu leistenden finanziellen Beiträge bei den verschiedenen Prozessen der Erdölförderung, bei Ausgaben für Umweltschutz und Entwicklungsprojekte etc. wider (vgl. Human Rights Watch 1999:28; Shell Jahresbericht 2006:5). Allerdings ist der nigerianische Staat regelmäßig mit seinen Zahlungen aus den Joint-Venture-Verträgen säumig (vgl. Obi 1999:48).

Vor 1988 produzierte die NNPC selbst kein Erdöl. Dies änderte sich, als die nigerianische Regierung im Jahr 1988 die *Nigerian Petroleum Development Company* errichtete, eine Tochtergesellschaft der NNPC, die die Aufgabe hatte, kommerziell Erdöl bzw. Erdölprodukte zu produzieren und zu vertreiben (Ikein 1990:19). Die NNPC dominiert bzw. kontrolliert (zumindest anteilmäßig) die Erdölförderung, Erdölverarbeitung und den Handel mit Erdöl und die daran beteiligten Firmen und Unternehmen, sowohl inländische als auch ausländische, über ein System von Joint Ventures mit den multinationalen Erdölkonzernen, Konzessionen und Preiskontrollen (Van Gelder/Moerkamp 1996).

In den 1980ern schlossen die nigerianische Regierung und die Erdölkonzerne *Gentlemen's Agreements* ab, die den Erdölkonzernen einen bestimmten Gewinn für jedes produzierte Barrel Erdöl garantierten, solange diese weiter in die Erdöl- und Erdgasindustrie investierten. Der nigerianische Staat trägt dadurch das Risiko sinkender Erdölpreise. Aufgrund dieser Vereinbarung, die den Ölkonzernen einen fixen Mindestgewinn garantiert, unabhängig von den tatsächlichen Ölpreisen, ist Nigeria eine attraktive Produktionsstätte für Ölkonzerne (Van Gelder/Moerkamp 1996). Auch das *Memorandum of Understanding* (MoU) garantiert den Erdölkonzernen (als Operateuren der Joint Ventures) einen gewissen Fix-Profit pro Barrel Erdöl, unabhängig davon, wie hoch der Erdölpreis ist, solange sich dieser in einem gewissen abgesteckten Rahmen bewegt (vgl. Ekpo 2004:14). Die Regierung trägt auch hier das Risiko

von Preisschwankungen und Veränderungen des Erdölmarkts. (Human Rights Watch 1999:29) Ein *Production Sharing Contract* (PSC) ist ein Risikovertrag, bei dem der private Partner alle Kosten und Risiken übernimmt; er trägt die Kosten für Förderung und Produktion und zahlt erst Steuern und Abgaben, wenn Erdöl und Erdgas gefördert werden. Diese Vertragsvariante ist für die Regierung insofern günstig, als sie die hohen Kosten der Suche und Förderung nicht mittragen muss (vgl. Shell Jahresbericht 2006:5; Human Rights Watch 1999:31).

Die nigerianische Regierung dominiert über die NNPC auch den *Downstream*-Sektor und die damit zusammenhängende Infrastruktur: Sie betreibt vier Raffinerien - zwei in Port Harcourt (PHRC), eine in Kaduna (KRPC) und eine in Warri (WRPC) – 5.000 km Pipelines und andere Anlagen. Die nigerianischen Raffinerien arbeiten nur bei rund 40% ihrer eigentlichen Kapazität und fahren damit Verluste ein, sie produzieren nur rund 10% des heimischen Bedarfs, das heißt Nigeria ist fast vollständig abhängig von importierten Erdölprodukten⁸⁵ (vgl. Sweet Crude November 2009a:18). Die Gründe für die unzulängliche Produktion liegen hauptsächlich in der unzureichenden Produktivität der Raffinerien, welche aufgrund von Ausfällen durch mangelnde Wartung und Instandhaltung der Maschinen und Sabotage durch Schwarzmarkthändler⁸⁶, in einem schlechten Zustand sind (vgl. Sweet Crude November 2011).⁸⁷ Der nigerianische Staat gab im Jänner 2009 rund 29% der Deviseneinnahmen für den Import raffinierter Erdölprodukte aus. (Sweet Crude November 2009a:23)

7.7.2. Beteiligung nigerianischer Unternehmen an der Erdölindustrie

In den 1990er Jahren nahmen immer mehr nigerianische Erdölkonzerne ihre Tätigkeiten auf, nachdem sie von der nigerianischen Regierung Explorations- und Produktionslizenzen für vorwiegend kleine Ölfelder erhalten hatten (vgl. Ekpo 2004:14,15; Human Rights Watch 1999:30). Mit Stand September 2006 hatten 77 Unternehmen in Nigeria eine *Oil Mining Licence* (OML) und eine *Oil Prospecting Licence* (OPL), davon waren 45 einheimische Firmen⁸⁸ (Frynas/Paulo 2007:242f).

⁸⁵ Seit Anbeginn der Erdölproduktion in Nigeria kommt es in Nigeria immer wieder zu Benzin-Engpässen (vgl. Ekpo 2004:17).

⁸⁶ Die Schwarzmarkthändler profitieren von den Ausfällen der Raffinerien, da sie auf diese Weise selbst mehr Erdöl verkaufen können.

⁸⁷ Siehe auch Ekpo 2004:19; Sweet Crude November 2009a:18; Ahiuma-Young 2010a:14

⁸⁸ Viele „nigerianische“ Unternehmen sind aber nur in Nigeria registriert, haben einen nigerianischen Staatsbürger als Vorsitzenden, verrichten jedoch in Nigeria keine wirtschaftlichen Tätigkeiten. (Sweet Crude February 2012b:14)

Obwohl nun mehr NigerianerInnen als Arbeitskräfte beschäftigt werden und der nigerianische Staat an den multinationalen Erdölkonzernen in Form von Joint Ventures beteiligt ist, wird die Erdölproduktion nach wie vor von multinationalen Konzernen dominiert; nigerianische Erdölkonzerne sind nur zu rund 5% an der nigerianischen Erdölproduktion beteiligt (vgl. Olukoya 2004).

Auch die Beteiligung nigerianischer Ölfelddienstleister lässt zu wünschen übrig. Die multinationalen Konzerne bevorzugen ausländische Firmen, wodurch rund 95% der jährlichen Ausgaben - rund 8 Milliarden US-Dollar - in diesem Bereich ins Ausland fließen. Dies liegt einerseits daran, dass multinationale Konzerne kein besonderes Interesse daran haben, vor Ort zu investieren und andererseits daran, dass mangelndes Know-how, begrenzte finanzielle Mittel und die mangelhafte nigerianische Infrastruktur (v.a. die ständigen Stromausfälle), sowie fehlende Investitionen die Gründung und Beteiligung nigerianischer Firmen erschwert (vgl. Olukoya 2004). Die Beteiligung nigerianischer (Zuliefer)Firmen in der Erdölindustrie wird auch dadurch erschwert, dass sich multinationale Erdölkonzerne häufig über lokale Vertragspartner beschwerten, die ihre Arbeiten unzureichend, zu spät oder unvollständig verrichten (vgl. Sweet Crude February 2012b:14).

Auch wenn der Technologietransfer in der Erdölindustrie mittlerweile bis zu einem gewissen Grad realisiert wurde und der nigerianische Staat ein wichtiger Akteur in der Erdölindustrie ist, ist dieser dennoch nicht vollständig in der Lage, seine Erdölressourcen selbst zu verwalten; der Großteil nigerianischen Rohöls wird von ausländischen Konzernen gefördert, und ausländische Angestellte treffen die wichtigsten Entscheidungen im Management (Ikein 1990:16; Obi 1999:47). Auch wenn der nigerianische Staat die höchsten Anteile an den Joint Ventures hat, ist es diese Abhängigkeit vom technologischen Wissen ausländischer Erdölkonzerne, die seine Position gegenüber den Konzernen schwächt (vgl. Ekpo 2004:39; Ikein 1990:16).

7.7.3. *Nigerian Content Law*

In den letzten Jahren traf die nigerianische Regierung verschiedene Maßnahmen, um die heimische Erdöl- und Erdgasproduktion anzukurbeln. 1995 setzte sie sich mit der *Nigerian content-policy* das Ziel, bis 2006 mindestens 45% und bis 2010 mindestens 70% nigerianische

Beteiligung („content“) in der Erdölindustrie zu erreichen, welche jedoch nicht erzielt wurden. (Saghana 2010:12) Im Jahr 2010 unterzeichnete der nigerianische Präsident Goodluck Jonathan den *Nigerian Content Act*, der auf eine stärkere Beteiligung nigerianischer Unternehmen abzielt: durch Entwicklung und Herausbildung lokaler Fertigkeiten und einheimischer Produktion, Beschäftigung ortsansässiger Arbeitskräfte, Technologietransfer, mehr Verflechtungen mit anderen Sektoren der nigerianischen Wirtschaft und eine Verpflichtung multinationaler Konzerne, mehr NigerianerInnen in Führungspositionen einzusetzen⁸⁹ (vgl. Olukoya 2004; Adeoye 2011a:10; Sweet Crude February 2012b:14; Human Rights Watch 1999:30). Die *Nigerian Content Development Bill* brachte gewisse Erfolge im Sinne einer Zunahme der Tätigkeiten von einheimischen Firmen in allen Phasen und Bereichen der Erdölindustrie (vgl. Sweet Crude February 2012d:28; Nwachukwu 2012b:8). Damit das Gesetz allerdings Wirkung entfalten kann und noch mehr nigerianische Unternehmen an der Erdöl- und Erdgasindustrie erfolgreich teilnehmen können, muss die nigerianische Infrastruktur ausgebaut und verbessert werden (Sweet Crude May 2012d:26).

7.8. Entwicklung der Erdgasindustrie

Nigeria hat weltweit geschätzt die siebtgrößten Erdgasreserven. (Shell in Nigeria 2010:27) Erdgas ist ein Nebenprodukt der Erdölförderung. Wie das nigerianische Erdöl ist auch das Erdgas schwefelarm und von guter Qualität.⁹⁰ (Angaye 1986:63f) In Nigeria wurden in den letzten Jahren große Erdgasreserven entdeckt und der nigerianische Staat setzt seinen Fokus immer mehr auf die Produktion von Erdgas: „[...] the discovery of huge gas resources, estimated at about 187 trillion cubic feet proven gas reserves, coupled with about 600 trillion cubic feet undiscovered potential, make industry watchers describe Nigeria more of a gas province than oil.“ (Nwachukwu/Onwuemenyi 2011:4) Nigeria ist afrikaweit der zweitgrößte und weltweit der sechstgrößte Produzent von verflüssigtem Erdgas, mit einer Produktion von mehr als drei Millionen Tonnen pro Jahr. (Moses 2011b:48) Dennoch mangelt es nach wie vor an einer effektiven Vermarktung von und Infrastruktur (wie Gas-Pipelines und Energieversorgung) für Erdgas, was die Produktion von Erdgas für den heimischen Gebrauch behindert (vgl. Adeoye 2012b:12).

⁸⁹ Das Gesetz besagt auch, dass die multinationalen Erdölkonzerne in Nigeria mindestens 10% ihrer Profite in nigerianischen Banken anlegen müssen, damit diese Banken über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um Investitionen (im Erdöl- und Erdgassektor) durchführen zu können (vgl. Sweet Crude February 2012b:14).

⁹⁰ Erdgas ist eine „umweltfreundlichere“ Energiequelle als Erdöl und Kohle (vgl. Moses 2011b:48).

Präsident Goodluck Jonathan verkündete 2011 einen „Master Plan“ für die Entwicklung des Erdgassektors: Geplant ist eine Entwicklung der Gas-Infrastruktur und eine Diversifizierung der nigerianischen Wirtschaft (vgl. Nwachukwu/Onwuemenyi 2011:4). Anvisiert wird ein Wachstum des Erdgassektors von einer Milliarde Kubikfuß pro Tag auf mehr als 10 Milliarden Kubikfuß bis 2020 - durch eine Erschließung neuer Gasfelder im Nigerdelta und *offshore*. Davon sollen vor allem die nigerianische Landwirtschaft und die Textilindustrie im Norden Nigerias profitieren und Arbeitsplätze geschaffen werden (Nwachukwu/Onwuemenyi 2011:6f).

In den letzten Jahren haben die europäischen erdgasimportierenden Länder versucht, ihre Abhängigkeit von Russland als Erdgaslieferant zu verringern; gleichzeitig investieren afrikanische Länder mehr in ihre Gasproduktion. So unterzeichneten Nigeria, Niger und Algerien im Jahr 2009 einen Vertrag über eine geplante Pipeline (Transsahara-Pipeline), die vom Nigerdelta über den Staat Niger bis nach Algerien und weiter durch das Mittelmeer nach Spanien und eventuell Italien führen soll, wodurch Erdgas direkt von Nigeria über eine Transsahara-Pipeline nach Europa transportiert werden könnte. Die Pipeline wird von NNPC und der algerischen Erdölgesellschaft Sonatrach betrieben werden (welche gemeinsam 90% der Anteile halten werden, die restlichen 10% hält der Staat Niger) und soll bis 2015 zumindest zum Teil fertiggestellt werden und rund 20 Milliarden US-Dollar kosten (vgl. Adeoye 2011c:15; Adeoye 2011b:14; Sweet Crude December 2011c).

7.9. Neue Investoren in Nigeria

Erst kürzlich erteilte der nigerianische Staat seine Zustimmung zur Errichtung von vier weiteren Raffinerien in Nigeria, die von chinesischen Investoren gebaut werden sollen (vgl. Nwachukwu/Onwuemenyi 2011:5). Dieses Erscheinen neuer, asiatischer Akteure in der nigerianischen Erdölindustrie kann im besten Fall als stimulierende Konkurrenz für die alteingesessenen und zum Teil investitionsfaul gewordenen europäischen Konzerne gesehen werden (vgl. Igbikiowubo 2009b). Der Einfluss asiatischer Investoren birgt aber auch Nachteile: Westliche Staaten knüpfen wirtschaftliche Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen Staaten zumindest offiziell an Mindestanforderungen im Bezug auf Achtung der Grund- und Menschenrechte, Umweltschutz oder verantwortungsvolle Regierungsführung. „Energiehungrige“ Staaten wie Indien, Brasilien, Südkorea, Malaysia und China sind jedoch eher bereit, Darlehen, Investitionen und wirtschaftliche Unterstützung bereitzustellen, ohne

die Einhaltung bestimmter Standards im Bereich der Menschenrechte, Demokratie und Umweltschutz zu fordern oder zu garantieren, was auch zu einer Verschlechterung bestehender Mindeststandards bezüglich verantwortlicher Unternehmensführung führen könnte (vgl. Frynas/Paulo 2007:239,243). Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit aufstrebenden Staaten wie China bietet den afrikanischen Staaten Finanzmittel, ohne sich etwaigen (An)Forderungen Internationaler Organisationen, beispielsweise des Internationalen Währungsfonds, oder westlicher Regierungen, nach politischen oder wirtschaftlichen Reformen beugen zu müssen (vgl. Frynas/Paulo 200:239).

7.10. Kapitelzusammenfassung

Der nigerianische Staat bezieht rund 80% seiner Staatseinkünfte aus dem Erdöl- und Erdgassektor. Trotz der hohen Einnahmen hat dieser Wirtschaftssektor jedoch einen vergleichsweise geringen Einfluss auf das Bruttoinlandprodukt und führt zu wenig Beschäftigungswachstum. (Onwuemenyi 2012g:4ff) Obwohl der nigerianische Staat aus diesem Wirtschaftssektor hohe Einnahmen erzielt, schaffte er es nicht, eine ausgewogene Industrialisierung voranzutreiben. (Ikein 1990:87) Stattdessen hatten die Renteneinnahmen aus dem Erdölsektor negative Auswirkungen auf die politischen Strukturen und führten zu Korruption und Misswirtschaft (vgl. Frynas/Paulo 2007:248). „Oil and gas investment has many proven negative economic and social effects, which often outweigh the benefits. Whatever we call them, the new investments in the African oil and gas sector may not necessarily be good news for ordinary Africans.“ (Frynas/Paulo 2007:251)

Von den Erdöleinnahmen profitieren nur wenige, vorwiegend Eliten, andererseits werden soziale und regionale Gegensätze und Ungleichheiten verstärkt. „Handel, der auf dem Export von Primärgütern beruht, führt also in der Regel zu einer eklatanten Einkommensungleichheit.“ (Collier 2008:109) Ikein (1990:177) führt an, dass vor allem in „Entwicklungsländern“ nur ein kleiner Teil der Einnahmen aus der Erdölindustrie und generell der Rohstoffindustrien, der einheimischen Bevölkerung zugute kommt, da die erwirtschafteten Einnahmen häufig gerade dazu reichen, die Auslandsschulden zu begleichen bzw. laufend zurückzuzahlen.

Die Erdölindustrie führte zur „Stagflation“, das heißt zu Arbeitslosigkeit, Stagnation und Inflation. Im Gegensatz zur arbeits(kräfte)intensiven Landwirtschaft schafft der Erdölsektor

nicht viele Arbeitsplätze, auch und insbesondere nicht für die BewohnerInnen der erdölproduzierenden Gemeinden (vgl. Angaye 1986:65; Frynas/Paulo 2007:248). Gleichzeitig kommt es durch die Erdöl- und Erdgasindustrie vor allem in den städtischen Zentren des Nigerdeltas zu einem starken Preisanstieg und hohen Lebenshaltungskosten, auch für jene Teile der Bevölkerung, die nicht oder nur kaum von der Erdölindustrie profitieren (Ukeje et al. 2002:4).

8. „Allianz“ und Konkurrenz zwischen nigerianischer Regierung und Erdölkonzernen

„In Nigeria, the host government and the oil corporations are partners in the exploration and exploitation of the oil resource, but there has been no significant policy change toward the welfare of the oil producing areas.“ (Ikein 1990:28)

8.1. Interaktionen zwischen nigerianischem Staat, multinationalen Erdölkonzernen und Bevölkerung des Nigerdeltas

Multinationale Erdöl- und Erdgaskonzerne beuten die Erdöl- und Erdgas-Ressourcen Nigerias in Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der nigerianischen Regierung aus. Da dies häufig zu Lasten der Bevölkerung der erdölproduzierenden Regionen geschieht, empfinden viele BewohnerInnen des Nigerdeltas die Zusammenarbeit von Regierung und Konzernen bei der Erdölproduktion als eine „Allianz des Bösen“. Die Kooperation zwischen Regierung und Konzernen besteht in erster Linie darin, dass die Regierung die Erdöl- und Erdgas-Ressourcen besitzt und Produktionslizenzen vergibt, während die Konzerne die technologischen Mittel und das Know-how und Kapital mitbringen und den Großteil der Erdöl- und Erdgasressourcen fördern und produzieren (vgl. Ikein 1990:28).

Ikein beschreibt multinationale Konzerne als zeitgenössische Vertreter früherer kolonialer Interessen. „Apparently, multinational firms are no more than contemporary emissaries and purveyors of former colonial interests. [...] They are in Africa strictly for profit, to exploit Africa's valuable raw materials for the benefit of their home economies.“ (Ikein 1990:26) Die Konzerne sind mehr an der Maximierung ihrer Profite, als am Wohlergehen der *host communities*, also der Bevölkerung in ihrer Einflussosphäre, interessiert. „The activities, then, of multinational corporations are primarily designed to benefit the absentee parent body and are divorced from the host community's welfare.“ (Ikein 1990:28) Andererseits schaden schlechte Beziehungen zur und eine zu große Unzufriedenheit der Bevölkerung den Konzernen, da diese häufig zu Aufständen oder - wie im Nigerdelta - zur Bildung von Milizen führen.

Es dürfte wenig überraschen, dass multinationale Erdölkonzerne in erster Linie von Profitstreben und Gewinnmaximierung angetrieben werden, dennoch oder gerade deswegen tragen auch und vor allem große, einflussreiche Konzerne eine Verantwortung für Bevölkerung und Umwelt. Es ist aber die Hauptaufgabe des Staates, für das Wohlergehen und den Schutz seiner Bevölkerung zu sorgen, beispielsweise durch Kontrolle der Tätigkeiten der Konzerne, was der nigerianische Staat nicht in ausreichendem Maße zu tun scheint. „While this apparent neglect can be attributed to the purely capitalist inclinations of the multinational oil corporations, it is also true that even with the Nigerian government’s participation, the situation has not significantly improved.” (Ikein 1990:40) Auch der nigerianische Staat konzentriert sich in der Erdölindustrie mehr auf die Produktion und Erhöhung der Einnahmen, als auf eine Lösung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme, die diese für die erdölproduzierenden Regionen mit sich bringt. Vor allem während der Militärregierungen unterdrückte der Staat kritische Stimmen und Widerstand aus dem Volk – im Namen der Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung und nationaler Einheit. (Ojefia o.A.)

Die BewohnerInnen des Nigerdeltas sind Minderheiten und auch aus diesem Grund relativ machtlos gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Macht und Autorität der multinationalen Erdölkonzerne und der Regierung (vgl. Ikein 1990:47). Zugang zu staatlicher Macht bedeutet Zugang zu den Erdöleinnahmen: Die Tatsache, dass seit der Unabhängigkeit wenige Politiker aus dem Nigerdelta in der nigerianischen Zentralregierung vertreten waren, mag dazu beigetragen haben, dass die Politik lange Zeit wenig sensibel gegenüber den Problemen und Interessen der Bevölkerung des Nigerdeltas war. (Ojefia o.A.) Seit 2010 ist jedoch Goodluck Jonathan, ein Ijo aus dem Nigerdelta, Präsident des nigerianischen Staates. Dass sich allein dadurch die Missstände in den erdölproduzierenden Regionen in Wohlgefallen auflösen würden, war bei kritischer Betrachtung nicht zu erwarten. Auch wenn ethnische Loyalitäten eine Rolle in der nigerianischen Politik und Wirtschaft spielen, sind sie dennoch nicht alleinige Ursache und Lösung der bestehenden Probleme im Nigerdelta.

Der nigerianische Staat wandte lange Zeit Gewalt als Mittel im Umgang mit Protesten im Nigerdelta an: Die nigerianische Regierung entsandte Polizei, Militär und spezielle Einsatzkommandos ins Nigerdelta, um gegen jegliche Form von Protesten der nigerianischen Bevölkerung – selbst gegen friedliche und gewaltfreie Demonstrationen – vorzugehen. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch berichten, dass Polizei- und Militärgewalt gegen die Bevölkerung des Nigerdeltas auf der Tagesordnung stehen, es

komme immer wieder zu Militäreinsätzen, die unter der Zivilbevölkerung Menschenleben fordern⁹¹ (vgl. Ojefia o.A.; Atiri 2001:43; Barrett, E. 2006).

8.1.1. „Unheilige Allianz“ aus nigerianischem Staat und multinationalen Erdölkonzernen am Beispiel der Ogoni

Im Jahr 2009 musste Shell aufgrund einer außergerichtlichen Einigung 15,5 Millionen US-Dollar (rund 11,18 Millionen Euro) an die Familien der „Ogoni 9“ bezahlen. Diese außergerichtliche Einigung erfolgte nach einem Jahrzehnt Rechtsstreit zwischen Shell und den Familien der neun im Jahr 1995 zum Tode verurteilten Ogoni. 1996 hatten einige Ogoni gemeinsam mit dem *Center for Constitutional Rights* in New York einen Prozess gegen Shell angestrengt und den Konzern für die Mittäterschaft an der Ermordung der „Ogoni 9“ verantwortlich gemacht. Die Kläger warfen dem Konzern vor, verantwortlich für schwerste Umweltzerstörungen und mitverantwortlich für unzählige Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Vergewaltigungen und letztendlich für die Hinrichtungen von Ken Saro-Wiwa und seinen acht Mitstreitern zu sein, indem Shell Einsätze der nigerianischen Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung des Nigerdeltas beauftragt und finanziert und anschließend Zeugen im Prozess gegen die „Ogoni 9“ bestochen und zu Falschaussagen gedrängt hätte (vgl. Vanguard Nigeria 2009b; Der Standard 2009a; c).

Trotz dieser verhältnismäßig niedrigen Entschädigungszahlung hat das „Ogoni-9“-Urteil Signalwirkung und ist ein wichtiger Präzedenzfall, was die Verantwortung von multinationalen Konzernen betrifft, da er zeigt, dass multinationale Konzerne für ihre strafbaren Handlungen in einem Staat auch international bzw. in anderen Staaten gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Das Gerichtsverfahren in den USA war aufgrund eines US-amerikanischen Gesetzes möglich, welches auch Nicht-US-Bürger heranziehen können, um internationale Menschenrechtsverletzungen anzuklagen (vgl. Der Standard 2009a; c; Vanguard Nigeria 2009b).

⁹¹ Beispiele für die Repression des Widerstands im Nigerdelta durch Militär und Polizei sind die Niederwerfung der Rebellion von Adaka Boro und seinen Mitstreitern in den 1960ern und des Widerstands von MOSOP in den 1990ern, die „Feldzüge“ der *Internal Task Force* unter Major Okuntimo in den 1990ern, die Invasion von Odi im Jahr 1999, die Einsätze der *Joint Task Force* zu Beginn des 21. Jahrhunderts, und die mobilen Polizeieinheiten, die im Nigerdelta stationiert sind (vgl. Ojefia o.A.).

8.1.1.1. Ken Saro-Wiwa und MOSOP

Die Tätigkeiten von Shell hatten im Siedlungsraum der Ogoni⁹² starke Umweltverschmutzungen hervorgerufen, da der Konzern Farmland mit Pipelines überzogen, Sondermülldeponien angelegt und Ackerland und Flüsse – und damit die Lebensgrundlage vieler Ogoni – zerstört hatte, was den Widerstand der Ogoni unter Ken Saro-Wiwa hervorrief. Schon 1970 schickten Ogoni-Chiefs ein Memorandum an die *Shell Petroleum Development Company* (SPDC) und den Militärgouverneur von Rivers State und beschwerten sich über die von Shell ausgehende Umweltzerstörung. Noch 1995 bestritt die SPDC die ernstzunehmende Umweltzerstörung und sprach von “Umweltproblemen” (vgl. International Crisis Group 2008:3).

Obwohl das Ogonigebiet sehr wichtig für die nigerianische Erdölindustrie war und ist und die multinationalen Konzerne und der nigerianische Staat hohe Einnahmen durch die Erdölproduktion in dieser Region erwirtschafteten, profitierten die Ogoni nicht von diesen Einnahmen, die meisten Dörfer verfügten weder über Strom noch über sauberes Wasser (vgl. Affandi 2004). Die SPDC bestritt die Verantwortung für das Wohlergehen der Ogoni-Gemeinden und betonte, dass es die Aufgabe des nigerianischen Staates sei, seine Bevölkerung mit Infrastruktur und Sozialleistungen zu versorgen (vgl. Affandi 2004; International Crisis Group 2008:3; Human Rights Watch 1999:113). Die Ogoni betrachteten nicht allein Shell als verantwortlich für die Misere, sie erachteten die nigerianische Regierung und den Konzern als untrennbar in ihren Interessen verbunden und daher gleichermaßen verantwortlich für die Umweltschäden und die Entwicklung der Region und ihr Wohlergehen. (International Crisis Group 2008:6)

1989 gründete Ken Saro-Wiwa das *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP).⁹³ Kurz darauf verfasste die Organisation die *Ogoni Bill of Rights*, in welcher sie politische Autonomie und Repräsentation der Ogoni und einen fairen Anteil an den Erdöleinnahmen verlangte. MOSOP bekannte sich zum gewaltfreien Widerstand. 1992 stellte MOSOP der NNPC und den Erdölkonzernen im Nigerdelta ein Ultimatum und verlangte von diesen - rückwirkend für die letzten 30 Jahre - eine Gewinnbeteiligung bzw. Entschädigung,

⁹² Rund 500.000 Ogoni leben in Ogoniland, das östlich von Port Harcourt im Bundesstaat Rivers liegt und eine Fläche von rund 1.000 km² umfasst. Das Gebiet beheimatet einen großen Teil des nigerianischen Erdöl- und Erdgasvorkommens. (Affandi 2004)

⁹³ Daneben gab es noch ein paar kleine, weniger gut organisierte und verstreute Protestbewegungen (vgl. Human Rights Watch 1999:9).

andernfalls sie die Erdölproduktion einzustellen und das Nigerdelta zu verlassen hätten. Daneben stellten die Ogoni noch eine Reihe anderer Forderungen politischer Natur. SPDC und nigerianische Regierung ignorierten zunächst die Forderungen der Ogoni, weshalb diese begannen, gegen den Konzern zu demonstrieren und die Erdölproduktion zu blockieren. Im Jänner 1993 organisierten die Ogoni eine Massendemonstration gegen Shell mit rund 300.000 Mitgliedern. Im selben Jahr zog Shell seine ausländischen Arbeiter aus dem Ogoniland ab, um sie vor Übergriffen zu schützen und bat um Schutz durch das nigerianische Militär (vgl. Human Rights Watch 1999:113)⁹⁴.

Anstatt mit den Ogoni einen Konsens zu suchen, reagierte die Militärregierung unter Sani Abacha prompt mit einer Militäraktion auf die Proteste, die für sie eine Bedrohung der Erdölindustrie darstellten, und ging mit Repression und Gewalt gegen die meist friedlich demonstrierenden ZivilistInnen und die Anführer der Protestbewegungen vor. Hunderte von Menschen wurden getötet, noch mehr vertrieben und eine Vielzahl von (unrechtmäßig) inhaftierten ZivilistInnen gefoltert und vergewaltigt. Im Jänner 1994 stellte die Regierung die *Rivers State Internal Security Task Force* unter dem berüchtigten Lt Col. Paul Okuntimo auf, um die Proteste der Ogoni niederzuschlagen. Ken Saro-Wiwa wurde mehrere Male festgenommen und ohne Prozess inhaftiert (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996)⁹⁵.

Die Mitglieder von MOSOP beschuldigten Shell der Kollaboration mit der nigerianischen Militärregierung und untermauerten diese Anschuldigungen durch ein ihnen zugespieltes Dokument – einen Schriftverkehr zwischen *Rivers State Internal Security Task Force* und Shell, wonach Shell die *Task Force* dafür bezahlen würde, die Ogoni zu stoppen. Shell bestritt anfangs den Vorwurf der Zusammenarbeit mit den nigerianischen Sicherheitskräften und distanzierte sich von Äußerungen nigerianischer Sicherheitskräfte, wonach der Konzern militärische Unterstützung verlangt hätte und bedauerte die ausufernde Gewalt, die von den nigerianischen Sicherheitskräften ausging. Erst später räumten Verantwortliche von Shell ein, während der „Ogoni-Krise“ Direktzahlungen an die nigerianischen Sicherheitskräfte getätigt zu haben⁹⁶ (vgl. Human Rights Watch 1999:154ff, 12f; Van Gelder/Moerkamp 1996).

⁹⁴ Siehe auch International Crisis Group 2008:3ff; Van Gelder/Moerkamp 1996; Affandi 2004; Saro-Wiwa 1996:105;110; Obi 1999:53.

⁹⁵ Siehe auch Human Rights Watch 1999:113f; International Crisis Group 2008:3; Vanguard Nigeria 2009b; Fawole 2003:202; Obi 1999:55.

⁹⁶ Ehemalige Polizisten der Shell-Polizeitruppe, die aus dem Ogonigebiet stammten, gaben auch zu, dass sie die Aufgabe hatten, Demonstranten einzuschüchtern und zu schikanieren und gezielt Konflikte zwischen Ogoni und benachbarten Gemeinschaften zu schüren, um den Sicherheitskräften eine Rechtfertigung für das Entsenden des

In der Zwischenzeit kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Ogoni, die darin gipfelten, dass vier Ogoni-Anführer von einer wütenden Menge getötet wurden. Ken Saro-Wiwa und acht seiner Mitstreiter – welche mit den Morden nichts zu tun hatten - wurden vor einem eigens eingesetzten Spezialgericht, dem *Civil Disturbances Special Tribunal*, des Mordes angeklagt. Dieses beruhte auf einem gleichnamigen Gesetz und sah die Todesstrafe im Fall einer Verurteilung vor. 1995 wurden Ken Saro-Wiwa und seine Mitangeklagten schließlich in einem von Menschenrechtsorganisationen als Schauprozess bezeichneten Gerichtsverfahren zum Tode durch den Strang verurteilt. Der Prozess war gekennzeichnet von extremen Verfahrensmängeln und mangelnder Rechtsstaatlichkeit bzw. Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren.⁹⁷ Die Ogoni machten Shell für die Verurteilung der „Ogoni 9“ mitverantwortlich⁹⁸ (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996; International Crisis Group 2008:4; Human Rights Watch 1999:113ff; Der Standard 2009a; c).

Während des Gerichtsverfahrens äußerten Stimmen von innerhalb und außerhalb Nigerias Kritik an Shell und forderten den Konzern auf, zugunsten der „Ogoni 9“ zu intervenieren und auf die Regierung einzuwirken, damit diese die Urteile aussetze. Der Konzern lehnte dies zunächst ab und begründete seinen Standpunkt damit, dass es nicht angemessen wäre, dass ein wirtschaftliches Unternehmen Einfluss ausübt, um Gerichtsurteile zu beeinflussen und dass ein Wirtschaftskonzern wie Shell sich nicht in die internen Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischen dürfe. Schließlich beugte sich Shell bzw. die SPDC dem Druck der Weltöffentlichkeit und richtete im November 1995 ein Schreiben an General Abacha, in welchem um Umwandlung bzw. Aussetzung der Todesurteile aus humanitären Gründen ersucht wurde. Sani Abacha beugte sich dem Drängen zahlreicher NGOs und Regierungen und letztlich auch von Shell nicht und bestätigte die Todesurteile, welche wenig später vollstreckt wurden (vgl. Human Rights Watch 1999:13, 157; Affandi 2004).

Eine *Fact-Finding-Mission* der Vereinten Nationen besuchte Nigeria 1995 und stellte fest, dass die Prozesse, die zur Hinrichtung der „Ogoni 9“ geführt hatten, von vielen Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet waren. Die Verteidiger der Angeklagten waren bedroht

Militärs in die Region zu geben (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996; Human Rights Watch 1999:12,155; Ojatorotu/Okeke-Uzodike 2006:96f).

⁹⁷ So wurden etwa Zeugen bestochen, um gegen die Angeklagten auszusagen.

⁹⁸ Nach Angaben der Ogoni hatte einer der Shell-Manager Ken Saro-Wiwas Bruder „ins Gewissen geredet“, dass die Anklage gegen Saro-Wiwa womöglich fallen gelassen würde, sofern die Ogoni ihre Proteste einstellten (vgl. Der Standard 2009c).

und bei ihrer Arbeit behindert worden, wichtige Beweismittel der Verteidigung wurden nicht zugelassen und es wurde ein Urteil erlassen, obwohl die Angeklagten keine Möglichkeit erhalten hatten, sich zu äußern und angemessen zu verteidigen - grundlegende Verfahrensvorschriften wurden also nicht eingehalten. MenschenrechtsexpertInnen aus aller Welt (u.a. die Untersuchungskommission der UNO) bezeichneten die Prozesse als eine Farce (vgl. Human Rights Watch 1999:157).

Der *Commonwealth of Nations* setzte als Reaktion auf die Hinrichtung die Mitgliedschaft Nigerias von 1995 bis 1999 aus. Die Vereinten Nationen erließen eine UN-Resolution zu Nigeria vom 22.12.1995, in der sie die Hinrichtung Ken Saro-Wiwas und seiner Mitstreiter verurteilten und die Reaktion des *Commonwealth* begrüßten. 1997 setzte die UN-Menschenrechtskommission einen Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte in Nigeria ein, welchem die nigerianische Regierung jedoch die notwendige Zusammenarbeit verweigerte, weshalb dieser seinen Bericht mithilfe von Informationen, die er außerhalb des nigerianischen Staates sammelte, erstatten musste. Der Bericht attestierte dem nigerianischen Staat zahlreiche Verletzungen der Menschen- und Grundrechte und stellte fest, dass das nigerianische Rechtssystem Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht ausreichend achtete und die nigerianische Regierung nicht viel Wert auf Entwicklung und Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung legte (vgl. Human Rights Watch 1999:173ff; Fawole 2003:202; Obi 1999:40).

Auch die Europäische Union (EU) erließ nach der Hinrichtung der „Ogoni 9“ Sanktionen gegen Nigeria - zusätzlich zu jenen, die sie schon im Jahr 1993, nach der Annullierung der Wahlen und dem anschließenden Militärputsch, ausgesprochen hatte. Während europäische Staaten, die weniger abhängig von Nigeria als Öllieferant waren, eine strengere Linie gegen den nigerianischen Staat unter Abacha vertraten, sahen Staaten wie zum Beispiel Deutschland und Frankreich, die große Mengen von nigerianischem Öl importierten und mit Nigeria in intensiven Handelsbeziehungen standen, eher über die Menschenrechtsverletzungen hinweg⁹⁹ (vgl. Human Rights Watch 1999:176f). Auch die Vereinigten Staaten verhängten nach dem „Justizmord“ zusätzliche Sanktionen gegen Nigeria (vgl. Human Rights Watch 1999:178).

⁹⁹ Im Oktober 1998 hob der Rat der Europäischen Union die meisten Sanktionen gegen die nigerianische Regierung auf (Human Rights Watch 1999:177).

Der gewaltfreie Widerstand der Ogoni ist ein Paradebeispiel für den „revolutionären Kampf“ der Bevölkerung des Nigerdeltas um Anerkennung ihrer Rechte und für eine Veränderung der nigerianischen Politik und diente als Vorbild für andere Widerstandsbewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen (vgl. International Crisis Group 2008:8; Human Rights Watch 1999:117). „From our discussions so far, it is clear that the Ogoni struggle is one, of changing the status quo in Nigerian politics and government. It is a struggle born out of the frustration of their basic human needs, their need for development, a source of livelihood, and a right to a healthy and unpolluted environment.” (Atiri 2001:109) Auf internationaler Ebene erreichte Ken Saro-Wiwa jedoch erst größere Aufmerksamkeit, als er sich an die internationale Umwelt-Lobby wandte und so eine Verbindung zwischen der Verletzung von Menschenrechten und Minderheitenrechten der Ogoni und der Zerstörung der Umwelt des Nigerdeltas herstellte (vgl. Saro-Wiwa 1996:252; Vanguard Nigeria 2009b; Fawole 2003:200f).

8.1.1.2. Das Verhältnis von Shell zu den Ogoni

Von allen in Nigeria tätigen Konzernen hat Shell in den internationalen Medien die größte Aufmerksamkeit erlangt, einerseits da dieser der größte in Nigeria tätige multinationale Erdölkonzern ist und viele Jahre ein Monopol in der Erdölindustrie und daher auch eine privilegierte Beziehung zur nigerianischen Regierung hatte, andererseits da Shell vorwiegend *onshore*, also an Land, tätig war und dadurch direkten Kontakt zur Bevölkerung hatte. Diese Nähe zur Bevölkerung führte auch zu den Konflikten mit den Ogoni und MOSOP, welche dem Konzern weltweit Kritik und ein negatives Image einbrachten. (Human Rights Watch 1999:12)

Wenn in der Literatur über die nigerianische Erdölindustrie und die Ogoni von Shell die Rede ist, ist in den meisten Fällen die SPDC (*Shell Petroleum Development Company* gemeint)¹⁰⁰: Die SPDC ist ein Joint Venture zwischen Royal Dutch/Shell (30%), NNPC (55%), EPNL (Tochter von Total; 10%) und Agip (Tochter von Eni; 5%). Im Jahr 2007 kamen rund 12% der weltweiten Produktion von Shell aus Nigeria. Die NNPC dominiert die SPDC zwar anteilmäßig, Royal Dutch/Shell hat aber als “operator” eine spezielle Verantwortung für die täglichen Geschäfte rund um die Produktion. Royal Dutch/Shell und die anderen

¹⁰⁰ Andere Shell-Unternehmen in Nigeria: Shell Nigeria Exploration and Production Company (SNEPCo), Shell Nigeria Oil Products Limited (SNOP), Shell Nigeria Gas Limited (SNG) (vgl. Shell Jahresbericht 2006:4)

Erdölkonzerne aus dem Joint Venture und die staatliche NNPC teilen sich also die Verantwortung für alle Handlungen der SPDC (vgl. Shell Jahresbericht 2006:4; International Crisis Group 2008:2).

Die unrühmliche Verstrickung der SPDC in die Hinrichtungen von Ken Saro-Wiwa und seiner Mitstreiter führte zu einem Imageschaden für Shell; es kam weltweit zu Boykotts und Protesten. Dies veranlasste den Konzern dazu, seine Kernwerte und allgemeinen Geschäftsprinzipien zu überdenken und sich - zumindest nach außen hin - zur Einhaltung der Menschenrechte und Förderung nachhaltiger Entwicklung zu bekennen.¹⁰¹ (vgl. Affandi 2004; Obi 1999:53f)

Nach dem Tod von Ken Saro-Wiwa verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Shell und den Ogoni noch weiter. Trotz kommunaler Infrastruktur- und Entwicklungsprogramme der SPDC gestaltet sich die „Versöhnung“ zwischen SPDC und Ogoni schwierig¹⁰² (vgl. International Crisis Group 2008:4f; Affandi 2004). Im Juni 2008 entschied die nigerianische Regierung, dass die Erdöl-Konzession der SPDC im Ogoniland ersetzt wird, um so die Konflikte zwischen der Bevölkerung und dem Konzern zu beenden (vgl. International Crisis Group 2008:1; Der Standard 2008f).

Die Ankündigung, dass Shell/SPDC in Ogoniland durch einen anderen Konzern ersetzt werden würde, löste bei vielen Ogoni gemischte Gefühle aus. Während der langen - zum Teil 15-jährigen - Produktionspause hatten sich Umwelt und Landwirtschaft einigermaßen erholen können; viele Ogoni befürchteten, dass die Wiederaufnahme der Erdölproduktion die Regeneration der Natur wieder zunichte machen würde (vgl. International Crisis Group 2008:7ff). Obwohl Präsident Yar'Adua angekündigt hatte, dass die Ogoni als Stakeholder in die Beratungen bei der Auswahl eines neuen Operators miteinbezogen würden, geschah dies nicht, stattdessen übernahm die NNPC die „oil-production operating license“ und die Nigerian Petroleum Development Company (NPDC), eine Tochtergesellschaft der NNPC, wurde bestimmt, die Ölfelder zu bewirtschaften (vgl. International Crisis Group 2008:1,9).

¹⁰¹ Auch die Causa Brent Spar brachte Shell internationale Kritik ein.

¹⁰² Nach eigenen Angaben gibt die SPDC rund 33 Millionen US-Dollar jährlich für freiwillige Infrastruktur- und Entwicklungsprogramme in den Bereichen Gesundheitswesen, Schulwesen, Stipendien für SchülerInnen und StudentInnen etc. für die erdölproduzierenden Gemeinden aus (Affandi 2004).

8.1.2. Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Erdöl- und Erdgasindustrie

Die MitarbeiterInnen von multinationalen Konzernen in Nigeria sind einem hohen Sicherheitsrisiko ausgesetzt, Opfer von Geiselnahmen, Entführungen oder sonstigen Verbrechen zu werden. Die Erdölkonzerne haben ein legitimes Interesse an der Sicherheit und am Schutz ihrer MitarbeiterInnen vor Entführungen und an der Prävention von Sabotageakten und Angriffen auf die Produktionsstätten der Erdölindustrie (vgl. Human Rights Watch 1999:104; Affandi 2004). Die Erdölkonzerne betonen, dass sie einerseits Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und den nigerianischen Sicherheitskräften vermeiden wollen, andererseits aber gezwungen seien, die Polizei einzuschalten, wenn die Erdölproduktion aufgrund von Protesten etc. gefährdet sei. (Human Rights Watch 1999:152)

Aus diesem Grund gibt es verschiedene Sicherheitskräfte, die für die Erdölkonzerne arbeiten, wie zum Beispiel die *supernumerary police*, die Erdölinstallation der Konzerne bewacht. Diese Sicherheitskräfte werden von der nigerianischen Polizei trainiert und rekrutiert, aber von den Erdölkonzernen entlohnt und wurden in der Vergangenheit von diesen auch mit Waffen ausgestattet. Shell verfügt des Weiteren über *surveillance guards*, bei welchen es sich meist um Bauern handelt, die dafür bezahlt werden, dass sie auf ihren Feldern nach Pipelines und anderen Erdölinstallation sehen (vgl. Human Rights Watch 1999:104f,159; Shell Jahresbericht 2006:8; Affandi 2004). Zusätzlich zu den regulären Sicherheitsübereinkommen zwischen den Erdölkonzernen und der nigerianischen Regierung hat die nigerianische Regierung Sondereinsatzeinheiten (*Joint Task Forces*), bestehend aus Armee, Navy und Polizei, aufgestellt, um die Erdölindustrie vor Angriffen durch *ethnic militia* zu schützen und Proteste der Bevölkerung zu verhindern oder einzudämmen (vgl. Human Rights Watch 1999:109; Shell Jahresbericht 2006:8). „[...] oil is the lifeblood of the Nigerian federal government, and any threat to oil revenues is viewed in the most serious light.“ (Human Rights Watch 1999:109) Shell betont, keine Kontrolle bzw. Weisungsbefugnis über die *Joint Task Forces* zu haben, da diese der nigerianischen Regierung unterstehen (Shell Jahresbericht 2006:8). Die bekannteste, weil für ihre Gewaltexzesse gegenüber der Bevölkerung berüchtigte, *Joint Task Force* war die *Rivers State Internal Security Task Force*, die als

Reaktion auf die Ogoni-Bewegung MOSOP von der Regierung eingesetzt wurde.¹⁰³ (Human Rights Watch 1999:109)

Durch die Anwesenheit und Aktivitäten der Sicherheitskräfte kam es vor allem in den 1990er-Jahren immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen auf die Bevölkerung und mitunter zu schwersten Menschenrechtsverletzungen: Protestierende wurden von Sicherheitskräften geschlagen, vergewaltigt, misshandelt, willkürlich verhaftet und inhaftiert, oder im schlimmsten Fall getötet (vgl. Human Rights Watch 1999:12). DorfbewohnerInnen, die bei den Konzernen vorsprechen oder sich beschweren wollten, wurden sowohl von Polizisten, als auch von Angestellten der Erdölkonzerne angegriffen, erniedrigt, bedroht, geschlagen oder eingesperrt, bevor sie ihre Anliegen überhaupt vorbringen konnten (vgl. Human Rights Watch 1999:1f, 152). Obwohl die Erdölkonzerne beteuerten, Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung abzulehnen, kam es regelmäßig zu Übergriffen gegen DorfbewohnerInnen, die protestierten und Schadenersatz, Arbeitsplätze oder Entwicklungsprojekte verlangten, da die Konzerne häufig Militär und Polizei riefen, wenn sie sich mit – wenn auch friedlichen – Protesten konfrontiert sahen¹⁰⁴ (vgl. Human Rights Watch 1999:112ff, 132; Oyadongha 2009f:54).

Den meisten Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte gingen Forderungen nach Schadenersatz und Entschädigung oder Beschwerden über Umweltschäden voran. Die nigerianische Regierung überließ den Konzernen die Bewertung von Grund und Boden und die Verhandlung und Abwicklung von Schadenersatz- und Entschädigungszahlungen. Die erdölproduzierenden Dörfer haben gegenüber den Konzernen eine schwache Verhandlungsbasis, auch wenn sie teilweise von Anwälten und NGOs vertreten werden. Dies führt dazu, dass die DorfbewohnerInnen ihre rechtlichen Forderungen, wie zum Beispiel nach Schadenersatz, oft schwer oder gar nicht durchsetzen können und sie zu Mitteln wie Protesten oder Störungen der Produktion greifen (vgl. Human Rights Watch 1999:4,146).

Einer der tragischsten Vorfälle, bei welchem ein Erdölkonzern direkt in Menschenrechtsverletzungen durch die nigerianischen Sicherheitskräfte involviert war, ereignete sich in Umuechem: Im Oktober 1990 verlangten DemonstrantInnen aus Umuechem (östlich von Port Harcourt in Rivers State) in friedlichen Protesten bei einer Shell-Anlage die

¹⁰³ Andere *task forces* sind z.B. „Operation Salvage“ in Bayelsa State oder „Operation Flush“ in Rivers State. Diese Einheiten haben den Ruf, zu den gewalttätigsten Polizeieinheiten Nigerias zu gehören (vgl. Human Rights Watch 1999:110).

¹⁰⁴ Die Erdölkonzerne sind verpflichtet, die Regierung von Störungen oder Bedrohungen der Erdölindustrie zu verständigen (Human Rights Watch 1999:106).

Versorgung mit Strom, Wasser, Straßen und eine Entschädigung für Erdölverschmutzungen an Feldfrüchten und Gewässern. Ein SPDC-Manager bat um die Unterstützung der für ihre Gewaltexzesse berüchtigten *Mobile Police*, deren Einsatz schließlich zum Tod von 80 unbewaffneten DorfbewohnerInnen und zur Zerstörung von etwa 500 Häusern führte. Der nigerianische Staat bezahlte keinen Schadenersatz oder Schmerzensgeld für die entstandenen Schäden und die verlorenen Menschenleben. Shell/SPDC betonte, aus diesem Vorfall gelernt zu haben, forderte aber auch danach noch die Unterstützung von Polizei und Militär an (vgl. Human Rights Watch 1999:14,112f,162; Saro-Wiwa 1996:248f; Ojefia o.A.; Obi 1999:55).

Vor allem während der Militärregierungen war es für die Bevölkerung schwierig, ihre Rechte geltend zu machen. Geschädigte DorfbewohnerInnen hatten gegenüber den multinationalen Konzernen eine sehr schwache Verhandlungsbasis, welche sich durch die vorherrschende Korruption und die mangelnde politische Vertretung der BürgerInnen noch verschlechterte. Gerichtsverfahren in Nigeria sind langwierig und kostenintensiv, Gerichtsurteile wurden häufig nicht beachtet bzw. durchgesetzt (vgl. Human Rights Watch 1999:141ff). Wenn sich Betroffene von Menschenrechtsverletzungen gerichtlich zu wehren versuchten, wurden sie häufig bedroht und genötigt, die Klage niederzulegen (Human Rights Watch 1999:132). Auch wenn die Namen der Polizisten bzw. Verantwortlichen bekannt waren, welche ungerechtfertigte Angriffe auf Zivilpersonen verübt hatten, wurden diese dafür meist nicht zur Rechenschaft gezogen; Geschädigte hatten wenig Chancen auf Schadenersatz und Wiedergutmachung (Human Rights Watch 1999:115).

Andererseits kam es allein durch die Präsenz von Securitypersonal und Militär in der Region zu Menschenrechtsverletzungen. DorfbewohnerInnen, deren Dörfer, Äcker oder Fischteiche in der Nähe von Erdölanlagen lagen, waren Belästigungen, Misshandlungen oder Vergewaltigungen durch Soldaten oder Sicherheitsmitarbeitern der Erdölkonzerne ausgesetzt (vgl. Human Rights Watch 1999:11,127,141). Seit der Wiedereinführung der Zivilregierung 1999 hat sich die Häufigkeit von Menschenrechtsverletzungen vermindert, dennoch kommt es nach wie vor zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung, vor allem während Polizei- und Militäraktionen gegen MEND und andere *ethnic militia*.

Es wäre jedoch verfehlt, die Schuld für die Gewalt gegenüber der Bevölkerung allein bei den Erdöl- und Erdgaskonzernen zu suchen: Die Konzerne und ihre MitarbeiterInnen arbeiten in Nigeria in einem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Umfeld - auf staatlicher und

bundesstaatlicher Ebene und in den Gemeinden, in deren Umfeld sie tätig sind. Aufeinanderfolgende Militärregierungen haben einen großen Teil der Einnahmen aus der Erdölindustrie verschwendet oder außer Landes gebracht, anstatt es in Wirtschaft, Bildung oder Infrastruktur zu investieren und haben die Wirtschaft dadurch langfristig geschwächt (Human Rights Watch 1999:145). Aus diesem Grund sind viele junge Menschen im Nigerdelta verärgert und desillusioniert. Da sie sich von der Regierung in Abuja wenig erwarten, wenden sie sich mit ihren Forderungen häufig direkt an die Konzerne, so etwa mit Forderungen nach Jobs oder Infrastruktur (vgl. Affandi 2004).

Die Menschen sind der Ansicht, dass nicht nur die nigerianische Regierung, sondern auch die Erdölkonzerne eine Verantwortung für die Entwicklung und das Wohlergehen der ansässigen Bevölkerung tragen; insbesondere da diese oftmals wesentlich präsenter als Regierungsbehörden und –einrichtungen sind (vgl. Human Rights Watch 1999:92). Wenn die Konzerne ihren Forderungen nach Infrastruktur, Jobs etc. nicht nachkommen, reagieren DorfbewohnerInnen mitunter gewaltbereit. Wenn die betroffenen Konzerne wiederum die Polizei einschalten, reagiert diese häufig hart und geht auf die vermeintlichen „Angreifer“ mit unverhältnismäßiger Gewalt vor (vgl. Affandi 2004).

Dass die Erdölkonzerne in Nigeria einem schwierigen politischen und sozialen Umfeld ausgesetzt sind befreit sie nicht von der Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen, die sich in ihrem Umfeld und aufgrund ihrer Tätigkeiten ereignen, oder gar von ihren eigenen MitarbeiterInnen verursacht werden (vgl. Human Rights Watch 1999:145). Konzerne verlangen zu Recht Schutz ihres Personals und Eigentums, dieser darf aber nicht in Menschenrechtsverletzungen gegen die lokale Bevölkerung resultieren. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* ist der Meinung, dass die Erdölkonzerne auch eine Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen seitens der nigerianischen Sicherheitskräfte und des Militärs im Zusammenhang mit der nigerianischen Erdölindustrie zu tragen haben, auch wenn sie diese nicht selbst um Unterstützung gebeten haben (vgl. Human Rights Watch 1999:1ff,164). Die Verantwortung der Erdölkonzerne für Menschenrechtsverletzungen durch die nigerianischen Sicherheitskräfte ist noch größer, wenn sie diese selbst angefordert haben (Human Rights Watch 1999:154).

Es liegt auch im Interesse der Erdölkonzerne, für ein friedliches Auskommen mit der Bevölkerung zu sorgen, anstatt sich hinter dem Schutz von Militär und Polizei zu verstecken:

BewohnerInnen des Nigerdeltas, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Soldaten oder Sicherheitskräfte wurden, geben dafür häufig den Ölkonzernen die Schuld, wodurch sich die Beziehung zwischen der Bevölkerung und Erdölkonzernen weiter verschlechtert (vgl. Human Rights Watch 1999:142).

8.1.3. Reaktionen der Erdölkonzerne auf Konflikte mit der Bevölkerung

Wenn Erdölkonzerne und nigerianische Regierung auf Petitionen, friedliche Proteste und andere Formen der Kontaktaufnahme durch die Bevölkerung des Nigerdeltas nicht reagieren, greifen einzelne Gruppen auf gewaltsame Mittel zurück, wie etwa Blockaden von Erdölanlagen oder Entführungen von Erdölmitarbeitern, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und das zu bekommen, was ihnen ihrer Meinung nach zusteht. Manche erdölproduzierenden Gemeinden gehen zu Angriffen auf und Störungen der Produktion der multinationalen Konzerne über, wenn sie der Meinung sind, dass diese ihre Verpflichtungen in Bezug auf *Corporate Social Responsibility* ihnen gegenüber nicht erfüllen (vgl. Ikelegbe 2006:44; Francis 2011a; b; Atiri 2001:43). „The MNCs have contributed to the economy of conflict by creating a condition where violently compelled benefits became the only means of obtaining any benefits and good corporate governance.“ (Ikelegbe 2006:50)

Der Umgang der multinationalen Konzerne mit Protesten und ihre Reaktionen auf die angespannten Beziehungen zur Bevölkerung führen häufig zu noch mehr Gewalt und Feindseligkeit. Vor allem die Tatsache, dass sich die Konzerne in der Vergangenheit hinter dem Schutz der nigerianischen Sicherheitsbehörden „versteckten“, diese mit Waffen belieferten und dazu anhielten, die eigene Bevölkerung einzuschüchtern und zu terrorisieren, wie sich deutlich am Beispiel der Ogoni zeigt, verschärfte die Situation und vergrößerte den Hass der Bevölkerung auf die Ölkonzerne und die nigerianische Regierung (vgl. Ikelegbe 2006:44,50).

Anstatt der Bevölkerung adäquate Entschädigungs- und Schadenersatzzahlungen für erlittene Umweltschäden zu bezahlen, bezahlen die Konzerne häufig Bestechungsgelder an Einzelpersonen, Milizen oder sogenannte *area boys* oder schließen mit diesen Schutz- und Überwachungsverträge ab. Diese Vorgehensweise seitens der Konzerne führte auch zu einem gewissen Umdenken bei Jugendlichen und arbeitslosen jungen Menschen im Nigerdelta, die

erkannten, wie “einfach” sie mit illegalen Tätigkeiten zu Geld kommen (vgl. Ikelegbe 2006:44f).

Häufig sind Subunternehmer oder Vertragspartner von Shell bzw. SPDC verantwortlich für Konflikte mit der ansässigen Bevölkerung, welche diese aber als Teil des Konzerns Shell betrachtet. „So gälten Angestellte und Subunternehmen von Shell gemeinhin als korrupt. Letztere hätten Konflikte absichtlich geschürt. Wenn sie sich dann aufgrund der Sicherheitslage zurückziehen mussten, konnten sie von Shell Kompensation verlangen.“ (Veit 2004) Shell-Angestellte und/oder Subunternehmer verbünden sich andererseits auch manchmal mit Dorfbewohnern und sabotieren Shell-Anlagen, um Ölschleppungen zu verursachen und so Reinigungsverträge zu akquirieren und Schadenersatz verlangen zu können (vgl. Veit 2004).

In der Expertise einer Beratungsfirma von Shell stellte diese fest, dass Shell zu den Konflikten beitrage, dies vor allem durch die Art und Weise, wie der Konzern Verträge vergibt, wie er sich Land aneignet und wie er mit RepräsentantInnen der lokalen Bevölkerung umgeht. Shell reagierte auf diese Kritik und auf die angespannte Sicherheitslage, die den Konzern dazu zwang, in einigen Gebieten seine Erdölproduktion einzustellen und versuchte, sein Verhältnis zur Bevölkerung zu verbessern, indem er Entwicklungsprojekte durchführte, Stipendien vergab, Verträge mit lokalen Sicherheitsdiensten abschloss und das Gespräch mit der Bevölkerung suchte (vgl. Veit 2004; Shell Jahresbericht 2006:6ff).

8.2. *Corporate Social Responsibility* - Verantwortung der Konzerne für das Wohlergehen der Bevölkerung

8.2.1. Multinationale Konzerne und ihre Pflichten in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz

Dass Staaten bzw. Regierungen verpflichtet sind, die Menschenrechte in ihren Hoheitsgebieten zu achten und Umweltschutzstandards etc. zu gewährleisten, wird bis auf wenige Ausnahmen von der Staatengemeinschaft anerkannt. Die Pflicht, Menschenrechte und Umweltschutz zu respektieren und zu achten, trifft auch internationale und multinationale Konzerne im Bereich ihrer Arbeits- und Einflussphäre. Große transnationale Konzerne sind

schwer zu kontrollieren, sie agieren über nationalstaatliche Grenzen und Gesetze hinweg und machen enorme Umsätze, die ihnen wirtschaftliche und politische Macht verleihen (vgl. Affandi 2004). Die Jahresumsätze mancher Konzerne übersteigen das Bruttoinlandsprodukt kleiner oder mittlerer Industriestaaten - große Konzerne verfügen also über sehr viel Macht und Einfluss und sollten daher ausreichend kontrolliert und vor allem an Menschenrechtsregimes gebunden sein (vgl. Affandi 2004; Human Rights Watch 1999:146f). Dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass vielen bewaffneten Konflikten in afrikanischen Staaten wirtschaftliche Interessen zugrunde liegen (vgl. Der Standard 2008h; Sorell 2006:286).

Das bestehende Regelwerk der *World Trade Organization* (WTO) für Wirtschaft und Handel ist stark beeinflusst von den Interessen der Industrieländer und der transnationalen Konzerne und relativ „konzernfreundlich“ ausgestaltet. Aus diesem Grund gibt es seit den 1980ern Versuche, einen verbindlichen *Code of Conduct* für transnationale Konzerne zu etablieren. Bis dato wurden jedoch nur eine Reihe freiwilliger Verhaltensnormen bzw. *codes of conduct* von NGOs, internationalen Organisationen oder einzelnen Regierungen ausgearbeitet. Ein Beispiel hierfür sind die OECD-Leitsätze¹⁰⁵ für multinationale Unternehmen (*Declaration and Guidelines on International Investment for Multinational Enterprises [1976]*) (vgl. Human Rights Watch 1999:180; Bamodu 2006:162).

Transnationale Konzerne sind nicht Parteien der internationalen Menschenrechtsverträge, sie sind lediglich an nationales Recht gebunden; allerdings legen viele Staaten der Welt wenig Wert auf Menschenrechte, vor allem dann nicht, wenn ihre wirtschaftlichen Interessen auf dem Spiel stehen. Die Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte der Vereinten Nationen versuchte dieses Problem 2003 mit der Ausarbeitung der *Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights*¹⁰⁶ zu lösen, welche sich inhaltlich stark an den beiden Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen orientierten (vgl. Sorell 2006:284, ECOSOC).

Die UN-Menschenrechtsnormen für transnationale Konzerne legen die Verantwortlichkeit der Konzerne in den Bereichen Arbeitnehmerschutz, Entwicklung, Umweltschutz, Interaktion mit

¹⁰⁵ Organization for Economic Cooperation and Development

¹⁰⁶ U.N. Doc. E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2 (2003)

den Regierungen, etc. fest und setzen internationale Standards, um so das Verhalten transnationaler Konzerne zu beeinflussen. Die Reaktionen der transnationalen Konzerne auf die UNO-Menschenrechtsnormen für transnationale Konzerne sind unterschiedlich, aber mehr ablehnend als positiv (vgl. Sorell 2006:284f). § 1 der *Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights* legt Folgendes fest:

§ 1: “States have the primary responsibility to promote, secure the fulfilment of, respect, ensure respect of and protect human rights recognized in international as well as national law, including ensuring that transnational corporations and other business enterprises respect human rights. Within their respective spheres of activity and influence, transnational corporations and other business enterprises have the obligation to promote, secure the fulfilment of, respect, ensure respect of and protect human rights recognized in international as well as national law, including the rights and interests of indigenous peoples and other vulnerable groups.” (ECOSOC: Economic, Social and Cultural Rights. Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights. E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2)

Die Rechtsdurchsetzung der UNO-Menschenrechtsnormen ist jedoch schwierig. Es bedarf eines internationalen Vertrages, damit die UNO-Menschenrechtsnormen für transnationale Unternehmen verbindliches Recht werden - wie die beiden UN-Menschenrechtspakte Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (vgl. Sorell 2006:287; ECOSOC).

Der nigerianische Staat bzw. die nigerianische Gesetzgebung gewährte den Erdölkonzernen lange Zeit freie Hand bei der Erdölproduktion und im Umgang mit der Bevölkerung der erdölproduzierenden Regionen. Das zeigt sich unter anderem an der Zahnlosigkeit bestehender Umweltschutzgesetze und an den niedrigen Strafen, die die Konzerne im Fall von Umweltvergehen zu tragen haben (vgl. Kubeyinje/Nezianya 1999). Diesbezüglich scheint jedoch eine positive Bewusstseinsveränderung bei den Erdölkonzernen und beim nigerianischen Staat stattzufinden (Onwuemenyi 2012f:55).

Die Erdölkonzerne weigerten sich in der Vergangenheit, einen politischen Standpunkt zur menschenrechtlichen Situation in ihren Gastländern einzunehmen, und betonten, sich nicht in die internen Angelegenheiten souveräner Staaten einmischen zu wollen. Große Konzerne – vor allem wenn sie, wie in Nigeria, in Joint Ventures mit dem Staat zusammenarbeiten - versuchen jedoch regelmäßig, Regierungen und Gesetzgebung in Bezug auf Gesundheitspolitik, Arbeitsrecht, Umweltschutz, Investitions- oder Steuerpolitik zu

beeinflussen. Dass sie sich im Bereich der Menschenrechte nicht in die internen Angelegenheiten ihrer Gastländer einmischen wollen, erscheint somit fragwürdig (vgl. Human Rights Watch 1999:147ff). Letztlich ist ein gutes Auskommen der Konzerne mit der Bevölkerung auch in deren Sinne, da sich jede Störung der Erdölproduktion durch Proteste oder Anschläge in geringeren finanziellen Einnahmen für die Konzerne und die nigerianische Regierung niederschlägt (vgl. Human Rights Watch 1999:150).

Shell hat im Zusammenhang mit seinen Tätigkeiten in Nigeria mehr (negative) internationale Aufmerksamkeit erregt als andere Erdölkonzerne. Dies einerseits, da der Konzern am längsten in Nigeria tätig ist (und in den Anfängen der Erdölindustrie diese dominierte) und andererseits vorwiegend *onshore* - und damit in unmittelbarer Nähe zu menschlichen Niederlassungen – produziert; und vor allem durch den Konflikt mit MOSOP und Ken Saro-Wiwa ein negatives Image bekommen hat (Human Rights Watch 1999:147). Vor diesem Hintergrund ist positiv anzumerken, dass die SPDC der erste Konzern in Nigeria war, der seine Geschäftspraktiken in Bezug auf Menschenrechte überdachte und überarbeitete (vgl. Human Rights Watch 1999:148,169). Im Gegensatz zu anderen multinationalen Konzernen haben Shell und BP bereits Anstrengungen unternommen, die UNO-Menschenrechtsnormen für transnationale Unternehmen in ihre Unternehmensführung zu integrieren (Sorell 2006:297).

8.2.2. Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte der Erdöl- und Erdgaskonzerne

Die multinationalen Erdölkonzerne behaupteten zwar in der Vergangenheit, nicht für Entwicklungsprojekte in der Region verantwortlich zu sein, da das Wohlergehen der Region primär in der Verantwortung der nigerianischen Regierung läge, dass sie aber aus Kulanz eigene Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte durchführten und für diese beträchtliche Summen ausgeben würden (vgl. Human Rights Watch 1999:92f; Shell Jahresbericht 2006:24ff). Die SPDC gibt beispielsweise an, im Jahr 2010 rund 9 Milliarden Naira (rund 44 Millionen Euro) für Entwicklungsprojekte ausgegeben zu haben (Sweet Crude December 2011d:49). Auch einheimische Erdölkonzerne finanzieren Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte; da es sich hierbei meistens um kleinere Unternehmen handelt, sind ihre Ausgaben niedriger (vgl. Ekpo 2004:63f).

Die Entwicklungsprojekte der Erdölkonzerne sind jedoch oft nicht an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst. Häufig werden sie nicht vollständig oder nur unzureichend

ausgeführt; so entstehen beispielsweise Krankenhäuser ohne Strom- und Wasserversorgung (vgl. Human Rights Watch 1999:8,94; Ukeje et al. 2002:31). Die Projekte sind je nach Projekttyp mehr oder weniger effizient: Shell hat in den 1990ern seine Projekte folgendermaßen evaluiert: Seine wasserbezogenen Projekte waren zu 58% erfolglos und zu 18% erfolgreich, die landwirtschaftlichen Projekte waren zu 73% erfolgreich und nur zu 2% gänzlich erfolglos. (Human Rights Watch 1999:96) Die Konzerne unternehmen oft teure, unzweckmäßige Projekte, während grundlegende Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung fehlt; besonders bei teuren Projekten kommt es immer wieder zu Korruption und Untreue (vgl. Human Rights Watch 1999:94ff).

Auch in der Erdölindustrie ist Korruption weitverbreitet, wie etwa bei der Vergabe von Verträgen für Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte. Vertragspartner der Erdölkonzerne berichten, dass Konzernangestellte im mittleren Management regelmäßig einen gewissen Prozentsatz des Projektbudgets veruntreuen und Verträge nicht den Bestanbietern überlassen. Vertragspartner - oft Chiefs oder Angehörige der lokalen Elite - behalten wiederum einen Teil des für ein Projekt zur Verfügung gestellten Budgets ein. Manche Projekte existieren nur auf dem Papier; das von den Konzernen bereitgestellte Geld verschwindet in dunklen Kanälen. Ein Teil der Gelder, die von den Erdölkonzernen offiziell für Entwicklungsprojekte bereitgestellt werden, wird auch dazu verwendet, militante Gruppierungen oder „Unruhestifter“ zu bestechen. In einem Interview im Jahr 1995 teilte ein Shell-Mitarbeiter der London Sunday Times mit, dass Shell mehr Geld für Bestechungen ausbebe, als für Entwicklungsprojekte (vgl. Human Rights Watch 1999:94ff).

Die Verteilung bzw. Standortbestimmung von Entwicklungsprojekten und Vergabe von Verträgen führt oft zu Spannungen zwischen Dorfgemeinschaften. Dass Erdölkonzerne in der Vergangenheit bewusst Konflikte schürten, etwa durch gezielte Zuteilung (oder Nicht-Zuteilung) von Entwicklungs- und Infrastrukturprojekten, um so Neid und Missgunst zu schüren und eine größere Solidarität und damit ein geeintes Vorgehen der Bevölkerung gegen Erdölkonzerne zu verhindern, kann nicht bewiesen werden. Tatsache ist, dass die Vergabe von Verträgen und Durchführung von Projekten der Erdölkonzerne regelmäßig zu Konflikten zwischen einzelnen Gemeinden führt oder bestehende Konflikte verschärft (vgl. Human Rights Watch 1999:100).

Bei den konzerneigenen Entwicklungsprojekten handelt es sich zwar um freiwillige Ausgaben, manche Erdölkonzerne zogen diese Zahlungen jedoch von ihren obligatorischen Zahlungen an die OMPADEC und an deren Nachfolgerin, die NDDC, ab (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996; Ogbu/Ezigbo 2004:1f). Was die Konzerne als Entwicklungsprojekte bezeichnen, sind zudem oft Straßen- oder Infrastrukturausbauprojekte in den Zentren der Erdölindustrie, die in erster Linie den Erdölkonzernen und ihren Vertragspartnern und weniger der ansässigen Bevölkerung dienen (vgl. Ikein 1990:90f; Van Gelder/Moerkamp 1996).

Seit 2006 pflegt die SPDC, wie auch andere multinationale Konzerne, eine neue Form der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung durch *Global Memoranda of Understanding* (GMoU). Diese Übereinkommen ermöglichen laut SPDC eine transparente und verantwortliche Zusammenarbeit mit den Stakeholdern. Ein *Global Memorandum of Understanding* wird zwischen einem Konzern und mehreren Dorfgemeinschaften vereinbart und bietet Vertretern der Bevölkerung, der Erdölkonzerne, der Regierungen der verschiedenen staatlichen Ebenen und Vertretern von NGOs eine Plattform, um Entscheidungen bezüglich der durchzuführenden Projekte zu treffen. Im Rahmen eines GMoU entscheiden die Gemeinden selbst über die Planung der Projekte und Maßnahmen, und die Konzerne bzw. Joint Ventures stellen dafür die finanziellen Mittel für einen gewissen Zeitraum bereit. Diese Vorgangsweise ersetzt die frühere Praxis, wonach ein Konzern eine große Anzahl einzelner Projekte mit den Dörfern ausverhandelte und diese selbst durchführte (vgl. Sweet Crude December 2011a; Shell Jahresbericht 2006:8,24).

8.3. Ursachen der Konflikte und Lösungsversuche seitens der verschiedenen Akteure

Die hohe Arbeitslosigkeit im Nigerdelta führt zu Kriminalität und Konflikten: Viele junge Menschen wandern auf der Suche nach Jobs vom Land in die Städte ab, andere widmen sich illegalen Tätigkeiten um zu überleben. Aus Mangel an Alternativen schließen sich viele junge Bewohner des Nigerdeltas militanten Gruppierungen wie MEND - oder auch Verbrecherbanden - an und/oder widmen sich illegalen Tätigkeiten in der Erdölindustrie, wie dem Diebstahl und anschließendem Raffinieren von Erdöl (vgl. International Crisis Group 2008:13).

Abgesehen davon haben sich Proteste, Störungen der Produktion und Entführungen von Erdölarbeitern als mitunter einziges effektives Mittel erwiesen, die Aufmerksamkeit der Regierung und der Erdölkonzerne zu erlangen und von diesen ernstgenommen zu werden bzw. Forderungen durchzusetzen. (Atiri 2001:43)

“Over the years, the «communities» have also learned that they would never get anything from the government, or be taken seriously by the government, if force were not applied. They therefore, have learnt that kid-napping oil workers, sabotaging installations, and preventing the oil companies from operating, are very effective ways of getting the attention of the government and the oil companies.” (Atiri 2001:43)

Der nigerianische Staat versuchte viele Jahre, die Proteste, Entführungen und den illegalen Handel mit dem Erdöl gewaltsam zu unterbinden. Es wurden verschiedenste Spezialeinheiten ins Nigerdelta berufen, all dies führte jedoch zu einer weiteren Militarisierung der Region (vgl. Human Rights Watch 1999:10,184). „The region has been made even more insecure by the activities of the security agencies.” (Ikelegbe 2006:44) Die staatlichen Sicherheitsbehörden gingen in der Vergangenheit - und gehen auch heute noch - mit äußerster Brutalität und ohne Rücksicht auf Verluste von Menschenleben nicht nur gegen vermeintliche Milizen, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung im Nigerdelta vor. Ein Großteil der erdölproduzierenden Gemeinden im Nigerdelta war schon von Gewalt durch nigerianische Sicherheitskräfte betroffen. Bei der Suche nach Rebellen kam es wiederholt zu Rundumschlägen und Rachefeldzügen gegen Dörfer, in denen diese vermutet wurden, wobei Aufständische wie ZivilistInnen getötet, vergewaltigt und gefoltert und Dörfer niedergebrannt wurden. Viele DorfbewohnerInnen mussten fliehen und wurden zu Binnenflüchtlingen¹⁰⁷ (vgl. Ikelegbe 2006:44; Okonta 2006a, Human Rights Watch 1999:111; Onoyume 2009b:19).

Die anfängliche Laissez-faire-Politik der Regierung gegenüber ethnischen Milizen führte zur Neugründung einer Vielzahl von *ethnic militia*. Doch auch das schärfere Vorgehen der nigerianischen Bundesregierung hatte nicht deren Auflösung oder Zurückdrängung zur Folge, stattdessen verschärfte sich das Sicherheitsproblem im Nigerdelta und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Milizen und Polizei, Militär oder *Joint Task Force*, die nicht selten zu „Kollateralschäden“ an der Bevölkerung führen (vgl. Agbu 2004:34ff).

¹⁰⁷ Das Verhältnis zwischen Bevölkerung und *Joint Task Force* ist jedoch nicht überall schlecht, oftmals sucht die Bevölkerung auch die Hilfe der *Joint Task Force* bei der Bekämpfung der Kriminalität und unterstützt diese zum Beispiel durch Spenden oder Auslieferung von vermeintlichen Kriminellen (vgl. Onoyume 2012c:47).

Neben dem Einsatz von Gewalt gegen vermeintliche Unruhestifter griffen die verschiedenen Regierungen auch zu anderen Strategien des Umgangs mit Konflikten und Widerstand im Nigerdelta, wie zum Beispiel zu Bestechung, Erpressung und Einschüchterung einflussreicher Politiker der Region, um diese von widersprechenden oder unbequemen Standpunkten abzubringen. Die Regierung versuchte auch, Widerstandsbewegungen und Organisationen durch verschiedene Formen der Unterwanderung, Aufwiegelung, Allianzenbildung und Beschwichtigungspolitik zu schwächen oder zu entzweien. “Beyond the use of violence, ample use has been made of various carrot and stick tactics. In the process, a combination of appeasement, subterfuge/infiltration and dilution through alliances have been used.” (Ojefia o.A.)

Auch die Gründung von Bundesstaaten und Local Governments, die Erhöhung des Derivationsprinzips auf 13% und die Gründung von staatlichen Einrichtungen mit Augenmerk auf das Nigerdelta, wie beispielsweise *Oil Mineral Areas Development Commission* (OMPADEC) im Jahr 1992, *Petroleum Trust Fund* (PTF)¹⁰⁸ 1994 oder *Niger Delta Development Commission* (NDDC) 2002, sind Antworten der Regierung auf die Krise im Nigerdelta und Versuche, der aufgebrachten Bevölkerung entgegenzukommen (vgl. Ojefia o.A.).

Ojefia sieht die Schaffung von staatlichen Einrichtungen wie OMPADEC und NDDC oder Umweltschutzorganisationen, die sich mit den speziellen Problemen der erdölproduzierenden Regionen befassen sollten, als eine Strategie, die Bevölkerung des Nigerdeltas zu beschwichtigen, ohne große Umwälzungen vornehmen zu müssen bzw. das System grundlegend zu verändern. “The purpose of all these is to legitimize the Nigerian State and the oil companies. However, the very nature of the State makes all these ineffectual.” (Ojefia o.A.) Ojefia argumentiert, dass all diese Maßnahmen und Versuche der nigerianischen Bundesregierung, die sozioökonomische Situation zu verbessern und Umweltprobleme zu lindern, halbherzig und nicht partizipatorisch wären und für die herrschenden Eliten eine Möglichkeit zur „Privatisierung“ bzw. Aneignung von öffentlichen Geldern bildeten.

¹⁰⁸ Der PTF wird aus einem bestimmten Prozentsatz aus dem Verkauf von raffinierten Erdölprodukten finanziert und führt damit - im Gegensatz zur OMPADEC - Infrastrukturprojekte nicht nur im Nigerdelta, sondern in ganz Nigeria durch (vgl. Kubeyinje/Nezianya 1999; Van Gelder/Moerkamp 1996).

8.3.1. *Oil Mineral Producing Areas Development Commission (OMPADEC)*

Im Jahr 1992 gründete die Regierung unter Ibrahim Babangida mittels Militärdekret die *Oil Mineral Producing Areas Development Commission* (OMPADEC), welche mit den zuvor beschriebenen 3%, die den erdölproduzierenden Regionen aus dem Derivationsfonds zugewiesen wurden, Entwicklungsprojekte in den erdölproduzierenden Bundesstaaten durchführen sollte (vgl. Human Rights Watch 1999:43; Omotola 2007:79; Van Gelder/Moerkamp 1996; Obi 1999:55). Mit der Gründung der OMPADEC sollten auch zivile Widerstandsbewegungen wie MOSOP beschwichtigt werden, was jedoch nicht gelang (vgl. Obi 1999:55f; Suberu 2004:72).

Die Maßnahmen der OMPADEC waren jedoch nicht ausreichend erfolgreich: Korruption, Verschwendung, Ineffizienz und Misswirtschaft führten dazu, dass nur ein Teil der für die OMPADEC bestimmten Finanzen tatsächlich für Infrastrukturprojekte verwendet wurde (vgl. Human Rights Watch 1999:92; Omotola 2007:79; Kubeyinje/Nezianya 1999; Van Gelder/Moerkamp 1996). Auch die Tatsache, dass die Projekte der OMPADEC in Abuja vergeben und abgewickelt wurden, minderte die Effizienz der Kommission, da die von der OMPADEC ausgeschriebenen Verträge zuerst an Vertragsnehmer aus dem Norden vergeben wurden, welche diese Verträge weiter an Vertragsnehmer aus dem Süden verkauften, was die Realisierung verteuerte und verkomplizierte, wodurch viele Projekte nicht fertiggestellt werden konnten (vgl. Wahab 2002:10; Igbuku-Otu 1998:9; Omotola 2007:80).

Aufgrund ausbleibender Zahlungen und mangelnder Finanzierung der Kommission unter dem Regime von Sani Abacha wurde die Kommission schließlich arbeitsunfähig und viele der privaten Vertragsnehmer wurden in den Konkurs getrieben (vgl. Daily Champion 1999:34; Omotola 2007:80). So hatte die OMPADEC in den Jahren von 1992 bis 1996 nur rund 12% der für sie bestimmten finanziellen Mittel erhalten. (Igbuzor o.A.)

8.3.2. *Niger Delta Development Commission (NDDC)*

Die *Niger Delta Development Commission* (NDDC) wurde im Jahr 2000 unter der Zivilregierung Obasanjos als Nachfolgerin der gescheiterten OMPADEC gegründet (vgl. NDDC Website; Omotola 2007:80; Barrett, E. 2006). Die NDDC versucht nach eigenen Angaben, eine schnelle, gleichmäßige, nachhaltige Entwicklung des Nigerdeltas in eine

wirtschaftlich wohlhabende, sozial stabile, ökologisch regenerative und politisch friedliche Region erleichtern und hat zum Ziel, eine langfristige Lösung der sozioökonomischen Probleme des Nigerdeltas anzubieten, indem sie anstrebt, eine starke Gesellschaft zu schaffen und Armut und Analphabetismus zu bekämpfen (vgl. NDDC Website). Zu diesem Zweck formuliert die NNDC Maßnahmen und Richtlinien und plant und führt Projekte zur nachhaltigen Entwicklung des Nigerdeltas in folgenden Bereichen aus: Infrastruktur und Transportwesen, Schaffung von Arbeitsplätzen, Berufsausbildung und Trainingsprogramme, Industrialisierung, Landwirtschaft und Fischfang, Land-, Stadt- und Regionalplanung, Energie- und Wasserversorgung, Telekommunikation, Gesundheitsversorgung, Abfall- und Abwasserwirtschaft, Mineralien/Bergbau, Tourismus, Frauen- und Jugendbeschäftigung, Kunst, Sport und Kultur, Sozialhilfe, Konfliktprävention, Finanzierungshilfe, Umweltschutz und Beseitigung von Umweltschäden (vgl. NDDC Website; Omotola 2007:82).

Die NNDC wird von der Bundesregierung, von Zuschüssen internationaler Organisationen und von gesetzlich festgeschriebenen Beiträgen der Erdölkonzerne und der Nigerdelta-Staaten finanziert. Die Nigerdelta-Staaten müssen die NNDC mit 15% der gesetzlich vorgeschriebenen Allokationen finanzieren, die ihnen von der Bundesregierung aus dem Federation Account zustehen, (vgl. Barrett 2008b; Ekpo 2004:81; Omotola 2007:81). Da einige der Bundesstaaten dies nicht tun, das heißt, der Kommission nicht die gebotenen Abgaben zukommen lassen, kam es zu einer Kontroverse um die Finanzierung der Kommission. (Barrett 2008b) Die Erdöl- und Erdgaskonzerne sind gesetzlich verpflichtet, die NNDC mit 3% ihres jährlichen Budgets zu unterstützen. Wie die Bundesstaaten, sind auch die Konzerne bei der Bezahlung der vorgeschriebenen Beträge säumig. Zusätzlich erhält die NNDC noch 50% der Beiträge des Ökofonds für die Nigerdelta-Staaten (Ekpo 2004:81).

Die Projekte der NNDC werden in verschiedenen Größenordnungen abgewickelt: Projekte mit einem Wert von mehr als einer Milliarde Naira (Megaprojekte), Projekte ab einem Wert von 100 Millionen Naira (mittlere Projekte) und (Klein)Projekte mit einem Wert von weniger als 100 Millionen Naira (vgl. Amusa 2008:5). Bei den Projekten handelt es sich beispielsweise um Projekte zur Trinkwasseraufbereitung, Energieversorgung, Drainage von Straßen, Straßen(aus)bau - wenn auch häufig in Gegenden, in denen Ölkonzerne Standorte haben -, Bau und Ausstattung von Schulen und Spitälern, Bau von Bootsanlegestellen, „Revitalisierung“ der Landwirtschaft, Vergabe von Mikrokrediten etc. (vgl. Amusa 2008:5;

Oredipe 2002:1f; Olagoke 2007:53). Viele Projekte der ersten Jahre nach Einführung der NDDC waren nicht abgeschlossene Projekte der OMPADEC (Oredipe 2002:1f).

Die NDDC behauptet von sich, alle Stakeholder, vor allem die Gemeinden und Vertreter der Bundesregierung und der Bundesstaaten, bei der Durchführung der Projekte miteinzubeziehen und einen Großteil der Projekte erfolgreich abzuschließen (vgl. Amusa 2008:5; Aderibigbe 2004:15). Man muss der NDDC zugute halten, dass durch ihre Projekte Verträge an Subunternehmer vergeben und Arbeitsplätze geschaffen wurden, wodurch zahlreiche junge Menschen Jobs fanden oder sich als Vertragsnehmer und Zulieferer für die NDDC registrieren ließen (vgl. Etim 2002:4; Oyadongha 2002:7; Oredipe 2002:1f).

Die NDDC ist bis jetzt die erfolgreichste staatliche Behörde, die zur Förderung und Entwicklung des Nigerdeltas eingerichtet wurde, dennoch konnte sie die an sie gestellten Erwartungen nicht zur Gänze erfüllen. (vgl. Barrett, E. 2006; Omotola 2007:85) Viele NDDC-Projekte werden verlassen und nicht fertiggestellt oder nur mangelhaft ausgeführt: 2003 waren im Bundesstaat Akwa Ibom nur 38 der 140 Projekte im Wirkungsbereich Wasserversorgung, Elektrizität, Bildung und Straßenbau abnahmebereit. Manche der aufgelisteten Projekte existierten nicht einmal, andere wurden unzureichend bewertet und finanziert und bei wieder anderen wurde Misswirtschaft betrieben (vgl. Guardian Nigeria 2003:21; Onwuemenyi 2011b: 21).

Oft scheitert die Verwirklichung der Projekte an den Vertragspartnern bzw. Bauunternehmern, die die Projekte gar nicht, mangelhaft oder zu langsam realisieren. (Arubi 2008) Korruption und Misswirtschaft sind ein weitverbreitetes Problem, das dazu führt, dass viele Projekte verlassen werden (vgl. Omotola 2007:84; Suberu 2004:74). Viele Verträge werden an einflussreiche Personen der Region vergeben, welche zwar die Anzahlung kassieren, die Arbeiten anschließend aber nicht ausführen oder fertigstellen (Guardian Nigeria 2003:21). Oftmals fehlt es den Vertragsnehmern am erforderlichen technischen Know-how, um die Projekte durchführen zu können (Onwuemenyi 2011b:21). Die Arbeit der Vertragsnehmer wird auch dadurch erschwert, dass sie verspätet Zahlungen erhalten oder der Projektumfang und damit die Finanzierung der Projekte falsch – nämlich zu gering - eingeschätzt wurden (Guardian Nigeria 2003:21).

Die Effizienz der NDDC wird insbesondere dadurch gemindert, dass diese nicht ausreichend finanziert wird: Die Nigerdelta-Staaten sind verpflichtet, die Kommission mit einem fixen Anteil ihrer monatlichen Allokationen von der Bundesregierung zu unterstützen, was sie jedoch nur zum Teil tun (O'Neil 2003:4). Timi Alaibe, einer der geschäftsführenden Direktoren für Finanzen und Administration der NDDC, gab an, dass zwischen 2000 und 2004 nur rund 10% der vorgeschriebenen Beiträge tatsächlich an die NDDC bezahlt worden waren - statt 601 Milliarden Naira hätte diese nur rund 90,2 Milliarden Naira erhalten. (Aderibigbe 2004:15)

Auch die Erdölkonzerne sind säumig bei der Bezahlung der vorgeschriebenen Beiträge (3% ihres Jahresbudgets) an die NDDC. Im Februar 2004 schuldeten sie der NDDC rund 58 Milliarden Naira. Während die größeren (multinationalen) Konzerne ihre Abgaben zumindest zum Teil bezahlten, waren 27 einheimische Ölkonzerne ihren diesbezüglichen Verpflichtungen gar nicht nachgekommen (vgl. Ogbu/Ezigbo 2004:1f; Aderibigbe 2004:15; Oduniyi/Ohia 2004; Barrett 2008b; Omotola 2007:84). Da sich nicht einmal der nigerianische Staat bzw. die Bundesstaaten verpflichtet fühlen, die vorgeschriebenen Zahlungen ordnungsgemäß zu leisten, tun dies die Ölkonzerne auch nicht, obwohl sie mit der Nichtentrichtung der Abgaben gegen nigerianische Gesetze verstoßen (Aderibigbe 2004:15). Manche Konzerne hatten auch eigenmächtig die Kosten ihrer eigenen Entwicklungsprojekte von den Beträgen, die sie an die NDDC zu leisten haben, abgezogen, was darauf hindeutet, dass die Ölkonzerne die Durchführung von Infrastruktur- bzw. Entwicklungsprojekten nicht als ihre soziale Verantwortung ihren *host communities* gegenüber sehen (Ogbu/Ezigbo 2004:1f).

Die Reaktionen der Bevölkerung des Nigerdeltas auf die NDDC sind unterschiedlich: KritikerInnen der NDDC bezeichnen diese als einen monumentalen politischen Betrug, mit deren Einrichtung die *National Assembly* versuchen würde, die Aufmerksamkeit von den entscheidenden Fragen, wie dem Besitz und der Kontrolle der Ressourcen der Region, abzulenken.¹⁰⁹ (Aja 1999:23) Andererseits konnte die NDDC im Vergleich zu anderen vergleichbaren Einrichtungen (wie in erster Linie der OMPADEC) gewisse Erfolge erzielen – es wurden nachweisbar Verträge mit lokalen Subunternehmern geschlossen und Arbeitsplätze geschaffen (vgl. Etim 2002:4; Oredipe 2002:1f; Oyadongha 2002:7).

¹⁰⁹ Die NDDC und ihre Projekte erfreuen sich nicht überall großer Beliebtheit bei der ortsansässigen Bevölkerung - mancherorts wurden NDDC-Auftragnehmer bzw. Vertragspartner sogar zusammengeschlagen und von den Projektstandorten vertrieben (vgl. Guardian Nigeria 2003:21; Wahab 2002:10).

8.3.3. Effizienz “offizieller” Lösungsansätze

Okonta (2006c) bezeichnet sowohl die staatlichen Entwicklungsprojekte als auch jene der multinationalen Konzerne als untauglich, da sie einerseits in ihrer Konzeption und Ausführung autoritär wären und es nicht möglich wäre, diese in eine politisch marginalisierte Bevölkerung einzubetten. Aus diesem Grund wären sie nicht in der Lage, die gewünschten Jobs, soziale Infrastruktur und letztendlich Frieden zu bringen (vgl. Okonta 2006c; Omotola 2007:85). Der Anstieg der Aktivitäten von MEND und anderen ethnischen Milizen zu Anfang des 21. Jahrhunderts vermag die Ansicht zu bestätigen, dass NNDC und andere staatliche Einrichtungen zur Förderung des Nigerdeltas ihre Zielsetzungen nicht erfüllen konnten.

Seit der Wiedereinführung der Demokratie im Jahr 1999 haben NNPC, NDDC und Erdölkonzerne mehr Aufmerksamkeit auf die Verbesserung der Infrastruktur in den erdölproduzierenden Gemeinden gerichtet und Straßen, Elektrizität, Gesundheitseinrichtungen, Wasserversorgung, Berufsausbildung und Trainings etc. finanziert. Schon vorher wurden zahlreiche Organisationen und Kommissionen für das Wohl der erdölproduzierenden Regionen im Nigerdelta gegründet, wie *Niger Delta Development Board*, *River Basin Development Authority*, *Presidential Task Force on Niger Delta Development*, *Oil Mineral Producing Areas Development Commission*, *Niger Delta Development Commission* oder *Petroleum Technology Development Fund* (PTDF). Den meisten Organisationen war jedoch nicht viel Erfolg beschieden; die bestehenden Probleme verschlimmerten sich zum Teil sogar. Dies liegt insbesondere daran, dass die Effizienz der Projekte durch Korruption und Misswirtschaft gemindert und nur ein Bruchteil der bereitgestellten Gelder ihrem wahren Zweck zugeführt worden war (vgl. Akinola 2008:93f; Onwuemenyi 2012a:4).

Zusätzlich wurde in den letzten Jahren eine Reihe von anderen staatlichen Einrichtungen auf Bundesebene oder in den Bundesstaaten gegründet, wie etwa *Delta State Oil Producing Areas Development Commission* (DESOPADEC) oder *Ministry of Niger Delta*, welche mit ähnlichen Problemen – Korruption und Misswirtschaft – zu kämpfen haben (vgl. Uwe 2007; Onoyume 2011a:51; Kubeyinje/Nezianya 1999; Arubi 2011i:52; k:55). Auch Goodluck Jonathan kündigte die Errichtung einer Vielzahl von Kommissionen und *task forces* an, wie etwa *Petroleum Revenue Special Task Force*, die unter anderem die Korruption eindämmen

und mehr Verantwortlichkeit und sorgfältigeren Umgang mit Ressourcen garantieren sollen (vgl. Onwuemenyi 2012b:7). Es bleibt abzuwarten, welche Erfolge diese Maßnahmen verbuchen können.

Lösungsansätze seitens der Regierung oder der Konzerne – wie etwa mittels staatlicher Einrichtungen oder Entwicklungs- und Infrastrukturprojekten der Erdölkonzerne – waren nicht, oder nur wenig erfolgreich. Organisationen und Projekte die von der Bevölkerung bzw. von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen ausgehen, sind in vielen Fällen besser in der Lage, bestehende Probleme aufzugreifen und dafür Lösungen zu finden (vgl. Omotola 2007:85).

8.3.4. *Self governing institutions* – Selbsthilfe als Weg aus der Krise

Akinola (2008:89) beschreibt verschiedene Zugänge im Umgang mit den Problemen und Konflikten im Nigerdelta – einen wie er es nennt „negativen“ Zugang, über die Anwendung von Gewalt, und einen „positiven“, durch „gemeinsames Agieren“, indem die BewohnerInnen des Nigerdeltas „ihre alten Traditionen wiederbeleben“. (Akinola 2008:89)

Auch wenn die ethnischen Milizen im Nigerdelta die Aufmerksamkeit des Staates und der Medien auf sich ziehen, gibt es daneben eine Reihe von anderen Organisationen, die versuchen, die bestehenden Probleme friedlich zu lösen: So entstand schon in den 1980er Jahren als Reaktion auf das *Structural Adjustment Programme* (SAP) eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich für grundlegende Menschenrechte einsetzten (vgl. Agbu 2004:15).

Akinola (2008:90) unterteilt die unterschiedlichen Reaktionen der Bevölkerung der erdölproduzierenden Regionen auf die Missstände und ihre Strategien, mit diesen umzugehen, in vier Gruppen. Die erste Gruppe setze sich aus „Eliten“ (Politikern und Bürokraten) zusammen und greife zu Mitteln des Klientelismus, indem sie mit den (Militär- oder Zivil)Regierungen kollaboriere und von diesen zu profitieren versuche. Die zweite Gruppe bestehe ebenso aus Mitgliedern der sogenannten Elite, die jedoch nicht wie die erste Gruppe abgehoben von der „einfachen“ Bevölkerung agieren, sondern offen für deren Probleme seien und friedliche Mittel des Widerstands bzw. der Selbsthilfe ergreifen. Akinola (2008:90) nennt Ken Saro-Wiwa und seine Mitstreiter als Paradebeispiel für diese Gruppe. Die dritte Gruppe, bestehend aus „Nicht-Eliten“, wähle einen gewaltsamen Umgang mit Konflikten, wie zum

Beispiel bewaffneten Widerstand, Angriffe auf und Sabotage von Erdöleinrichtungen, Entführungen von Erdölmitarbeitern, Erdöldiebstahl, Kämpfe mit Sicherheitsbehörden etc. Die vierte Gruppe, wiederum „Nicht-Eliten“ - Akinola bezeichnet sie als „grassroots people“ - wähle einen gewaltfreien Umgang mit den bestehenden Problemen und Schwierigkeiten, indem sich die Bevölkerung organisiere und gemeinsam agiere, um bestehende Probleme (zum Beispiel infrastruktureller Art) auf lokaler Ebene zu behandeln und zu lösen (vgl. Akinola 2008:90).

„Selbsthilfe“-Organisationen seien oft besser in der Lage, die infrastrukturellen Probleme des Nigerdeltas zu lösen als staatliche Einrichtungen oder multinationale Ölkonzerne, obwohl Letzteren unverhältnismäßig mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. (Akinola 2008:103) Wenn Dorfgemeinschaften selbst die Durchführung gewisser Projekte und Arbeiten, wie den Bau von Brücken, Straßen und anderer Gemeinschafts- bzw. Infrastruktureinrichtungen übernehmen, bringe das nach Akinola (2008:96) eine Reihe von Vorteilen mit sich. Bei gemeindebasierten Projekten komme es selten zu Korruption und Untreue bei der finanziellen Planung und Durchführung, dies nicht zuletzt, da solche Machenschaften zu sozialer Stigmatisierung führen und Schande über die Familie bringen würden. Zusätzlich seien derartige Projekte auch für die Regierung äußerst rentabel, da die *Local Governments* dabei nur einen geringen Teil der finanziellen Belastung zu tragen haben. Projekte, die von der Bevölkerung organisiert und durchgeführt werden, werden häufig weit schneller fertiggestellt als Projekte der Regierung oder der Ölkonzerne (vgl. Akinola 2008:98ff; Barrett 2008a).

8.4. Umweltschutz in der Erdöl- und Erdgasindustrie

8.4.1. Abfackeln von Erdgas – *gas flaring*

Von allen erdölproduzierenden Staaten fackeln Nigeria und Russland am meisten assoziiertes Erdgas ab (vgl. IRIN 2012). Von der damit einhergehenden Umweltverschmutzung abgesehen entsteht dem nigerianischen Staat dadurch, dass er so große Mengen von Erdgas nicht nutzt, ein Verlust von rund 18,2 Millionen Dollar pro Tag¹¹⁰ (vgl. Moses 2011b:48).

¹¹⁰ Zwischen 1991 bis 1994 fackelte Shell pro Kubikmeter Erdöl durchschnittlich 272 Kubikmeter Erdgas ab. (Loimeier 1996:75)

Laut einer Weltbank-Quelle von 2004 fackelte Nigeria jährlich Erdgas im Wert von zwischen 500 Millionen und 2,5 Milliarden US-Dollar ab. (IRIN 2012)

Assoziiertes Gas kommt als Nebenprodukt bei der Erdölproduktion vor: Erdgas und Erdöl befinden sich in gemeinsamen Lagerstätten, daher muss bei der Produktion von Erdöl das Erdgas vom Erdöl getrennt werden. Da es in Nigeria nach wie vor nicht genügend Abnehmer und zu wenig Infrastruktur für die Verarbeitung (Verflüssigung) von Erdgas gibt und die Trennung von Erdöl und Erdgas mit Kosten verbunden ist, fackeln die Konzerne in Nigeria rund die Hälfte des assoziierten Erdgases ab.¹¹¹ Die nigerianische Erdölproduktion trägt dadurch in erheblichem Maße zur globalen Erwärmung bei, da es beim Verbrennen von Erdgas zur Bildung von Treibhausgasen, wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) und Methangas kommt (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996; Human Rights Watch 1999:65f; Affandi 2004; Obi 1999:51; IRIN 2012). Derzeit werden rund 40% des geförderten Erdgases abgefackelt, vor einigen Jahren waren es noch rund 70% (vgl. Sweet Crude December 2011c; Ebiri 2008; Obi 1999:51).

Durch das Verbrennen von Erdgas kommt es zu einem hohen Schadstoffgehalt (Kohlendioxid und Schwefel) in Luft und Wasser, was zu vermehrten Fehlgeburten, Herz- und Atemwegserkrankungen (z.B. Bronchitis), Hautausschlägen und Augenerkrankungen führt; Lärm, Hitze, und Licht verursachen Schlafstörungen (vgl. Affandi 2004; IRIN 2012). Die Schadstoffe in der Luft führen zu Saurem Regen, welcher wiederum Schäden in der Landwirtschaft verursacht. Die Temperaturen rund um Gasfackeln sind höher (auch die Bodentemperatur), was sich auf die Vegetation auswirkt; durch die Gasflammen wird auch der Nachthimmel erhellt und speziell während der Regenzeit reflektieren die Wolken den Lichtschein, wodurch viele, insbesondere nachtaktive Tiere gestört werden und abwandern, was die Jagd erschwert (vgl. Human Rights Watch 1999:67; Kubeyinje/Nezianya 1999).

Einige dieser Probleme rühren daher, dass sich die Gasfackeln (wie auch die Pipelines) in unmittelbarer Nähe von Dörfern befinden. Shell behauptet, dass dies daran liege, dass sich Dörfer gezielt rund um die Erdöleinrichtungen gebildet haben, gerade weil sich an jener Stelle Erdölanlagen befanden; die DorfbewohnerInnen bestreiten dies jedoch (vgl. Human Rights

¹¹¹ Die Nachfrage nach Erdgas ist in Nigeria relativ gering. Durch das tropische Klima wird Erdgas als Wärmelieferant nicht gebraucht, aufgrund der geringen Industrialisierung gibt es wenig industrielle Abnehmer; noch dazu werden Erdölprodukte in Nigeria nach wie vor stark subventioniert (vgl. Angaye 1986:64).

Watch 1999:57). Andererseits siedeln sich auch viele Menschen auf der Suche nach Arbeit bewusst in der Nähe von Erdölanlagen an. (Affandi 2004)

1979 erließ der nigerianische Staat ein Gesetz (*Associated Gas Reinjection Decree*) das besagte, dass die Erdölkonzerne innerhalb gewisser Fristen das assoziierte Gas in eigens eingerichteten Anlagen nutzen mussten; bei Nichteinhaltung drohten Geldstrafen. Die Regierung führte selbst keine Gasnutzungsprojekte durch und war nicht in der Lage, diese Gesetze glaubwürdig durchzusetzen. Da sich die Erdölkonzerne nicht daran hielten und Druck auf die Regierung ausübten, wurden diese Vorkehrungen und Fristen sukzessive aufgeweicht und durch Ausnahmen ausgehöhlt. Abgesehen davon waren die Geldstrafen, die Konzernen für die Nichteinhaltung der *gas-flaring*-Gesetze drohten, geringer als jene Kosten, die den Konzernen durch das Abstellen des Gasabfackelns und Finden von Alternativen bzw. Investitionen in die Gasproduktion entstanden (vgl. Human Rights Watch 1999:66; IRIN 2012; Loimeier 1996:76). Noch dazu waren die Nachfrage nach und die Preise für Erdgas niedrig, was die Produktion für die Erdölkonzerne wenig attraktiv erscheinen ließ. Aus diesem Grund bezahlten viele Konzerne lieber die relativ geringen gesetzlichen Strafen für das Überschreiten der festgelegten Mengen an abgefackeltem Erdgas, anstatt in die Förderung von Erdgas zu investieren (Ekpo 2004:21).

Gründe dafür, dass der nigerianische Staat *gas flaring* nicht erfolgreicher bekämpfte, bestehende Gesetze und Regelungen kontrollierte und den Schutz der Umwelt bei der Erdölproduktion nicht mehr forcierte, liegen einerseits an der Abhängigkeit des nigerianischen Staates von Erdöl, welche dazu führt, dass die Erdölkonzerne bei der Erdölproduktion relative freie Hand haben bzw. selten von Behörden behelligt werden, und andererseits an der mangelnden Effizienz der zuständigen staatlichen Institutionen (vgl. IRIN 2012).

Der Entwurf der *Petroleum Industry Bill* (PIB) von 2008 beinhaltet ein gänzliches Abstellen des Abfackelns bis Ende 2010 - bis September 2012 wurde die *Petroleum Industry Bill* jedoch noch nicht vom nigerianischen Parlament verabschiedet. (Onwuemenyi 2009b:9) Auch die in den letzten Jahren gesetzten Fristen für die gänzliche Eliminierung des Verbrennens von Erdgas wurden immer wieder verlängert bzw. verschoben. Es hat den Anschein, dass die Regierung den nötigen Willen vermissen lässt, das Abfackeln von Gas endgültig abzustellen

(vgl. Sweet Crude June 2009e:8; Ebiri 2008). Allerdings könnte sich dieses Problem durch die steigende Nachfrage nach Erdgas von selbst lösen.

Nigeria verfügt über die siebtgrößten Erdgasreserven der Welt, welche jedoch bis dato nur zu einem Bruchteil ausgebeutet wurden, da es in der Vergangenheit keine ausreichende Nachfrage nach nigerianischem Erdgas gab, weshalb das assoziierte Gas verbrannt wurde. In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach nigerianischem Erdöl in Nigeria und auch im Ausland gestiegen. Dadurch, dass das Erdgas nun besser vermarktet werden kann, haben die Erdölkonzerne mehr Anreize, das Erdgas zu produzieren, anstatt es ungenutzt abzufackeln. Laut eigenen Angaben versucht die SPDC die Gasabfackelungen zu reduzieren bzw. zu eliminieren, dies vor allem mithilfe von Gasprojekten (zum Beispiel *Nigeria Liquefied Natural Gas*, NLNG), welche jedoch aufgrund mangelnder Finanzierung – unter anderem bedingt durch die Produktionsausfälle der letzten Jahre wegen der schwierigen Sicherheitslage – noch nicht fertiggestellt werden konnten¹¹² (vgl. Shell in Nigeria 2010:27; Shell Jahresbericht 2006:13; Sweet Crude December 2011c).

Die Erdölkonzerne erklären, sie hätten in den letzten Jahren das Gasabfackeln stark reduziert. Der Rückgang des verbrannten Erdgases gegen Ende der 2000er Jahre rührt jedoch auch daher, dass aufgrund der angespannten Sicherheitslage im Nigerdelta, vor allem aufgrund der Aktivitäten von MEND, die Erdölproduktion und damit die Menge des verbrannten Gases gesunken sind. Seit dem Beginn des Amnestieprogramms 2009 gibt es jedoch eine Umkehr dieser Entwicklungen im Sinne eines neuerlichen Anstiegs von abgefackeltem Erdgas: Die Tätigkeiten der Milizen sind zurückgegangen, daher kann wieder mehr Erdöl produziert und gleichzeitig mehr Gas abgefackelt werden (vgl. Ononyume 2011c:14; IRIN 2012; Shell in Nigeria 2010:27).

8.4.2. Erdölverschmutzungen – „Ölspills“

Nach offiziellen Schätzungen der NNPC, die auf Angaben der Erdölkonzerne basieren, laufen jährlich rund 2.300 Kubikmeter Erdöl in rund 300 Erdölaustritten in die Umwelt aus. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen weit unter der Realität liegen, da nicht alle Ölspills von den Ölkonzernen (und nicht in der richtigen Höhe) gemeldet werden. Vorsichtige

¹¹² Eine zusätzliche Schwierigkeit für diese Projekte stellt die Tatsache dar, dass es in Nigeria viele kleine abgelegene Ölfelder gibt, die nur schwer in die Erdgasprojekte einbezogen werden können (vgl. Shell Jahresbericht 2006:13).

Schätzungen gehen davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen bis zu 10mal höher sind (Human Rights Watch 1999:54f). Es ist nicht genau feststellbar, wieviel Liter Rohöl im Nigerdelta jährlich austreten und die Umwelt verschmutzen, da viele Unfälle und Ölaustritte bzw. die genauen Daten und Zahlen von den Konzernen unter Verschluss gehalten werden. Unabhängige Untersuchungen und Schätzungen haben ergeben, dass jährlich mindestens genauso viel Rohöl im Nigerdelta ausläuft, wie bei dem Unfall im Golf von Mexiko 2010 ins Meer ausgetreten ist. (Vidal 2010) Ein Gutachten von WWF Großbritannien, *World Conservation Union*, Mitgliedern der nigerianischen Bundesregierung und der *Nigerian Conservation Foundation* hat 2006 errechnet, dass in den letzten 50 Jahren bis zu 1,5 Millionen Tonnen Öl (dies entspricht der 50fachen Menge Öl, die beim Exxon Valdez-Unfall ausgetreten ist) im Nigerdelta ausgelaufen sind (vgl. Vidal 2010, Brown 2006). Eine UNEP-Studie¹¹³ aus dem Jahr 2011 wies darauf hin, dass es rund 25 bis 30 Jahre dauern könnte, bis die bestehenden Umweltschäden im Ogoniland durch Aufräumarbeiten vollständig beseitigt seien (Der Standard 2011a).

Die Ölfelder im Nigerdelta sind relativ klein und es gibt ein weitverzweigtes Netz von Pipelines und anderen Erdölinstallationem zwischen den einzelnen Ölfeldern, wodurch sich die Anfälligkeit für Ölspeils erhöht. Dies umso mehr, da viele der Pipelines älter als 20-25 Jahre¹¹⁴ sind und der Korrosion anheim fallen (vgl. Human Rights Watch 1999:56; Vidal 2010). Im Nigerdelta kommt es daher regelmäßig zu geringen Ölaustritten und gelegentlich auch zu großen Ölverschmutzungen (Human Rights Watch 1999:7). Viele geringe Ölspeils über einen längeren Zeitraum können jedoch weitaus verheerendere Folgen haben als große Erdölungfälle wie Tankerunglücke oder beispielsweise der Unfall von Deepwater Horizon (vgl. Human Rights Watch 1999:59f). Auch kleine Ölspeils können die Existenz von DorfbewohnerInnen gefährden oder zerstören und die Nahrungs- und Trinkwasserversorgung und den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten langfristig unterbrechen¹¹⁵ (Human Rights Watch 1999:60f).

¹¹³ United Nations Environment Programme

¹¹⁴ Die Lebensdauer von Pipelines beträgt rund 15 Jahre. (Human Rights Watch 1999:56)

¹¹⁵ Flüsse werden durch auslaufendes Rohöl oder Abwässer aus der Erdölproduktion verschmutzt. Viele DorfbewohnerInnen haben aber keine Alternative, als das Wasser aus den Flüssen als Trinkwasser zu nutzen, da sie nicht an das Wassernetz angeschlossen sind und es sich nicht leisten können, Trink- und Nutzwasser zu kaufen. Aus diesem Grund kommt es immer wieder zu Krankheiten und sogar Todesfällen (Human Rights Watch 1999:61).

Bestimmungen des *Department of Petroleum Resources* besagen, dass der für einen Ölaustritt verantwortliche Konzern den Ölspill beseitigen und die verschmutzte Stelle so gut wie möglich in den Originalzustand zurückführen müsse; dies geschieht jedoch nicht immer. Die Ölkonzerne rechtfertigen das Nicht-Beseitigen von Verschmutzungen zum Teil damit, dass sie durch Unruhen oder Proteste von DorfbewohnerInnen am Zugang zu den verschmutzten Arealen gehindert würden und so die Aufräumarbeiten nicht erledigen könnten. Shell behauptet, über Einsatzteams zu verfügen, die rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Viele Dörfer würden jedoch die Aufräumarbeiten behindern, um den Schaden zu vergrößern und dadurch mehr Schadenersatz verlangen zu können. Die Bevölkerung und Umweltschutzorganisationen weisen diese Anschuldigungen und Rechtfertigungsversuche zurück. Abgesehen davon, dass die Erdölkonzerne Ölverschmutzungen, die ihnen von AnrainerInnen gemeldet werden, nicht immer (rechtzeitig) beseitigen, bedienen sich die Konzerne oder die von ihnen beauftragten Reinigungskräfte Reinigungsmaßnahmen, die internationalen Standards nicht genügen, da sie einerseits umweltschädlich und inadäquat sind und andererseits für die ausführenden Arbeiter gefährlich sind, da diese oft nur mit primitivsten Gerätschaften und Ausrüstung ausgestattet werden (vgl. Human Rights Watch 1999:56f,76; Vidal 2010; Ikein 1990:42; Shell Jahresbericht 2006:7,15; Saro-Wiwa 1996:245).

Die Erdölkonzerne versuchen, die Verantwortung für Verschmutzungen von sich zu weisen, so behauptet Shell, dass der überwiegende Teil (60%-98%) der Ölaustritte auf Vandalismus, Diebstahl oder Sabotage durch Milizen zurückzuführen wäre, oder von Dorfbewohnern verursacht würde, welche Pipelines beschädigen, um Ölsfills zu provozieren und so Schadenersatz fordern zu können. Nur ein kleiner Bruchteil wäre auf veraltete Infrastruktur zurückzuführen. Statistiken des *Department of Petroleum Resources* besagen hingegen, dass zwischen 1976 und 1990 nur 4% der Ölsfills durch Sabotage verursacht worden wären; die Statistik beinhaltet jedoch *Offshore*-Ölsfills, die den größten Anteil der Verschmutzungen ausmachen und seltener durch Sabotageakte verursacht werden (vgl. Ojakorotu/Okeke-Uzodike 2006:94; Vidal 2010; Affandi 2004; Human Rights Watch 1999:75; Shell Jahresbericht 2006:14).

Die betroffenen AnrainerInnen und Umweltschutzgruppen bestreiten die Anschuldigungen der Erdölkonzerne und machen veraltete, verrostete und korrodierende Anlagen und Tanker, die Abwässer aus ihren Tanks ablassen, für die Ölaustritte verantwortlich (vgl. Vidal 2010;

Amorighoye 1999:7). Die betroffenen DorfbewohnerInnen erläutern, dass sie sich mit Sabotageakten ins eigene Fleisch schneiden und von Ölschmelzen nicht profitieren würden, da, selbst wenn die Schuld des verantwortlichen Konzerns festgestellt wird, sie nur unzureichende und verspätete Schadenersatzzahlungen erhalten, welche den Schaden an Trinkwasser, Ackerböden, Ernte, Flüssen etc. nicht annähernd aufwiegen könnten. Dies gilt jedoch nicht für jene Personen und Firmen, die mit der Reinigung von Ölverschmutzungen beauftragt werden und damit finanzielle Vorteile aus Erdölverschmutzungen ziehen (Human Rights Watch 1999:75).

Einer der letzten großen Ölschmelzen in Nigeria war der Bonga-Ölschmelze vom 20. Dezember 2011. Bonga ist ein *Offshore*-Ölfeld, das von *Shell Nigeria Exploration Production Company* (SNEPCo) betrieben wird. Laut Shell sind bei dem Unfall mindestens 40.000 Barrel Rohöl ins Meer ausgelaufen. Obwohl das Ölfeld rund 120 km von der Küste entfernt ist, hatte das auslaufende Erdöl auch Auswirkungen auf die KüstenbewohnerInnen (vgl. Nwachukwu 2012a:8f; Kalejaye 2012:10; Sweet Crude January 2012b:17; Sweet Crude March 2012b:22).

Einige Ijo-Dörfer waren vom Bonga-Ölschmelze betroffen, da ihre Flüsse verschmutzt und die Fische dadurch vertrieben oder getötet wurden, was die Fischerei zum Erliegen brachte. Da SNEPCo bzw. Shell anfangs den Zusammenhang zwischen den bestehenden Verschmutzungen und dem Ölaustritt zurückwiesen und nichts unternahmen, um die betroffenen Dörfer zu schützen oder zu entschädigen, kam es zu Protesten der DorfbewohnerInnen gegen SNEPCo (vgl. Amaize/Omafuaire 2012a:49; 2012b:54). *National Oil Spill Detection and Response Agency* (NOSDRA) schlug der Regierung vor, über Shell eine Strafe in der Höhe von 5 Milliarden US-Dollar¹¹⁶ zu verhängen, die höchste Strafe, die in Nigeria je von einem Erdölkonzern für Verschmutzungen gefordert wurde. Dies muss jedoch erst vom nigerianischen Parlament bestätigt werden und es ist fraglich, ob Shell eine Strafe in dieser Dimension je bezahlen wird (vgl. Blackden/Gosden 2012).

¹¹⁶ Dies sind 125.000 US-Dollar Strafe für jedes ausgelaufene Barrel Erdöl. Im Vergleich dazu wird BP für den Unfall im Golf von Mexiko maximal 4.300 US-Dollar für jedes ausgelaufene Barrel Rohöl bezahlen müssen (Blackden/Gosden 2012).

8.4.3. Andere Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Erdöl- und Erdgasindustrie

Die Erdölindustrie führt zu (Arbeits)Migration aus anderen Teilen Nigerias ins Nigerdelta. So wird der Bevölkerungsdruck noch höher, was zu einer intensiveren Landwirtschaft und damit einhergehend einem Rückgang der Bodenfruchtbarkeit und letztlich zur Abholzung von immer mehr Waldflächen führt. Ackerland ist im Nigerdelta aufgrund der geographischen Besonderheiten und der regelmäßigen Überschwemmungen und Erosion ohnehin ein rares Gut (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996; Human Rights Watch 1999:62; Loimeier 1996:62; Affandi 2004). CO₂ wird nicht nur beim Abfackeln von Erdgas, sondern auch bei der Verbrennung von Holz freigesetzt. Dies stellt insbesondere bei Brandrodungen ein Problem dar. Abgesehen davon werden dadurch immer größere Teile des Regenwalds und der Mangrovenwälder zerstört (vgl. Affandi 2004; Van Gelder/Moerkamp 1996).

Die Infrastruktur, insbesondere das Straßennetz, wurde im Nigerdelta durch und für die Erdölindustrie teilweise verbessert und ausgebaut – einerseits, da die Regierung einen Teil des erwirtschafteten Gelds investierte, und andererseits durch Infrastrukturausbau speziell für die Erdölindustrie. So wurde das Transportwesen in manchen Regionen verbessert, was die Anbindung und wirtschaftlichen Beziehungen der Dörfer erleichtert. Mithilfe des Ausbaus des Straßennetzes wurde es aber auch möglich, in zuvor unzugänglichen Gegenden Landwirtschaft und Jagd zu betreiben, was die fragile Flora und Fauna gefährdet und die Abholzung weiter vorantreibt. Durch den Bau von Straßen und Kanälen kommt es zu Erosion und Überschwemmungen; der Bau von Kanälen verursacht zudem Störungen des Hydrosystems (vgl. Van Gelder/Moerkamp 1996; Human Rights Watch 1999:63f; Loimeier 1996:63).

Hinzu kommt die Zerstörung von Kulturgütern, Schreinen und heiligen Stätten. Totemtiere werden vertrieben oder getötet und religiöse Werte und Bräuche von den Ölgesellschaften missachtet. Die Umweltzerstörung hat auch negative Auswirkungen auf die medizinische Versorgung insbesondere der ländlichen Bevölkerung, da für naturmedizinische Präparate erforderliche Pflanzen und Kräuter vielerorts nicht mehr gedeihen (Loimeier 1996:67).

8.4.4. Sicherheit bei der Erdöl- und Erdgasproduktion

Erdölunfälle kommen nicht nur in Nigeria vor. Auch in Industriestaaten, die höhere Sicherheitsstandards haben, ist Erdölproduktion risikoreich und führt immer wieder zu Zwischenfällen. Noch dazu agieren multinationale (Erdöl)Konzerne häufig rücksichtslos, ignorieren Gesetze oder blockieren progressive, umweltfreundliche Gesetzespläne¹¹⁷ (vgl. Der Standard 2010g; Vidal 2010; Ekpo 2004:42).

8.4.4.1. Gesetzeslage und Umweltschutzstandards

Schon im *Petroleum Act No. 51* aus dem Jahr 1969 wurden Vorkehrungen und Verhaltensnormen im Falle von Erdölverschmutzungen bei der Erdölproduktion verankert: Diese besagten insbesondere, dass die Produktionsweisen der vertrags- bzw. lizenznehmenden Erdölkonzerne dem neuesten Stand der Technik entsprechen und vom *Head Petroleum Inspectorate* genehmigt werden müssen (vgl. Ikein 1990:42, Petroleum Act 1969).

Es gibt in Nigeria eine Reihe von Standards und gesetzlichen Vorschriften zum Schutz der Umwelt, die bei der Produktion von Erdöl und Erdgas beachtet werden müssen. Das Problem ist aber, dass diese nicht immer eingehalten werden und durchgesetzt werden können (vgl. Ikein 1990:42). Multinationale Ölkonzerne halten sich häufig nicht an *Codes of Conduct*, die sie dazu anhalten, die neueste Technologie bei der Erdölproduktion zu verwenden, um auf diese Weise die umweltschädlichen Neben- und Folgeerscheinungen der Erdölproduktion zu minimieren (vgl. Ikein 1990:42; Human Rights Watch 1999:7,51).

Das nachlässige Verhalten der Erdölkonzerne ist zum Teil auch dem nigerianischen Staat anzulasten. In Nigeria gibt es keine ausreichend klare Kompetenzverteilung bei der Überwachung und Kontrolle von Umweltschutzgesetzen und –standards. Es ist nicht immer eindeutig, wer wofür zuständig und wozu befugt ist. Viele Umweltschutzgesetze sind inadäquat, unklar formuliert und lückenhaft und daher zahnlos (vgl. Ikein 1990:43f). Ein weiteres Problem bei Umweltschutzkontrollen und der Durchsetzung von Umweltschutzmaßnahmen in der Erdölindustrie ist auch der Mangel an Know-how und entsprechender Infrastruktur seitens der nigerianischen Behörden (vgl. Ikein 1990:133).

¹¹⁷ Auch bei *Offshore*-Bohrungen auf hoher See gibt es keine internationalen Sicherheitsbestimmungen oder Haftungsregelungen, sondern sind diese in nationalen Gesetzen und Verordnungen der einzelnen Staaten geregelt. (Der Standard 2010f)

Federal Environmental Protection Agency und *Department of Petroleum Resources*, die für die Durchsetzung und Überwachung der bestehenden Gesetze zuständig sind, tun dies nicht in zufriedenstellendem Maße; dies einerseits, da es ihnen an Erfahrung und Expertise mangelt, und andererseits, da Korruption und unklare Zuständigkeiten die Arbeit erschweren. Aus diesem Grund werden die Konzerne häufig nicht zur Rechenschaft gezogen, wenn sie die bestehenden Gesetze nicht einhalten (vgl. Human Rights Watch 1999:150; Sweet Crude February 2012c:19).

„Entwicklungsländer“ können und wollen es sich oft „nicht leisten“, den Schutz der Umwelt wirtschaftlicher Entwicklung vorzuziehen. Andererseits gibt es ohne einen gewissen Grad an wirtschaftlicher Stabilität und ohne gefestigte staatliche Strukturen keinen effektiven Umweltschutz und ohne Umweltschutz wiederum keine nachhaltige Entwicklung (vgl. Ikein 1990:191). Der nigerianische Staat ist relativ nachlässig bei der Durchsetzung bestehender Umweltschutzgesetze. Dies könnte auch daran liegen, dass die Erdöl- und Erdgasproduktion für die nigerianische Wirtschaft überlebenswichtig sind und der nigerianische Staat die Produktion und die Arbeit der multinationalen Erdölkonzerne so wenig wie möglich „stören“ möchte (vgl. Ikein 1990: 43ff).

Den bestehenden Umweltschäden und regelmäßigen Erdölnfällen zum Trotz betonen die Erdölkonzerne, dass die Erdölproduktion in Nigeria den höchsten Umweltschutzstandards genügen würde und der schädliche Einfluss der Erdölproduktion auf das Nigerdelta sehr gering sei. Bestehende Umweltprobleme haben ihrer Ansicht nach andere Ursachen (vgl. Human Rights Watch 1999:52f). Shell hält nach eigenen Angaben 92% der *Environmental Guidelines and Standards for the Petroleum Industry in Nigeria* (EGASPIN) des Department of Petroleum Resources (DPR) ein (Shell Jahresbericht 2006:12).

Erdölproduzierende Gebiete in Industrieländern werden, wie Ikein 1990:134f darlegt, besser vor den umweltschädlichen Auswirkungen der Erdölproduktion geschützt als jene in Nigeria und in einigen anderen „Entwicklungsländern“. In Nigeria würden umweltschutzrelevante Gesetze – sofern diese überhaupt in ausreichendem Maß existieren – oft nicht effektiv überwacht und vollzogen. Erdölkonzerne sind generell an der Maximierung ihrer Einnahmen interessiert und nutzen Gesetzeslücken und die unzureichende Überwachung bestehender Schutzvorschriften zu ihrem Vorteil, um ihre Kosten zu reduzieren, dies auf Kosten von Umwelt und Menschen (vgl. Ikein 1990:189).

8.4.4.2. Doppelmoral der Konzerne beim Schutz der Umwelt

Der Umgang mit und die Reaktionen auf die Ölpest in den USA im Jahr 2010 zeigten den Betroffenen in Nigeria, wie Erdölunfälle in anderen Teilen der Welt gehandhabt werden. Im Nigerdelta kommt es jährlich zu Erdölaustritten und Verschmutzungen, die weit über das Ausmaß der medial breitenwirksam aufgearbeiteten Katastrophen, wie der Ölpest von *Deepwater Horizon*¹¹⁸, hinausgehen. Obwohl die Erdölverschmutzung im Nigerdelta weltweit zu den schlimmsten zählt, erlangt sie bei weitem nicht die Aufmerksamkeit eines so breiten Publikums wie etwa die Ölpest im Golf von Mexiko. Befragte Bewohner des Nigerdeltas bezweifelten, dass die nigerianische Regierung oder der verantwortliche Ölkonzern einem Unfall im Ausmaß von *Deepwater Horizon* die gleiche Beachtung geschenkt hätten, wäre er in Nigeria passiert (vgl. Vidal 2010).

Umweltschutzgruppen werfen den Konzernen vor, bei ihren Umweltschutzvorkehrungen mit zweierlei zu Maß messen, je nachdem wo sie ihre Arbeiten verrichten. Sie kritisieren, dass sie in den einzelnen Produktionsländern unterschiedliche Maßstäbe beim Schutz der Umwelt anwenden und in Nigeria auf eine umweltschädlichere Art und Weise produzieren als in Nordamerika oder Europa (vgl. Brown 2006; Human Rights Watch 1999:52f; Vidal 2010; Loimeier 1996:29). Diese Ansicht spiegelt sich darin wider, dass die SPDC, also das Shell-Joint Venture in Nigeria, für 40% aller Erdölaustritte des Shell-Konzerns verantwortlich ist, während sie „nur“ 12% des weltweit von Shell produzierten Erdöls fördert. (Affandi 2004) Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass Umweltverschmutzungen meist nicht nur auf lokaler Ebene Schaden anrichten, sondern auch auf andere Gebiete oder unter Umständen sogar global negative Auswirkungen haben (vgl. Der Standard 2010f).

8.4.5. Schadenersatzzahlungen der Erdöl- und Erdgaskonzerne an die Bevölkerung

Das nigerianische Recht schreibt den Konzernen vor, bestimmte Umweltschutzstandards einzuhalten, die sich meist an den internationalen Standards orientieren und Umweltverschmutzungen aller Art verhindern, bewohnte Gebiete von *gas flares* schützen und

¹¹⁸ Bei der Explosion der Ölplattform wurden elf Menschen getötet, rund 800 Millionen Liter Öl traten aus. Die Katastrophe war monatelang eines der Top-Themen in den Medien, nicht nur in den USA, sondern auch in Europa (vgl. Der Standard 2011b).

andere gefährliche Aspekte der Erdölindustrie hintanhaltend sollen. Kommt es dennoch zu Schäden im Zuge der Erdölproduktion, sind die Erdölkonzerne verpflichtet, Schadenersatz für Schäden an Gebäuden, Feldfrüchten, Fischrechten und anderen Gegenständen und Liegenschaften zu leisten. (Human Rights Watch 1999:150)

Bezüglich der Schadenersatzansprüche im Falle von Ölschmelzen gibt es eine Fülle von verschiedenen Gesetzen und Bestimmungen die sich teilweise überschneiden: Bestimmungen, die festlegen, für welche Güter Schadenersatz zu leisten ist und wie dieser festgesetzt wird, finden sich etwa in *Petroleum Act* 1969, *Oil Pipelines Act* 1956 und *Petroleum Drilling and Production Regulation* 1969. Die Bundesverfassung von 1979 legte zusätzlich fest, dass für enteigneten Grund und Boden eine adäquate Entschädigung zu leisten ist (vgl. Onuoha 2007:71f; Ikein 1990:1995, *Petroleum Act* 1969, *Oil Pipelines Act* 1956).

Die Ölkonzerne haften nach nigerianischem Recht für Schäden, die im Zuge ihrer Produktion und durch ihre Anlagen entstehen, auch wenn sie diese nicht vorsätzlich oder fahrlässig verursacht haben. Entstehen die Schäden jedoch durch Sabotage von Dritten an den Anlagen, haften die Konzerne nur dann, wenn sie diese fahrlässig mitverschuldet haben. Sie müssen etwaige Umweltverschmutzungen jedoch in jedem Fall beseitigen (vgl. Human Rights Watch 1999:150). Das bedeutet, dass unabhängig von der Ursache eines Schadensfalls, die Ölkonzerne alle Ölverschmutzungen beheben, aber nur dann Schadenersatz bezahlen müssen, wenn Ölschmelzen im Zuge des eigenen fehlerhaften Betriebs verursacht wurden, nicht aber bei Sabotage oder Diebstahl (vgl. International Crisis Group 2008:12). Vermutlich aus diesem Grund behaupten die Ölkonzerne in vielen Fällen, dass Ölaustritte auf Sabotage zurückzuführen sind und weigern sich, unter Berufung auf die entsprechende Gesetzeslage in Nigeria, Schadenersatz zu bezahlen (vgl. Human Rights Watch 1999:7f).

Die Ölkonzerne zahlen also keinen Schadenersatz, wenn Ölaustritte durch Sabotageakte verursacht wurden. Oft sind jene Personen(gruppen), die durch Sabotageakte Ölschmelzen hervorrufen aber nicht ident mit jenen, die die dadurch verursachten Folgeschäden zu tragen haben. Häufig sabotieren Reinigungsfirmen Pipelines und verursachen Verschmutzungen, um anschließend Reinigungsaufträge zu erhalten. In diesen Fällen erhalten jene Menschen, die von den Verschmutzungen betroffen sind, dennoch keinen Ersatz für ihre Schäden. In manchen Fällen verüben auch lokale Eliten oder Chiefs Sabotageakte, um anschließend die

Reinigungsaufträge und/oder Schadenersatzzahlungen zu kassieren (vgl. Human Rights Watch 1999:75f).

Der Staat überlässt den Erdölkonzernen die Bewertung von Land, Festsetzung von Entschädigungen und Schadenersatzzahlungen und die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen. Nigerianische Behörden üben oft nur Überwachungsfunktionen aus. Dies ist insofern problematisch, als die Erdölkonzerne nicht immer Zahlungen leisten und die Zahlungen häufig nicht dem wahren Wert der beschädigten Güter entsprechen. Geschädigte DorfbewohnerInnen haben gegenüber den einflussreichen Erdölkonzernen, die sich renommierte Anwälte und Gutachter leisten können, eine schlechte Verhandlungsbasis, weshalb diese die Verhandlungen dominieren (vgl. Human Rights Watch 1999:150; Ikein 1990:42f; Okonta 2006a; Onuoha 2007:83). Viele Menschen können sich keine AnwälteInnen leisten oder sind gezwungen, ihre AnwälteInnen im Fall des Obsiegens an den Schadenersatzzahlungen zu beteiligen, wodurch die effektiven Beträge, die die betroffenen Personen erhalten, erheblich gemindert werden (Human Rights Watch 1999:73). DorfbewohnerInnen, die Schadenersatz fordern, wurden in der Vergangenheit häufig von der Polizei bedroht und/oder verhaftet. Betroffene von Ölverschmutzungen wurden bisweilen der Sabotage bezichtigt und im schlimmsten Fall festgenommen, wenn sie die Verschmutzungen meldeten (vgl. Human Rights Watch 1999:151,76).

Abgesehen davon, dass Schadenersatzzahlungen¹¹⁹ Umweltschäden nicht beseitigen oder rückgängig machen, sondern nur eine finanzielle Kompensation darstellen, sind sie ein untaugliches Mittel zur Lösung der Konflikte zwischen Erdölkonzernen und Bevölkerung. Es kommt regelmäßig zu Streitigkeiten darüber, ob und wie viel Geld von den Konzernen zu bezahlen sei. Während der Verhandlungen verschlechtern sich die Beziehungen zwischen den Parteien daher häufig. Verärgerte DorfbewohnerInnen, die mit ihren Forderungen nicht durchdringen, rächen sich mitunter durch Sabotage an Erdölanlagen (vgl. Onuoha 2007:81). Abgesehen davon können die Schadenersatzzahlungen selten den wahren Verlust, den eine Dorfgemeinschaft oder Familie erlitten hat, kompensieren oder sie erreichen nicht einmal die Betroffenen von Erdölverschmutzungen (Human Rights Watch 1999:73f).

¹¹⁹ Im Jahr 1998 stand die SPDC in rund 500 Fällen vor Gericht, wobei es in den meisten (nämlich in rund 350) anhängigen Verfahren um Schadenersatzforderungen aufgrund von Ölverschmutzungen ging. Der Konzern Chevron war in 200 Verfahren verwickelt, von welchen 180 Schadenersatzforderungen nach Ölspeils betrafen (Onuoha 2007:64).

8.5. Dreiecksbeziehung nigerianischer Staat, Erdölkonzerne und Bevölkerung – Gegenseitige Vorwürfe und ungelöste Fragen

In Anbetracht der Umstände spiegelt die nigerianische Politik und Gesetzgebung die Auffassung wider, dass das Wohl des (gesamten) nigerianischen Staates dem Wohl bzw. den Rechten der Bevölkerung in den erdölproduzierenden Regionen vorgeht und der Schutz der Umwelt und Bevölkerung dem Profitstreben der multinationalen Erdölkonzerne und des nigerianischen Staates untergeordnet wird (vgl. Ikein 1990:38; Obi 1999:40).

“The offender in the context of the Niger Delta depends on who is asking and who is answering.” (Onuoha 2007:77) Wer im Nigerdelta als Opfer und wer als Täter gilt, hängt stark von der Sichtweise ab. Die Erdöl- und Erdgaskonzerne in Nigeria erleiden vor allem durch die Tätigkeiten der *ethnic militia* finanzielle Schäden und leider auch Personenschäden. Ihre Anlagen und ihre Einrichtungen werden durch Sabotage und Angriffe von Milizen beschädigt oder zerstört, die Produktion gestört, was zu Förderausfällen führt und das Leben der Mitarbeiter gefährdet (vgl. Onuoha 2007:78). Vertreter der Erdölindustrie beschreiben die Proteste und Angriffe der *ethnic militia* und anderer (Protest)Bewegungen als kriminelle Akte, die darauf abzielen, finanzielle Vorteile von den Erdölkonzernen zu erpressen, während diese ihre Handlungen als legitimen Kampf um ihre Rechte betrachten (Human Rights Watch 1999:127).

Die Erdölkonzerne sind der Ansicht, ihre Pflichten gegenüber dem nigerianischen Staat und der Bevölkerung zu erfüllen, indem sie – zumindest teilweise - die Gesetze befolgen, der Regierung Gebühren und Abgaben und der Bevölkerung Entschädigungen für Land und Umweltschäden zahlen und freiwillig eigene Entwicklungsprojekte durchführen. Multinationale Erdölkonzerne werfen dem nigerianischen Staat vor, dass sich vergangene Regierungen nicht genug um die erdölproduzierenden Regionen gekümmert hätten und dass der Staat nach wie vor seine Verantwortung, die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung in Bezug auf Sozialwesen und Infrastruktur zu befriedigen, auf die Konzerne abschieben würde (vgl. Onuoha 2007:77; Udo 1999:3).

Die Regierung, die wie die Erdölkonzerne durch die Unruhen im Nigerdelta Förderausfälle zu beklagen hat und für die Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verantwortlich ist, beschuldigt die *ethnic militia* und erdölproduzierende Gemeinden, die zu Protesten und

Angriffen auf die Erdölkonzerne greifen, um sich Gehör zu verschaffen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Den Erdölkonzernen hingegen wirft die nigerianische Regierung zu wenig Transparenz bei ihren Tätigkeiten und Transaktionen vor (Onuoha 2007:77ff).

Die Menschen im Umfeld der Erdölkonzerne werfen diesen vor, dass sie ihr Land und ihren Lebensraum verschmutzen und zerstören¹²⁰, sie aus ihren Häusern vertreiben und Schadenersatz- und Kompensationszahlungen nicht, oder nur zu spät und unzureichend bezahlen würden. Sie beschuldigen die nigerianische Regierung, Verbündete der multinationalen Konzerne zu sein und die Interessen der Bevölkerung des Nigerdeltas nicht zu wahren und sie zu vernachlässigen und marginalisieren (Onuoha 2007:77f). Nicht alle erdölproduzierenden Gemeinden haben jedoch schlechte Beziehungen zu den multinationalen Erdölkonzernen. Manche Dörfer haben bessere Beziehungen und Kontakte zu den Konzernen vor Ort als zu ihrer politischen Vertretung (vgl. Daily Champion 1999:34; Oyadongha 2011h:52).

Die erdölproduzierenden Gemeinden fordern in erster Linie eine Erhöhung des Derivationsprinzips, eine Gesetzesänderung im Sinne von mehr Ressourcenkontrolle und Übertragung des Eigentums an Erdöl und Erdgas an die BewohnerInnen des Nigerdeltas. Abgesehen davon verlangen sie eine Verbesserung der Infrastruktur (Elektrizität, Wasserversorgung, Gesundheitsversorgung), die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsstätten speziell für junge Menschen, und die Beendigung der Umweltzerstörung sowie Schadenersatz für und Sanierung von Schäden an der Umwelt.

Die nigerianische Regierung und die Erdölkonzerne schieben einander gegenseitig die Verantwortung für das Wohlergehen der erdölproduzierenden Regionen zu: Tatsächlich haben sich vor allem während der Militärherrschaften weder die Erdölkonzerne noch die nigerianische Regierung effektiv um die Bevölkerung im Nigerdelta gekümmert und so den Nährboden für Konflikte und die Gründung ethnischer Milizen geschaffen (vgl. Ikein 1990:38).

¹²⁰ Dies vor allem durch die von der Erdölproduktion ausgehende Verschmutzung von Grund, Wasser und Luft, die zu Krankheiten bei der Bevölkerung führt und Ackerbau und Fischfang erschwert. (Onuoha 2007:78).

Eine gute Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ist allerdings äußerst wichtig für eine reibungslose und ertragreiche Erdölproduktion, was sich insbesondere an den Tätigkeiten der *ethnic militia* nach 1999 zeigte, welche die Erdöl- und Erdgasproduktion empfindlich störten. Aus diesem Grund versuchten die Erdölkonzerne ihre Beziehungen zu den *host communities* in den letzten Jahren vor allem durch *Memoranda of Understanding* (MoUs) zu verbessern (vgl. Ajala 2011:16). Allerdings schließen Erdölkonzerne solche *Memoranda of Understanding* nicht immer freiwillig ab, sondern tun dies mitunter erst nach Protesten der Bevölkerung, wenn diese die Produktion stören oder gefährden¹²¹ (Agbagwu 2002:45).

Auch wenn sich das Gesprächsklima zwischen den BewohnerInnen der erdölproduzierenden Regionen, den Regierungen und den Erdölkonzernen etwas verbessert hat, und Konzerne und nigerianischer Staat den Menschen im Nigerdelta nun mehr Respekt entgegenzubringen scheinen, bleibt abzuwarten, wie sich die Lösungsansätze seitens der verschiedenen Akteure – Bevölkerung, staatliche Einrichtungen, Erdölkonzerne – in Zukunft entwickeln werden. Letztendlich wäre eine nachhaltige Entwicklung der Region im Sinne einer Stärkung der Zivilgesellschaft und einer (Erdöl)Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Umwelt und Bevölkerung Rücksicht nimmt, das effektivste Mittel, um die bestehenden Probleme zu lösen.

¹²¹ Zehn Ijo-Gemeinschaften (an vorderster Front Frauen) “zwangen” Chevron Nigeria Limited (CNL) im Jahr 2002 dazu, ein *Memorandum of Understanding* zu unterzeichnen, indem sie die Arbeiten des Konzerns durch ihre Proteste empfindlich störten (Agbagwu 2002:45).

9. Conclusio und Ausblick

Erdöl, nicht umsonst auch „Schwarzes Gold“ genannt, ist gemeinsam mit Kohle und Erdgas einer der wichtigsten Rohstoffe und Energielieferanten des 20. Jahrhunderts und wird dies auch noch im 21. Jahrhundert bleiben. Doch die Erdölreserven sind nicht unendlich. Auch wenn laufend neue Erdöllagerstätten gefunden werden, wird die Förderung immer schwieriger und teurer, da sich der größte Teil der „schlummernden“ Erdöl- (und Erdgas)Reserven in schwer zugänglichen Gebieten - wie in der Tiefsee oder in der Arktis und Antarktis - befindet bzw. dort vermutet wird. Dem weltweit wachsenden Energiehunger sind die großen Risiken und nicht absehbaren Folgen für Umwelt und Klima gegenüberzustellen, welche die Förderung von Erdöl und Erdgas insbesondere in sensiblen Regionen wie der Arktis oder Antarktis hat.

In meiner Diplomarbeit habe ich die Auswirkungen der Erdölproduktion (und in geringerem Ausmaß der Erdgasindustrie) auf die erdölproduzierenden Regionen des Nigerdeltas in Nigeria untersucht. Ziel der Arbeit war eine Analyse jener Faktoren, die dazu führten, dass sich das erdöl- und erdgasreiche Nigerdelta zu einer Region entwickelt hat, die von sozialen Konflikten, Kriminalität und Gewaltausbrüchen zwischen ethnischen Milizen, kriminellen Vereinigungen und Polizei bzw. Militär geprägt ist. Das Nigerdelta ist der wirtschaftliche Motor des nigerianischen Staates, hier wird ein Großteil der staatlichen Einnahmen erwirtschaftet. Dass gerade diese Region unter sozioökonomischen Problemen und einer „negativen Entwicklung“ leidet, erschien mir auf den ersten Blick paradox und daher war die Frage nach den zugrundeliegenden Faktoren und Ursachen von großem Interesse für mich.

Bei der Analyse dieser Hintergrundfaktoren fiel mir auf, dass gegenwärtige Probleme des Nigerdeltas im Zusammenhang mit den Ressourcen Erdöl und Erdgas Parallelen zu Problemen in vorkolonialer Zeit mit den „Ressourcen“ SklavInnen und Palmöl aufwiesen. Daher erschien es mir unerlässlich, der Geschichte der Region nachzugehen. Dabei zeigte sich, dass gegenwärtige Probleme Nigerias, wie Korruption, Patronage und ethnische Konflikte ihren Ursprung zu einem großen Teil im britischen Kolonialismus haben:

Das Verwaltungssystem *Indirect Rule* löste bestehende demokratische Strukturen auf und ermöglichte den *Chiefs*, sich persönlich zu bereichern (siehe Kapitel 5).

Die Errichtung und Verwaltung der *Marketing Boards* führte zu Patronage und Klientelwirtschaft, da diese den politischen Eliten den Zugang zu öffentlichen Geldern erleichterten und Möglichkeiten und Anreize zur privaten Bereicherung schufen (siehe Kapitel 5, 6 und 7).

Die koloniale Wirtschaftspolitik, die in erster Linie den Interessen der britischen Kolonialmacht dienen sollte, begünstigte eine ungleiche Entwicklung der nigerianischen Wirtschaft (siehe Kapitel 6 und 8).

Ethnische Konflikte wiederum, sind unter anderem auf (verwaltungs)politische Entscheidungen der Kolonialherren (Stichwort *divide-and-rule*) oder auf politische und wirtschaftliche Umwälzungen während der Kolonialzeit zurückzuführen (siehe Kapitel 4).

Im Zuge der Erdöl- und Erdgasproduktion kommt es weltweit immer wieder zu Zwischenfällen mit zum Teil verheerenden Folgen, wie zum Beispiel bei den Unfällen von Exxon Valdez, Deepwater Horizon oder zuletzt, als die Shell-Öhlbohrinsel „Kulluk“ im Nordpolarmeer strandete. Im Nigerdelta scheinen die negativen Begleiterscheinungen von Erdöl- und Erdgasproduktion jedoch höher als in erdölproduzierenden Industriestaaten, da es neben vereinzelt größeren Unfällen laufend zu kleineren Verschmutzungen kommt, die sich summieren und so eine hohe Belastung für die Umwelt und die ansässige Bevölkerung darstellen. Multinationale Erdölkonzerne arbeiteten in Nigeria über viele Jahre hinweg mit niedrigeren Standards und Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt als in Industriestaaten, dies zeigt sich schon an den großen Mengen von Erdgas, die bei der Produktion abgefackelt werden. Niedrigere Umweltschutzstandards sparen Kosten, wodurch Profite – sowohl für Konzerne als auch für die Regierung – erhöht werden. Es können nur Vermutungen darüber angestellt werden, warum der nigerianische Staat die Tätigkeiten der Erdölkonzerne nicht ausreichend überwacht und bestehende Umweltschutzgesetze nicht durchsetzt. Tatsache ist, dass der nigerianische Staat abhängig von den Erdöleinnahmen und damit auch bis zu einem gewissen Grad von multinationalen Erdölkonzernen ist und die nigerianische Verwaltung und Judikatur den Anforderungen einer effektiven Durchsetzung bestehender Gesetze nicht gewachsen scheint.

Diese Interdependenz und oft zwiespältige Zusammenarbeit des nigerianischen Staats mit multinationalen Erdölkonzernen wirkt sich auch in anderen Bereichen nachteilig auf die Bevölkerung des Nigerdeltas aus. Der nigerianische Staat scheute nicht davor zurück, Gewalt gegen die Bevölkerung des Nigerdeltas anzuwenden: So kam es seit Anbeginn der

Erdölproduktion, aber verstärkt ab den 1990er Jahren, regelmäßig zu gewaltsamen Übergriffen staatlicher Sicherheitskräfte auf erdölproduzierende Gemeinden, sofern diese aufgrund von Demonstrationen, Protesten oder Blockaden eine Gefährdung für die Erdölproduktion darstellten. Im Nigerdelta kommt es im Zusammenhang mit der Erdölindustrie immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, vor allem durch Gewalt gegenüber DemonstrantInnen oder DorfbewohnerInnen, die von Konzernen Schadenersatz, finanzielle Zuwendungen, Infrastruktur oder Arbeitsplätze fordern.

Als in Nigeria - noch während der Kolonialzeit - Erdöl entdeckt wurde und die kommerzielle Förderung begann, war das Land kein Staat mit gefestigten wirtschaftlichen und demokratischen Strukturen und daher anfällig für die negativen Auswirkungen einer zu starken Abhängigkeit von Rohstoffexporten, wie etwa Inflation, Niedergang anderer Wirtschaftszweige und Krise – kurz gesagt der „Holländischen Krankheit“. Die Konzentration auf die Erdölindustrie führte so zur Vernachlässigung und zum Rückgang der Wirtschaftstätigkeit in anderen Sektoren, allen voran zum Rückgang von landwirtschaftlichen Exporten. Deindustrialisierung und Deagrarisierung waren die Folge. Die Erdölindustrie führte zwar zu Wirtschaftswachstum, welches sich jedoch nicht zwangsläufig in Verbesserungen der Lebensqualität der Bevölkerung niederschlug. Zusätzlich führte die Konzentration des nigerianischen Staates auf den Erdölsektor auch zu negativen Auswirkungen für die Wirtschaft. Vor allem zur Zeit des Erdölbooms in den 1970er Jahren nutzte der nigerianische Staat die hohen Einnahmen aus dem Erdölsektor nicht im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und Industrialisierung. Anstatt selbst produktive Tätigkeiten zu entfalten und die heimische Wirtschaft anzukurbeln, kassierte er in erster Linie Steuern und Pachtzins.

Auch wenn der nigerianische Staat mittlerweile ein einflussreicher Akteur in der Erdölindustrie ist - vor allem durch das System der Joint Ventures mit den großen multinationalen Erdölkonzernen - und immer mehr heimische Erdölkonzerne auf dem Markt erscheinen, wird der Erdölsektor nach wie vor von multinationalen Erdölkonzernen dominiert und der Großteil des nigerianischen Erdöls von ausländischen Konzernen gefördert. Dass der nigerianische Staat in den letzten Jahrzehnten verstärkt gesetzliche Maßnahmen setzte - mit dem Ziel, die Beteiligung von NigerianerInnen an der Erdölindustrie zu fördern - kann, angesichts der Tatsache, dass der Erdölsektor generell im Vergleich zu seiner Größe wenige Arbeitsplätze schafft, nur als Teilerfolg bewertet werden. Nicht zuletzt ist die Abhängigkeit

der nigerianischen Wirtschaft von einer einzigen (Devisen)Einkommensquelle riskant, da sie zu einer starken Abhängigkeit von der internationalen Wirtschaftslage führt, was insbesondere in Krisenzeiten fatale Folgen haben kann.

Durch die hohen Renteneinnahmen, die beim Staat konzentriert sind, sind politische Parteien und PolitikerInnen in der Lage, durch gezielte Subventionen und soziale Ausgaben, das heißt durch Patronage und Klientelwirtschaft - insbesondere unter Rückgriff auf ethnische Loyalitäten -, ihre Machtpositionen auszubauen, Wählerstimmen zu gewinnen bzw. zu erkaufen. Korruption, Verschwendung und Misswirtschaft führen wiederum dazu, dass die Einnahmen aus der Erdölindustrie, die potentiell zur Nutzung für soziale Zwecke oder nachhaltige Entwicklung zur Verfügung stehen, geschmälert werden. So handelt es sich bei den Nutznießern der Erdölindustrie in erster Linie um Eliten und die Bevölkerung profitiert relativ wenig von den Einnahmen aus der Erdölindustrie, was die Kluft zwischen Armen und Reichen vergrößert.

Die Finanzkonzentration beim Bund führte auch zu Korruption: Zugang zu Macht bedeutet Zugang zu Ressourcen und dies wiederum die Möglichkeit zur privaten Bereicherung. Dies erklärt auch, warum die Verteilung der Einnahmen eines der wichtigsten Themen der nigerianischen Politik ist. Die Zentralisierung und Kontrolle der Erdöleinnahmen beim und durch den Bund begann während der Militärherrschaften (1966-79 und 1983-99) und setzte sich unter den Zivilregierungen fort. Diese Konzentration der Finanzen beim Zentrum führte zu einer Abhängigkeitsmentalität der Gliedstaaten, welche wenig Anreize hatten, selbständig Einnahmen zu generieren. Stagnation war die Folge. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Gründung von immer mehr finanzschwachen und daher von den Allokationen des Bundes abhängigen Teilstaaten wider, welche es politischen Eliten ermöglichte, Zugang zu den Erdöleinnahmen, etwa in Form von Allokationen, zu erhalten. Der Schwerpunkt finanzpolitischer und finanzwirtschaftlicher Tätigkeiten in Nigeria liegt somit auf der Verteilung und nicht auf der Erzielung von Einnahmen durch eigene wirtschaftliche Produktion. Der „Kampf“ um Ressourcen ist zentrales Thema im Staat, sei es ausgehend von politischen oder ethnischen Gruppen, oder von einzelnen Gliedstaaten.

Parallel zur Konzentration der wichtigsten Ressourcen – der Erdöleinnahmen - beim Bund, erfolgte eine schrittweise Aushöhlung des Derivationsprinzips bei der Verteilung der Erdölressourcen. Dies geht aber zu Lasten der erdölproduzierenden Regionen, die die

umweltschädigenden und negativen sozioökonomischen Auswirkungen der Erdölindustrie zu tragen haben, welche durch eine stärkere Betonung des Derivationsprinzips bei der Einnahmenverteilung ein wenig abgefedert werden könnten.

Insbesondere die BewohnerInnen der erdölproduzierenden Regionen empfinden die bestehende Einnahmenverteilung als höchst ungerecht; soziale Konflikte und die Bildung von ethnischen Milizen sind die Folge. „Ressourcenkontrolle“ ist nicht nur *das* Schlagwort der ethnischen Milizen, sondern eine der Hauptforderungen lokaler PolitikerInnen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die verschiedenen Akteure fordern vor allem eine Erhöhung des Derivationsprinzips bei der Einnahmenverteilung und eine „wahre“ Ressourcenkontrolle im Sinne von Eigentum an den fossilen Bodenschätzen, mit allen daraus resultierenden Rechten.

Im Zusammenhang mit Konflikten in Afrika ist oft von „ethnischen“ Konflikten die Rede: Bürgerkriege, Auseinandersetzungen oder andere Formen der Gewalt werden auf ethnische Ursachen zurückgeführt. Eine solche Betrachtung ist einerseits unzureichend und lässt andererseits wichtige Faktoren afrikanischer politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse außer Acht. Eine „Ethnisierung“ afrikanischer Identitäten und sozialer Vorgänge erfolgt aber nicht nur von „außen“, sondern auch von „innen“, gerade auch durch afrikanische Politiker. Vor allem politische und wirtschaftliche Eliten in Nigeria instrumentalisieren ethnische Zugehörigkeitsgefühle, einerseits um bestehende soziale Unterschiede zu erklären und andererseits, um ihre eigenen Machtpositionen zu festigen und die Verteilung von limitierten Ressourcen in ihrem Sinne zu kanalisieren. Der angebliche „Kampf“ der einzelnen ethnischen Gruppen um Macht und Ressourcen ist sohin vielmehr ein Kampf der nigerianischen Eliten um Zugang zu Macht und damit einhergehend zu staatlichen Geldern.

Die nigerianische Politik präsentiert/e sich oberflächlich betrachtet als ein „Schlachtfeld“ der verschiedenen ethnischen Gruppen um Verteilung von Macht und Ressourcen, insbesondere in Bezug auf die Besetzung öffentlicher Ämter. Im Zuge von Wahlen, Ernennungen in hohe öffentliche Ämter oder repräsentative Funktionen kommt es immer wieder zu Konflikten, bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gesellschaften, da die Besetzung derartiger Machtpositionen von der Bevölkerung oft von einem ethnischen Standpunkt aus betrachtet und bewertet werden. Dies zeigt sich im Nigerdelta insbesondere bei der Zuweisung von Infrastrukturprogrammen durch Erdölkonzerne oder staatliche

Behörden, bei Ernennungen in repräsentative Funktionen in der Erdölindustrie (z.B. in Kommissionen) und bei der Verteilung von finanziellen Zuwendungen, in deren Zuge es immer wieder zu Konflikten zwischen den Gesellschaften kommt.

Bei tiefergehender Betrachtung stellen sich diese vermeintlich „ethnischen“ Konflikte und Konkurrenzen jedoch anders dar. Die Hintergründe sind selten „ethnischer“, sondern vielmehr wirtschaftlicher und (macht)politischer Art. Durch gezielte Subventionen mobilisieren Politiker Teile der Bevölkerung, indem sie deren Loyalität durch Appelle an ethnische Identitäten erkaufen – und sichern sich so deren Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Vor allem Lokalpolitiker bedienen sich „ethnischer“ Milizen und anderer Gruppierungen und mobilisieren sie gegen ihre politischen Gegner. Dies verschärft einerseits die bereits angespannte Situation und bestehende Konflikte zwischen einzelnen Gesellschaften, andererseits wirkt es sich in hohem Maße destabilisierend auf den nigerianischen Staat aus.

Vor allem seit dem Übergang zur Zivilregierung im Jahr 1999 kam es vermehrt zur Bildung von ethnischen Milizen, hauptsächlich bestehend aus arbeitslosen jungen Menschen. Dies kann unter anderem als Reaktion auf das Versagen des nigerianischen Staates, soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, betrachtet werden. Vor allem in den ländlichen Gebieten des Nigerdeltas mangelt es an rudimentärer Infrastruktur wie Elektrizität, Wasser- und Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätzen etc. Ein hoher Grad an Frustration, vor allem bei jungen Menschen, und die Schwierigkeiten, mit ehrlicher Arbeit seinen Lebensunterhalt zu sichern, führen dazu, dass ethnische Milizen und kriminelle Organisationen regen Zulauf erhalten.

Die Desillusionierung seitens der Bevölkerung und die Militarisierung der Region durch Kämpfe zwischen ethnischen Milizen und staatlichen Sicherheitskräften, unter denen oftmals auch unbeteiligte Dritte zu leiden haben, sowie das Versagen des Staates, angemessen darauf zu reagieren, treiben die Gewaltspirale an und führen zu einer Verschärfung bestehender Konflikte, einerseits zwischen ethnischen Milizen, andererseits aber auch zwischen einzelnen Gesellschaften. Diese Entwicklung wirkt sich jedoch nicht nur auf das Nigerdelta negativ aus, sondern auf den nigerianischen Staat in seiner Gesamtheit, was sich schon an den hohen Produktionsrückgängen in der Erdölindustrie durch die Bedrohung von ethnischen Milizen wie MEND zeigt.

Eine Definition von ethnischen Milizen und damit eine Abgrenzung von Vereinigungen rein krimineller Natur, wie bewaffneten Banden, Erdöldieben oder Piraten, ist oft schwierig. Auch wenn Gruppierungen wie MEND von sich behaupten, in erster Linie von politischen Zielen wie dem Streben nach Ressourcenkontrolle und mehr Autonomie und politischer Mitbestimmung geleitet zu werden, spielen wirtschaftliche Interessen eine tragende Rolle bei den Konflikten im Nigerdelta. Angesichts der Hintergründe ethnischer Milizen, wie langjähriger wirtschaftlicher, politischer und sozioökonomischer Marginalisierung, dem Fehlen von grundlegender Versorgung und dem Mangel an Zukunftsaussichten, erscheint es jedoch wenig verwunderlich, dass Menschen auch zu Gewalt greifen, um ein Stück vom Kuchen zu bekommen.

Konzerne und Regierung tragen eine große Verantwortung an den Konflikten und an der Kriminalität. Die Menschen im Nigerdelta mussten im Lauf der Jahrzehnte feststellen, dass weder Erdölkonzerne noch Regierung auf friedliche Proteste angemessen reagierten, sondern dass Gewalt – zum Beispiel durch Angriffe auf die Erdölindustrie – oft das einzig effektive Mittel waren, mit dem sie sich Gehör verschaffen konnten und im besten Fall sogar manche Forderungen erfüllt sahen. Andererseits führt ein solches Muster von Aktion und Reaktion zu noch mehr Gewalt und Unsicherheit, vor allem da Erdölkonzerne und/oder staatliche Sicherheitsbehörden oft mit Gewalt selbst auf friedliche Proteste reagieren.

Die Effizienz „aufoktrozierter“ Lösungsansätze von Seiten der Erdölkonzerne und des Staates ist begrenzt. Infrastruktur- oder Entwicklungsprojekte, die von staatlichen Organisationen wie der OMPADEC oder NDDC, oder direkt von den multinationalen Konzernen durchgeführt wurden und werden, sind oft nicht an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst, mangelhaft ausgeführt und zu gering finanziert. Die unzureichende Einbeziehung der Bevölkerung bei der Planung und Konzeption der Projekte führt zu mangelnder Effizienz und zu Korruption bei der Durchführung der Projekte. Andererseits führt die „Belohnung“ einzelner Dorfgemeinschaften mit solchen Projekten oft zu Konflikten mit anderen, die sich benachteiligt fühlen. Diesbezüglich gibt es jedoch Verbesserungsversuche mancher multinationaler Erdölkonzerne, die vor allem mithilfe von *Global Memoranda of Understanding* die *host communities* bei der Auswahl und Planung der Projekte miteinzubeziehen versuchen.

Die BewohnerInnen des Nigerdeltas machten lange Zeit ihren Minderheitenstatus und die damit einhergehende unzureichende Vertretung auf Bundesebene für ihre Marginalisierung verantwortlich, welche auch dazu geführt habe, dass sie gegenüber der Regierung und den einflussreichen multinationalen Erdölkonzernen relativ machtlos gewesen seien. Dies mag ein Grund dafür sein, dass die Bundesregierung lange Zeit wenig sensibel gegenüber den Bedürfnissen und Problemen der erdölproduzierenden Regionen war. Nun ist seit 2010/2011 mit Goodluck Jonathan ein Ijo aus dem Nigerdelta Präsident des nigerianischen Staates. Wie sich das weiterhin auf die Probleme des Nigerdeltas auswirkt, bleibt noch abzuwarten. Dass damit sämtliche Probleme ausgeräumt werden können, ist jedoch unrealistisch. Ethnische Loyalitäten spielen zwar eine wesentliche Rolle in der Politik, dennoch spielen wirtschaftliche Motive eine größere Rolle. Wirtschaftliche Interessen und menschenrechtliche Erwägungen bzw. der Schutz von Menschen geraten in vielen Bereichen des Lebens miteinander in Konflikt: Da das Nigerdelta strategisch wichtig und überlebenswichtig für den nigerianischen Staat ist, werden wirtschaftliche Erwägungen wohl häufig eine große Rolle spielen.

Obwohl das Amnestieprogramm seit dem Jahr 2009 gewisse Erfolge verbuchen konnte, wird es langfristig allein nicht ausreichen, um die weitere Gründung und ein weiteres Agieren ethnischer Milizen zu verhindern. Lösungsansätze auf verfassungsrechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Basis – im Sinne einer Erfüllung der Forderungen der erdölproduzierenden Regionen nach einer Überarbeitung der Finanzverteilung, Aufwertung der Region und einer stärkeren Teilhabe am politischen Leben – erscheinen langfristig zielführender.

10. Bibliographie

Achebe, Chinua (1983): The trouble with Nigeria. Oxford: Heinemann.

Affandi, Julius Rustam (2004): Shell Nigeria und der Fall Ken Saro-Wiwa. Erschienen August 2002, aktualisiert 23.04.2004.
<http://www.weltpolitik.net/Regionen/Afrika/Nigeria/Analysen/Shell%20Nigeria%20und%20der%20Fall%20Ken%20Saro-Wiwa.html>, 02.08.2009.

Africa Confidential (2012): Nigeria: Oil cuts as Delta erupts (analysis). 16 March 2012. In: allAfrica. <http://allafrica.com/stories/201203151167.html>, 20.03.2012.

Agbu, Osita (2004): Ethnic Militas and the Threat to Democracy in Post-Transition Nigeria. Research Report No. 127. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.

Akinjide-Balogun, Olajumoke (2001): Nigeria: Legal Framework Of The Nigerian Petroleum Industry. In: Mondaq. <http://www.mondaq.com/article.asp?articleid=10726>, 20.03.2009.

Akinola, Shittu R. (2008): Coping with Social Deprivation through Self-Governing Institutions in Oil Communities of Nigeria. In: Africa Today 55 (1), 89-107.

Alagoa, Ebiegberi Joe (2004): The uses of hindsight as foresight. Reflections on Niger Delta and Nigerian History. Lagos/Port Harcourt: Onyoma Research Publications.

Allan, J.A./McLachlan, K.S. (1976): Agricultural Development in Libya after Oil. In: African Affairs 75 (300), 331-348.

Aluko, Olajide (1976): Oil at Concessionary Prices for Africa: A Case-Study in Nigerian Decision-Making. In: African Affairs 75 (301), 425-443.

Amuta, Chidi (2003): From Petrol to Taylor (Obasanjo's Flirtations with Anarchy and Terror). Vanguard, Lagos, Nigeria, Aug. 4, 2003. In: Worldpress.org.
<http://www.worldpress.org/Africa/1406.cfm>, 27.03.2008.

Angaye, Gesiye (1986): Petroleum and the political economy of Nigeria. In: Nigerian Economic Society (Hg.): The Nigerian Economy: a political economy approach. London/Lagos/New York: Longman, 50-69.

Aremu, Fatai Ayinde/Omotola, J. Shola (2007): Violence as Threats to Democracy in Nigeria under the Forth Republic, 1999-2005. In: African and Asian Studies 6 (1-2), 53-79.

Areola, Olusegun (1991): Ecology of Natural Resources in Nigeria. Aldershot/Brookfield USA/Hong Kong/Singapore/Sydney: Avebury Academic Publishing Group.

Atiri, Judith Ojeme (2001): The Ogoni Struggle for Self Determination – A Case Study of Ethnic Conflict in Nigeria. Wien, Univ., Diss.

Babawale, Tunde (2001): The Rise of Ethnic Militias, De-Legitimisation of the State, and the Threat to Nigerian Federalism. In: West Africa Review 3 (1).
<http://www.africaknowledgeproject.org/index.php/war/article/view/456>, 24.02.2010.

Bamodu, `Gbenga (2006): Managing globalisation: UK initiatives and a Nigeria perspective. In: Dine, Janet/Fagan, Andrew (Hg.): Human Rights and Capitalism. A Multidisciplinary Perspective on Globalisation. Cheltenham, UK/Northampton, USA: Edward Elgar, 145-168.

Barrett, Ejiroghene (2006): Nigeria: Why the Troubles in the Niger Delta. In: New African, Nov 2006. FindArticles.com.
http://findarticles.com/p/articles/mi_qa5391/is_200611/ai_n21402016/, 06.08.2009.

Barrett, Lindsay (2006): Nigeria Bonny, The Travails of an Oil Kingdom. In: New African, Nov 2006. FindArticles.com.
http://findarticles.com/p/articles/mi_qa5391/is_200611/ai_n21402017/, 06.08.2009.

Barrett, Lindsay (2008a): Mixed signals from the Niger Delta. In: New African, Apr 2008. FindArticles.com. http://findarticles.com/p/articles/mi_qa5391/is_200804/ai_n25418663/, 06.08.2009.

Barrett, Lindsay (2008b): Niger Delta: The True Story. In: New African, Jan 2008. FindArticles.com. http://findarticles.com/p/articles/mi_qa5391/is_200801/ai_n21301341/, 21.07.2009.

Bergstresser, Heinrich/Pohly-Bergstresser, Sibylle (1991): Nigeria. Beck'sche Reihe. Aktuelle Länderkunden. München: Verlag C.H.Beck.

Brunner, Markus (2002): The unfinished state – Demokratie und Ethnizität in Nigeria. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.

CIA Factbook Nigeria: Central Intelligence Agency. Publications. The World Factbook. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ni.html>, 25.07.2008.

Citizens for Nigeria (o.A.): Colonial Constitutions of Nigeria. Written by Administrator. In: Citizens for Nigeria. The People Have the Power.
http://www.citizensfornigeria.com/index.php?option=com_content&task=view&id=55&Itemid=43, 04.06.2009.

Collier, Paul (1999): Doing Well out of War. The World Bank. Paper prepared for Conference on Economic Agendas in Civil Wars, London, April 26-27, 1999.
<http://siteresources.worldbank.org/INTKNOWLEDGEFORCHANGE/Resources/491519-1199818447826/28137.pdf>, 27.12.2012.

Collier, Paul (2006): Economic Causes of Civil Conflict and their Implications for Policy. Department of Economics, Oxford University.

Collier, Paul (2008): Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. Aus dem Englischen von Rita Seuß und Martin Richter (Originaltitel: The Bottom Billion. Why the poorest countries are failing and what can be done about it). München: Verlag C.H. Beck.

Collier, Paul/Hoeffler, Anke/Rohner, Dominic (2008): Beyond Greed and Grievance: Feasibility and Civil War. Department of Economics, University of Oxford. Department of Economics and Related Studies, University of York, and Faculty of Economics, University of Cambridge.

Constitution of the Federal Republic of Nigeria 1979: The Constitution of the Federal Republic of Nigeria, 1979. In: DAWODU.COM. <http://www.dawodu.com/const79.pdf>, 20.10.2012.

Constitution of the Federal Republic of Nigeria 1999: Constitution of the Federal Republic of Nigeria 1999. <http://www.nigeria-law.org/ConstitutionOfTheFederalRepublicOfNigeria.htm>; 20.12.2012

Crowder, Michael (1973): The Story of Nigeria. 3. Auflage. Plymouth/London: Faber and Faber Ltd.

Crowder, Michael (1978): Colonial West Africa. Collected Essays. London/New Jersey: Frank Cass and Company Limited.

Dine, Janet (2006): Using companies to oppress the poor. In: Dine, Janet/Fagan, Andrew (Hg.): Human Rights and Capitalism. A Multidisciplinary Perspective on Globalisation. Cheltenham, UK/Northampton, USA: Edward Elgar, 48-79.

Droesser, Gerhard (2005): Afrikas gehemmte Entwicklung. In: Die Neue Ordnung 59 (2). <http://www.die-neue-ordnung.de/>, 14.08.2008.

Eckert, Andreas (2010): Transatlantischer Sklavenhandel und Sklaverei in Westafrika. In: Eckert, Andreas/Grau, Ingeborg/Sonderegger, Arno (Hg.): Afrika 1500-1900. Geschichte und Gesellschaft. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag, 72-88.

Eckert, Andreas (2011): Nation, Staat und Ethnizität in Afrika im 20. Jahrhundert. In: Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag, 40-59.

ECOSOC: Economic, Social and Cultural Rights. Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights. E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2. 26 August 2003. Commission on Human Rights. Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights. Fifty-fifth session. Agenda item 4. [http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?OpenDocument](http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En?OpenDocument), 24.12.2011.

Ekpo, Udeme (2004): The Niger Delta and oil politics. Lagos: International Energy Communications Ltd.

Ekwueme, Alex (2002): Federalism and public finance in Nigeria, January 2002. http://www.nigerdeltacongress.com/farticles/federalism_and_public_finance_in.htm, 23.11.2009.

Englert, Birgit (2011): Die junge Generation als politischer Akteur im Afrika des 20. Jahrhunderts. In: Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag, 174-193.

Environmental Impact Assessment Decree (1992): Environmental Impact Assessment Decree No 86 of 1992, 10th December 1992.

Essien, Efiong (1990): Nigeria under Structural Adjustment. Ibadan: Fountain Publications.

Faris, Stephan (2001): Women Sweep Appointments for Key Nigerian Court. 10/08/2001. In: Women's eNews. <http://oldsite.womensenews.org/article.cfm/dyn/aid/677/context/archive>, 05.03.2009.

Fawole, W. Alade (2003): Nigeria's External Relations and Foreign Policy under Military Rule, 1966-1999. Ile-Ife, Nigeria: Obafemi Awolowo University Press Ltd.

Federal Environmental Protection Agency (Amendment) Decree (1992): Federal Environmental Protection Agency (Amendment) Decree No 59 of 1992, 2nd August, 1992.

Francis, David (2011a): In Niger Delta, one rebel leader faces a choice: computer engineering or fighting. October 30, 2011. In: The Christian Science Monitor. <http://www.csmonitor.com/World/Africa/2011/1030/In-Niger-Delta-one-rebel-leader-faces-a-choice-computer-engineering-or-fighting>, 27.12.2011.

Francis, David (2011b): Move over Boko Haram, Nigeria's MEND rebels set to restart oil war in Niger Delta. October 30, 2011. In: The Christian Science Monitor. <http://www.csmonitor.com/World/Africa/2011/1030/Move-over-Boko-Haram-Nigeria-s-MEND-rebels-set-to-restart-oil-war-in-Niger-Delta>, 27.12.2011.

Frynas, Jędrzej George/Paulo, Manuel (2007): A new Scramble for African Oil? Historical, Political, and Business Perspectives. In: African Affairs 106 (423), 229-251.

Ghai, Yash (2000): Ethnicity and Autonomy: A Framework for Analysis. In: Ghai, Yash (Hg.): Autonomy and Ethnicity. Negotiating Competing Claims in Multi-ethnic States. Cambridge: Cambridge University Press, 1-26.

Gingrich, Andre (2001): Ethnizität für die Praxis. Drei Bereiche, sieben Thesen und ein Beispiel. In: Wernhart, Karl R./Zips, Werner (Hg.): Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. 2. überarb. Auflage. Wien: Promedia, 99-111.

Graf, William D. (1988): The Nigerian State. Political Economy, State Class and Political System in the Post-Colonial Era. London: James Currey/Portsmouth (N.H.): Heinemann.

Grau, Ingeborg Maria (1991): Die Igbo-sprechenden Völker Südostnigerias: Fragmentation und fundamentale Einheit in ihrer Geschichte. Zentrale Themen der Igbo-Forschung: Igbo Ukwu/Nri, Aro und der Krieg der Frauen. Wien, Univ., Diss.

Grau, Ingeborg (2010): Gesellschaften und Politik in Afrika südlich der Sahara. In: Eckert, Andreas/Grau, Ingeborg/Sonderegger, Arno (Hg.): Afrika 1500-1900. Geschichte und Gesellschaft. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag, 45-71.

Haller, Tobias et al. (Hg., 2007): Fossil Fuels, Oil Companies, and Indigenous Peoples. Strategies of multinational oil companies, states, and ethnic minorities. Impact on environment, livelihoods, and cultural change. Zürich/Berlin/Münster: LIT Verlag.

Human Rights Watch (1999): The Price of Oil: Corporate Responsibility and Human Rights Violations in Nigeria's Oil Producing Communities. January 1999.
<http://www.hrw.org/legacy/reports/1999/nigeria/>, 3.4.2008.

Human Rights Watch (2003): The O'odua People's Congress: Fighting Violence with Violence. Nigeria. Vol. 15, No. 4 (A) - February 2003.
<http://www.hrw.org/en/reports/2003/02/28/oodua-peoples-congress>, 03.10.2010.

Human Rights Watch (2005): Rivers and Blood: Guns, Oil and Power in Nigeria's Rivers State. A Human Rights Watch Briefing Paper. February 2005.
<http://hrw.org/backgrounder/africa/nigeria0205/>, 31.12.2007.

Human Rights Watch (2008): Nigeria: Niger Delta Gang Violence Goes Unpunished. Failure to Prosecute Gang Leaders, Politicians Will Fuel Bloodshed. March 28, 2008.
<http://www.hrw.org/news/2008/03/27/nigeria-niger-delta-gang-violence-goes-unpunished>, 03.04.2008.

Hunter, Guy (1968): The Transfer of Institutions from Developed to Developing Countries. In: African Affairs 67 (266), 3-10.

Ibeanu, Okechukwu (2000): Ethnicity and Transition to Democracy in Nigeria: Explaining the Passing of Authoritarian Rule in a Multi-ethnic Society. In: African Journal of Political Science 5 (2), 45-65.

Ifidon, Ehimika A. (1998): The Appropriated State: Political Structure and Cycles of Conflict in Nigeria, 1900 – 1993. In: African Journal of Political Science 3 (2), 1-14.

Ifidon, Ehimika A. (2002): Transitions from Democracy in Nigeria: Toward a Pre-emptive Analysis. In: African Journal of Political Science 7 (1), 109-128.

Igbuzor, Otive (o.A.): Constitution Making and the Struggle for Resource Control in Nigeria. In: DAWODU.COM. <http://www.dawodu.com/igbuzor1.htm>, 29.08.2010.

Ikein, Augustine A. (1990): The Impact of Oil on a Developing Country. The case of Nigeria. Foreword by Letha A. See. New York/Westport, Connecticut/London: Praeger Publishers.

Ikein, Augustine A./Briggs-Anigboh, Comfort (1998): Oil and Fiscal Federalism in Nigeria. The political economy of resource allocation in a developing country. Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sydney: Ashgate.

Ikeji, Chibueze C. (2011): Politics of Revenue Allocation in Nigeria: A reconsideration of some contending issues. In: Sacha Journal of Policy and Strategic Studies 1 (1), 121-136.
<http://sachajournals.com/index.php>, 21.10.2012.

Ikelegbe, Augustine (2006): The Economy of Conflict in the Oil Rich Niger Delta Region of Nigeria. In: African and Asian Studies 5 (1), 23-54.

Ikime, Obaro (1977): The Fall of Nigeria. The British Conquest. London/Nairobi/Lusaka/Ibadan: Heinemann.

Ikime, Obaro (1966): The anti-tax riots in Warri Province, 1927-1928. In Journal of the Historical Society of Nigeria 3 (3), 559-575.

Ikpatt, Clement (2002): Understanding the Derivation Principle. In: Niger Delta Congress. http://www.nigerdeltacongress.com/uarticles/understanding_the_derivation_pri.htm, 01.06.2010.

Ikpatt, Clement (2006): Understanding the Difference between Percentage (%) Derivation and Resource Ownership. In: NgEX! Nigeria Exchange News. <http://www.weltpolitik.net/Regionen/Afrika/Nigeria/Analysen/Shell%20Nigeria%20und%20der%20Fall%20Ken%20Saro-Wiwa.html>, 01.06.2010

Ikpe, Ukana B. (2000): Patrimonialism and Military Regimes in Nigeria. In: African Journal of Political Science 5 (1), 146-162.

Imevbore A.M.A (1979): The impact of oil production on the biota of the Niger Delta. By Imevbore A.M.A. Department of Biological Sciences University of Ife Ile-Ife, Nigeria. In: The Petroleum Industry and the Environment of the Niger Delta. Volume II. Technical Papers. Proceedings of a seminar sponsored by the Federal Ministry of Housing and Environment and the Nigerian National Petroleum Corporation. November 28-30, 1979. Port Harcourt, Rivers State, Nigeria. Nigeria: Ibadan, 87-102.

International Crisis Group: Nigeria: Ogoni Land after Shell. Policy Briefing. Africa Briefing N°54, Dakar/Abuja/Brussels, 18 September 2008. In: International Crisis Group. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/africa/west-africa/nigeria/B054%20Nigeria%20Ogoni%20Land%20after%20Shell.pdf>, 20.06.2008.

IRIN (2002): Nigeria: Deaths rise in Lagos clashes, thousands flee. IRIN humanitarian news and analysis, a service of the UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 5 February 2002. <http://www.irinnews.org/Report/30112/NIGERIA-Deaths-rise-in-Lagos-clashes-thousands-flee>, 29.01.2009.

IRIN (2012): Nigeria: Gas flares still a burning issue in the Niger Delta. UN Integrated Regional Information Networks (IRIN). March 8, 2012. <http://www.irinnews.org/Report/95034/NIGERIA-Gas-flares-still-a-burning-issue-in-the-Niger-Delta>, 12.03.2012.

Isichei, Elizabeth (1977): History of West Africa since 1800. London/Basingstoke: Macmillan Education Limited.

Isichei, Elizabeth Allo (1983): A history of Nigeria. With a contribution by Peter Uche Isichei. Harlow: Longman.

Isichei, Elizabeth (2004): Voices of the Poor in Africa. Rochester: University of Rochester Press.

Johannesburg Summit (2002): Nigeria. Country Profile. Country Profiles Series. United Nations.

<http://www.un.org/esa/agenda21/natinfo/wssd/nigeria.pdf>, 20.09.2008.

Kaiama Declaration (1998): The Kaiama Declaration by Ijaw Youths of the Niger Delta Being Communique issued at the end of the All Youths Conference which held in the town of Kaiama this 11th day of December 1998. <http://www.unitedijawstates.com/kaiama.htm>, 31.12.2007.

Kirk-Greene, A.H.M. (1967): The peoples of Nigeria: The Cultural Background to the Crisis. In: African Affairs 66 (262), 3-11.

Kolo, Sule (1971): Nigeria: The Next Decade. In: African Affairs 70 (279), 169-171.

Krause, Joachim (2007): V. Föderalismus und Bundesrat. Christian Albrechts Universität zu Kiel. Vorlesung: Vergleichende Regierungslehre I: Bundesrepublik Deutschland. SS 2007. <http://www.politik.uni-kiel.de/SS2007/krause/vl5.pdf>, 20.11.2009.

Kubeyinje, Kingsley/Nezianya, Tony (1999): Delta communities protest neglect. Press for government aid, oil company compensation. From Africa Recovery, Vol.13#1 (June 1999), page 15 (part of article "Nigeria: Country in Focus"). In: UN Africa Renewal online. <http://www.un.org/en/africarenewal/131nigr6.htm>, 23.12.2009.

Loimeier, Manfred (1996): Zum Beispiel: Ken Saro-Wiwa. Die Hinrichtung des Umweltschützers und Schriftstellers Ken Saro-Wiwa und weiterer Oppositioneller, der Kampf des Ogoni-Volkes gegen Shell und die Lage in Nigeria. Von Manfred Loimeier mit Beiträgen von Bob Drogin, Holger Ehling, Willfried Feuser und Wole Soyinka. Süd-Nord (herausgegeben von Ekkehard Launer). Göttingen: Lamuv Verlag.

Lütke Entrup, Joseph (1981): Nigeria – von der völkerrechtlichen Unabhängigkeit zur Zweiten Republik. Sankt Augustin: Verlag Hans Richarz.

Madujibeya, S.A. (1976): Oil and Nigeria's Economic Development. In: African Affairs 75 (300), 284-316.

MASSOB Website: MASSOB. Movement for the Actualisation of the Sovereign State of Biafra. <http://massob.org/>, 12.02.2010.

May, Stephen/Modood, Tariq/Squires, Judith (Hg., 2004): Ethnicity, Nationalism, and Minority Rights. Cambridge: University Press.

Mayall, James (1976): Oil and Nigerian Foreign Policy. In: African Affairs 75 (300), 317-330.

Mayer, Florian (2006): Zur Bedeutung von Renteneinnahmen für die politische und ökonomische Entwicklung der MONA-Region: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Hintergrundinformationen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04276.pdf>, 21.7.2008.

Mehlum, Halvor/Moene, Karl/Torvik, Ragnar (2006): Institutions and the resource curse. In: The Economic Journal 116 (508), Royal Economic Society, UK/USA: Blackwell Publishing, 1- 20.

Mulinge, Munyae M./Lesetedi, Gwen N. (1998): Interrogating Our Past: Colonialism and Corruption in Sub-Saharan Africa. In: African Journal of Political Science 3 (2), 15-28.

NCEMA (o.A.): Structural Adjustment Programme in Nigeria: causes, processes and outcomes. Revised Technical Proposal. By: National Centre for Economic Management & Administration (NCEMA), Nos. 1 & 3, Oba Akinyele Avenue, Old Bodija Estate, Ibadan, Nigeria. http://depot.gdnet.org/cms/grp/general/Nigeria_proposal.pdf, 21.6.2009.

NDDC Website: NDDC. Niger Delta Development Commission. <http://www.nddc.gov.ng/>, 11.05.2009.

Niger Delta Development Commission Act 2000: Niger Delta Development Commission (Establishment etc) Act 2000, Act No. 6. In : Commonwealth Legal Information Institute. http://www.commonlii.org/ng/legis/num_act/ndcea504/, 20.9.2008.

Nnoli, Okwudiba (1978): Ethnic Politics in Nigeria. Enugu: Fourth Dimension Publishing Co. Ltd.

Nnoli, Okwudiba (Hg., 1993): Deadend to Nigerian Development. An Analysis of the Political Economy of Nigeria 1979-1989. Dakar: Codesria.

Obi, Cyril I. (1999): Globalization and Environmental Conflict in Africa. In: African Journal of Political Science 4 (1), 40-62.

Ogoni Bill of Rights (1990): Ogoni Bill of Rights. Presented to the Government and People of Nigeria. October, 1990. With an appeal to the International Community by The Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP) December, 1991. Published by Saros International Publishers, 24 Aggrey Road, PO Box 193, Port Harcourt, Nigeria for the Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP) June 1992. In: mosop.org. http://www.mosop.org/Ogoni_Bill_of_Rights_1990.pdf, 20.01.2013.

Oguine, Ike (2000): Nigeria's Oil Revenues and the Oil Producing Areas. In: Centre for Energy, Petroleum and Mineral Law and Policy. <http://www.dundee.ac.uk/cepmlp/journal/html/vol4/article4-10.html>, 20.08.2012.

Oguine, Ike (2007): Guns and Justice in the Niger Delta. In: New Internationalist, Sept 2007. FindArticles.com. http://findarticles.com/p/articles/mi_m0JQP/is_404/ai_n21026870/, 06.08.2009.

Oil Pipelines Act (1956): Oil Pipelines Act. An Act to make provision for licences to be granted for the establishment and maintenance of pipelines incidental and supplementary to oilfields and oil mining and for purposes ancillary to such pipelines. 4th day of October 1956. <http://www.nigeria-law.org/Oil%20Pipelines%20Act.htm>, 20.12.2012.

Ojakorotu, Victor/Okeke-Uzodike, Ufo (2006): Oil, Arms Proliferation and Conflict in the Niger Delta of Nigeria. In: African Journal on Conflict Resolution 6 (2), 85-106.

Ojefia, Innocent A. (o.A.): The Nigerian State and the Niger Delta Question. A Paper for the 22nd Annual Conference of the Association of Third World Studies, Americus, Georgia, USA. <http://www.deltastate.gov.ng/oyefia.htm>, 01.06.2010.

Ojo, Emmanuel O. (2010): The Politics of Revenue Allocation and Resource Control in Nigeria: Implications for Federal Stability. In: Federal Governance 7 (1), 15-38.

Okonjo-Iweala, Ngozi/Soludo, Charles C./Muhtar, Mansur (2003): The Debt Trap in Nigeria: Towards a Sustainable Debt Strategy. Trenton, NJ/Asmara, Eritrea: Africa World Press, Inc.

Okonta, Ike/Douglas, Oronto (2003): Where Vultures feast. Shell, Human Rights and Oil. London/New York: Verso.

Okonta, Ike (2006a): Niger Delta: Behind the Mask. In: DAWODU.COM, Dedicated to Nigeria's socio-political issues. <http://www.dawodu.com/okonta4.htm>, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/38005>, 03.06.2009.

Okonta, Ike (2006b): MEND: Anatomy of A People's Militia. In: DAWODU.COM, Dedicated to Nigeria's socio-political issues. <http://www.dawodu.com/okonta2.htm>, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/38119>, 03.06.2009.

Okonta, Ike (2006c): Niger Delta: Restoring the Rights of Citizens. In: DAWODU.COM, Dedicated to Nigeria's socio-political issues. <http://www.dawodu.com/okonta5.htm>, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/38222>, 03.06.2009.

Okoro, Boniface (o.A.): Derivation Formula: The Awolowo Initiative. In: Niger Delta Congress. http://www.nigerdeltacongress.com/darticles/derivation_formula.htm, 01.06.2010.

Okpu, Ugbana (1977): Ethnic Minority Problems in Nigerian Politics: 1960-1965. Uppsala: Almqvist & Wiksell International Stockholm.

Olatawura, Ola (2006): Terrorism, Economic, and Financial Crimes – A Domestic and International Law Analysis of Nigerian Law. In: Recht in Afrika – Law in Africa – Droit en Afrique. Zeitschrift der Gesellschaft für afrikanisches Recht 2 (9), 215-252.

Olukoshi, Adebayo O. (2000): Economy and Politics in the Nigerian Transition. In: African Journal of Political Science 5 (2), 5-29.

Olukoya, Sam (2004): In neokolonialer Hand. Nigerias Öl: Fünf Prozent fürs Land – 95 Prozent für ausländische Konzerne. Aus: junge Welt, 16. April 2004. In: AG Friedensforschung. Veranstalter des Friedenspolitischen Ratschlags. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Nigeria/oel.html>; 20.09.2009.

Omotola, J. Shola (2007): From the OMPADEC to the NDDC: An Assessment of State Responses to Environmental Insecurity in the Niger Delta, Nigeria. In: Africa Today 54 (1), 73-89.

Onuoha, Austin (2007): The Dilemma of Restorative Justice when “All Are Guilty”: A Case Study of the Conflicts in the Niger Delta Region of Nigeria. In: African Journal on Conflict Resolution 7 (1), 63-88.

Orewa, G. Oka (1966): Local Government Finance in Nigeria. Ibadan: Oxford University Press.

Oyefolu, K.O./Awobajo, O.A. (1979): Environmental aspect of the Petroleum Industry in the Niger Delta: Problems and Solutions. By Oyefolu, K.O. and Awobajo, O.A. Nigerian National Petroleum Corporation (Petroleum Inspectorate). In: The Petroleum Industry and the Environment of the Niger Delta. Volume II. Technical Papers. Proceedings of a seminar sponsored by the Federal Ministry of Housing and Environment and the Nigerian National Petroleum Corporation. November 28-30, 1979. Port Harcourt, Rivers State, Nigeria. Nigeria: Ibadan, 145-166.

Penrose, Edith (1976): Africa and the Oil Revolution: An Introduction. In: African Affairs 75 (300), 277-283.

Petroleum Act (1969): Petroleum Act. An act to provide for the exploration of petroleum from the territorial waters and the continental shelf of Nigeria and to vest the ownership of, and all on-shore and off-shore revenue from petroleum resources derivable therefrom in the Federal Government and for all other matters incidental thereto. 27th day of November 1969.

Petroleum Industry (1979): The Petroleum Industry and The Environment of the Niger Delta: Volume II. Technical Papers. Proceedings of a seminar sponsored by the Federal Ministry of Housing and Environment and the Nigerian National Petroleum corporation, November 28-30, 1979. Port Harcourt, Rivers State, Nigeria. Ibadan: o.A.

Petry, Martin (2003): Wem gehört das schwarze Gold? Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Erdölprojekt Tschad-Kamerun; Erfahrungen eines internationalen Netzwerks. Eine Kooperation mit Brot für die Welt. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

Pomrehn, Wolfgang (2005): Nigerias tödliches Öl. Zehn Jahre nach dem staatlichen Mord an Ken Saro Wiwa laufen die Geschäfte des Ölmultis Shell in Westafrika so gut wie nie. Aus: junge Welt, 30. Dezember 2005. In: AG Friedensforschung. Veranstalter des Friedenspolitischen Ratschlags. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Nigeria/pomrehn.html>, 20.09.2009.

RFI (2009a): High-profile Mend member accepts Nigerian amnesty. In: RFI – Radio France Internationale, 10.07.2009. <http://www.rfi.fr/>, 01.09.2009.

RFI (2009b): Court frees Mend leader despite attack on oil jetty. In: RFI - Radio France Internationale, 13.07.2009. <http://www.rfi.fr/>, 01.09.2009.

RFI (2009c): No to amnesty, says Niger delta armed group leader Dokubo Asari. In: RFI – Radio France Internationale, 05.08.2009. <http://www.rfi.fr/>, 01.09.2009.

RFI (2009d): Mend distances itself from rebels who handed over arms in amnesty deal. In: RFI – Radio France Internationale, 23.08.2009. <http://www.rfi.fr/>, 01.09.2009.

Sala-i-Martin, Xavier/Subramanian, Arvind (2003): IMF Working Paper. Addressing the Natural Resource Curse: An Illustration from Nigeria. WP/03/139. International Monetary Fund. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2003/wp03139.pdf>, 20.3.2009.

Saro-Wiwa, Ken (1996): *Flammen der Hölle. Nigeria und Shell: Der schmutzige Krieg gegen die Ogoni*. Aus dem Englischen von Ulrike Bischoff und Udo Rennert. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schicho, Walter (2001): *Handbuch Afrika*. In drei Bänden. Band 2: Westafrika und die Inseln im Atlantik. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/Südwind.

Schicho, Walter (2010): *Das atlantische Zeitalter. Afrikas Einbindung in eine neue Weltwirtschaft*. In: Eckert, Andreas/Grau, Ingeborg/Sonderegger, Arno (Hg.): *Afrika 1500-1900. Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag, 23-44.

Schicho, Walter (2011): *Von der »zivilisatorischen Mission« zur »Partnerschaft«*. Koloniale und globale Metropolen und die wirtschaftliche Kontrolle Afrikas. In: Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): *Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag, 60-80.

Shell in Nigeria (2010): *Shell in Nigeria. Harnessing Nigeria's gas*. Published by Shell Companies in Nigeria: Shell Petroleum Development Company of Nigeria Ltd, Shell Nigeria Exploration and Production Company Ltd and Shell Nigeria Gas Ltd. In: *Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry* 01 (09), January 2010, 27.

Shell Jahresbericht (2006): *Shell Nigeria Annual Report 2006. People and the Environment*. <http://www.shell.com/home/Framework?siteId=nigeria>, 31.12.2007.

Skeet, Trevor (1971): *Oil in Africa*. In: *African Affairs* 70 (278), 72-76.

Sonderegger, Arno (2008): *Antisklaverei und Afrika. Zur Geschichte einer Bewegung im langen 19. Jahrhundert*. In: Fischer, Karin/Zimmermann, Susan (Hg.): *Internationalismen. Transformation weltweiter Ungleichheit im 19. Und 20. Jahrhundert. Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung* 26. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde, Promedia Verlag & Südwind, 85-105.

Sonderegger, Arno (2010): *Abolitionismus in Afrika. Zwischen Rassismus und Zivilisierungsmission*. In: Eckert, Andreas/Grau, Ingeborg/Sonderegger, Arno (Hg.): *Afrika 1500-1900. Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag, 218-234.

Sorell, Tom (2006): *The UN Norms*. In: Dine, Janet/Fagan, Andrew (Hg.): *Human Rights and Capitalism. A Multidisciplinary Perspective on Globalisation*. Cheltenham, UK/Northampton, USA: Edward Elgar, 284-299.

Soyinka, Wole (1996): *The Open Sore of a Continent. A Personal Narrative of the Nigerian Crisis*. New York/Oxford: Oxford University Press.

Soyinka, Wole (2001): *Die Last des Erinnerns. Was Europa Afrika schuldet – und was Afrika sich selbst schuldet*. Aus dem Englischen übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Gerd Meuer. Düsseldorf: Patmos Verlag.

Stratfor Global Intelligence (2009a): Nigeria's MEND: Connecting the Dots. March 17, 2009. http://www.stratfor.com/analysis/20090312_mend_nigeria_connecting_dots, 13.7.2009.

Stratfor Global Intelligence (2009b): Nigeria's MEND: Odili, Asari and the NDPVF. March 18, 2009. http://www.stratfor.com/analysis/20090313_nigerias_mend_odili_asari_and_ndpvf, 13.07.2009.

Stratfor Global Intelligence (2009c): Nigeria's MEND: A Different Militant Movement. March 19, 2009. http://www.stratfor.com/analysis/20090316_nigerias_mend_different_militant_movement, 13.07.2009.

Suberu, Rotimi T. (2001): Federalism and Ethnic Conflict in Nigeria. Foreword by Larry Diamond. Washington D.C.: United States Institute of Peace Press.

Tamuno, Tekena N. (1972): Patriotism and Statism in the Rivers State, Nigeria. In: African Affairs 71 (284), 264-281.

Uche, Chibuike U./Uche, Ogbonnaya C. (2004): Oil and the Politics of Revenue Allocation in Nigeria. ASC Working Paper 54/2004. African Studies Centre Leiden; Department of Banking and Finance, University of Nigeria. <https://openaccess.leidenuniv.nl/bitstream/handle/1887/12916/ASC-075287668-011-01.pdf?sequence=2>, 20.5.2010.

Ukeje, Charles et al. (Hg., 2002): Oil and violent conflicts in the Niger Delta. CEDCOMS MONOGRAPH SERIES No 1. Centre for Development and Conflict Management Studies. Ile-Ife, Nigeria: Obafemi Awolowo University Press.

Ukiwo, Ukoha (2007): From "pirates" to "militants": A historical perspective on anti-state and anti-oil company mobilization among the Ijaw of Warri, Western Niger Delta. In: African Affairs 106 (425), 587-610.

UNDP (2006): United Nations Development Programme, Nigeria. Niger Delta Human Development Report. http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/africa/nigeria/nigeria_hdr_report.pdf, 20.06.2008.

Vail, Jeff (o.A.): MEND & the Ijaw Insurgency: A Negative-Feedback Loop. Free-Market Insurgency: A Positive-Feedback Loop. <http://www.theoilrum.com/node/2348>, 16.07.2008.

Van Gelder, Jan Willem/Moerkamp, Jos (1996): Das Nigerdelta: ein zerrüttetes Ökosystem. Die Rolle von Shell und anderen Ölkonzernen. Ein Diskussionspapier im Auftrag von Greenpeace. <http://www.bee-ev.de/uploads/Nigerdelta.pdf>, 31.12.2007.

Veit, Axel (2004): Shell in Nigeria. Zieht sich Shell bald zurück? Aus: WoZ, 22. Juli 2004. In: AG Friedensforschung. Veranstalter des Friedenspolitischen Ratschlags. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Nigeria/veit.html>; 10.09.2009.

Vincent, Ola (2002): Fiscal federalism, good for Nigeria. In: Niger Delta Congress. http://www.nigerdeltacongress.com/farticles/fiscal_federalism_good_for_niger.htm, 20.08.2012.

Walter, Robert/Mayer, Heinz/Kucsko-Stadlmayer, Gabriele (2007): Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrechts. 10., durchgesehene und ergänzte Auflage, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.

Wellington, Bestman (2007): MEND's Fluid Leadership Structure. In: Terrorism Focus, Volume 4 Issue 18 (June 12, 2007).
http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=4223, 08.08.2009.

Weltbank (1995): Defining an Environmental Development Strategy for the Niger Delta. May 25th, 1995. Volume I. World Bank. Industry and Energy Operations Division. West Central Africa Department.

Williams, Gavin (Hg., 1976): Nigeria. Economy and Society. London: Rex Collings.

Ziai, Aram (2004): Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs. In: Sozialistische Positionen. Beiträge zu Politik, Kultur und Gesellschaft.
<http://www.sopos.org/aufsaetze/408aa83c03940/1.phtml>, 29.01.2009.

Zeitungsartikel

Adedeye, Segun (2005): Shell shuts two flow stations over NDDC board dispute. In: The Comet (Nigeria), 26.01.2005, 40.

Adeoye, Yemie (2007): N-Delta crisis: Nigeria loses US\$58,3bn in 8 years. In: Vanguard Nigeria, 17.10.2007, 12.

Adeoye, Yemie (2011a): PTDF to advance indigenous participation in oil industry. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 10.

- (2011b): Nigeria – Algeria \$ 20b gas project ready by 2015 - Jonathan. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 14.
- (2011c): African producers shore up investments as Europeans reduce dependence on Russia. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 15.
- (2011d): Oando commissions 128 Km gas pipelines ... Moves to build largest pipeline grid in sub-Saharan Africa. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 19.

Adeoye, Yemie (2012a): Kaduna Refinery is viable NNPC insists ... Explains crude oil importation. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 11.

- (2012b): Of oil thieves and clueless governance. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 11-12.

Aderibigbe, Yinka (2004): NDDC and the burden of developing the Niger Delta. In: The Guardian (Nigeria), 19.02.2004, 15.

Agbagwu, Oluchy (2002): Unlocking Niger Delta logjam. In: Daily Champion (Nigeria), 20.08.2002, 45.

Agbakwuru, Johnbosco (2002): NDDC donates N50m science tools to Cross River State schools. In: Daily Times (Nigeria), 24.09.2002, 3.

Agbakwuru, Johnbosco (2012): 6,000 ex-militants to miss training. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry, August 30, 2011.
<http://www.vanguardngr.com/2011/08/6000-ex-militants-to-miss-training/>. 30.08.2011.

Ahon, Festus (2012): Ijaw group threatens to cripple Chevron's operations. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 46.

Ahiuma-Young, Victor (2009a): War in the creek: Dearth of supplies hit oil companies. Starvation, fatigue threaten operations. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 8.

- (2009b): War in the creeks: Labour expresses concerns over oil workers' safety. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 12.

Ahiuma Young, Victor (2010a): Why govt can't deregulate now – Labour. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 14.

- (2010b): Don't pass PIB without Labour's concern oil workers warn. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 15.

Ahiuma Young, Victor (2012): Civil society groups hold anti subsidy-removal. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 39.

Ahiuma-Young, Victor/Mgbakor, Naomi (2011): Informal workers reject planned subsidy removal ... Say safety nets will be meaningless. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 35.

Ahiuma-Young, Victor/Onozure, Dania (2009): Oil workers back extension of amnesty deal. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 28.

Aja, Chidi (1999): Niger Delta Youth Leaders Condemn Violence. Seek Amendment to NDDC bill. In: The Post Express (Nigeria), 23.09.1999, 23.

Ajala, Bolaji (2011): Community engagement buoys successful operations - Energia. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 16.

Akande, Laolu (2007): U.S Report Blames Rising Oil Prices on Niger Delta Crises. In: The Guardian (Nigeria), 17.02.2007, 6.

Akinola, G.A. (2009): As Nigeria slides into one-party dictatorship. In: The Guardian (Nigeria), 10.08.2009. <http://www.nguardiannews.com/>, 10.08.2009.

Akinrefon, Dapo (2012): Environmental challenges in Bayelsa State are surmountable – Commissioner. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 54.

Akoni, Olasunkanmi (2009): JTF Commander, Tompolo embrace at Oporoza. In: Vanguard Nigeria, 16.09.2009. <http://www.vanguardngr.com/2009/09/jtf-commander-tompolo-embrace-at-oporoza/>, 16.09.2009.

Akparanta, Mary (2006): Group plans to empower women in the Niger Delta. In: The Guardian (Nigeria), 05.06.2006, 9+4.

Alasoka, Akande-Kos (1999): Aret Adams admits neglect of Niger Delta. In: Daily Monitor (Nigeria), 23.09.1999, 13.

Amaize, Emma (2009a): Curse of oil! Gbaramatu people flee as JTF chase militants. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 22.

- (2009b): MEND's extra-judicial killings video clip stage-managed – JTF. In Vanguard Nigeria, 17.06.2009. <http://www.vanguardngr.com/2009/06/mends-extra-judicial-killings-video-clips-stage-managed-%E2%80%94-jtf/>, 18.06.2009.
- (2009c): Militants storm Lagos, set ablaze Atlas Cove Jetty. In: Vanguard Nigeria, 13.07.2009. <http://www.vanguardngr.com/2009/07/militants-storm-lagos-set-ablaze-atlas-cove-jetty/>, 13.07.2009.
- (2009d): Niger Delta: Yar'Adua is confused. The real trouble ahead if amnesty fails. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 004, August 2009, 29-30.
- (2009e): Govt officials threaten post-amnesty process. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (07), November 2009, 42-43.

Amaize, Emma (2011a): Iki-Ebieroma cautions Northern politicians over insensitive comments. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 51.

- (2011b): Amnesty committee urges ex-militants to be patient. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry, August 2, 2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/08/amnesty-committee-urges-ex-militants-to-be-patient/>, 30.08.2011.

Amaize, Emma/Kosin, Bulou (2011): Don't compare N-Delta agitation to Boko Haram-Ijaw youths. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry, August 2, 2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/08/don%E2%80%99t-compare-n-delta-agitation-to-boko-haram-ijaw-youths/>, 30.08.2011.

Amaize, Emma/Omafuaire, Akpokona (2012a): Ijaw oil communities in Delta, Bayelsa, besiege to Shell. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 49.

Amaize, Emma/Omafuaire, Akpokona (2012b): Oil spill devastates 100 Gbaramatu communities - Monarch. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 54.

Amaize, Emma/Onoyume, Jimitota/Binniyat, Luka (2009): Amnesty: Militants demand N3bn for arms. In: Vanguard Nigeria, 04.08.2009.
<http://www.vanguardngr.com/2009/08/amnesty-militants-demand-n3bn-for-arms/>, 04.08.2009.

Amanze-Nwachuku, Chika (2009): N'Delta: Nigeria Misses OPEC Quota. Apex bank confirms slide in export. In: This Day (Nigeria), 23.06.2009.

Amao, Ibilola (2012): Reversing Nigerian Content from Negative to Positive. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 8.

Amorighoye, Neville (1999): Communities give NPDC 7 day ultimatum. In: Vanguard Nigeria, 26.10.1999, 7.

Amusa, David (2008): NDDC Set To Commission 334 Projects. In: Sunday Mirror (Nigeria), 27.04.2008, 5.

Amuta, Iheanyi (1999): Odili Advocates True Federalism to Resolve Niger Delta Crisis. In: The Post Express (Nigeria), 24.06.1999, 28.

Arubi, Emma (2008): NDDC commissions N365m projects in 2 Ijaw communities. In: Vanguard Nigeria, 17.01.2008, 10.

Arubi, Emma (2011a): Ijaw youths threaten to sabotage polls. In: Vanguard Nigeria, 05.04.2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/04/ijaw-youths-threaten-to-sabotage-polls/>, 05.04.2011.

- (2011b): Ijaws should work for peaceful co-existence with the Itsekiris. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (23), March 2011, 55.
- (2011c): NNPC pipeline kills 20 in Sapele. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 50.
- (2011d): More militants surrender arms in Delta. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 52.
- (2011e): Bitumen spill devastates Okotie-Eboh's compound. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 49.
- (2011f): WRPC donates generator to hospital. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 51.

- (2011g): Four robbery suspects burnt to death. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 51.
- (2011h): Uduaghan charges community on property protection. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 53.
- (2011i): Traditional rulers decry abandoned projects. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 52.
- (2011j): Ugborodo elders dethrones community leader. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 53.
- (2011k): Itsekiri, Urhobo task DESOPADEC on projects completion. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 55.

Arubi, Emma (2012a): Chevron donates drugs and consumable to Hospital in Delta State. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 51.

- (2012b): Presidency orders Chevron to provide electricity to Delta oil communities. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 53.

Asowata, Idahosa (2007): Oil Producing Communities Demand New Legislation. In: Leadership Nigeria, 16.03.2007, 26.

BBC News (2007): Achebe fears for Nigeria's polls. Published : 2007/04/06, In: BBC NEWS. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6532285.stm>, 27.06.2008.

BBC News (2008): « Blood oil » dripping from Nigeria. By Andrew Walker. Published: 2008/07/27 In: BBC NEWS. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7519302.stm>, 22.03.2012.

BBC News (2009a): Nigeria's vigilante « jungle justice ». 2009/04/28, In: BBC NEWS. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8021468.stm>, 21.07.2009.

- (2009b): Will amnesty bring peace to Niger Delta? By Caroline Duffield. Published: 2009/10/05, In: BBC NEWS. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8291336.stm>, 21.03.2012.
- (2009c): Ribadu tells of Nigeria corruption battle. Published: 2009/11/10, In: BBC NEWS. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8322992.stm>, 22.03.2012.

BBC News (2010a): Nigeria militant backs Jonathan. Published: 2010/05/17, In: BBC NEWS. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8686224.stm>, 22.03.2012.

- (2010b): Nigeria state oil firm NNPC insolvent, says minister. 13 July 2010, In: BBC NEWS. <http://www.bbc.co.uk/news/10624427>, 22.03.2012.

Bello, Niyi (2003): NDDC summons contractor over poor job in Ondo. In: The Guardian (Nigeria), 20.11.2003,5.

Bivbere, Godfrey (2009): Cabotage: Millions lost to bunkering operations. Enforcement officers look the other way. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 16.

Blackden, Richard/Gosden, Emily (2012): Shell faces \$ 5bn fine over Nigeria Bonga oil spill. In: The Telegraph (Nigeria).
<http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/energy/oilandgas/9407349/Shell-faces-5bn-fine-over-Nigeria-Bonga-oil-spill.html>, 12.10.2012.

Brown, Jonathan (2006): Niger Delta bears brunt after 50 years of oil spills. In: The Independent (UK), 26.10.2006. <http://www.independent.co.uk/news/world/africa/niger-delta-bears-brunt-after-50-years-of-oil-spills-421634.html>, 09.11.2010.

Buhari, Reuben (2009): MEND's Threat Empty, Say Northern Youths. In: This Day (Nigeria), 17.06.2009. <http://www.thisdayonline.com/>, 17.06.2009.

Chiedozie, Ihuoma (2007): N'Delta: Jonathan appeals to UN for youth empowerment. In: The Punch (Nigeria), 09.10.2007, 10.

Daily Champion (1999): Niger Delta Commission is no solution – Traditional ruler. In: Daily Champion (Nigeria), 21.07.1999, 34.

Der Standard (2006): Der Kampf gegen den Shell-Konzern. In: derStandard, 13.04.2006. <http://derstandard.at/2309238>, 13.04.2006.

Der Standard (2007a): Schicksalsjahre für Nigeria. In: derStandard, 05.04.2007. <http://derstandard.at/>, 06.04.2007.

- (2007b): Chronologie: Oil-River, Biafra und vier Republiken. In: derStandard, 11.04.2007. <http://derstandard.at/2835406/Oil-River-Biafra-und-vier-Republiken>, 03.02.2009.
- (2007c): Keine Spur von Ölreichtum. In: derStandard, 19.04.2007. <http://derstandard.at/2843400>, 23.06.2008.
- (2007d): Machtwechsel im Präsidentenpalast. In: derStandard, 20.04.2007. http://derstandard.at/2836308?_slideNumber=1&_seite=, 23.06.2007.
- (2007e): Ken Saro-Wiwa – hingerichtet am 10. November 1995. In: derStandard, 21.04.2007. <http://derstandard.at/2834965/Ken-Saro-Wiwa--hingerichtet-am-10-November-1995>, 23.06.2008.

Der Standard (2008a): Hintergrund: Ölproduzent Angola läuft Nigeria den Rang ab. In: derStandard, 23.01.2008. <http://derstandard.at/3190648>, 24.01.2008.

- (2008b): Nahrungs- und Ölpreise lassen Millenniumsziele verblassen. In: derStandard, 11.03.2008. <http://derstandard.at/>, 11.03.2008.
- (2008c): Öl-Pipeline im Niger Delta zerstört. In: derStandard, 26.05.2008. <http://derstandard.at/3349462>, 23.06.2008.

- (2008d): Schiff mit Marinesoldaten entführt. In: derStandard, 12.06.2008. <http://derstandard.at/3367857>, 23.06.2008.
- (2008e): Angriff auf Ölleitung. In: derStandard, 21.06.2008. <http://derstandard.at/3386591>, 21.06.2008.
- (2008f): Shell-Ölfelder werden an andere Firma vergeben. In: derStandard, 06.06.2008. <http://derstandard.at/3365151/ShellOelfelder-werden-an-andere-Firma-vergeben>, 23.06.2008.
- (2008g): Hintergrund: Bewegung für die Emanzipation des Niger Deltas. In: derStandard, 29.07.2008. <http://derstandard.at/1216325561232/Hintergrund-Bewegung-fuer-die-Emanzipation-des-Niger-Deltas>, 04.09.2008.
- (2008h): „Die Ärmsten sollten nicht für die Habgier der Reichen bezahlen müssen.“ Amnesty International Generalsekretärin Irene Khan im derStandard.at-Interview über Druck auf große Unternehmen, Selbstbestimmung der Frauen und die EU-Abschieberichtlinie. In: derStandard, 10.12.2008. <http://derstandard.at/1227288263505/Schwerpunkt-Menschenrechte-Die-Aermsten-sollten-nicht-fuer-die-Habgier-der-Reichen-bezahlen-muessen>, 10.12.2008.

Der Standard (2009a): Einigung nach Jahren. Shell zahlt Millionen an Opfer in Nigeria. In: derStandard, 09.06.2009. <http://derstandard.at/1244460241381/Shell-zahlt-nach-Jahren-Millionen-an-Opfer>, 09.06.2009.

- (2009b): Abuja erwägt Amnestie für Rebellen im Niger-Delta. In: derStandard, 03.04.2009. <http://derstandard.at/1246543890077/Rebellen-im-Niger-Delta-legen-Waffen-nieder>, 08.04.2009.
- (2009c): Menschenrechtsprozess gegen Shell. Bestochene Zeugen, Geld für mörderische Sicherheitskräfte: Der Öl-Gigant Shell steht im Mai wegen der Verletzung von Menschenrechten vor Gericht. In: derStandard, 05.04.2009. <http://derstandard.at/1237229250931/Menschenrechtsprozess-gegen-Shell>, 08.04.2009.
- (2009d): Exxon muss 500 Millionen Dollar Zinsen zahlen. 20 Jahre nach der Exxon-Valdez-Katastrophe: Insgesamt eine Milliarde Dollar wegen Ölpest. In: derStandard, 16.06.2009. <http://derstandard.at/1244460775365/Tankerunglueck-Exxon-muss-500-Millionen-Dollar-Zinsen-zahlen>, 17.06.2009.
- (2009e): Inhaftierter Rebellenführer stimmt Amnestie-Programm zu. Treffen mit Präsident Yar'Adua – Zeitpunkt der Freilassung Henry Okahs soll noch geklärt werden. In: derStandard, 12.07.2009. <http://derstandard.at/1246541892798/MEND-Inhaftierter-Rebellenanfuhrer-stimmt-Amnestie-Programm-zu>, 13.07.2009.
- (2009f): Rebellen setzen Tankerdepot bei Lagos in Flammen. MEND fordert Beteiligung der Bevölkerung an Gewinnen aus der Öl- und Gasförderung. In: derStandard, 13.07.2009. <http://derstandard.at/>, 13.07.2009.
- (2009g): Rebellen im Niger-Delta legen Waffen nieder. Präsident Yar'Adua sieht Erfolge der Amnestie-Regelung. In: derStandard, 07.08.2009.

<http://derstandard.at/1246543890077/Rebellen-im-Niger-Delta-legen-Waffen-nieder>, 10.08.2009.

- (2009h): Rebellen im Niger-Delta beenden Waffenstillstand. MEND kündigt nach Militär-Angriff auf eines ihrer Lager Anschläge auf Pipelines an. In: derStandard, 30.01.2009. <http://derstandard.at/1233309303011/Rebellen-im-Niger-Delta-beenden-Waffenstillstand>, 08.04.2009.
- (2009i): Vier Ausländer im Nigerdelta entführt. Drei Filipinos und ein Ukrainer von Öltanker geholt und verschleppt. In: derStandard, 14.03.2009. <http://derstandard.at/1234509483009/Vier-Auslaender-im-Nigerdelta-entfuehrt>, 08.04.2009.
- (2009j): Ein fragiles Konstrukt – Nigeria. In: derStandard, 02.02.2009. <http://derstandard.at/2835436/Ein-fragiles-Konstrukt>, 03.02.2009.

Der Standard (2010a): Bohrsinsel gesunken: Golf von Mexiko: Ölteppich bereits 4.700 Quadratkilometer groß. In: derStandard, 27.04.2010. <http://derstandard.at/1271375297974/26-April-Golf-von-Mexiko-Oelteppich-bereits-4700-Quadratkilometer-gross>, 03.05.2010.

- (2010b): Golf von Mexiko – Umweltkatastrophe: Fünfmal mehr Öl als angenommen strömt ins Meer. In: derStandard, 29.04.2010. <http://derstandard.at/1271375516253/Umweltkatastrophe-Fuenfmal-mehr-Oel-als-angenommen-stroemt-ins-Meer>, 03.05.2010.
- (2010c): Golf von Mexiko – Garnelenzüchter klagen BP. In: derStandard, 29.04.2010. <http://derstandard.at/1271375589896/Louisiana-Garnelenzuechter-klagen-BP>, 03.05.2010.
- (2010d): Golf von Mexiko – Standard-Reportage: „Diesmal wird es der Todesstoß.“ von Frank Hermann, Venice (Louisiana). In: derStandard, 02.05.2010. <http://derstandard.at/>, 03.05.2010.
- (2010e): Golf von Mexiko – Ölpest im Golf von Mexiko: Obama schießt sich auf Ölkonzern BP ein. In: derStandard, 03.05.2010. <http://derstandard.at/>, 03.05.2010.
- (2010f): Golf von Mexiko – „Internationale Standards würden zur Erhöhung der Sicherheit führen.“ Welche Regeln Offshore-Bohrungen sicherer machen würden, erklärt Umweltsachverständiger Günther Handl. In: derStandard, 28.07.2010. <http://derstandard.at/1277339157911/STANDARD-Interview-Internationale-Standards-wuerden-zur-Erhoehung-der-Sicherheit-fuehren>, 29.07.2010.
- (2010g): Golf von Mexiko – Weniger Öl, weniger Wasser, unklares Risiko. Kann in der Nordsee ein ähnliches Unglück passieren wie im Golf von Mexiko? Der STANDARD ging der Frage nach. In: derStandard, 28.07.2010. <http://derstandard.at/1277339149945/Weniger-Oel-weniger-Wasser-unklares-Risiko>, 29.07.2010.
- (2010h): Ex-Rebellenführer nach Anschlägen verhaftet. In: derStandard, 01.10.2010. <http://derstandard.at/1285199772859/Ex-Rebellenfuehrer-nach-Anschlaegen-verhaftet>, 14.10.2010.

Der Standard (2011a): Ölförderung in Nigeria richtet riesige Umweltkatastrophe an. In: derStandard, 05.08.2011. <http://derstandard.at/1311802789089/UNO-Oelfoerderung-in-Nigeria-richtet-riesige-Umweltkatastrophe-an>, 24.01.2012.

- (2011b): „Deepwater Horizon“: US-Golfküste noch immer im Bann des Öls. 18.04.2011. <http://derstandard.at/1302745465085/Deepwater-Horizon-US-Golfkueste-noch-immer-im-Bann-des-Oels>, 05.01.2013.
- (2011c): Ölteppich vor Nigerias Küste. In: derStandard, 22.12.2011. <http://derstandard.at/1324501108856/Unfall-beim-Umpumpen-Oelteppich-vor-Nigerias-Kueste>, 24.01.2012.

Der Standard (2012a): Subventionen für Benzin gestrichen. In: derStandard, 02.01.2012. <http://derstandard.at/1325485396575/Subventionen-fuer-Benzin-gestrichen>, 4.01.2012.

- (2012b): Nach Streiks in Nigeria. Einigung: Präsident senkt Benzinpreise. In: derStandard, 16.01.2012. <http://derstandard.at/1326502804623/Nach-Streiks-in-Nigeria-Einigung-Praesident-senkt-Benzinpreise>, 12.02.2012.
- (2012c): Der Ölfluch in Aktion. In: derStandard, 22.01.2012. <http://derstandard.at/1326503407762/Der-Oelfluch-in-Aktion>, 24.01.2012.
- (2012d): Ölkatastrophe: Bauern aus Nigeria bringen Shell vor Gericht in Den Haag. 12.10.2012. <http://derstandard.at/1348285833124/Oelkatastrophe-Bauern-aus-Nigeria-zerren-Shell-vor-Gericht>, 20.11.2012.

Dibiagwu, Hilary (2006): Niger Delta Crisis: Power Output Drops by 15%. In: This Day (Nigeria), 07.02.2006, 25.

Dunno, Ben (2005): Urhobo group tackle Ijaw over NDDC appointment. In: New Age (Nigeria), 01.02.2005, 32.

Ebiri, Kelvin (2008): Nigeria: Civil society petitions National Assembly over gas flaring. In: The Guardian (Nigeria), 22.01.2008. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 22.01.2008.

Ebiri, Kelvin (2009a): Govt, militants may dialogue as MEND extends cease-fire. In: The Guardian (Nigeria), 17.09.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 17.09.2009.

- (2009b): We won't surrender arms, MEND spokesman insists. In: The Guardian (Nigeria), 23.09.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 23.09.2009.
- (2009c): Activist asks govt to parley with Akhigbe, Soyinka, others over N'Delta. In: The Guardian (Nigeria), 20.10.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 20.10.2009.

Edemhanria, Innocent (2009): A ray of hope in the oil rich Niger Delta. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 14.

Edevbie, David (2000): The Politics of 13 Per Cent Derivation Principle. Urhobo Historical Society (David Edevbie, Commissioner for Finance and Economic Planning, Delta State of Nigeria).

http://www.waado.org/environment/fedgovt_nigerdelta/RevenueAllocation/13PercentAllocation.htm, 01.06.2010.

Ekanem, Etop (2012): S-South youths urge oil firms to relocate headquarters to N-Delta. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 47.

Ekpekurede, Choice (2010): The real emancipation of the Niger Delta. In: The Guardian (Nigeria), 29.11.2010. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 10.12.2010

Ekponta, Iniobong (2007): NDDC empowers fishermen. In: The Nation (Nigeria), 10.10.2007, 35.

Emmanuel, Harris Okon/Yusuf, Adeola (2009): MEND Wrecks Chevron's Offshore Operations in Nigeria. In: Daily Independent (Nigeria). <http://www.independentngonline.com/>, 07.07.2009.

Enoghalase, Gabriel (2011): Edo to increase kidnapping penalty to death. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 50.

Etim, Willie (2002): "NDDC is a Blessing to Niger Delta Youths". In: The Post Express (Nigeria), 04.04.2002, 4.

Etim, Willie (2009): Notorious militant leader feared dead from bullet injuries. In: The Guardian (Nigeria), 10.08.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 10.08.2009.

Eze, Emeka (2009): Crude Oil: A blessing or a curse? In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 12.

Fashakin, Babatunde (2009): Nigerian Oil Industry: Things are bad, extremely bad. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 14.

Gabriel, Omoh (2010): Uduaghan unmasks illegal oil bunkering sponsors. In: Vanguard Nigeria, 22.02.2010. <http://www.vanguardngr.com/2010/03/nnpc-urge-reps-to-create-laws-to-check-pipeline-vandalism/>, 22.02.2010.

Guardian Nigeria (2003): Akwa Ibom top NDDC's abandoned projects. In: The Guardian (Nigeria), 21.04.2003, 21.

Guardian Nigeria (2009): N'Delta group faults police denial of attack on Okah. In: The Guardian (Nigeria), 10.08.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 10.08.2009.

Idris, Hamza (2007): Niger Delta predate Nigeria's independence, says Yar'adua. In: Daily Trust (Nigeria), 14.02.2007, 3.

Igbikiowubo, Hector (2009a): Amnesty: Anatomy of an ill-conceived initiative. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 004, August 2009, 1+4-5.

- (2009b): Amnesty ends: Uncertainty persists. In: Vanguard Nigeria, 06.10.2009, <http://www.vanguardngr.com/2010/03/nnpc-urge-reps-to-create-laws-to-check-pipeline-vandalism/>, 06.10.2009.

- (2009c): Shell Nigeria progresses flare-out projects. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 7.

Igbikiowubo, Hector (2010a): Confusion, uncertainty dog Nigeria's energy industry. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 4-5.

- (2010b): Shell sells Nigeria assets to local companies. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 41.
- (2010c): NNPC urge Reps to create laws to check pipeline vandalism. In: Vanguard Nigeria, 04.03.2010. <http://www.vanguardngr.com/2010/03/nnpc-urge-reps-to-create-laws-to-check-pipeline-vandalism/>, 04.03.2010.

Igbikiowubo, Hector (2011): Fuel subsidy gulps N1.3 trillion in 2010. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 4-5.

Igbikiowubo, Hector (2012): Nigeria in ambitious fuel subsidy replacement. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 4-7

Igbuku-Otu, Ovie (1998): Niger-Delta: A national fraud (2). In: National Concord (Nigeria), 30.10.1998, 9.

Ige, Ise-Oluwa, (2009): N-Delta: We'll prosecute crimes against humanity, says ICC. In: Vanguard Nigeria, 17.06.2009. <http://www.vanguardngr.com/2009/06/n-delta-well-prosecute-crimes-against-humanity-says-icc/>, 17.06.2009

Ige, Ise-Oluwa (2010): EFCC has failed in fight against corruption – Nwafor-Orizu. In: Vanguard Nigeria, 21.06.2010. <http://www.vanguardngr.com/2010/06/efcc-has-failed-in-fight-against-corruption-nwafor-orizu/>, 21.06.2010

Iheaka, Ijendu (2005): Communities split over NDDC nominee. In: The Punch (Nigeria), 24.01.2005, 14.

Inyang, Bassey (2004): Oil dichotomy suit: N'Delta group vows to resist Northern govs. In: Daily Independent (Nigeria), 10.09.2004, 9.

James, Segun (1999): Urhobo demand compensation from Shell. In: Nigerian Tribune, 04.10.1999, 9.

Kagoro, Yakubu Usman (2008): Gen. Abacha and justice for Niger Delta. In: Daily Trust (Nigeria), 09.05.2008, 11.

Kalejaye, Kunle (2011): Nigeria gas reserves stagnate in 6 years. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 15.

Kalejaye, Kunle (2012): Bonga spill: Senate Committee satisfied with clean up. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 10.

- Lawa, Dayo** (2004): Group wants Ijaw native as NDDC MD. In: Vanguard Nigeria, 31.12.2004, 6.
- Lawal, Yakubu** (2009): NNPC, oil multinationals count losses over militants' attacks. In: The Guardian (Nigeria), 07.09.2009. <http://www.nguardiannews.com/>, 07.09.2009.
- Moses, Jim-Rex Lawson** (2011a): Trends in Petroleum refining. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 45.
- Moses, Jim-Rex Lawson** (2011b): Natural Gas: Importance and Uses. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 48.
- Moses, Jim-Rex Lawson** (2012): Effective oil spill response techniques and prevention. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 45-46+48.
- Ndiribe, Okey** (2009): Niger Delta: Amnesty alone can't end crisis – Ledum Mitee. In: Vanguard Nigeria, 06.07.2009. <http://www.vanguardngr.com/2009/07/niger-delta-amnesty-alone-cant-end-crisis-%E2%80%94-ledum-mitee/>, 07.07.2009.
- Nkwopara, Chidi** (2007): NDDC warns on population growth in N-Delta. In: Vanguard Nigeria, 10.02.2007, 6.
- Nwachukwu, Clara** (2011a): Energia's production hits 1,800bpd. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 11.
- (2011b): OPEC, EU worry about offshore safety. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 9.
 - (2011c): Maximizing the benefits of natural resources. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 10.
- Nwachukwu, Clara** (2012a): Joint effort helped contain Bonga oil spill – Shell. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 8-9.
- (2012b): Operators score content implementation high. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 8.
- Nwachukwu, Clara/Onwuemenyi, Oscarline** (2011): Nigeria tackles infrastructure challenges. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 4-7.
- Nwankwere, Lucky** (2007): N-Delta: FG won't discriminate against any ethnic group – Jonathan. In: Daily Sun (Nigeria), 04.10.2007, 7.
- Nwosu, Uche** (2005): Two Abia communities fight over NDDC job. In: Daily Independent (Nigeria), 26.01.2005, A12.
- O'Neil, Shola** (2003): Ibori says governors not holding 10% NDDC fund. In: The Comet (Nigeria), 26.08.2003, 4.

Oduniyi, Mike/Ohia, Paul (2004): Nigeria: NDDC: NNPC, Joint Venture Partners Paid \$398m – Kupolokun. In: This Day (Nigeria), 24.06.2004.

Ogbodo, Abraham (2005): Oil Companies are liable for youth restiveness in the Niger Delta, says Okumagba. In: The Guardian (Nigeria), 04.01.2005, 9.

Ogbu, Ahamefule/Ezigbo, Onyebuchi (2004): Oil Firms Owe NDDC N58bn. In: This Day (Nigeria), 19.02.2004, 1f.

Ogbu, Ahamefule/Taiwo, Juliana (2009): Yar'Adua Accepts Militant Leader's "White Flag". Says amnesty package out in one week. In: This Day (Nigeria), 17.06.2009. <http://www.thisdayonline.com/>, 17.06.2009.

Ojiego, Nnamdi (2011): Why Nigeria can't fight corruption – Adamolekun. In: Vanguard Nigeria, 30.08.2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/08/why-nigeria-can%E2%80%99t-fight-corruption-adamolekun/>, 30.08.2011.

Okoye, Emmanuel Tiko (2009): Talking About The Niger Delta (II). In: Daily Independent (Nigeria). <http://www.independentngonline.com/>, 07.07.2009.

Olagoke, Ayoyinka (2007): NDDC empowers Niger Delta youths with rice mill. In: The Guardian (Nigeria), 16.10.2007, 53.

Onah, George (2011a): Bayelsa Traditional ruler kidnapped in Rivers State. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 50.

- (2011b): Kidnappers of Bayelsa king demand N25 million ransom. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 55.
- (2011c): NDDC plans state-of-the-art dialysis centre for HIV, Hepatitis B patients. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry, August 2, 2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/08/nddc-plans-state-of-the-art-dialysis-centre-for-hiv-hepatitis-b-patients/>, 30.08.2011.
- (2011d): Youth groups disagree on sacking of NDDC management, board. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry, August 2, 2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/08/youth-groups-disagree-on-sacking-of-nddc-management-board/>, 30.08.2011.

Onoyume, Jimitota (2009a): Compensation of late Ogoni 9 families: MOSOP hails Shell. In: Vanguard Nigeria. <http://www.vanguardngr.com/2009/06/compensation-of-late-ogoni-9-families-mosop-hails-shell/>, 16.06.2009.

- (2009b): Implications of military onslaught on Ijaw communities. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 19.
- (2009c): Isoko laments underdevelopment, seeks Govt attention. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 003, July 2009, 20.
- (2009d): Rivers youths dump militancy. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 45.

- (2009e): Concerns trail amnesty programme for militants. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 46.
- (2009f): Mobil donates N4.5million hospital equipment to UPTH. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (07), November 2009, 46.
- (2009g): DPR takes steps to address fuel scarcity in PH. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 55.

Onoyume, Jimitota (2010a): Institute of Petroleum Studies commissioned in Uniport. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 30.

- (2010b): Group calls for Govt agency to sustain peace. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 31.

Onoyume, Jimitota (2011a): PTDF commences N10bn fabrication programme. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 51.

- (2011b): Steer clear of amnesty committee – Ex-militants warn. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 52.
- (2011c): FG, international community urged to end gas flaring. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 14.

Onoyume, Jimitota (2012a): NDDC steps up manpower training. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012.

- (2012b): Scholar blames traditional institutions for community conflicts. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 46.
- (2012c): Community donates vehicles to JTF, Police. Navy arrests four for diesel bunkering. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 47.
- (2012d): NDDC train Niger Delta youths on welding. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 48.
- (2012e): FG urges Nigerians to grow agric sector. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 110.
- (2012f): NDDC to complete existing projects - MD. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 118.

Onuoha, Rosemary (2011): Leadway boss urges FG to sustain militants' rehabilitation scheme. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry, August 2, 2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/08/leadway-boss-urges-fg-to-sustain-militants%E2%80%99-rehabilitation-scheme/>, 30.08.2011.

Onuorah, Madu (2009): S'outh govs meet Yar'Adua, renew support for amnesty. In: The Guardian (Nigeria), 05.08.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 05.08.2009.

Onuorah, Madu/Ebiri, Kelvin/Hassan, Taiwo (2009): MEND to announce cease-fire decision today. In: The Guardian (Nigeria), 16.09.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 16.09.2009.

Onuorah, Madu/Inem, Akpan-Nsoh/Otuekong, Precious (2009): Yar'Adua rules out amnesty date extension. In: The Guardian (Nigeria), 01.09.2009. <http://www.ngrguardiannews.com/>, 01.09.2009.

Onwuemenyi, Oscarline (2009a): Nigeria signs renewed Joint Venture with Mobil. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 7.

- (2009b): National Assembly to pass PIB before Christmas ... Wants gas flaring to end by Dec. 31, 2010. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 9.
- (2009c): NNPC targets 50% ownership of filling stations. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 38.

Onwuemenyi, Oscarline (2011a): Nuclear energy in Nigeria: Dead on arrival? In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 37.

- (2011b): Abandoned projects: FG calls for technical viabilities. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 21.

Onwuemenyi, Oscarline (2012a): A rash of committees for Nigeria's oil industry. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 4-6.

- (2012b): Ribadu promises game over for unscrupulous operators in oil industry. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 7.
- (2012c): Local content will impact other sectors – NCDMB boss. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 9.
- (2012d): The Koluama disaster. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 21.
- (2012e): Solid mineral's contribution to GDP rises to 11%. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 38.
- (2012f): Jonathan urges shell to invest in power. Warns against increasing oil spill in the Niger Delta. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 55.
- (2012g): Nigerian content: Measuring the gains. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 4-6.

- (2012h): Senate investigates real-time monitoring of oil and gas production. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 31.
- (2012i): Mining sector switches focus to revenue generation. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 82.

Orakpo, Ebele (2010): Lack of power adversely affecting the economy. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 39.

Oredipe, Kola (2002): NDDC awards ₦9 billion contracts. In: South-South Express (Nigeria), 09.01.2002, 1+2.

Oritse, Godwin (2012): NIMASA moves to mitigate Bonga spill effects. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 46.

Owubokiri, John (2009a): Egbesu, the fiery militant. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 19.

- (2009b): The Niger Delta Question. Protest: The Greek example. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 003, July 2009, 20.
- (2009c): The Niger Delta Question. The tragedy of hopelessness. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 47.
- (2009d): The Niger Delta Question: Amnesty: Parade of shame. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (07), November 2009, 46.

Owubokiri, John (2010a): The Niger Delta Question: Amnesty: The failure of pretence. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 31.

- (2010b): The Niger Delta Question: The policy of denial. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 54.

Owubokiri, John (2011): The Niger Delta Question: Amnesty: Boko Haram & the colours of dissent. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 55.

Oyadongha, Samuel (2002): Egbesu youth urges support for NDDC. In: Vanguard Nigeria, 02.04.2002, 7.

Oyadongha, Samuel (2009a): Give up now, Yar'Adua warns militants. In: Vanguard Nigeria, 21.07.2009. <http://www.vanguardngr.com/2009/07/give-up-now-yaradua-warns-militants/>, 21.07.2009.

- (2009b): Nigerian content: Shell employs 650 community youths. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 23.
- (2009c): NDDC funded shoreline protection delights Kaiama. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 004, August 2009, 31.

- (2009d): Ex-militants paralyse commercial activities in Yenagoa again. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 44.
- (2009e): Amatu community threaten showdown with SPDC. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (07), November 2009, 44.
- (2009f): Otuasega task Shell, Saipem. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 54.

Oyadongha, Samuel (2010a): Tombia Edepie Road: Contractor returns to site. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 28.

- (2010b): NNPC/Chevron JV renews GMoU with Keffes communities. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 29.
- (2010c): “No amnesty can heal injury inflicted on Niger Delta” – Don. In Vanguard, 01.06.2010. <http://www.vanguardngr.com/2010/06/no-amnesty-can-heal-injury-inflicted-on-niger-delta%E2%80%99-don/>, 01.12.2010
- (2010d): Women lay siege to Shell’s facility. In: Vanguard Nigeria, 01.06.2010. <http://www.vanguardngr.com/2010/06/women-lay-siege-to-shells-facility/>, 01.12.2010.
- (2010e): Daewoo commits to implement EIA report on Shell’s project. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 50.
- (2010f): Amatu cottage hospital boosts health care delivery. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 51.
- (2010g): Shell dismisses claims of award of surveillance contract. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 53.

Oyadongha, Samuel (2011a): Bayelsa community raises alarm over upsurge in illegal refineries. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (23), March 2011, 52.

- (2011b): Ex-militant blast NDDC over N2.5b projects in Bayelsa. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (23), March 2011, 54.
- (2011c): 60 youths receive N200,000 agro starter packs. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 50.
- (2011d): East West road project excites communities. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (26), May 2011, 53.
- (2011e): Bayelsa govt wades into Shell, Gbarain Kingdom crisis. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 47.

- (2011f): Chevron Nigeria commences de-worming of pupils. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 49.
- (2011g): Amnesty programme: Ex-militants threaten to attack oil pipelines. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 51.
- (2011h): Niger Delta: Individuals, organisations laud multinationals efforts. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 52.
- (2011i): Bayelsa pleads for investment from Diaspora indigenes. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 50.
- (2011j): Taskforce impounds oil vessel ... Arrests over 100 for illegal bunkering. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 52.
- (2011k): Erosion threatens Peremabiri community. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011, 54.
- (2011l): KEFFES communities unveil N482m project. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 50.
- (2011m): Ikarama community groans under oil spills. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 52.
- (2011n): Communities protests (sic!) over loss of land. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 54.

Oyadongha, Samuel (2012a): Gbaran-Ubie integrated Oil and Gas Project: Bayelsa communities sign new GMoU with SPDC. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 53.

- (2012b): Bayelsa community threatens Shell operation. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 52.
- (2012c): JTF arrests 7 crude oil thieves, confiscates equipment in Bayelsa. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 52.
- (2012d): Niger Delta: Unrest declines, oil theft, illegal refining climbs. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 53.
- (2012e): Chevron sends relief materials to Bayelsa communities. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 54.
- (2012f): Speaker decries negative impact of oil exploration. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 50.

- (2012g): Bayelsa Council Chairmen to tackle illegal refinery operators. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 51.
- (2012h): Yenagoa-Oporoma-Ukubie road project hangs in a balance. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 52.
- (2012i): Aggrieved Nembe youths threaten Shell operations. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 102.
- (2012j): Bayelsa owned Elebele Low Palm Estate; a wasting asset. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 104.
- (2012k): Bayelsa seeks help on pipeline vandalism, illegal refineries. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 111.

Pascoe, B. Lynn (2009): Contemporary Threats to Peace, Security In West Africa. In: Daily Independent (Nigeria). <http://www.independentngonline.com/>, 23.06.2009.

Saghana, Patience (2010): Local Content Policy: Law without penalties difficult - Ajumogbia. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 12.

Sampson, Akanimo (1999): Spillage: Ijaw communities petition Obasanjo. In: The Punch (Nigeria), 26.07.1999, 10.

Shehu, Mohammed S. (2007): Only Niger-Delta people can resolve armed conflicts – Forum. In: Daily Trust (Nigeria), 08.10.2007, 7.

Sweet Crude June 2009a: Nigeria’s dwindling oil fortune: Angola’s gain. Oil output drops to 1.3m b/d. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 4-5.

- **2009b:** Nigeria militants claim attack on Chevron pipelines. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 6.
- **2009c:** We can overcome militancy - Horsefall. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 20.
- **2009d:** Shell looks into Olobiri leak. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 23.
- **2009e:** Oil reforms: Operators have been carried along - Lukman. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 002, June 2, 2009, 7-8.

Sweet Crude July 2009: NNPC, police connive with pipeline vandals. NUPENG. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 003, July 2009. 10-11.

Sweet Crude October 2009a: Niger Delta ministry to rehabilitate militants. Dr. Agary. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 9.

- **2009b:** Amnesty: Why militants seek extension – Dr. Ogbeifun. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 26-27.
- **2009c:** Oil workers demand employment for repentant militants. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 27.
- **2009d:** Amnesty: “Cost of peace can never be too much” – Timipre Sylva. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (06), October 2009, 35-37.

Sweet Crude November 2009a: Post Amnesty: NNPC, IOCs pledge partnership. Egbogah to head special oil industry committee. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (07), November 2009, 12.

- **2009b:** Nigerians should no longer pay electricity bills – Dawodu. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (07), November 2009, 31-32.
- **2009c:** Oil workers react to Petroleum Industry Bill. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (07), November 2009, 45-46.

Sweet Crude December 2009a: 2009. Inefficiencies in the downstream petroleum sector. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 17-26.

- **2009b:** Gov. Uduaghan explains 13% derivation expenditure. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 43-44+51.
- **2009c:** MEND vents ire after army raid. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 52.
- **2009d:** PH water-front saga: We don’t want homelessness – Senator Sekibo. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (08), December 2009, 53-54.

Sweet Crude January 2010a: Shell eyes asset sales in Nigeria. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 6.

- **2010b:** Nigeria to repair pipeline network, boost crude production. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 7.
- **2010c:** Oil acreage management and relinquishment process - Nigeria’s pragmatic approach. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 18.
- **2010d:** Oyo pumps first oil offshore Nigeria. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 22.
- **2010e:** OPEC nations brace for 2010 price shift. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 22.

- **2010f:** “No political will to develop Niger delta” – ex militant. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), January 2010, 28.

Sweet Crude February 2010a: OPEC’S unguided optimism. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 30.

- **2010b:** Oil workers identify reservations about PIB. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 35.
- **2010c:** Nigerian Gas Master Plan. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 13-27.
- **2010d:** NIMASA DG laments oil companies’ pollution of Nigerian waters. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 49.
- **2010e:** Oil communities urge N/A to suspend debate on PIB In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 01 (09), February 2010, 52.

Sweet Crude March 2011a: Oil spill in the Niger Delta: Ogoni as a metaphor. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (23), March 2011, 4-5.

- **2011b:** Nigeria deep-water “under-developed”. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (23), March 2011, 10.
- **2011c:** Indigenous Ecuadoran woman humbles US oil giant. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (23), March 2011, 13.
- **2011d:** Nigeria’s energy demand to double by 2030. Schneider Electric President says more than 100m Nigerians without electricity. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (23), March 2011, 32.

Sweet Crude July 2011a: Disbanded militants urge JTF to raid Boko Haram. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (27), July 2011, 47.

Sweet Crude November 2011: NNPC – Rehabilitation of Nigerian Refineries. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (30), November 2011..

Sweet Crude December 2011a: Global Memorandum of Understanding. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011.

- **2011b:** Improving lives in the Niger Delta. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011.
- **2011c:** Nigeria Gas Revolution. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011.
- **2011d:** Niger Delta: SPDC spends N9bn on development projects. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 02 (31), December 2011, 49.

Sweet Crude January 2012a: “Non-passage of PIB is an embarrassment to Nigeria”. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 10.

- **2012b:** Bonga oil spill: RA/FoE findings. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 17.
- **2012c:** Federal Republic Of Nigeria. Subsidy Reinvestment and Empowerment Programme (SURE Programme). In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012.
- **2012d:** “Subsidy removal will kill informal sector”. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 39.
- **2012e:** WRPC trains 48 community youths in Delta State. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (32), January 2012, 51.

Sweet Crude February 2012a: Nigeria’s fuel subsidy: A palliative, a burden. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 4-7.

- **2012b:** Special Report Section. Truly Nigerian. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 14.
- **2012c:** UNEP Report on Ogoni: “I’ve been very disappointed” – Senator Abbe. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 16-19.
- **2012d:** Ministry of Petroleum Resources. Oil & Gas, An Industry in transition. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (33), February 2012, 28-29.

Sweet Crude March 2012a: Why we can’t build refinery in Nigeria - Shell. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 1+6.

- **2012b:** Kaztec will soon move into deep offshore projects – Sir Emeka Offor. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 14-16.
- **2012c:** Bonga oil spill: RA/FoE findings. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 22.
- **2012d:** Ministry Petroleum Resources. The State of the Nigerian Oil and Gas Industry. Keynote address by: Diezani Alison-Madueke (Mrs.) Con Hon. Minister of Petroleum Resources. At the Nigerian Oil and Gas Conference, Abuja. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (34), March 2012, 35-37.

Sweet Crude May 2012a: Oil spill: Impacted communities to get compensation. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 1+11.

- **2012b:** Nigerian content: Chevron's accomplishments and commitment. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 10-11.
- **2012c:** NPDC achieves 115,000/d production, targets 250,000 by 2014. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 18-21.
- **2012d:** Infrastructure development key to increased domiciliation of oil sector jobs - Jamakani. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 26-27.
- **2012e:** Oil Spill Eater is best solution to clean up Niger Delta - Ndigwe. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 28+30.
- **2012f:** AfDB cautions on use of Africa's newly-found oil cash. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 55.
- **2012g:** Shell faces two Niger Delta oil spill lawsuits. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 55.
- **2012h:** Hundreds of protesters hold Shell workers hostage in Nembe. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 102.
- **2012i:** Chrome Group Leads Nigerian Content Development. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 105-109.
- **2012j:** Court imposes N62.5m fine on PPMC over spill. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 115.
- **2012k:** TOTAL donates to four charity homes in Rivers. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 119.
- **2012l:** The future of the Niger Delta within the context of a Failed Trust. In: Sweet Crude. A Vanguard Monthly Review Of The Energy Industry 03 (36), May 2012, 119.

The Nation (2007): Niger Delta crisis blamed on leaders. In: The Nation (Nigeria), 10.10.2007, 38.

The Nation (2008): Rivers communities to NDDC: provide infrastructure. In: The Nation (Nigeria), 09.05.2008, 7.

This Day (2009): N'Delta: Okogie Cautions FG. In: This Day (Nigeria), 17.06.2009. <http://www.thisdayonline.com/>, 17.06.2009.

Udo, Bassey (1999): Shell Boss Commends Govt Efforts On Niger Delta Crisis. In: The Post Express (Nigeria), 22.07.1999, 3.

Ufford, Judith (2009): Exclusion from oil states: We'll lose N1b monthly – Gov Imoke. In: Vanguard Nigeria. <http://www.vanguardngr.com/2009/06/exclusion-from-oil-states-well-lose-n1b-monthly-%E2%80%94gov-imoke/>, 23.06.2009.

Umanah, Ofonime (2009): Panic in Port Harcourt Over Shootings. In: Daily Independent (Nigeria). <http://www.independentngonline.com/>, 23.06.2009.

Uwe, John (2007): Delta oil commission plans 8,000 scholarships, N 1.4bn micro-credit. In: Businessday (Nigeria), 09.10.2007, 1+7.

Vanguard Nigeria (2008): Nigeria: 19 die in pipeline explosion and gun attack in Niger Delta. In: The Norwegian Council for Africa, 17.11.2008.
<http://www.afrika.no/noop/page.php?p=Detailed/17580&print=1>, 18.11.2008.

Vanguard Nigeria (2009a): Militants bomb more Chevron facilities. In: Vanguard Nigeria, 16.06.2009. <http://www.vanguardngr.com/2009/06/militants-bomb-more-chevron-facilities/>, 16.06.2009.

- (2009b): Saro-Wiwa Wins. In: Vanguard Nigeria, 17.06.2009.
<http://www.vanguardngr.com/2009/06/saro-wiwa-wins/>, 17.06.2009.
- (2009c): Niger Delta – Unfair Fair. In: Vanguard Nigeria, 31.07.2009.
<http://www.vanguardngr.com/2009/07/niger-delta-unfair-fair/>, 31.07.2009.

Vanguard Nigeria (2011): N/Delta: FG urged to go beyond Amnesty. In: Vanguard Nigeria, 05.07.2011. <http://www.vanguardngr.com/2011/07/ndeltafg-urged-to-go-beyond-amnesty/>, 30.08.2011.

Vidal, John (2010): Nigeria's agony dwarfs the Gulf oil spill. The US and Europe ignore it. In: The Guardian (UK). <http://www.guardian.co.uk/world/2010/may/30/oil-spills-nigeria-niger-delta-shell>, 28.07.2010.

Wahab, Adesina (2002): NDDC mandated to relocate from restive communities. In: The Punch (Nigeria), 26.06.2002, 10.

Yusuf, Adeola (2009): Oil Sinks Below \$64 Despite Attacks on Facilities In Nigeria. In: Daily Independent (Nigeria). <http://www.independentngonline.com/>, 07.07.2009.

Abstract (Deutsch)

Diese Diplomarbeit analysiert die Auswirkungen der *Erdölproduktion* im Nigerdelta auf Bevölkerung und Umwelt und wirft die Frage auf, welche Faktoren dazu führten, dass diese Region, die den Großteil der staatlichen Einnahmen liefert, in hohem Maße von sozioökonomischen Problemen und „negativer Entwicklung“ gekennzeichnet ist.

Die Förderung und Produktion von Erdöl stellt eine Belastung für das fragile Ökosystem des Nigerdeltas dar, noch dazu werden in Nigeria geringere *Umweltschutzstandards* angewendet als in erdölproduzierenden Industriestaaten. Zwischenfälle und tägliche Verschmutzungen im Zuge der Produktion führen dazu, dass (Acker)Boden, Wald und Gewässer verschmutzt werden und die Lebensgrundlage der ländlichen Bevölkerung – Landwirtschaft und Fischfang – zerstört wird. Dieser erhöhten Belastung der Bevölkerung des Nigerdeltas durch die negativen Begleiterscheinungen der Erdölproduktion wird bei der Verteilung der Einnahmen aus dem Erdölsektor im nigerianischen Bundesstaat zu wenig Rechnung getragen, dies vor allem durch eine unzureichende Anwendung des *Derivationsprinzips*.

Die Abhängigkeit des nigerianischen Staates von den Erdöleinnahmen und gleichzeitig von den *multinationalen Erdölkonzernen* führte dazu, dass der Staat bei seinem Streben, möglichst hohe Profite zu erzielen, seine Pflichten vernachlässigt, den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt zu gewährleisten und von den Erdölkonzernen einzufordern. Gleichzeitig hatte die Konzentration auf die Erdölindustrie auch negative Folgen für die nigerianische Wirtschaft generell. Heimische Industrie und landwirtschaftliche Produktion wurden vernachlässigt, zudem waren und sind NigerianerInnen wenig in die Erdölindustrie eingebunden, da diese vergleichsweise wenige, vor allem qualifizierte Arbeitsplätze schafft, zu denen NigerianerInnen kaum Zugang haben.

Korruption, Patronage und Kleptokratie tragen dazu bei, dass ein nicht unerheblicher Teil der Erdöleinnahmen zweckentfremdet wird. Das Nigerdelta ist geprägt von Kriminalität, Unsicherheit und Gewaltausbrüchen zwischen *ethnischen Milizen* und staatlichen Sicherheitskräften. Politische Eliten instrumentalisieren bestehende Konflikte und den Kampf der ethnischen Milizen um *Ressourcenkontrolle*, um ihre Machtpositionen zu festigen und Zugang zu Ressourcen zu sichern, was die Gewaltspirale weiter vorantreibt.

Abstract (English)

This thesis is about the implications of the *petroleum industry* for the population and the environment of the Niger Delta. The thesis raises the questions which factors are responsible for the socioeconomic problems and the “negative development” in a region that provides most of the government revenues.

The exploration and production of petroleum poses a threat to the fragile ecosystem in the Niger Delta, partly due to the fact that in Nigeria multinational oil corporations operate below internationally recognized *environmental standards*. Mishaps and oil spills in the course of daily production cause significant pollution of soil, forests and waters and destroy the livelihood of villagers in oil producing communities dependent on agriculture and fishing. This puts a strain on the population of the Niger Delta, which is not appropriately taken into consideration in allocating the revenues to the various tiers of government, mainly by the depreciation of the *derivation principle* in the revenue allocation formula.

The dependence on petroleum of the Nigerian state and economy results in a dependence on *multinational oil companies*. As its main focus lies on the maximisation of profits, the Nigerian government neglects its duties of protecting people and environment and controlling the oil companies’ activities. Furthermore Nigeria’s focus on petroleum has a negative impact on the Nigerian economy in general. In addition to the neglect of local industry and agriculture, Nigerians are not well integrated into the petroleum industry, which is more capital-intensive than labour-intensive and creates mainly qualified jobs, out of reach for most Nigerians.

Corruption, patronage and kleptocracy are responsible for the misappropriation of a significant part of the oil revenues. The Niger Delta is marked by crime, insecurity and violent clashes between *ethnic militia* and security forces. Local politicians and elites create and exacerbate conflicts and exploit ethnic militia and their agitations for *resource control*, in order to gain and secure power and access to resources - a situation that triggers more violence.

Lebenslauf

Karin Kisser

Persönliche Daten

Name: Karin Kisser

E-Mail: karin.kisser@gmail.com

Geboren am 23. Oktober 1982

Staatsangehörigkeit: Österreich

Ausbildung

Seit 2005	Studium der Rechtswissenschaften (mit den Schwerpunkten Rechtsphilosophie, Culture uridique francophone européenne et internationale)
Okt. 2003 - Feb. 2004	Auslandsstudiensemester am Istituto Orientale in Neapel
Seit 2001	Studium der Afrikanistik (2 Studienaufenthalte in Nigeria)
Seit 2001	Studium der Romanistik (Französisch)
Juli 2001	Reifeprüfung am BG/BRG Hollabrunn mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden

Bisherige Tätigkeiten

Seit März 2006	Angestellte im Sekretariat der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Breit, Dr. Mayr in Wien
1999 - 2008	Regelmäßige Nachhilfetätigkeit und Ferienbetreuung bei Studienkreis und Hilfswerk hauptsächlich in den Fächern Französisch und Englisch; Mitarbeit bei Projekten an der Fachbereichsbibliothek des Instituts für Theater-, Film- und Medienwissenschaft und Universitätsbibliothek Wien

Fremdsprachen

Englisch	verhandlungsfähig
Französisch	fließend in Wort und Schrift
Italienisch	fließend in Wort und Schrift
Swahili	fundierte Kenntnisse (Kurse am Institut für Afrikawissenschaften Wien und am Istituto Orientale in Neapel)
Spanisch	Grundkenntnisse
Portugiesisch	Grundkenntnisse
Fulfulde	Grundkenntnisse (Kurse am Institut für Afrikawissenschaften Wien)
Latein	Schulkenntnisse

Besondere Kenntnisse und Fähigkeiten

Gut geübt im Umgang mit den Programmen Advokat und Web-ERV, Basiswissen der Archivium-Software

Gängige Kenntnisse des MS Office Paketes

Bibliothekarische Kenntnisse: Recherche, Ablage, Dokumentation